

Kommunistisches Programm

– BULLETIN DER IKP –

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 13

JANUAR 1977

IN DIESER NUMMER:

- Libanon: die palästinensische Niederlage im Lichte der internationalistischen Perspektive des Marxismus
- Die Thesen der kommunistischen Linke:
 - Einleitung
 - Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (Mai 1920)
 - Thesen über die Taktik der Kommunistischen Partei Italiens (März 1922)
 - Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Thesenentwurf für den IV. Kongreß der Komintern, 1922)
 - Die soziale Bewegung in China (Teil IV)
 - Laufbahn des Weltimperialismus
 - Rundschau

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

K O M M U N I S T I S C H E S P R O G R A M M

— BULLETIN DER IKP —

NR. 13

FEBRUAR 77

Die libanesische Niederlage im Lichte der internationalistischen Perspektive des Marxismus	S. 1
Die Verteidigung der Kontinuität des marxistischen Programms (die Thesen der kommunistischen Linke)	
- Einleitung	6
- Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (Mai 1920)	15
- Thesen über die Taktik, angenommen auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens (Rom, März 1922)	24
- Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Thesenentwurf für den 4. Kongreß der Komintern, 1922)	40
Die soziale Bewegung in China (Teil IV)	47
Laufbahn des Weltimperialismus	74
Rundschau	97
- Tarifabschlüsse in der BRD: koordinierter Lohnbetrug	
- Ägypten: der Bruch der "Volksgemeinschaft"	
- Die Fraktionskämpfe der chinesischen Bourgeoisie	
- Die albanische Verfassung von 1976: die Pflicht zur Verallgemeinerung der Ausbeutung	
- Die UdSSR und die Bewaffnung Südafrikas	
- Polen, DDR: "sozialistischer Aufbau" führt zum... privaten Kleinbetrieb	
- Brokdorf: Tummelplatz des Reformismus	

o°o

Kontaktanschriften:

Deutschland:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32 (Laden)
1000 Berlin 61

Schweiz:

Editions Programme
B.P. 130
1211 Genf 13

Frankreich:

Edition Programme Communiste
20 rue Jean Bouton
Paris 12

Italien:

Il Programma Comunista
Casella Postale 962
Milano

Presserechtlich verantwortlich:
Helmuth Tammen - Anschrift wie oben
Eigendruck im Selbstverlag

AUS DEM PROGRAMM DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propaganda entrisen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

LIBANON: DIE PALÄSTINENSISCHE NIEDERLAGE IM LICHT DER
INTERNATIONALISTISCHEN PERSPEKTIVE DES MARXISMUS

=====

Das Drama von Tel Satar im Juli und August des vergangenen Jahres hat die Hauptakteure des libanesischen Bürgerkriegs und ihre politische Rolle und zugleich die internationale Bedeutung der Vorgänge im Libanon auf engstem Raum und in grellestem Licht gezeigt. Die überwiegend christlichen Palästinenser des Lagers von Tel Satar verteidigten sich wochenlang gegen die christlichen Falangisten, welche im Gegensatz zu den Palästinensern auf die Stimme einer Partei hörten, während auf palästinensischer Seite keine der zahlreichen politischen Organisationen eine führende und vereinigende Rolle spielen konnte. Die von der UdSSR bewaffneten syrischen "Friedenstruppen" unterstützten das Massaker an den palästinensischen Massen durch Blockademaßnahmen und Feuerschutz schwerer Geschütze zugunsten der vom westlichen Imperialismus bewaffneten Falangisten. Die Begleitmusik dazu bildete der hilflose Protest der PLO. Die Schreie der hingeschlachteten Flüchtlinge von Tel Satar übertönte der Jubel über die Befreiung der Geiseln von Entebbe, zu dem sich die "Weltöffentlichkeit" Europas und der USA in einer Übelkeit erregenden Mischung aus Heuchelei und Chauvinismus, wie sie kennzeichnend ist für diese Leserbrief- und Mockerckenndemokratie, vereinte. Die gleichsam liturgische Weihe erhielt dieses Schauspiel durch die vor allem von den sogenannten sozialistischen Staaten, an ihrer Spitze die UdSSR, gepflegte Friedenslitanei, die die blütige, mitverschuldete Mathematik des libanesischen Bürgerkrieges wegbeten möchte und vor allem das Ergebnis desselben verschleiert, das sich heute, etwa ein Jahr nach der ersten Offensive der Palästinenser und der plebejischen Massen Libanons, klar abzeichnet: die neuerliche Niederlage der Palästinenser in ihrer letzten und bedeutendsten Hochburg Libanon.

Zwei große, von Terror und Massaker begleitete Vertreibungen durch die Israelis 1949 und 1967, das jordanische Massaker von 1970 und das Massaker von Tel Satar und in den Bergen östlich von Beirut sind die Hauptetappen des opferreichen und heroischen Kampfes der Palästinenser. Der Libanon bildet den Schlußstein der Lehre aus der Geschichte dieses Kampfes: nicht nur Israel, sondern alle nahöstlichen Staaten sind mit beifälliger oder friedensheuchlerischer Unterstützung des Weltimperialismus vereint gegen die Palästinenser als militante Avantgarde aller verarmten Bauernmassen der arabischen Länder, unter die sie als Ferment der Revolution gegen die nationale Zersplitterung und das soziale Gefüge des nahöstlichen Raumes verstreut sind. Die arabische Bourgeoisie hat aufs neue bewiesen, daß die Volksfeste und Mätzchen des islamischen "Sozialismus" und des arabischen "Antiimperialismus" abgetan sind - sie selbst sorgt im Namen des Weltimperialismus für die Stagnation der Situation im nahen Osten. Die Lunte des palästinensischen Widerstandes soll ausgetreten werden, bevor sie zum Brand des nahöstlichen Klassenkrieges auswächst, bevor die Zerstörung des ganzen status quo in diesem ganzen Raum zum politischen Programm jener Kräfte wird, die diese Perspektive, durch die objektiv erzwungene Richtung der Gewaltanwendung bewegt, immer wieder aufwarfen. Die Palästinenser haben mit ihrem bewaffneten Kampf wiederholt die Bedingungen für Teilerfolge geschaffen, denen ihre schreckliche nationale Isolierung und die programmatische Schwankung, die kompromißlerische Mässigung und Zer-

splitterung ihrer Führungen immer wieder die Bedeutung ein und derselben Niederlage verliehen: Reintegration in die nationale und soziale Flüchtlingsexistenz, die heute mit Verhandlungen über die Bildung einer de facto Israel untergeordneten nahöstlichen "Trans-kei" im Gaza-Streifen und auf der Westbank besiegelt werden soll.

Diese tragische politische Isolierung und Desorientierung der Palästinenser allein auf den Verrat oder die Unfähigkeit der Führer zurückzuführen, wäre ebenso flach und nicht weniger desorientierend als eine sich in Beschwörungen eines neuen gewaltsamen Ausbruchs erschöpfende Solidarität mit den Fedayin in den imperialistischen Metropolen, die die Wurzel, die historische Ursache dieser Niederlage - die von Sozialdemokratie und Stalinismus betriebene programmatische und politische Entwaffnung der Arbeiterklasse in den Metropolen - unberührt ließe. Dieses unerträgliche Gewicht eines halben Jahrhunderts opportunistischer Kontrolle bzw. Diktatur über die internationale Arbeiterklasse, unwesentlich verstärkt durch die Federgewichte der heutigen "linken" Epigonen der "glorreichen" stalinistischen Epoche, lastet nicht weniger auf den plebejischen Massen des Libanon und der palästinensischen Flüchtlingslager und der nationalen, antiimperialistischen Befreiungskämpfe überhaupt.

Die Unterwerfung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen unter die nationalen bzw. Volksfronten der Bourgeoisie, wie sie der Stalinismus betrieben hat und betreibt, hat den Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und den nationalen Befreiungsbewegungen zerrissen und die plebejischen Massen, die Halbproletarier und armen Bauern als Speerspitze und Träger dieser Bewegungen daran hindert, den nationalen Kampf unter Führung des Proletariats in den sozialen Kampf zu verwandeln und gegen die nationale Bourgeoisie die Revolution in Permanenz zu entfesseln. So wird die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie der imperialistischen Metropolen ergänzt durch das Monopol der lokalen Bourgeoisien in den nationalen Befreiungsfronten. Schlimmer noch: die stalinistische Entstellung der sozialistischen Zielvorstellung des Marxismus hat dieser "antiimperialistischen" Bourgeoisie die demagogische Waffe in die Hand gegeben, die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und den Prozeß der Reintegration der befreiten Nation in den Weltmarkt und in das Gefüge des Weltimperialismus und den entsprechenden Golgothaweg des Proletariats als "Aufbau des Sozialismus" zu feiern (so in China, Algerien, Kuba, Syrien! und Ägypten, wo auch Sadats Partei ohne das Prädikat "sozialistisch" nicht auskommt). Die Massen werden mit Phrasen und blauen Bohnen statt mit Land und Brot abgespeist, während die nationale Bourgeoisie sich in den Streit um konkrete Güter und Anteile einschaltete. Die Geschichte der Kämpfe dieser Massen ist nicht weniger blutig und tragisch als die der Kämpfe des Proletariats in den imperialistischen Metropolen. Ihr neuestes Kapitel ist soeben mit dem Blut der Palästinenser und der plebejischen Massen des Libanon geschrieben worden. Die revolutionäre Solidarität mit diesen Massen muß jede phraseologische Lüge um die Toten zurückweisen. Sie muß nachdrücklich erklären, daß für das neuerliche konterrevolutionäre Blutbad im Libanon nicht allein und nicht hauptsächlich die augenblickliche und lokale konterrevolutionäre Konstellation verantwortlich ist, sondern die Vernichtung der proletarischen Weltbewegung, die Vernichtung des von der Kommunistischen Internationale theoretisch und praktisch hergestellten revolutionären Weltplans, der den Kampf der unterdrückten Nationen mit dem internationalen Kampf des Proletariats verband, um den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, zu zerschlagen und gleichzeitig im Rahmen der Weltrevolution den Kampf der unterdrückten Nationen über das

unmittelbare Ziel einer zu Ende geführten bürgerlichen Revolution hinaus in eine proletarische Revolution zu transformieren. Die Vernichtung der internationalistischen Strategie der Komintern durch den Stalinismus führte zu jener tödlichen Isolierung der proletarischen und plebejischen Massen, deren radikale soziale Forderungen über das bürgerliche Ziel der Befreiung des nationalen Territoriums hinausdrängen. Diese konterrevolutionäre Katastrophe kann keine makabrerere Manifestation finden als die zahllosen Appelle der PLO an die konterrevolutionäre Allianz der Arabischen Liga und an die UNO, den Ausschuß des Weltimperialismus, das Massaker einzustellen zu helfen.

Das tragische Schauspiel der pazifistischen, opportunistischen und desorientierten politischen Parteien der Palästinenser, das das Auftreten ihrer Vertreter in Waffen und die demagogischen bis konfuse Bemühungen um "Marxismen" in leere Geste verwandelt, verdeutlicht einmal mehr, daß der militärische Aspekt ihrer internationalen Isolierung hinsichtlich der augenblicklichen Kräfteverhältnisse für sich nicht der entscheidende und ursächliche der Niederlage ist. Die Vernichtung der kommunistischen Kampf- und Zielperspektive hat nicht nur das Proletariat der Metropolen entwaffnet, sondern auch die plebejischen Massen der palästinensischen Flüchtlingslager und des Libanon des Mittels beraubt, das einzig und allein das politische Monopol nationalistischer und bürgerlicher Politik zu sprengen vermag: einer proletarischen Klassenpartei, die entschlossen wäre, sich nicht zum Nachtrab der Bourgeoisie machen zu lassen, die in der Lage wäre, der radikalen sozialen Bewegung der plebejischen Massen eine proletarische Führung, eine autonome programmatische und organisatorische Festigkeit zu geben in Verbindung mit dem kommunistischen Klassenkampf des Proletariats. Kein anderer als Lenin hat diese Notwendigkeit eindringlicher betont, wohl wissend, daß die russische Revolution vor dem proletarischen Sieg in den entwickelten kapitalistischen Länder nicht imstande war, den ökonomischen und sozialen Horizont einer bürgerlichen Revolution zu überwinden: "In allen bürgerlichen Revolutionen haben alle bürgerlichen Politikaster das Volk mit Versprechungen "gefüttert" und die Arbeiter zum Narren gehalten. Unsere Revolution ist ^{eine} bürgerliche Revolution, deshalb müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen, sagen die Potressow, Gwosdow, Tschcheidse - dasselbe, was gestern Flechanow sagte (die bürgerlichen Politikaster und Opportunisten, IKP). Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, sagen wir Marxisten, DESHALB müssen die Arbeiter dem Volk über den Betrug der bürgerlichen Politikaster die Augen öffnen und es lehren, Worte keinen Glauben zu schenken, sich nur auf die EIGENEN Kräfte, auf die EIGENE Organisation, auf den EIGENEN Zusammenschluß, auf die EIGENE Bewaffnung zu verlassen." ("Briefe aus der Ferne, 7.3.1917, LW Bd. 23, S.311-22)

Nur zehn Jahre später liefern die Stalinisten das erste Exempel des Verrats an diesen Prinzipien, zugleich aber auch der blutigen Bestätigung ihrer Richtigkeit. Sie lehrten das junge und kämpferische chinesische Proletariat, seine Bewegung der Einheit aller Klassen zu opfern, der national-bürgerlichen Kuomintang Glauben zu schenken, um schließlich 1927 nach Erreichung der nationalen Einheit in einem gigantischen Massaker, politisch längst entwaffnet, auf dem Altar der Einheit aller Klassen geschlachtet zu werden. Dem Sieg der Theorie und Praxis des "Sozialismus in einem Lande" in Rußland entsprach die Katastrophe in China, die die Laufbahn dieser mörderischen Politik eröffnete, die sich mit dem Massaker im Libanon vorläufig abschließt.

Die Komintern betonte vor ihrer stalinistischen Versuchung und Vernichtung den zwiespältigen Charakter der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien und Halbkolonien, die in Wirklichkeit in zwei Bewegungen zerfallen: in die bürgerlich-demokratische und nationalistische Bewegung für die Befreiung des nationalen Territoriums und in die plebejisch-bäuerliche für die Befreiung von allen Formen der Ausbeutung, die den engen Rahmen des Nationalismus objektiv sprengt und die Ambitionen der Bourgeoisie bedroht, sobald die nationale Unabhängigkeit erreicht ist. Zu verhindern ist mit allen Mitteln die Kontrolle der zweiten Bewegung durch die erste, was allein durch die Führung der zweiten durch das revolutionäre Proletariat, durch die kommunistische Klassenpartei als Teil der Weltpartei, der Internationale, möglich ist.

Dazu ist es unerlässlich, den Massen die Ziele der nationalen Bourgeoisie zu enthüllen, die Bindung der Massen an sie zu zerreißen:

"Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegungen in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen", verkündeten die Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1920), nachdem sie erklärt hatten, daß man vor allem danach streben muß, *"der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben, womöglich die Bauern und alle ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und rückständigen Ländern herzustellen"*.

Was wir seit fünfzig Jahren, seit dem Ausbruch der stalinistischen Konterrevolution, erleben, ist genau das Gegenteil: Stalinisten samt Erben und Gefolgschaft ereifern sich als erste, den nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegungen und sogar Staaten, die Bestandteile des reaktionären status quo sind (siehe als letztes Beispiel Syrien), das kommunistische oder sozialistische Mäntelchen umzuhängen. Die Bewegung der verarmten Bauern und halbproletarischen städtischen Schichten wurde mit allen Mitteln unter die Kontrolle der bürgerlich-nationalistischen Bewegung gebracht, und, da beide Bewegungen objektiv auseinanderstreben, mußte sich diese Kontrolle - China anno 1926-27, Libanon anno 1976-77 - in bewaffnete Unterdrückung verwandeln.

In Westeuropa wurde unter den gemeinsamen Schlägen der Bourgeoisie und des "Sozialismus in einem Lande" das Instrument vernichtet, das aus dem Proletariat ein *kommunistisches Proletariat* macht: die internationale kommunistische Partei. Statt des internationalen Kampfes gegen das Kapital, in dessen Rahmen sich die Verbindung zu der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker vollziehen sollte, erlebten wir die Unterordnung der Proletarier unter ihren jeweiligen Bourgeoisien - als ruhiger Dulder der kapitalistischen Krise in den Volksfronten der 30. Jahre (wenn nicht gar als Schlachtvieh, wie in Spanien), als Kanonenfutter im 2. imperialistischen Weltkrieg, als hungernde Arbeitskraft des kapitalistischen Wiederaufbaus nach dem Krieg, von Parteien geführt, die 1976 die Prinzipien der kommunistischen Bewegung - Diktatur des Proletariats und Internationalismus - nach 50-jähriger Praxis gegen diese Prinzipien, selbst aus ihrer demagogischen Phraseologie entfernen, um sich nunmehr auch formell der ausgebildeten Fassung des "Sozialismus in einem Land" zu verpflichten: dem Sozialismus nach eigener Façon, dem Sozialismus der nationalen Besonderheiten und Traditionen. Wenn man bedenkt, daß gerade die Entwicklung des Kapitalismus die nationalen

Besonderheiten auf das "besondere" Interesse des entwickelten nationalen Kapitals an der Ausbeutung der einheimischen Arbeiter und der rückständigen Völker verkümmern läßt und daß die einzige Tradition, derer sich die zivilisierten westeuropäischen Nationen rühmen können, in Ausbeutung und Unterdrückung besteht, kann man erahnen, was derartige "sozialistische" Zielvorstellungen bedeuten. Nicht umsonst wird jeder "Weg zum Sozialismus" gutgeheißen, mit einer einzigen absoluten Bedingung: er muß demokratisch, pazifistisch, gradualistisch und - versteht sich - national sein, er muß die Revolution und die Diktatur des Proletariats ausschließen. So wurden die Grundlagen des revolutionären Marxismus in ihr direktes Gegenteil umgekehrt, und die Folge davon war, daß das Proletariat, statt international zu siegen, national unterlag.

Damit sich das umkehrt, muß die marxistische Theorie, die Perspektive der Komintern, muß die Bilanz der fünfzig Jahre Konterrevolution, die seit dem Sieg des Stalinismus verstrichen, wieder in der Arbeiterklasse verankert werden, muß das Instrument dieser Verankerung - die Internationale Kommunistische Partei - geschaffen werden. Solange dies nicht geschieht, wird jedes Jahr sein libanesisches oder südafrikanisches Massaker und... seinen italienischen oder portugiesischen Wahl-"sieg" bringen.

Unsere Stimme - wir wissen es - kann heute nur einen mikroskopischen Teil des Proletariats erreichen, der die revolutionäre Kampf- waffe, die unabänderliche und unteilbare marxistische Theorie, sucht. Es ist nicht das erste Mal, das es in der Geschichte der Arbeiterbewegung so geschieht. Es ist aber nur durch die Behauptung einer ununterbrochenen und hartnäckigen Kontinuität jener Theorie und der auf ihr beruhenden militanten Praxis, daß das auf den Proletariern, Halbproletariern und verarmten Bauern der ganzen Welt lastende Bleigewicht wird in die Luft gesprengt werden können. Zahlenstark oder nicht - und wir kennen unsere extreme zahlenmäßige Schwäche, allerdings auch die materiellen Bedingungen, die die zahlenmäßige Schwäche oder Kraft der Kommunisten bestimmen - muß die kommunistische Partei diese Aufgabe erfüllen, die Lehren der Vergangenheit, die die libanesischen Ereignisse so tragisch bestätigen, als Grundlage eines Kampfes zu festigen, der in der Gegenwart die revolutionäre Zukunft des internationalen proletarischen Kampfes vertritt.

DIE VERTEIDIGUNG DER KONTINUITÄT DES KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMS

Die Thesen der Kommunistischen Linke

I

- Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (Mai 1920)
- Thesen über die Taktik, angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens (Rom, März 1922)
- Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Thesenentwurf für den IV. Kongreß der Komintern, November 1922)

E I N L E I T U N G

Soweit Kenntnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung vorhanden, treffen sich die "Linksradikalen" aller mehr oder weniger ausgeprägten Schattierungen der Gorter/Pannekoek-Nachfolge und die erbetenen oder unerbetenen Nachtraber des Stalinismus unter anderem auch auf dem Boden der herbeigekünstelten Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Bolschewismus und dem, was sie im Interesse der eigenen Sache nur allzu zweckmäßig "Bordigismus" oder (je nach Standort mit Betonung auf die "westliche" oder "lokale" Eigenschaft) "italienische" Linke nennen. Dadurch entstellen sie beide - der an den Haaren herbeigezogene Trennungsstrich faßt ihre eigene, totale und unumkehrbare Abweichung vom Marxismus, ihren nunmehr weit in der Vergangenheit zurückliegenden Bruch mit der Kontinuität der kommunistischen Bewegung symbolhaft zusammen.

Es ist aber nicht aus banalen historiographischen oder polemischen Überlegungen, daß wir hiermit beginnen, die Thesen der kommunistischen Linke "Italiens" in deutscher Fassung zu veröffentlichen. Wir verstehen ihre Veröffentlichung vielmehr als untrennbaren Bestandteil der Bemühungen unserer Partei, die Vorhut der Arbeiterklasse mit den theoretischen und praktischen Waffen zu rüsten, die als einzige diese Vorhut zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben befähigen und den deterministisch vorgezeichneten Weg der Arbeiterklasse erleuchten können.

Neben anderen Dokumenten, die in den nächsten Nummern des Bulletins veröffentlicht werden sollen, bilden die "Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion", das "Gründungsprogramm der KP Italiens" (Livorno, Januar 1921), die "Römer Thesen" und der "Thesenentwurf für den IV. Kongreß der Komintern" für uns nach wie vor prinzipielle, programmatische und taktische Grundlagen der revolutionären Klassenpartei.

Natur und *Funktion* der kommunistischen Partei werden nicht von den historischen "Besonderheiten" eines jeweiligen Landes bestimmt, sondern lediglich durch die *totalitäre* Annahme der revolutionären Wissenschaft, des Marxismus, im Gegensatz zu allen anderen "Theorien". Im Einklang damit wurden die hier abgedruckten Thesen *nicht* in Funktion einer einzelnen Sektion der Kommunistischen Internationale und ihrer spezifischen Probleme gedacht und verfaßt, sondern als Ausdruck der *unabdingbaren* und *invarianten* Voraussetzungen für die Bildung einer Partei, die sich nicht bloß kommunistisch nennt, sondern die Natur einer kommunistischen Partei hat und die Funktion einer solchen Partei erfüllt.

Darin unterschied sich die kommunistische Fraktion der SPI und die von ihr gegründete und geführte italienische Sektion der Kommunistischen Internationale von allen anderen kommunistischen Parteien West- und Mitteleuropas, also des Gebietes, das man mit gutem Recht als entscheidend für das Schicksal der proletarischen Weltrevolution betrachtete - und weiterhin betrachten muß. Darin war und blieb sie ein Einzelfall; schon darin kennzeichnete sie sich in absoluter Übereinstimmung mit Lenin durch unverwechselbare Züge - dieselben, an die unsere heutige Partei nach wie vor festhält. Sie pocht auf keine italienische, deutsche oder französische Geburtsurkunde, sondern stellt sich auf die Ebene des internationalen revolutionären Klassenkampfes, auf den Standpunkt der Weltrevolution; die Voraussetzung ihrer Existenz erblickt sie einerseits im unwiderruflichen *Bruch* mit allen außermarxistischen Lehren und mit jeglicher, selbst teilweiser Revision des einheitlichen Blocks des Marxismus, selbst wenn diese fremden oder heterodoxen "Theorien" dasselbe Ziel, nämlich die Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung des Kommunismus, scheinbar verfolgen, andererseits in der *Wiederanknüpfung* des zerrissenen Fadens der revolutionären Arbeiterbewegung, in der *Wiedereroberung* ihrer theoretischen und praktischen Kampf Waffen, in der *Wiederbehauptung* der universellen Gültigkeit dieser Waffen für den ganzen Zyklus der Arbeiterbewegung aller Länder. Auf *diesen* Grundlagen hat Lenin die unermessliche Wiederherstellung des Marxismus vollbracht; auf ihnen sollte die III. Internationale nach unserem Dafürhalten von vornherein, als Vorbedingung und ohne Ausnahmeklauseln beruhen; auf ihnen muß heute die Wiedergeburt der von sukzessiven und immer ruinöseren revisionistischen und opportunistischen Wellen vernichteten Bewegungen gründen - und das ist heute umso notwendiger, als der Marxismus in der Zwischenzeit zu einer vulgären Empirie, seine Universalität zu einem idealistischen Relativismus, sein internationales Wesen zu einer servilen Anpassung an pseudo-nationale "Wirklichkeiten" herabgesetzt wurde.

Als die Thesen der wahlboykottistischen Fraktion (1) im Hinblick auf die nationale Konferenz der Sozialistischen Partei Italiens (Florenz, 8.-9. Mai 1920) faßt wurden, ging es uns bei der Behauptung der Grundlinien des dialektischen Materialismus als Gegensatz zu allen idealistischen, akademischen, humanitären, christlichen oder gar freimaurerischen (2) Auffassungen der Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse ebensowenig wie heute darum, *allgemeine "Glaubensbekenntnisse"* abzulegen - mit diesen *allgemeinen Bekenntnissen* ist der Weg des Revisionismus gepflastert; noch ging es uns darum, dem schrittweisen, reformistischen und demokratischen Weg einen revolutionären und diktatorischen Weg im allgemeinen entgegenzustellen - "revolutionär" sind auch die Anarchisten; für die Diktatur des Proletariats können sich Opportunisten jeder Sorte mit der üblichen Unverbindlichkeit aussprechen. Es ging uns im Gegenteil um die Festlegung der verpflichtenden Unterscheidungsmerkmale des marxistischen Kommunismus, also der notwendigen Selektionskriterien der jungen, vom Stamm der alten sozialdemokratischen Parteien gespaltenen, kommunistischen Parteien bzw. der kommunistischen Fraktionen, die, wie im Falle Italiens, aus verschiedenen Gründen zunächst gezwungen waren, im Rahmen der alten Parteien in einer unnachgiebigen Kampfstellung zu verbleiben. Diese Unterscheidungsmerkmale, diese Selektionskriterien, waren dieselben, die der II. Kongreß der Komintern einige Monate später annehmen sollte:

- "Der revolutionäre Kampf ist der Kampf der ganzen proletarischen Klasse gegen die ganze bürgerliche Klasse".
- Das Instrument, das Organ, dieses Kampfes ist die Partei, d.h. die Partei "verwirklicht die bewußte Organisation jener Vorhut des Proletariats, die begriffen hat, daß man die Interessen einzelner Gruppen, Berufszweige, oder Nationalitäten überwinden muß, daß man die begrenzten Vorteile und Errungenschaften, die das Wesen der bürgerlichen Struktur nicht verletzen, unter das Endziel des Kampfes unterordnen muß, um die eigene Aktion zu vereinigen". Nur in der Parteiorganisation

verwirklicht sich die "Organisation des Proletariats zur Klasse, die für ihre Befreiung kämpft". Daraus folgt zwangsläufig, daß die Partei eine unerläßliche (wenn selbstverständlich nicht ausreichende) Bedingung der revolutionären Vorbereitung und der Revolution selbst ist.

- Es ist notwendig, den bürgerlichen Staat zu zertrümmern und durch einen zentralisierten Staatsapparat zu ersetzen.
- Dieser Staatsapparat bildet den notwendigen Übergang zur Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staat, zum Kommunismus; er ist eine Diktatur des Proletariats und beruht auf der politischen Entrechtung der besiegten Klassen und Schichten.
- Die Diktatur des Proletariats, der rote Terror und die rote Armee werden zentral von der kommunistischen Partei geführt.
- Die ökonomischen Widerstandsorganisationen des Proletariats (an erster Stelle die Gewerkschaften, dann die Betriebsräte und andere Organisationen von engerer Massenbasis) und die unmittelbaren Massenorganisationen des Kampfes um die politische Macht (Sowjets oder Räte) erfüllen eine unerläßliche, aber gegenüber der Partei untergeordnete Rolle. Diese Organisationen können nur mit Erfolg kämpfen, wenn ihre Führung von der Partei erobert wird.
- Der revolutionäre Endkampf ist unzertrennlich vom täglichen Kleinkrieg gegen das Kapital, den ökonomischen Tageskämpfen; diese sollen nicht negiert, sondern mit Klassenmethoden und -zielen vertieft werden, auf der breitesten Front vereint und potenziert werden, um die besten Bedingungen für ihre Überwindung durch den breiteren und entscheidenden politischen Krieg für die Eroberung der Macht und die Vernichtung der bürgerlichen Institutionen zu schaffen.

Das sind alles prinzipielle Punkte, über die man damals - und das gilt umso mehr für die heutige Situation - vollkommene Klarheit erreichen mußte, zumal es schwierig war und schwierig bleibt, selbst die kämpferischsten und großmütigsten Avantgarden der Arbeiterklasse um sie zusammenzufassen.

Die vom II. Kongreß der Komintern angenommenen Thesen waren zum Zeitpunkt der Erscheinung der Thesen der wahlboykottistischen Fraktion der SPI im Westen noch nicht bekannt. Die frappierende, vollkommene Übereinstimmung zwischen beiden war nur möglich auf der Grundlage einer restlosen Assimilierung der Lehren der Oktoberrevolution, was wiederum den gemeinsamen Boden einer hartnäckigen Verteidigung der Theorie dieser Revolution, des Marxismus, voraussetzte. Beide grenzten sich nicht nur vom reformistischen Opportunismus und vom Sozialpatriotismus scharf ab, sondern auch von allen anderen Strömungen, die die Arbeiterbewegung verpesteten: vom Zentrismus, der sich in der Phrase revolutionär gebärdet, in den Taten aber reformistisch und legalistisch ist; vom Anarchismus, der aus Prinzip "antiautoritär" ist und die Diktatur des Proletariats ablehnt; vom mehr oder weniger "revolutionären" Syndikalismus, der die Partei durch die Gewerkschaften ersetzen möchte, die auch die Verwaltungsorgane der kommunistischen Gesellschaft sein sollten; vom "Rätekommunismus" (Pannekoff, Gorter, KAPD usw.) und Ordinovismus (Gramsci), die eine analoge Funktion für die Betriebsräte oder Zwitterorganisationen aus Betriebsräten und Sowjets postulieren und, wie im allgemeinen alle idealistischen "Linksradikale", eine Revolution und sogar eine proletarische Diktatur ohne "Vermittlungen", also ohne Führung, ohne Partei, theorisieren und schließlich - ob sie es nun wollen oder nicht - in eine primitiv-demokratische, verschwommene, abstrakte und überhistorische Auffassung von Revolution und Diktatur stürzen müssen.

Wie aber die kommunistische Linke Italiens auf dem II. Kongreß der Komintern forderte, darf man darüberhinaus das Parteiprogramm nicht aus bloßer "Diszi-

anderenfalls kann man nicht in die Reihen der einheitlichen kommunistischen Weltpartei aufgenommen werden. Nicht zuletzt in diesem Sinne enthalten die Thesen der wahlboykottistischen Fraktion eine Anzahl zusammenhängender taktischer Richtlinien, die zwar an sich keineswegs ausschöpfend sind (3), dennoch alle durch ihren verbindlichen und verpflichtenden Charakter gekennzeichnet werden, wie kurz darauf die taktischen Normen der "Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale".

Es stimmt allerdings, daß auf diesem Boden der Taktik eine erste Meinungsverschiedenheit mit den Bolschewiki auftauchte, nämlich über die Frage der revolutionären Ausnutzung der Wahlen und Parlamentstribünen. Worum ging es bei dieser Divergenz? Weder betraf sie auf bolschewistischer Seite das grundlegende Prinzip der Vernichtung des Parlaments, noch entsprang sie unsererseits jener Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen (die übrigens ebenso prinzipienwidrig wäre), die Engels seinerzeit bei den Anarchisten angeprangert hatte. Im Hinblick auf die revolutionäre Vorbereitung und Selektion der jungen kommunistischen Parteien in Mittel- und Westeuropa, einem seit Jahrzehnten von Demokratismus verpesteten Gebiet, stellte sich die Frage, ob es zweckmäßig war, den in den parlamentarisch-demokratischen Institutionen gegebenen Propaganda- und Agitationsspielraum für die Zertrümmerung dieser Institutionen auszunutzen. Im Gegensatz zu den Bolschewiki antworteten wir darauf mit Nein. (4)

Bei allen anderen Fragen herrschte auf dem zweiten Kongreß volle Übereinstimmung zwischen uns und den Bolschewiki, gehe es um die Arbeit in den Gewerkschaften, um die Arbeit in der Armee, um die Bildung eines illegalen Parteinetzes und eines militärischen Parteiapparates, oder schließlich um die Bekämpfung "sowohl der Abenteurer, die die revolutionäre Aktion um jeden Preis überstürzen wollen und somit das Proletariat in die Katastrophe treiben können, als auch der Opportunisten, die die Umstände, die von einer radikalen Aktion abraten, ausnützen, um die revolutionäre Bewegung endgültig zu blockieren und die Massenaktion in Richtung anderer Ziele zu zerstreuen". Diese letzte Frage sollte während der Krise der deutschen Partei anläßlich der "Märzaktion" 1921 eine brennende Aktualität gewinnen. Ihre Lösung in unseren Thesen von 1920 zeigt, daß wir weder mit den improvisierenden "Theoretikern" einer "Offensive um jeden Preis" noch mit den Priestern - ob sie Levi oder sonstwie hießen - der allgemeinen Verurteilung von Offensiven etwas gemein hatten.

Ein weiteres Merkmal, das uns zwar bestimmt nicht von der Internationale der leninistischen Jahre, dafür umso krasser vom vielfältigen stalinistischen Lager unterscheidet, ist die marxistische Einschätzung, daß es zwischen programmatischen Prinzipien und taktischen Richtlinien und Losungen eine enge Bindung besteht. Dieser Zusammenhang geht vor allem aus den "Römer Thesen" über die Taktik hervor. Der Stalinismus sollte später offen auftreten als Verfechter der "taktischen Freiheit", der von der Theorie losgelösten Aktion, der Anwendung "aller Mittel, um das Ziel zu erreichen" - kurz und gut des Eklektizismus in Theorie und Praxis.

Für den Marxismus hat die Praxis den Endzielen der kommunistischen Bewegung zu dienen. Sie darf daher nicht in einen Widerspruch zu diesen Zielen treten. Mehr noch: sie muß heute die Bedingungen des morgigen Erfolges setzen, in der Gegenwart die Erfordernisse der Zukunft vertreten. Das kann sie aber nur unter der Voraussetzung, den einzigen und unwiderruflich gezeichneten Weg einzuhalten, der

in diese Zukunft führt. Die Partei vertritt die Arbeiterklasse in ihrer historischen Bewegung eben in dem Maße, daß sie im Gegenteil zur Bewegung an sich, mit ihrer Entwicklung voll von Höhen und Tiefen, eine *ununterbrochene Kontinuität* des theoretischen Bewußtseins und der praktischen Haltung verkörpert. Die Mittel, derer sie sich in ihrer Aktion bedient, unterscheiden sich selbstverständlich vom Ziel - sie sind etwas anderes als das Ziel. Sie stehen aber auch nicht in einem neutralen und gleichgültigen Verhältnis zu diesem Ziel. Die Kontinuität, die das wahre zusammenhaltende Element der Partei darstellt, kann nicht allein vom Besitz einer unantastbaren Theorie und Programm gesichert werden: um zusammenhaltende Kraft, Zement der Partei und somit der Klasse zu sein, muß sie auch in der Praxis der Partei einen vollkommenen Ausdruck finden. Es ist klar, daß die Partei auf verschiedene Situationen verschieden reagiert, ihre jeweilige Aktion muß der veränderten, jeweiligen Lage Rechnung tragen. Die verschiedenen Situationen, die Veränderung der Situationen, sind aber keineswegs unvorhersehbar. Im Gegenteil: die Aktionslinie der Partei setzt eine vorgegebene Kenntnis des Charakters und der materiell bestimmten Haltung aller im Wechselspiel der Klassengegensätze wirkenden Kräfte. Die verschiedenen Haltungen, in denen sich die Aktionslinie der Partei in den alternierenden Phasen des sozialen Kampfes ausdrücken wird, müssen den Militanten *bekannt* und den von der Partei beeinflussten Proletariern *verständlich und durchsichtig* sein. Nur unter dieser Bedingung können sie ein Höchstmaß an Disziplin innerhalb der Partei und ein Höchstmaß an spontaner aktiver Zustimmung der Klasse (oder eines wachsenden Teils der Klasse) (5) gegenüber ihrem Führungsorgan gewährleisten.

Die sich nach und nach abzeichnenden taktischen Divergenzen mit der Internationale betrafen nicht so sehr die relativ nebenrangige Frage des Boykotts von Wahlen und Parlamenten bzw. des "revolutionären Parlamentarismus". Wie bereits aus den Thesen der wahlboykottistischen Fraktion (siehe These 12 des III. Teils), aber vor allem aus den "Römer Thesen" vom März 1922 und dem Thesenentwurf für den IV. Weltkongreß ersichtlich, ging es vielmehr um die viel wichtigere Frage der Eroberung der großen Massen und - im Rahmen dieser Frage - *im wesentlichen* um den mindestens teilweise *unbestimmten* Charakter der taktischen Lösung der Frage der *Einheitsfront* und der Formel der *Arbeiterregierung*. Was heißt das, daß es *im wesentlichen* um den *unbestimmten* Charakter dieser Formeln ging? Erstens, daß wir ihre *Ziele* durchaus verstanden und *teilten*.

Bei der Einheitsfront ging es um den Aufruf an die Arbeiter aller Parteien, sich - unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Standpunkt hinsichtlich der Endziele und hinsichtlich der Frage der Machteroberung und der Diktatur des Proletariats - zu vereinigen, um dadurch die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen gegen das Kapital konsequent und entschieden verteidigen zu können. Auf der Grundlage dieser Kampfeinheit der Arbeitermassen und selbst im Rahmen des Aufbaus dieser Kampfeinheit würde sich der Verrat der Sozialdemokratie selbst an den geringsten Interessen der Arbeiterklasse klarstellen, würden die Arbeitermassen in der Praxis erfahren können, daß *nur* mit kommunistischen Methoden, unter Führung der Kommunisten und in einer kommunistischen Perspektive möglich ist, der Offensive des Kapitals Widerstand zu leisten.

Die Arbeiterregierung ihrerseits war eine Losung, um die Arbeiterklasse in Richtung auf die Machteroberung und die Diktatur des Proletariats zu lenken, d.h. um der Arbeiterklasse in einer Situation der *akuten gesellschaftlichen Krise* klarzumachen, daß ihre materiell gegebenen Forderungen und tief empfundenen Interessen nur durch eine Macht erfüllt werden können, die sich *ausschließlich auf Organisa-*

tionen der Arbeiterklasse stützt.

Jetzt müssen wir noch auf die Frage des "Unbestimmten Charakters" eingehen. Taktische Thesen und Losungen haben die Funktion, die Aktion der Partei und der Arbeitermassen in einer bestimmten Richtung zu disziplinieren. Sie müssen deshalb eindeutig sein und dürfen keine abwegigen Auslegungen implizieren, wie es bei den Thesen und Aussagen der Internationale zur Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung leider der Fall war - mit verheerenden Auswirkungen auf die einzelnen Sektionen und die ganze internationale. Mit "Unbestimmtheit" bezeichnet man zwar eine formale Eigenschaft der betreffenden Thesen der Internationale. Wenn sich aber Parteiflügel oder ganze Parteien auf diese Thesen berufen, um z.B. die Möglichkeit und Richtigkeit einer "Arbeiterregierung" als parlamentarischer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie zu behaupten, so zeigt sich, daß die "Unbestimmtheit" keinen blossen, formalen Schönheitsfehler darstellt, sondern bewußt oder unbewußt die Existenz verschiedener (und in diesem Fall divergierender) *allgemeiner* taktischer Linien ausdrückt. Die in Frage stehenden Thesen können daher ihre Funktion, die Aktion der Partei in einer gegebenen strategischen Richtung zu disziplinieren, nicht erfüllen, da sie ja von vornherein verschiedene strategische Wege sanktionieren - um so notwendiger ist daher *der Kampf um einen eindeutigen taktischen Plan*.

Wie man aus den "Römer Thesen" mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ersehen kann, war die Streitfrage nicht die, ob man auf verschiedene historische Situationen mit verschiedenen Taktiken antworten muß - die "Römer Thesen behandeln sogar in zwei besonderen Kapiteln die "indirekte" und die "direkte" Taktik der kommunistischen Partei. Aus der *endgültigen und unüberbrückbaren* programmatischen und organisatorischen Trennung der kommunistischen Partei von allen nichtmarxistischen bzw. antimarxistischen "Arbeiterparteien", d.h. von allen anderen Parteien schlechthin, folgerten wir keineswegs eine aprioristische und prinzipielle Unmöglichkeit, mit solchen Parteien gemeinsame Aktionen auf dem *spezifischen Boden* der Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats zu führen. Im Gegenteil: die von der Linken geführten KPI war die erste Partei der Internationale, die die gewerkschaftliche Einheitsfront vorgeschlagen hat, und zwar im doppelten Sinne der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft aus allen Klassenorganisationen und der Vereinigung aller Kämpfe, um eine Kampffront der Arbeiter aller politischen Parteien zu schaffen und somit der kapitalistischen Offensive sowie der legalen und illegalen bürgerlichen Gewalt entgegen zu können.

Der springende Punkt lag darin, daß die Sozialdemokratie einschließlich der Zentristen einerseits einen festen Bestandteil der kapitalistischen Front bildete und zwangsläufig eine konterrevolutionäre Rolle spielen musste, andererseits einen sehr großen Teil, wenn nicht die entscheidende Mehrheit des Proletariats nach wie vor unter ihrem Einfluß hielt. Sie würde ihre Beteiligung an einer Einheitsfront deshalb an zwei Überlegungen knüpfen: erstens diesen Einfluß beizubehalten, zweitens zu verhindern, daß der Kampf sich zu einer Drohung für die bestehende Ordnung ausweitete. Die Zielsetzungen der Kommunisten waren dem entgegengesetzt: den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen und den Kampf in Richtung auf die Zerschlagung der herrschenden Ordnung zu führen. Aktionsrichtlinien und Aktionsboden mussten deshalb darauf bedacht sein, eine absolute Bewegungsfreiheit der kommunistischen Partei sicherzustellen; andernfalls würden die Kommunisten entweder als mitverantwortlich für die von den Sozialdemokraten verursachte Niederlage der Einheitsfront-Aktion er-

scheinen und somit trotz all ihrer Propagandabemühungen den Massen ein völlig entstelltes Bild der kommunistischen Perspektive geben, oder sie würden durch ihre Abhängigkeit von der Sozialdemokratie im entscheidenden Zeitpunkt gelähmt werden und somit ihr Ziel einer Ausweitung und ausschließlichen Führung der Aktion verfehlen. Daher unsere Forderung, daß der Aufruf zur Einheitsfront nicht an die bürgerlichen "Arbeiterparteien" sondern an Organisationen gerichtet werden sollte, die - wie die Gewerkschaften - Massenorganisationen waren, deren Führung man kraft der Aktion und im Laufe der Aktion erobern konnte. Daher auch unsere Forderung, keineswegs auf Führungsorgane aus Delegationen der verschiedenen Parteien zu steuern und sogar den Eindruck zu vermeiden, die Kommunisten seien der Ansicht, man könne die Einheitsfront "von oben" aufbauen. Jede Abhängigkeit der Kommunisten von solchen mehrparteilichen Führungsorganen, jede kommunistische Disziplin ihnen gegenüber, würde die Einheitsfront zum Scheitern bringen und den Aktionsspielraum der revolutionären Partei bis zur Lähmung einengen. Daher schließlich auch unsere Forderung, daß die Losung der "Arbeiterregierung" (die übrigens nur bei gleichzeitiger unaufhörlicher Propaganda des Prinzips der Diktatur des Proletariats zulässig wäre) unmißverständlich definiert werden sollte. Es musste allen kommunistischen Militanten (und ebenso der Arbeiterklasse, die dazu geführt werden muß, in der kommunistischen Partei die Partei der Revolution, die Partei des Bruches mit dem Reformismus, der Demokratie und dem Parlamentarismus zu erkennen) absolut klar sein, daß die Arbeiterregierung auf keinen Fall eine parlamentarische Koalition darstellen konnte.

Die Anzeichen für eine negative Entwicklung, wie die oben geschilderte, waren 1922 bereits vorhanden. 1923 haben die kommunistische Partei und das Proletariat vor allem (aber nicht nur) in Deutschland die verheerenden Folgen dieser Politik in Form von Niederlagen erlebt, von denen sie sich in Anbetracht der seitdem in Rußland stattfindenden Entwicklung nicht mehr erholen konnten.

Es war also kein manisches "Reinheitsstreben", kein Ideal einer "logischen" Folgerichtigkeit, das unseren Stellungnahmen zur Taktik der kommunistischen Partei zugrundelag, sondern äußerst "konkrete" und "realpolitische" Überlegungen. Ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Aktion. Ebenso wahr ist es aber, daß die Aktion, wenn sie nicht fest und eindeutig in dieser Theorie verankert ist und orthodox dieser Theorie entspringt, ihrerseits verformend auf die Theorie zurückschlägt. Die Verteidigung der Theorie und des Programms ist eine *Daseinsbedingung* der kommunistischen Partei. Außerhalb der richtigen Taktik gibt es aber keine Möglichkeit, Theorie und Programm zu verteidigen. Die Orthodoxieversuche verkümmern notwendigerweise zur Demagogie und müssen notwendigerweise dem Revisionismus Platz machen, ist dieser ja der einzige Bereich, wo prinzipielle politische Fehler ihre "Rechtfertigung" finden können. Dafür sollte der Stalinismus bereits ein paar Jahre später schlagende Beweise liefern.

Die taktischen Abweichungen mußten zwangsläufig auf den politischen Zusammenhalt und die organisatorische Disziplin der Weltpartei und ebenso auf ihre internationale Führung zurückwirken und gleichzeitig die mühevoll geknüpften Bindungen zu den kämpferischsten Avantgarde der Arbeiterklasse und demzufolge zu den breiteren Arbeiterschichten zerreißen. Selbst die "Disziplinarkrisen", die die Komintern zu zersetzen anfangen, waren *mindestens teilweise* Ausdruck der Unbestimmtheit und Widersprüchlichkeit (wie oben dargelegt, benutzen wir diese Worte keineswegs in ihrem formal-logischen, sondern in ihrem dialektischen Sinn) der sich wechselseitig ablösenden Direk-

tiven. Die zweifellos gute Absicht, mit der Männer wie Sinowjew und Radek diese Direktiven erteilten, konnten ihr Ergebnis nicht beeinflussen. Der berechtigte Eifer, eine leider stagnierende Situation in Bewegung zu bringen und zu beschleunigen, konnte die gefährlichen Auswirkungen der Direktiven nicht verhindern, zumal diese auf Parteien trafen, die aufgrund ihres zweifelhaften Ursprungs und ihrer übereilten und demzufolge eklektischen Zusammensetzung ein ganzes Erbe von langjährigen parlamentarischen und demokratischen Traditionen mit sich schleppten; diese Parteien bildeten das geeignete Terrain für die kompromißlerischste Anwendung der jeweils beschlossenen Taktik.

Die kommunistischen Parteien hätten immer mehr auf die Höhe gebracht werden müssen, die die bolschewistische Partei in der Vorbereitung und Durchführung der ganzen russischen Revolution erklimmen hatte. Die Komintern sollte die Schmiede solcher Parteien sein. Die große Gefahr - die Anfang der zwanziger Jahre noch keine Wirklichkeit war, versteht sich - lag darin, daß die Komintern zum Opfer der mangelnden theoretischen, programmatischen und organisatorischen Reife dieser Parteien würde - und die "Unbestimmtheit" der taktischen Linie konnte, wie wir gesehen haben, nur dazu beitragen, diese Mängel zu verewigen. Die Komintern sollte sich zur einzigen Weltpartei emporrichten. Die Gefahr lag darin, daß sie stattdessen in eine Art von Föderalismus zurückfallen würde - und der breite Spielraum, der den Sektionen für die Auslegung und Anwendung der zentralen Aktions- und Organisationsrichtlinien zugestanden wurde, konnte dies nur begünstigen. Schließlich lag die Gefahr darin, daß dies alles zu einer Schwächung des russischen Bollwerks führte. Das Schicksal Rußlands war für die internationale Bewegung entscheidend. Die Diktatur des Proletariats mußte umso mehr gestärkt werden, als die Perspektiven eines kurzfristigen Sieges im Westen verschwanden, und Rußland gezwungen war, die ernste, schwierige und gefährliche Phase der NÖP allein zu bewältigen. Man mußte kämpfen, um diesen Gefahren entgegenzutreten - nicht dadurch, daß man, wie viele anarchoide "westliche Kommunisten", das Schlachtfeld verließ (und sie taten es bereits seit 1921!), sondern im Gegenteil in den Reihen der Internationale, der höchsten Errungenschaft des Weltproletariats in einem Jahrhundert von Klassenkämpfen, und zwar bis die letzte Perspektive einer Wiederaufrichtung verschwunden wäre.

In dieser beherrschlichen Treue zum Prinzip der *kommunistischen Zentralisierung und Disziplin* und in dem ebenso von den Prinzipien diktierten, kontinuierlichen *Beitrag* zur Lösung der schwierigen Probleme der Taktik und somit schließlich auch der Strategie liegt sozusagen das "Geheimnis" der "italienischen" Linke, liegt ihre große Lehre. Seit 1922 (und bei einigen Punkten sogar früher) warnte sie unaufhörlich vor der "opportunistischen Gefahr in der kommunistischen internationale"; aber sie verließ nicht die internationale, denn sie war sich dessen voll bewußt, daß die kommunistische Weltbewegung nur *auf dem Boden und auf den ursprünglichen Grundlagen* der internationale vorwärts kommen und *notfalls wiederentstehen* konnte, daß nur auf diesem Boden, auf diesen Grundlagen, die bolschewistische Diktatur in Rußland vor dem drohenden, inneren und vor allem ausländischen, konterrevolutionären Kräften zu retten war.

o°o

Der Zusammenbruch konnte nicht verhindert werden. Selbstverständlich behaupten wir nicht, daß die taktischen Unzulänglichkeiten und Fehler *an sich* den katastrophalen Sieg des Stalinismus determinier-

ten. Einerseits haben diese Fehler selbst ihre materiellen Ursachen, andererseits reichen die Ursachen der stalinistischen Konterrevolution viel weiter. Was wir behaupten, ist, daß die taktischen Unbestimmtheiten und Fehler (und die damit zusammenhängenden Abweichungen in der Frage der internationalen Organisation) die Widerstandsfähigkeit der Komintern und der bolschewistischen Macht schwächten, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den feindlichen politischen und sozialen Kräften, unter deren objektiven Druck sie standen - und man verspielte immer mehr die Möglichkeit, sie mit einer Barriere von "Antikörpern" vor diesen Kräften zu schützen. Darin liegt ein weiterer Beweis für die materialistische These, daß die taktischen und organisatorischen Mittel keineswegs "neutral" sind: einmal in Aktion umgesetzt, sind sie doch *objektive historische Faktoren* und wirken als solche notwendigerweise auf den zurück, der sie angewendet hat.

Die damalige Auseinandersetzung - und dies gilt an erster Stelle für die bolschewistische Partei - war ein Kampf unter Genossen und für Genossen; als solcher mußte er bis zu Ende geführt werden. An diesen Kampf knüpft die heutige Partei an: es geht um die Verteidigung der mit den Bolschewiki geteilten Positionen, aber ebenso sehr um die Verteidigung von taktischen Richtlinien, die eine tragische historische Erfahrung bestätigt hat. Außerhalb dieses Kampfes - und man muß wiederholen, daß wir ihn im Westen als einzige führten - gibt es nur den Rückfall in den Demokratismus, in den Opportunismus und schließlich in den Antimarxismus.

(1) Die alte sozialistische Partei Italiens war seit März 1919 der III. Internationale beigetreten. Sie wurde auch als Mitgliedspartei zum 2. Weltkongreß eingeladen, weil die *zentristische* Natur ihres Mehrheitsflügels (abgesehen von der ultrareformistischen Natur des rechten Flügels von Tura ti) den Führern der Komintern noch nicht restlos klar war. Aus diesem Grunde mußte die kommunistische Fraktion (die Linke) zunächst innerhalb der SPI kämpfen und die Spaltung vorbereiten, was in Einklang mit den Beschlüssen des 2. Weltkongresses geschah.

(2) Die Freimaurer verpesteten die italienische Arbeiterbewegung bis in die zwei ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts.

(3) Die Thesen der wahlboykottistischen Fraktion behandeln z.B. nicht die koloniale und nationale Frage und die Agrarfrage. Diese Fragen wurden von den bolschewistischen Thesen des 2. Weltkongresses restlos und endgültig geklärt. Auf der Grundlage dieser Thesen hat die Linke in der Folge diese Fragen wiederholt behandelt.

(4) Zu dieser Frage siehe "Bulletin der IKP" Nr. 7/8, August 1975, und Nr. 12, Oktober 1976.

(5) Wie Lenin auf dem 3. Kongreß der Komintern und unmittelbar danach klären mußte, handelt es sich nicht um die statistisch verstandene, abstrakte "Mehrheit".

THESEN DER KOMMUNISTISCHEN WAHLBOYKOTTISTISCHEN FRAKTION DER
SOZIALISTISCHEN PARTEI ITALIENS - MAI 1920

1. Der Kommunismus ist die Lehre der sozialen und historischen Bedingungen für die Befreiung des Proletariats.

Die Ausarbeitung dieser Lehre begann in der Zeit der ersten proletarischen Bewegungen gegen die Folgen der bürgerlichen Produktionsweise. Sie nahm ihre endgültige Gestalt an in der marxistischen Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsform, in der Methode des historischen Materialismus, in der Theorie des Klassenkampfes und in der Auffassung, wie der historische Prozeß der proletarischen Revolution, des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, verlaufen wird.

2. Diese Lehre, deren erster und grundlegender systematischer Ausdruck das *Manifest der Kommunisten* von 1847 ist, liegt der Bildung der kommunistischen Partei zugrunde.

3. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die auf dem Privatbesitz an Produktions- und Tauschmitteln, der privaten Aneignung der Produkte der kollektiven Arbeit, der freien Konkurrenz und dem privaten Handel beruhen, zwingen dem Proletariat eine in der heutigen geschichtlichen Periode immer unerträglichere Lebenslage auf.

4. Die politischen Einrichtungen des Kapitalismus, d.h. der Staat mit seinem demokratisch-repräsentativen System, entsprechen diesen ökonomischen Verhältnissen. In einer in Klassen geteilten Gesellschaft ist der Staat die organisierte Macht der ökonomisch privilegierten Klasse. Obwohl die Bourgeoisie die Minderheit der Gesellschaft darstellt, bildet der demokratische Staat das System der organisierten Waffengewalt zur Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

5. Der Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung nimmt in der Geschichte verschiedene Formen an: von der gewaltsamen Zerstörung der Maschinen zur Berufsorganisation für die Besserung der Arbeitsbedingungen, zu den Betriebsräten und den Versuchen von Besitzergreifung der Betriebe.

Durch alle diese einzelnen Aktionen nimmt das Proletariat Kurs auf den entscheidenden revolutionären Kampf gegen die Macht des bürgerlichen Staates, welcher die Zerstörung der bestehenden Produktionsverhältnisse verhindert.

6. Dieser revolutionäre Kampf ist der Kampf der ganzen proletarischen Klasse gegen die ganze bürgerliche Klasse. Sein Instrument ist die politische Klassenpartei, die kommunistische Partei. Die kommunistische Partei verwirklicht die bewußte Organisation jener Vorhut des Proletariats, die begriffen hat, daß man die Interessen einzelner Gruppen, Berufszweige oder Nationalitäten überwinden muß, daß man die begrenzten Vorteile und Errungenschaften, die das Wesen der bürgerlichen Struktur nicht verletzen,

unter das Endziel des Kampfes unterordnen muß, um die eigene Aktion zu vereinigen.

Erst die Organisation als politische Partei ermöglicht folglich die Bildung des Proletariats zur Klasse, die für ihre Befreiung kämpft.

7. Ziel der Aktion der kommunistischen Partei ist der gewaltsame Sturz der bürgerlichen Herrschaft, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Organisation als herrschende Klasse.
8. Die Organisation der Bourgeoisie als herrschende Klasse nimmt die Form der parlamentarischen Demokratie an, in der Bürger aller Klassen vertreten werden. Die Organisation des Proletariats als herrschende Klasse wird dagegen in der Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck finden, d.h. in einer Staatsform, deren Vertretungsorgane (System der Arbeiterräte) ausschließlich von den Angehörigen der Arbeiterklasse (Industrieproletariat und arme Bauern) bestimmt werden. Die Bourgeoisie wird vom Wahlrecht ausgeschlossen.
9. Nach der Zertrümmerung des alten Verwaltungs-, Polizei- und Militärapparates wird der proletarische Staat die bewaffneten Kräfte der Arbeiterklasse in einer Organisation vereinigen, die dazu bestimmt ist, einerseits alle konterrevolutionären Bestrebungen der entmachteten Klasse zu unterdrücken, andererseits die despotischen Eingriffe in die bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse durchzuführen.
10. Der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Wirtschaftsform wird einen sehr komplexen Prozeß darstellen; seine Phasen werden je nach den gegebenen Bedingungen der ökonomischen Entwicklung verschieden sein. Dieser Prozeß führt zum kollektivem Besitz und zur kollektiven Nutzung der Produktionsmittel durch die ganze vereinte Menschengemeinschaft, zur zentralen und rationalen Aufteilung der Produktivkräfte auf die verschiedenen Produktionszweige und zur zentralen kollektiven Leitung der Verteilung der Produkte.
11. Sobald die kapitalistischen Produktionsverhältnisse völlig abgeschafft sind, wird die Aufhebung der Klassen eine vollendete Tatsache sein; auch der Staat als politischer Machtapparat wird nach und nach durch die rationale gemeinschaftliche Koordinierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten ersetzt sein.
12. Der Prozeß der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse wird von einer umfangreichen Reihe sozialer Maßnahmen begleitet werden, die auf dem Prinzip beruhen, daß die Kollektivität sich um die materielle und geistige Existenz aller ihrer Mitglieder zu kümmern hat. So werden nach und nach alle degenerativen Merkmale verschwinden, die das Proletariat von der kapitalistischen Welt erbt, und - um es mit den Worten des *Manifests der Kommunisten* zu sagen - "an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen wird eine Assoziation treten, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller sein wird".
13. Die Bedingungen für den Sieg der proletarischen Macht im Kampf für die Verwirklichung des Kommunismus bestehen nicht so sehr

in der rationellen Verwendung der Fachleute für die technischen Aufgaben, als vielmehr darin, die politischen und Kontrollposten des Staatsapparates denjenigen anzuvertrauen, die die allgemeinen Interessen und den Endsieg des Kommunismus den Einflüssen der beschränkten und besonderen Gruppeninteressen voranstellen.

Da die kommunistische Partei eben die Organisation jener Proletariats ist, die ein solches Klassenbewußtsein haben, wird sie das Ziel verfolgen, durch Propagandaarbeit ihren Mitgliedern die Wahlämter der Gemeinwesens zu sichern. Die Diktatur des Proletariats wird folglich die Diktatur der kommunistischen Partei sein. Diese wird aber keine Regierungspartei im althergebrachten Sinn sein, da die Kommunisten im vollkommenen Gegensatz zu den Regierungsparteien der alten Oligarchien sich jene Ämter aufbürden werden, die die größten Entsagungen und Opfer verlangen; sie werden den härtesten Teil der revolutionären Arbeit auf sich nehmen, die dem Proletariat in dem ungeheuren Kampf um eine neue Welt bevorstehen.

ii.

1. Die aufgrund ihrer spezifischen Methode ununterbrochen entwickelte kommunistische Kritik und die Propagierung der durch sie gewonnenen Erkenntnisse verfolgen das Ziel, den Einfluß auszurotten, den die Ideologien anderer Klassen und Parteien auf das Proletariat ausüben.

2. Der Kommunismus räumt zunächst mit den idealistischen Auffassungen auf. Diese Auffassungen erblicken in der Welt des Geistes und der Gedanken die Ursache und nicht das Resultat der wirklichen Lebensverhältnisse der Menschheit und ihrer Entwicklung. Sie gehören zum ideologischen Arsenal der Klassen, die vor der Bourgeoisie herrschten. Die Herrschaft dieser Klassen beruhte auf einer kirchlichen, adligen oder dynastischen Organisation und ließ sich nur mit vorgeblichen göttlichen Berufungen rechtfertigen.

Die Bourgeoisie führte zunächst einen Zerstörungskampf gegen diese alten Ideologien, um sie später in neuen Formen in ihre eigenen Reihen wiederaufzunehmen. Darin liegt ein Zeichen für den Verfall der modernen Bourgeoisie.

Ein auf idealistischer Basis gründender Kommunismus ist also eine unannehmbare Sinnlosigkeit.

3. In noch bezeichnenderer Weise stellt der Kommunismus die kritische Zerstörung der Weltanschauung des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie dar. Die juristische Behauptung der Gedankenfreiheit und der politischen Gleichheit aller Bürger sowie die Auffassung, daß die auf dem Mehrheitsprinzip und dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden Institutionen die Grundlage für einen unbegrenzten und stufenweisen Fortschritt des Gemeinwesens darstellen, bilden in der Tat die typische Ideologie einer auf Privatwirtschaft und freier Konkurrenz beruhenden Gesellschaftsordnung.
4. Zu den Illusionen der bürgerlichen Demokratie gehört die Auffassung, daß die Lebensbedingungen der Massen verbessert werden können, wenn die herrschenden Klassen und ihre Organe die Erziehung und Bildung fördern. Bedingung für die Hebung des geisti-

gen Niveaus großer Massen ist jedoch ein sehr hoher materieller Lebensstandard, der mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung unvereinbar ist. Andererseits sucht die Bourgeoisie durch ihre Schulen eben jene Ideologien zu verbreiten, die die Massen davon abhalten, in den bestehenden Institutionen das Hindernis ihrer Befreiung zu erkennen.

5. Eine weitere Grundbehauptung der bürgerlichen Demokratie ist das Nationalitätsprinzip. Die Bildung nationaler Staaten entspricht den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Sie kann sich dadurch bei der Errichtung ihrer eigenen Macht der nationalen und patriotischen Ideologien bedienen, um den Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Staat und den proletarischen Massen zu mildern und von der Tagesordnung zu entfernen, zumal diese Ideologien in der Anfangsperiode des Kapitalismus gewisse gemeinsame Interessen der Menschen gleicher Rasse, Sprache und Sitten zum Ausdruck bringen.

Der heutige nationale Irredentismus (Heim-ins-Reich-Bewegungen) beruht im wesentlichen auf bürgerlichen Interessen.

Die Bourgeoisie zögert nicht davor, das Nationalitätsprinzip mit Füßen zu treten, sobald die Entwicklung des Kapitalismus sie zur meistens gewaltsamen Eroberung der ausländischen Märkte zwingt, und folglich zwischen den großen Staaten den Kampf um diese Märkte auslöst. Der Kommunismus überwindet das Nationalitätsprinzip. Er zeigt, daß die besitzlosen Arbeiter sich gegenüber ihren Arbeitgebern in derselben Lage befinden, unabhängig von der Nationalität der einen oder der anderen. In der kommunistischen Auffassung wird die Organisationsform des Proletariats nach der Machteroberung eine internationale Vereinigung sein.

Im Licht der kommunistischen ^{betrachtet} Kritik wurde der Weltkrieg (1914 - 1918) vom kapitalistischen Imperialismus hervorgerufen. Die Versuche, diesen Krieg vom Standpunkt des einen oder des anderen bürgerlichen Staates als Verteidigung der nationalen Rechte einiger Völker, als einen Krieg der demokratisch fortgeschrittenen Staaten gegen andere, in vorkapitalistischen Formen organisierte Staaten, oder schließlich als Verteidigungskrieg gegen einen feindlichen Angriff zu rechtfertigen, stürzen somit ins Bodenlose.

6. Der Kommunismus steht auch in Opposition zu den Ansichten des bürgerlichen Pazifismus und zu den Wilson'schen Illusionen über die Möglichkeit eines auf Abrüstung und Schiedsgerichten beruhenden Staatenbundes, der von der Utopie einer Unterteilung der Staatseinheiten je nach Nationalität genährt wird. Erst die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Internationale Kommunistische Republik wird die Kriege unmöglich machen und die nationalen Fragen lösen.
7. Andererseits stellt der Kommunismus die Überwindung der Anschauungen des utopischen Sozialismus dar. Um die Mängel der bestehenden Ordnung zu beheben, entwarfen die Utopisten detaillierte Pläne einer Zukunftsgesellschaft, die durch die Initiative der Mächtigen und das Sendungsbewußtsein der Philantropen verwirklicht werden sollten. Sie brachten ihre Pläne und die Untersuchung ihrer Durchführungsmöglichkeit in keinen Zusammenhang zur realen geschichtlichen Entwicklung.
8. Im Rahmen der Ausarbeitung einer eigenen theoretischen Auffassung der Gesellschaft und der Geschichte durch das Proletariat, einer Auffassung, die imstande sei, als Leitfaden für seine Ak-

tion gegen die Lebensverhältnisse der kapitalistischen Welt zu dienen, entstehen immer wieder Schulen und Strömungen, die mehr oder weniger den Einfluß der unreifen Kampfbedingungen oder der verschiedensten bürgerlichen Vorurteile widerspiegeln. Die Folge davon sind Fehler und Mißerfolge der proletarischen Aktion. Dieses Erfahrungsmaterial dient jedoch der kommunistischen Bewegung dazu, die Theorie und die Taktik immer genauer zu formulieren, sie von allen anderen, im Schoß des Proletariats sprießenden Strömungen klar zu unterscheiden und letztere offen zu bekämpfen.

9. Die Bildung von Produktionsgenossenschaften, deren Kapital der Belegschaft gehört, stellt keinen Weg für die Abschaffung des kapitalistischen Systems dar. Der Ankauf der Rohstoffe und der Absatz der Produkte werden in solchen Betrieben nach den Gesetzen der Privatwirtschaft abgewickelt. Das Genossenschaftskapital wird also unvermeidlich dem Kredit und folglich der Kontrolle durch das Privatkapital unterworfen.
10. Die Kommunisten betrachten die ökonomischen Berufsorganisationen weder als ausreichendes Instrument des revolutionären proletarischen Kampfes, noch als grundlegende Organe der kommunistischen Wirtschaft.

Die Organisation in Berufsgewerkschaften dient dazu, die Konkurrenz unter den Arbeitern des gleichen Berufes auszuschalten, um eine Senkung der Löhne auf ein sehr niedriges Niveau zu verhindern. Sie kann aber weder die Abschaffung des kapitalistischen Profits durchsetzen, noch die Arbeiter aller Berufszweige gegen die Privilegien der bürgerlichen Macht vereinigen. Andererseits würde auch die einfache Übertragung des Betriebseigentums von den Händen der privaten Unternehmer auf die der Arbeitergewerkschaft keineswegs das ökonomische Programm des Kommunismus erfüllen. Das Eigentum muß auf die gesamte Kollektivität des Proletariats übertragen werden. Das ist der einzige Weg, um den privatwirtschaftlichen Charakter der Aneignung und Verteilung der Produkte abzuschaffen.

Die Kommunisten betrachten die Gewerkschaft als Kampfplatz für die ersten Erfahrungen des Proletariats, das dadurch voranschreiten kann, um sich auf die Ebene der Theorie und Praxis des politischen Kampfes, dessen Instrument die Klassenpartei ist, zu stellen.

11. Die Auffassung, die Revolution sei eine Frage der Organisationsform des Proletariats nach dem Muster der Gruppierungen, die sich aus einer gemeinsamen Lage bzw. gemeinsamen Interessen im Netz der kapitalistischen Produktion unmittelbar ergeben, ist im allgemeinen falsch.

Das wirksame Instrument für die Befreiung des Proletariats entsteht daher nicht aus einer Änderung der Struktur der ökonomischen Organisationen.

Die Betriebsgewerkschaften oder Betriebsräte entstehen, um die Interessen der Proletarier in den einzelnen Betrieben zu verteidigen, sobald die Möglichkeit auftaucht, die Unternehmerwillkür einzuschränken. Der Erwerb eines mehr oder minder ausgedehnten Rechtes zur Produktionskontrolle durch diese Organisationen läßt sich jedoch mit dem kapitalistischen System vereinbaren und könnte daher als konservatives Mittel dienen.

Selbst wenn die Betriebsführung in die Hände der Betriebsräte

übergänge, so würde das (im Einklang mit dem, was wir über die Gewerkschaften sagten) nicht den Anbruch des kommunistischen Systems bedeuten. Der echten kommunistischen Auffassung zufolge wird sich die Arbeiterkontrolle über die Produktion erst nach dem Sturz der bürgerlichen Macht verwirklichen, und zwar als Kontrolle der Produktion aller Betriebe durch das gesamte, im Rätestaat vereinigte Proletariat. Die kommunistische Produktionsleitung wird alle Produktionszweige und -einheiten erfassen; sie wird von rationellen kollektiven Organen getragen werden, die die Interessen aller für den Aufbau des Kommunismus vereinigten Arbeiter vertreten.

12. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse können durch den Eingriff der bürgerlichen Staatsmacht nicht verändert werden.
Die Übernahme von Privatbetrieben durch den Staat oder die Gemeinden entspricht daher keineswegs der kommunistischen Auffassung. Diese Überführung wird immer von der Entschädigung des alten Besitzers begleitet, der somit sein Ausbeuterrecht voll bewahrt. Die Betriebe selbst funktionieren weiterhin als Privatbetriebe im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Der bürgerliche Staat benutzt sie oft als geeignetes Mittel für die Erhaltung und Verteidigung des Kapitalismus.
13. Wer die Auffassung vertritt, daß die kapitalistische Ausbeutung unter dem Druck der Vertreter der proletarischen Partei innerhalb der Staatsorgane oder unter dem Druck von Massenkundgebungen durch Gesetzesänderungen und Reformmaßnahmen der bestehenden politischen Institutionen schrittweise gemildert und schließlich abgeschafft werden kann, macht sich zum Komplizen der Bourgeoisie, zum Komplizen der Verteidigung ihrer Privilegien - denn zuweilen gibt die Bourgeoisie einen winzigen Teil ihrer Privilegien scheinbar ab, um die Unzufriedenheit der Massen zu beschwichtigen und deren revolutionären Kampf von den Fundamenten des kapitalistischen Regimes abzulenken.
14. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat stellt das eigentliche Ziel des Kampfes dar, sie kann aber nicht durch die Eroberung von parlamentarischen Mehrheiten erzielt werden.
Die Bourgeoisie stützt sich in erster Linie auf den Exekutivapparat des Staates, der ihr auch dazu dient, sich die Mehrheiten in den gewählten Institutionen zu sichern. Diese Mehrheiten setzen sich zusammen aus ihren direkten Delegierten und aus Leuten, die sich in ihre Hände und unter ihre Kontrolle begeben haben, um in diese Institutionen hineinzukommen. Wenn man diesen Institutionen angehört, muß man sich außerdem verpflichten, die rechtlichen und politischen Grundlagen der bürgerlichen Verfassung zu respektieren. Diese Verpflichtung hat zwar nur einen formalen Wert. Die Bourgeoisie wird aber nicht ohne weiteres die Macht aus den Händen geben und ihren bürokratischen und militärischen Herrschaftsapparat zerstören lassen. Sie wird sie im Gegenteil mit wirklichen Mitteln - mit Waffen - verteidigen und den Eid der proletarischen Abgeordneten als Alibi benutzen, um sich von der sie ohnehin nicht sonderlich beeindruckenden Beschuldigung des Legalitätsbruches rein zu waschen.

15. Es genügt nicht, die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands für die Eroberung der Macht anzuerkennen. Der zentrale kommunistische Begriff ist die Diktatur des Proletariats. Das Programm der proletarischen Macht sieht daher kein Vertretungsrecht für die Bourgeoisie in den neuen politischen Organen vor, z.B. in Form einer verfassungsgebenden Versammlung oder einer Kombination aus einer solchen Versammlung mit dem Rätssystem - dies wäre unannehmbar. Die Bourgeoisie darf keine Anknüpfungspunkte behalten, von denen aus sie die Zusammensetzung der Organe des expropriierenden proletarischen Staates in irgendeiner Form beeinflussen könnte. Der Prozeß der Expropriation der Bourgeoisie wäre sonst sofort gefährdet. Die Bourgeoisie würde den ihr aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer technischen und intellektuellen Vorbereitung unvermeidlich verbleibenden Einfluß ausnützen können, um eine politische Tätigkeit im Hinblick auf die Wiederaufrichtung ihrer Macht durch eine Konterrevolution zu entfalten. Dasselbe gilt auch hinsichtlich einer Vereins-, Propaganda- und Pressefreiheit für die Bourgeoisie: auch hier würde jedes demokratische Gleichbehandlungsvorurteil zu den gleichen Folgen führen.
16. Das System der Arbeiterräte wird gerade durch den Ausschluß der Bourgeoisie vom Wahlrecht gekennzeichnet; andererseits werden seine zentralen Organe nicht nach Berufen sondern nach Bezirken, Städten usw. zusammengesetzt. Das Programm einer politischen Organisationsform auf der Grundlage von Delegationen der verschiedenen Berufsgruppen aller Gesellschaftsklassen würde daher nicht einmal in der Form einen Schritt in Richtung auf das System der Arbeiterräte bedeuten - eine derartige Vertretungsform bildete vielmehr eine Vorstufe der heutigen parlamentarischen Demokratie.
17. Auch der Anarchismus steht in einem tiefen Gegensatz zum Kommunismus. Der Anarchismus strebt nach der sofortigen Einführung einer Gesellschaft ohne Staat und ohne politische Organisation. Er stellt sich die zukünftige Wirtschaftsordnung als autonomes Funktionieren der einzelnen Produktionseinheiten vor und verwirft jede zentrale Organisation und Planung der menschlichen Tätigkeiten im Bereich der Produktion und Verteilung. Eine solche Auffassung unterscheidet sich kaum von der bürgerlichen Privatwirtschaft. Sie bleibt dem wesentlichen Inhalt des Kommunismus fremd. Was die sofortige Abschaffung des Staates als politischer Machtapparat angeht, so bedeutet sie den Verzicht auf jeglichen Widerstand gegen die Konterrevolution, es sei denn, sie geht von der Voraussetzung aus, daß man die Klassen sofort aufheben kann, d.h. daß der Aufstand gegen die bürgerliche Staatsmacht und die sogenannte revolutionäre Expropriation gleichzeitig stattfinden werden. Das ist aber nicht im entferntesten möglich. Die Aufgaben des Proletariats bei der Ersetzung der heutigen Wirtschaftsordnung durch die kommunistische sind äußerst vielseitig und schwierig. Dieser Prozeß muß von einem zentralen Organ geleitet werden, das die allgemeinen Interessen des Proletariats koordiniert und allen lokalen und besonderen Interessen voranstellt, aus denen der Kapitalismus seine größte Erhaltungskraft schöpft.

NEUERSCHEINUNGEN

PROGRAMME COMMUNISTE
=====

Nr. 72, Dezember 1976

- Chine: la révolution bourgeoise a été faite, la révolution prolétarienne reste à faire
- Le tournant des Fronts populaires ou la capitulation du stalinisme devant l'ordre établi (1934 - 1938)
- Gramsci, "L'Ordine Nuovo" et "Il Soviet" (II)
- Cours de l'imperialisme mondial

Preis: FF 10,-- DM 5,--

EL PROGRAMA COMUNISTA
=====

Nr. 22, Dezember 1976

- Desde el Líbano hasta Sudáfrica pasando por Europa: las consecuencias extremas y devastadoras de la contrarrevolución staliniana
- Las Tesis de la Izquierda:
Introducción
El curso histórico del movimiento de clase del proletariado. Guerras y crisis oportunistas
- Propiedad y Capital
- Elementos de crítica política y de apreciación histórica de la Junta de Coordinación Revolucionaria latinoamericana

Preis: 50 Pts DM 2,50

DIE KOMMUNISTEN UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTION IN NORD-
===== UND LATEINAMERIKA =====
=====

- Der "Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern an die Arbeiter Nord- und Südamerikas" (November 1920) und die Vorbereitung der künftigen Revolution -
- revolutionäre Vorbereitung und proletarische Solidarität
- der amerikanische Imperialismus und die Weltrevolution
- Lateinamerika: Kolonialbasis des amerikanischen Imperialismus
- die amerikanische Revolution
- die revolutionären Aufgaben in den USA
- die dringenden revolutionären Aufgaben in Lateinamerika. Zentrale Aufgabe: die Bildung der Partei
- die Agrarfrage in Lateinamerika

16 Seiten - DM 0,50

III.

1. Die kommunistische Auffassung und der ökonomische Determinismus machen die Kommunisten keineswegs zu passiven Zuschauern der geschichtlichen Entwicklung, sondern im Gegenteil zu unermüdlichen Kämpfern. Der Kampf und die Aktion wären jedoch unwirksam, wenn sie sich von den Ergebnissen der Theorie und der kritischen Erfahrung des Kommunismus lossagen würden.
2. Die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten beruht auf der Organisation eines Teils des Proletariats als Partei, nämlich jener Proletarier, die das Bewußtsein der kommunistischen Prinzipien mit der Entschlossenheit vereinen, alle ihre Kräfte der Sache der Revolution zu widmen.

Die Partei organisiert sich auf internationaler Ebene und handelt auf der Grundlage der Disziplin gegenüber den Entscheidungen der Mehrheiten und der von diesen Mehrheiten zur Führung der Bewegung bestimmten Zentralorgane.

3. Die Propaganda und die Rekrutierung sind wesentliche Tätigkeiten der Partei, die vor der Aufnahme von neuen Mitgliedern die höchste Sicherheit verlangt. Die kommunistische Bewegung stützt den Erfolg ihrer Aktion auf die Verbreitung ihrer Prinzipien und Ziele und kämpft im Interesse der übergroßen Mehrheit der Gesellschaft. Sie macht aus der Zustimmung der Mehrheit jedoch keine Vorbedingung ihres Handelns. Der Maßstab für den günstigen Zeitpunkt für die Durchführung von revolutionären Aktionen liegt in der objektiven Einschätzung der eigenen und der gegnerischen Kräfte mit ihren vielen zusammenwirkenden Faktoren, worunter die Zahl weder der einzige noch der wichtigste ist.
4. Die kommunistische Partei entfaltet eine intensive Untersuchungsarbeit und Kritik in enger Verbindung mit den Bedürfnissen der Aktion und mit der historischen Erfahrung; sie bemüht sich, diese Arbeit auf einer internationalen Grundlage zu organisieren. Sie propagiert bei jeder Gelegenheit und mit allen möglichen Mitteln die Ergebnisse der eigenen Kritik und Erfahrung und widerlegt die gegnerischen Strömungen und Parteien. Sie entfaltet ihre Propaganda in erster Linie unter den proletarischen Massen und in den Organisationen, die die Proletarier zum Schutz ihrer unmittelbaren Interessen bilden, und versucht, das Proletariat an sich zu ziehen; dies gilt umso mehr, wenn die Massen sich in Bewegung setzen, um auf die ihnen vom Kapitalismus aufgezwungene Lage zu reagieren.
5. Die Kommunisten gehen daher in die proletarischen Genossenschaften, Gewerkschaften und Betriebsräte ein, bilden kommunistische Arbeitergruppen in diesen Organisationen und bemühen sich, die Mehrheit und die führenden Posten zu erobern, damit die in solchen Vereinigungen organisierten proletarischen Massen die eigene Aktion den höchsten politischen und revolutionären Zielen des Kampfes für den Kommunismus unterstellen.
6. Die kommunistische Partei hält sich hingegen fern von allen Einrichtungen und Vereinen, deren Proletarier und Bourgeois in gleicher Weise teilnehmen, oder schlimmer, deren Führung und Schirmherrschaft der Bourgeoisie gehört (Hilfsvereine, Wohltätigkeitsvereine, Bildungsvereine, Volkshochschulen, Freimaurervereine usw.). Die Partei bekämpft die Tätigkeit und den Einfluß dieser Organisationen, damit die Proletarier sich von ihnen entfernen.
7. Die Teilnahme an den Wahlen für die Organe der bürgerlichen Demokratie und die parlamentarische Tätigkeit bergen in jeder Epoche die ständige Gefahr von Abweichungen in sich. In jener Periode, in der sich die Möglichkeit des Sturzes der bürgerlichen Herrschaft noch nicht abzeichnete und die Aufgabe der Partei auf die Kritik und Opposition beschränkt war, konnten sie jedoch für die Propaganda und die Bildung der Bewegung benutzt werden. In der heutigen Periode, die

durch das Ende des Weltkriegs, die ersten kommunistischen Revolutionen und die Entstehung der Dritten Internationale eröffnet wurde, setzen die Kommunisten die revolutionäre Eroberung der Macht als direktes Ziel der politischen Aktion des Proletariats aller Länder; alle Kräfte und die gesamte Vorbereitungsarbeit müssen diesem Ziel gewidmet werden.

In dieser Periode ist jede Teilnahme an den Vertretungsorganen der bürgerlichen Demokratie unzulässig. Diese Organe treten als ein mächtiges Verteidigungsmittel der Bourgeoisie gegen das Proletariat und selbst in den Reihen des Proletariats auf; als Gegensatz zu deren Struktur und Funktion verfechten die Kommunisten das System der Arbeiterräte und die Diktatur des Proletariats.

Aufgrund der großen Bedeutung, die die Wahlstätigkeit der Sozialistischen Partei Italiens in der Praxis einnimmt, kann sie unmöglich mit der Behauptung in Einklang gebracht werden, sie sei nicht das Mittel, um die Machteroberung, den Hauptzweck der Parteiaktion, zu erzielen; es ist außerdem unmöglich zu vermeiden, daß sie die gesamte Tätigkeit der Bewegung in Anspruch nimmt und so von der revolutionären Vorbereitung abbringt.

8. Auf dem Weg der Wahlen die Gemeinden und Lokalverwaltungen zu erobern, weist in noch größerem Maße dieselben Nachteile des Parlamentarismus auf. Darin liegt kein annehmbares Aktionsmittel gegen die bürgerliche Macht. Einerseits haben Gemeinde und Lokalverwaltungen keine wirkliche Macht, sondern unterstehen ganz und gar dem zentralen Staatsapparat. Andererseits würde die herrschende Bourgeoisie dadurch - selbst wenn sie heute durch die Behauptung des Prinzips der lokalen Autonomie (übrigens genau das Gegenteil des kommunistischen Prinzips der Zentralisierung der Aktion) ein bißchen in Verlegenheit gebracht werden kann - einen Stützpunkt für ihren Widerstand gegen die Errichtung der proletarischen Macht vorfinden können.
9. In der revolutionären Phase richtet sich die ganze Aktion der Kommunisten danach, die Massenbewegung zu steigern und mit Schlagkraft zu versehen. Sie ergänzen die Propaganda und Vorbereitung mit großen und häufigen proletarischen Kundgebungen, vor allem in den großen Städten, und versuchen, die ökonomischen Bewegungen für Demonstrationen politischer Natur zu nutzen, in denen das Proletariat seine Absicht, die bürgerliche Macht zu stürzen, erneut behauptet und stärkt.
10. Die kommunistische Partei bringt ihre Propaganda in die Reihen der bürgerlichen Armee. Der kommunistische Antimilitarismus beruht nicht auf einem sterilen Humanitätsgefühl. Er zielt im Gegenteil darauf ab, die Proletarier davon zu überzeugen, daß die Bourgeoisie sie für die Verteidigung der kapitalistischen Interessen bewaffnet und gegen die Sache des Proletariats einsetzt.
11. Die kommunistische Partei bereitet sich darauf vor, im revolutionären Krieg wie ein Generalstab des Proletariats zu wirken; sie muß daher ein eigenes Informations- und Kommunikationsnetz bilden; sie muß an erster Stelle die Bewaffnung des Proletariats unterstützen und organisieren.
12. Die kommunistische Partei läßt sich nicht auf Abkommen und Bündnisse mit anderen politischen Bewegungen ein, die mit ihr ein bestimmtes unmittelbares Ziel gemein haben, sich jedoch im Programm der weiteren Aktion von ihr unterscheiden. Ebenso abzulehnen ist die Methode des Bündnisses (der sog. Einheitsfront) mit allen jenen politischen Strömungen des Proletariats, die zwar den Aufstand gegen die Bourgeoisie akzeptieren, aber mit dem kommunistischen Programm für die Entwicklung der weiteren Aktion nicht einverstanden sind.

Nur die kommunistischen Richtlinien können der proletarischen Macht Fortdauer und Erfolg sichern. Ein Anwachsen der auf den Umsturz der bürgerlichen Macht zielenden Kräfte kann daher an sich nicht als günstige Bedingung betrachtet werden, wenn gleichzeitig die kommunistischen Kräfte zu schwach bleiben.

13. Die Sowjets, d.h. die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die Organe der proletarischen Macht und können ihre wahre Funktion erst nach dem Sturz der bürgerlichen Herrschaft ausüben.

Die Sowjets sind nicht an sich revolutionäre Kampforganisationen; sie werden erst dann revolutionär, wenn ihre Mehrheit von der kommunistischen Partei erobert wird.

Es ist möglich, daß die Arbeiterräte auch schon vor der Revolution entstehen, in einer akuten Krisenperiode, in der die bürgerliche Staatsmacht in eine ernste Gefahr gebracht wird.

Die Initiative, Sowjets zu bilden, kann in einer revolutionären Situation eine Notwendigkeit für die Partei sein, sie ist aber kein Mittel, um eine solche Situation hervorzurufen.

Im Falle einer Festigung der bürgerlichen Macht kann das Überleben der Räte eine ernste Gefahr für den revolutionären Kampf darstellen, nämlich die Gefahr einer Versöhnung und Verflechtung der proletarischen Organe mit den Institutionen der bürgerlichen Demokratie.

14. Was die Kommunisten kennzeichnet, ist nicht etwa, daß sie unter allen Umständen und in jeder Episode des Klassenkampfes zum sofortigen Einsatz aller proletarischen Kräfte für den allgemeinen Aufstand auffordern, sondern, daß sie davon ausgehen, daß der Kampf unausweichlich in den bewaffneten Aufstand mündet und das Proletariat darauf vorbereiten, diesen Kampf unter günstigen Bedingungen für den Erfolg und die weitere Entwicklung der Revolution aufzunehmen.

Je nach der Lage - was die Partei besser als das übrige Proletariat beurteilen kann - kann sich die Partei also genötigt sehen, für die Beschleunigung oder für die Verzögerung des endgültigen Zusammenstosses zu handeln.

Auf jeden Fall ist es eine spezifische Aufgabe der Partei, sowohl die Abenteurer zu bekämpfen, die die revolutionäre Aktion um jeden Preis überstürzen wollen und somit das Proletariat in die Katastrophe treiben können, als auch die Opportunisten, die die Umstände, die von einer radikalen Aktion abraten, ausnützen, um die revolutionäre Bewegung endgültig zu blockieren und die Massenaktion in Richtung anderer Ziele zu zerstreuen. Die kommunistische Partei muß im Gegenteil die Massenaktion immer mehr auf den Boden der wirkungsvollen Vorbereitung auf den unausbleiblichen bewaffneten Endkampf gegen die Abwehrkräfte der bürgerlichen Ordnung führen.

++ ++
++

Weitere Veröffentlichungen der I K P
in spanischer Sprache:

EL PROGRAMA COMUNISTA

vierteljährl. Zeitschrift

DM 2,50

Jahresabonnement

DM 10,--

THESEN ÜBER DIE TAKTIK

(Römer Thesen)

angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens,
Rom, März 1922

Vorwort

Die hier dargelegten Leitsätze befassen sich mit der allgemeinen Frage der Methoden und Kriterien, von denen die Kommunistische Partei ausgeht, um ihre Aktion zur Verwirklichung ihres Programms zu entfalten und um das Wesen und die Richtung ihrer Bewegung und Initiativen zu bestimmen. Die besonderen Aspekte dieser Frage, die sich aus der Betrachtung der jeweiligen Tätigkeitsbereiche der Partei ergeben (parlamentarische, Gewerkschafts-, Agrar-, Militär-, nationale und koloniale Frage usw.), werden daher hier im einzelnen nicht behandelt: sie sind Gegenstand anderer Diskussionen und Beschlüsse der internationalen und nationalen Kongresse.

Diese Leitsätze haben ihren Ausgangspunkt im Programm, das die kommunistische Partei Italiens in Livorno als Ausdruck und Ergebnis der Theorie und der kritischen Methode der Kommunistischen Internationale und der Partei angenommen hat. Dieses Programm wird hier wiederholt:

"Die Kommunistische Partei Italiens (Sektion der Kommunistischen Internationale) bildet sich auf der Grundlage folgender Prinzipien:

1. In der bestehenden, kapitalistischen Gesellschaftsordnung entwickelt sich ein immer wachsender Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, der die Ursache der Interessengegensätze und des Klassenkampfes zwischen Proletariat und herrschender Bourgeoisie bildet.
2. Die heutigen Produktionsverhältnisse werden vom bürgerlichen Staat geschützt und verteidigt. Dieser Staat, der auf dem Vertretungssystem der Demokratie beruht, bildet das Verteidigungsorgan der Interessen der kapitalistischen Klasse.
3. Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
4. Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die politische Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, das revolutionäre Bewußtsein unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren und das Proletariat in der Entwicklung des Kampfes zu führen.
5. Die inneren und unheilbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems haben den modernen Imperialismus erzeugt und den Weltkrieg verursacht. Dieser Weltkrieg eröffnete die Zersetzungskrise des Kapitalismus, in der der Klassenkampf zwangsläufig zum bewaffneten Zusammenstoß zwischen den Arbeitermassen und dem bürgerlichen Staat führt.
6. Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zer-

stört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse von jedem politischen Recht ausschließt und die Staatsorgane auf der produktiven Klasse gründet.

7. Die politische Vertretungsform im proletarischen Staat ist das System der Arbeiter- und Bauernräte, wie es in der russischen Revolution, die den Beginn der proletarischen Weltrevolution und die erste stabile Durchführung der proletarischen Diktatur darstellt, bereits Wirklichkeit wurde.
8. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der politischen Agitation und Propaganda entrissen werden und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
9. Nur der proletarische Staat wird alle sukzessiven Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.
10. Aufgrund dieser wirtschaftlichen Umgestaltung und der daraus resultierenden Transformation auf allen Tätigkeitsgebieten des gesellschaftlichen Lebens verschwindet die Teilung der Gesellschaft in Klassen und somit schrittweise auch die Notwendigkeit des politischen Staates, dessen Räderwerk sich nach und nach auf eine rationale Verwaltung der menschlichen Tätigkeiten reduzieren wird.

I.

ORGANISCHE NATUR DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI:

1. Die kommunistische Partei, die politische Partei der proletarischen Klasse, zeigt sich in ihrer Aktion als eine kollektive Organisation, die nach einer einheitlichen Richtlinie handelt. Die ursprünglichen Beweggründe, die die Einzelnen und die Gruppen zur Einreihung in einen einheitlich handelnden Organismus geführt haben, liegen in der Sphäre der unmittelbaren, durch ihre wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Interessen von Gruppen der Arbeiterklasse. Das wesentliche Kennzeichen der Parteifunktion besteht im Einsatz der so vereinten Kräfte für die Verwirklichung von Zielen, die der gesamten Arbeiterklasse gemeinsam sind und am Ende der ganzen Kette ihrer Kämpfe liegen, und deshalb die Interessen der einzelnen Gruppen sowie die unmittelbaren Tagesforderungen der Arbeiterklasse integrieren und überwinden.
2. Die Eingliederung aller elementaren Impulse in eine einheitliche Aktion ergibt sich aus der Zusammenwirkung von zwei Hauptfaktoren: der eine ist das kritische Bewußtsein, aus dem die Partei ihr Programm ableitet; der andere ist der Willensfaktor, der sich in der disziplinierten und zentralisierten Organisation der Partei, d.h. im Instrument ihrer Aktion manifestiert. Es wäre falsch, die einzelnen Militanten als Träger dieser Faktoren (des Bewußtseins und des Willens) zu betrachten, da sie nur durch die Zusammenwirkung vieler Menschen in einem einheitlichen, kollektiven Organismus gebildet werden.
3. Die programmatischen Erklärungen der kommunistischen Internationale und ihrer Parteien enthalten die genaue Definition des theoretisch-kritischen Bewußtseins der kommunistischen Bewegung. Dieses Bewußtsein, sowie die Organisation auf nationaler und internationaler Ebene, erreicht man durch die

wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte der menschlichen Gesellschaft und ihrer Struktur im heutigen kapitalistischen Zeitalter, anhand der Tatsachen, der Erfahrungen und der aktiven Teilnahme am realen proletarischen Kampf.

4. Die programmatischen Erklärungen und ebenso die Ernennung der einzelnen Mitglieder für die verschiedenen Posten der Parteiorganisation können formal als Ergebnis einer demokratischen Abstimmung von Parteidelegierten und -kongressen erscheinen; in Wirklichkeit müssen sie aber als Ergebnis des realen Prozesses der Sammlung von Erfahrungen und der Vorbereitung und Auslese der Führer verstanden werden; eines Prozesses, in dem der programmatische Inhalt Form annimmt und die Partei ihre hierarchische Struktur bildet.

II.

ENTWICKLUNGSPROZESS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

5. Es ist der Reifegrad der sozialen Entwicklung, der die Möglichkeit eines kollektiven, einheitlichen Bewußtseins und einer entsprechenden Aktion im Sinne der Endziele der Arbeiterklasse liefert; und damit hängt die Organisation der proletarischen Partei in ihrer Entstehung und Entwicklung zusammen. Andererseits tritt das Proletariat in der Geschichte als Klasse auf und handelt als solche erst, wenn sich die Tendenz, ein einheitliches Programm und eine gemeinsame Kampfmethodik zu bilden, d.h. eine Partei zu organisieren, verwirklicht.
6. Der Entstehungs- und Entwicklungsprozeß der proletarischen Partei läuft weder kontinuierlich noch gleichmäßig, sondern kann im Gegenteil, national und international betrachtet, ziemlich komplizierte Phasen und auch Perioden allgemeiner Krise vorzeigen. Oft haben die proletarischen Parteien einen Entartungsprozeß erlitten: anstatt ihre Aktion immer einheitlicher zu gestalten und den höchsten revolutionären Zielen anzupassen, haben sie sich in ihrem Handeln von diesem wesentlichen Charakter immer mehr entfernt oder ihn ganz verloren, um sich splitterartig der Befriedigung von Bedürfnissen beschränkter Arbeiterschichten und Teilerrungenschaften (Reformen) mit Methoden zu widmen, die notwendigerweise die Arbeit für die revolutionären Ziele und die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats zu Grunde richteten. Auf diesem Weg sind die proletarischen Parteien oft dazu gekommen, die Grenzen ihrer Organisation auf Schichten auszudehnen, die noch nicht im Stande waren, sich auf den Boden der einheitlichen, kollektiven Aktion für die Endziele zu stellen. Diese Entwicklung wurde immer von einer verfälschenden Revision der Theorie und des Programms und von einer Lockerung der inneren Disziplin begleitet - anstatt einen Stab entschlossener und für den Kampf geeigneter Führer zu bilden, wurde die proletarische Bewegung den Händen maskierter Agenten der Bourgeoisie ausgeliefert.
7. Eine neue Lage, in der der Druck der Ereignisse die Arbeitermasse zur Aktion zwingt, sprengt einen solchen Entartungsprozeß: der Teil der alten Partei, der durch den theoretischen Kampf, die Kritik der ungünstigen Kampferfahrungen, die Bildung innerhalb der Partei einer Schule und einer eigenen hierarchischen Organisation (Fraktion) das Weiterleben eines auf Klassenbewußtsein und Disziplin beruhenden, einheitlichen Organismus gewährleistet hat, spaltet sich ab und ermöglicht dadurch die Rückkehr zur Organisation einer wahren Klassenpartei. Dies war der Prozeß, der im allgemeinen vom Zusammenbruch der Parteien der II. Internationale zur Bildung der III., der Kommunistischen Internationale geführt hat.

3. Um die Untersuchung zu vereinfachen, kann man die Entwicklung der kommunistischen Partei nach der Lösung einer solchen Krise als "normal" bezeichnen, obgleich eine Veränderung der Lage eine neue kritische Phase hervorrufen kann. Durch die höchste Kontinuität in der Verteidigung des Programms und im Bestehen einer führenden Hierarchie (was mehr bedeutet als der persönliche Ersatz von untreuen oder abgenutzten Führern) erreicht die Partei auch ihre höchste Wirksamkeit in der Arbeit, um das Proletariat für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Es handelt sich hier nicht darum, die Massen zu belehren, und noch weniger um den Versuch, eine reine und perfekte Partei vorzuzeigen, sondern darum, die beste Leistung in dem wirklichen Prozeß zu erreichen, der, wie wir später ausführlich sehen werden, durch systematische Propaganda- und Bekehrungsarbeit und hauptsächlich durch aktive Teilnahme an den sozialen Kämpfen dazu führt, daß sich die Aktion von immer größeren Arbeitermassen vom Gebiet der unmittelbaren Teilforderungen auf das Gebiet des organischen und einheitlichen Kampfes für die kommunistische Revolution verlagert. Nur wenn eine solche Kontinuität besteht, ist es möglich, das zögernde Mißtrauen des Proletariats gegenüber der Partei zu überwinden und darüberhinaus die neugewonnenen Kräfte rasch und wirksam ins gemeinsame Denken und Handeln einzuführen und zu integrieren, um so jene Einheit der Bewegung zu erzeugen, die eine unerläßliche Voraussetzung der Revolution darstellt.

9. Aus all diesen Gründen ist die Fusion der Partei mit anderen Parteien oder mit Teilen anderer Parteien als gänzlich anormales Verfahren zu betrachten. Die Gruppe, die sich bis dahin durch eine andere programmatische Stellung und eine eigenständige Organisation absonderte, ist nicht en bloc mit Nutzen assimilierbar. Sie schwächt die politische Festigkeit und die innere Struktur der kommunistischen Partei, so daß die Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Fall keineswegs zur Steigerung der Parteikraft und ihrer revolutionären Fähigkeit führt; unter Umständen könnte sie auch die Arbeit der Partei, um die Massen einzugliedern und zu führen, lähmen, anstatt sie zu fördern.

Es ist wünschenswert, daß es in der internationalen kommunistischen Organisation schnellstens erklärt wird, daß jegliche Abweichung von folgenden grundlegenden Organisationsprinzipien unzulässig ist: in jedem Land darf nur eine einzige kommunistische Partei existieren; der Kommunistischen Internationale darf man nur durch den individuellen Beitritt in die jeweilige kommunistische Partei beitreten.

III.

10. Die Abgrenzung und Kennzeichnung der Klassenpartei als Organisation des fortgeschrittenen Teiles der proletarischen Klasse verhindern nicht, sondern erfordern im Gegenteil, daß die Partei aufs engste mit dem Rest des Proletariats verbunden sei.
11. Die Natur dieser Verhältnisse entspringt derselben dialektischen Betrachtungsweise, mit der die Frage der Entstehung des Klassenbewußtseins und der einheitlichen Parteiorganisation angegangen werden: die Hebung einer proletarischen Vorhut von der Ebene der spontanen, durch Teilinteressen hervorgerufenen Tageskämpfe auf die Ebene der allgemeinen proletarischen Aktion wird nicht durch die Negation dieser elementaren Bewegungen erreicht, sondern durch deren Vereinigung und Überwindung im realen Kampf, dadurch, daß die Partei diese Bewegungen anspricht, sie in ihrer ganzen Entwicklung aufmerksam verfolgt und daran aktiv teilnimmt.
12. Die ständige ideologische Propaganda und Rekrutierung neuer Militanten sind daher untrennbar von der realen Bewegung und der proletarischen Aktion in all ihren Erscheinungen. Es ist ein banaler Fehler, zwischen der Teilnahme

an Tageskämpfen für Teilforderungen und der Vorbereitung des allgemeinen, revolutionären Endkampfes einen Widerspruch zu sehen. Es ist das Bestehen der einheitlichen Parteiorganisation mit ihrer klaren programmatischen Voraussicht und ihrer festen Organisationsdisziplin, das die Garantie liefert, daß die Teilforderungen nie als Selbstzweck bewertet werden, und daß solche Kämpfe als Mittel dienen, Erfahrung und Übung für die wirksame revolutionäre Vorbereitung zu gewinnen.

13. Die kommunistische Partei beteiligt sich daher am Leben all jener ökonomischen Organisationen des Proletariats, die den Arbeitern aller politischen Glauben offenstehen (Gewerkschaften, Betriebsräte, Konsumgenossenschaften usw.). Um ihre Arbeit wirksam entfalten zu können, vertritt die Partei die grundlegende Forderung, daß alle diese Organisationen einheitlich sein müssen, d.h. alle Arbeiter umfassen, die sich in einer bestimmten wirtschaftlichen Lage befinden. Die Teilnahme der Partei am Leben dieser Organe erfolgt durch die Organisation der ihnen angehörenden Parteigenossen in Gruppen oder Zellen, die eng mit der Parteiorganisation verbunden sind. Diese Gruppen nehmen in erster Linie an den Kämpfen der ökonomischen Organisationen teil, um dadurch jene Elemente an sich und somit an die Partei zu ziehen, die in der Entwicklung der Kämpfe dazu heranreifen. Sie streben danach, die Mehrheit der jeweiligen Organisation hinter sich zu ziehen und die Führungsstellen zu erobern, um somit zum natürlichen Vehikel der Parteilosungen zu werden. Diese Arbeit beschränkt sich nicht auf Propaganda und Wahlkämpfe in den Versammlungen der Arbeiterorganisationen; es handelt sich vielmehr darum, die Arbeiter für die Partei zu gewinnen und zu organisieren, und dies geschieht hauptsächlich durch das Auftreten in den Kämpfen, die den Arbeitern hilft, aus ihnen die nützlichsten Lehren zu ziehen.
14. Die ganze Arbeit der kommunistischen Gruppen zielt darauf ab, der Partei die endgültige Kontrolle über die führenden Organe der ökonomischen Organisationen zu sichern, vor allem über die nationalen Gewerkschaftszentralen, die die beste Schaltstelle bilden, um die Bewegung der nicht in der Partei organisierten Proletarier zu führen. Für die Partei ist es vom höchsten Interesse, Spaltungen der Gewerkschaften und anderer ökonomischer Organisationen zu verhindern, auch wenn andere Parteien und politische Tendenzen deren Leitung innehaben. Die Partei verfügt daher nicht, daß sich ihre Militanten in der praktischen Durchführung der von diesen Organisationen beschlossenen Aktionen den Anweisungen der jeweiligen Führungszentralen widersetzen; sie unternimmt aber die offenste Kritik der Aktion selbst und der Haltung der Führer.
15. Die Partei begnügt sich nicht damit, in der beschriebenen Form am Leben der Organisationen teilzunehmen, die durch den Druck der wirklichen ökonomischen Interessen naturwüchsig entstehen, und diese Organisationen zu verbreiten und zu stärken. Sie bemüht sich auch, in ihrer Propaganda die Fragen hervorzuheben, die wirkliche Arbeiterinteressen tangieren und in der Entwicklung der gesellschaftlichen Lage neue ökonomische Organisationen ins Leben rufen können. Mit allen diesen Mitteln und durch Ausnutzung aller Aufttritts- und Eingriffsmöglichkeiten, die die sozialen Kämpfe bieten, verbreitet und verstärkt die Partei ihren Einfluß und die vielfältige Verbindung ihrer Organisationen mit dem gesamten Proletariat.
16. Es entspräche einer völlig falschen Auffassung der Parteiorganisation, von jedem einzelnen betrachteten Mitglied ein perfektes kritisches Bewußtsein und einen vollkommenen Opfergeist zu verlangen; ebenso falsch wäre es, die mit der Partei verbundene Arbeiterschicht auf revolutionäre Arbeiterunionsen zu beschränken, die durch Spaltung oder Austritt aus den ökonomischen Organisationen gebildet werden und in ihre Reihen nur jene Arbeiter aufnehmen, die bestimmte Kampfmethoden anerkennen. Andererseits kann nicht verlangt werden, daß die Partei zu einem vorbestimmten Zeitpunkt oder am Vorabend von allgemeinen Aktionen die Mehrheit des Proletariats unter ihrer Führung oder gar in ihren

Reihen eingereiht habe. Aprioristisch gestellt würde eine solche Forderung vom wirklichen dialektischen Entwicklungsprozeß der Partei absehen und wäre ebenso sinnlos, wie der abstrakte Vergleich zwischen der Zahl der Proletarier, die in den disziplinierten und einheitlichen Parteilisten organisiert sind, oder diesen folgen, und der Zahl der desorganisierten und verstreuten, oder der Gefolgschaft von korporativen Organisationen, die zu keiner organischen Bindung fähig sind. Die Beziehungen zwischen der Partei und der Arbeiterklasse müssen bestimmte Bedingungen erfüllen, um bestimmte Aktionen möglich und erfolgreich zu machen. Im folgenden wird versucht zu zeigen, welches diese Bedingungen sind und wie man sie schaffen kann.

IV.

DIE BEZIEHUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ZU DEN ANDEREN POLITISCHEN BEWEGUNGEN DES PROLETARIATS

17. Ein großer Teil des Proletariats widersteht der Eingliederung in die Reihen der Kommunistischen Partei (oder der Partei zu folgen), weil er in anderen politischen Parteien organisiert ist oder ihnen folgt. Alle bürgerlichen Parteien haben proletarische Mitglieder, wir kümmern uns hier aber hauptsächlich um die sozialdemokratischen Parteien und um die anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Strömungen.
18. Die Partei muß eine ständige Kritik der Programme dieser Bewegungen führen und ihre Unzulänglichkeit für die proletarische Emanzipation nachweisen. Diese theoretische Polemik wird umso wirksamer sein, je mehr die Partei nachweisen kann, daß die von ihrem Standpunkt aus von vornherein geführte Kritik dieser Bewegungen durch die proletarische Erfahrung bestätigt wird. Deshalb dürfen sich solche Polemiken nicht auf die augenblicklichen Fragen und entsprechenden Methodengegensätze beschränken, sondern müssen auch die spätere Entwicklung der proletarischen Aktion einbeziehen.
19. Diese Polemiken müssen sich auch auf der Ebene der Aktion widerspiegeln. Die Kommunisten beteiligen sich an den Kämpfen der ökonomischen Organisationen des Proletariats, die von Sozialisten, Anarcho-Syndikalisten oder Anarchisten geführt werden. Obwohl sie sich nur dann weigern, deren Aktion zu folgen, wenn sich auch breite Massen spontan dagegen auflehnen, beweisen sie, daß die falsche Methode der Führer die Aktion an einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung lähmt oder utopisch macht, während die kommunistische Methode zu besseren Ergebnissen geführt hätte, die gleichzeitig günstiger für die Entwicklung der allgemeinen revolutionären Bewegung wären. In der Polemik unterscheiden die Kommunisten immer zwischen den Führern und den Massen, und schreiben den ersten mit aller Entschiedenheit die Verantwortung für die Fehler und Mißerfolge zu; ebenso muß die Handlung der Führer gegeißelt werden, die, selbst wenn sie aufrichtig revolutionären Glaubens sind, eine falsche und gefährliche Taktik befürworten.
20. Eins der wichtigsten Ziele der kommunistischen Partei besteht darin, in den proletarischen Reihen an Boden zu gewinnen, indem sie auf Kosten der anderen proletarischen Parteien und politischen Strömungen ihre Mitgliederzahl und ihren Einfluß steigert. Dieses Ziel kann nur durch Teilnahme am realen Kampf des Proletariats erreicht werden, also auf einer Ebene, wo scharfe Gegensätze die gleichzeitige gemeinsame Aktion nicht ausschließen, vorausgesetzt, daß die programmatische und organisatorische Physiognomie der Partei nie entstellt wird.

21. Um die Proletarier, die anderen politischen Bewegungen angehören, an sich zu ziehen, darf die kommunistische Partei keinesfalls die Methode anwenden, in diesen organisierte Gruppen oder Fraktionen von Kommunisten bzw. Sympathisanten zu bilden. In den Gewerkschaften ist diese Methode am Platz, da es darum geht, in sie einzudringen, ohne zu beabsichtigen, die in ihnen organisierten kommunistischen Gruppen austreten zu lassen. Aus denselben Gründen, die bereits bei der Betrachtung des Entwicklungsprozesses der kommunistischen Partei aufgeführt wurden, geht hervor, daß eine solche Methode die organische Einheit der Partei gefährden würde.
22. Die Partei muß in ihrer Propaganda und Polemik berücksichtigen, daß es in den anarcho-syndikalistischen und anarchistischen Reihen viele Arbeiter gibt, die eigentlich für die Auffassung des einheitlichen revolutionären Kampfes reif waren, sich aber auf dem Wege der Reaktion gegen die Entartung der sozialdemokratischen Parteien verirrt haben. Die Schärfe der Polemik und des Kampfes gegen die Sozialistischen Parteien gibt uns also die beste Möglichkeit, diese Arbeiter auf den revolutionären Boden zurückzubringen.
23. Es ist selbstverständlich, daß Mitglieder der kommunistischen Partei nicht gleichzeitig anderen Parteien angehören können. Dies gilt aber auch im Hinblick auf Organisationen, die, wenn sie sich auch nicht Partei nennen und nicht die straffe Organisation einer Partei besitzen, doch einen politischen Charakter haben und den Beitritt ihrer Mitglieder von der Anerkennung von politischen Thesen abhängig machen - dies gilt insbesondere für die Freimaurer.

V.

WIE BEEINFLUSST DIE UNTERSUCHUNG DER JEWEILIGEN SITUATION DIE TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

24. Im Vorhergehenden wurden die allgemeinen, von der Natur der kommunistischen Partei abgeleiteten Kriterien festgelegt, denen die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den anderen Organisationen des Proletariats entsprechen müssen. Bevor wir auf die Fragen der Taktik im eigentlichen Sinne des Wortes kommen, müssen wir uns bei der Frage aufhalten, welche Elemente die Untersuchung der jeweiligen Situation für die Lösung jedes taktischen Problems liefert. Das Programm der kommunistischen Partei sieht eine Reihenfolge von Aktionen vor, die in Zusammenhang mit einer Reihenfolge von Situationen stehen, von deren Entwicklung man ein bestimmtes maximales Ergebnis im voraus erwartet. Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen den programmatischen Richtlinien und den taktischen Regeln. Aufgrund ihres kritischen Bewußtseins und ihrer geschichtlichen Erfahrung hat die Partei bereits eine bestimmte Entwicklung der Situation vorausgesehen und demzufolge die taktischen Möglichkeiten abgegrenzt, die der in der jeweiligen Phase zu führenden Aktion entsprechen. Die Untersuchung der Lage dient also als Bindeglied für die Lösung der taktischen Probleme; sie dient einer Genauigkeitskontrolle der programmatischen Vorhersagen der Partei. Sollte sie eines Tages eine grundsätzliche Änderung dieser Vorhersagen erfordern, so wäre dies ein ernstes Problem, das nicht einfach mit einer taktischen Wende gelöst werden könnte - die dann notwendige Berichtigung der programmatischen Auffassungen könnte nicht ohne schwere Folgen auf die Organisation und die Kraft der Partei bleiben. Diese muß sich daher bemühen, die Entwicklung der Situation vorausszusehen, um dadurch auf sie den höchstmöglichen Einfluß ausüben zu können. Die Situationen abwarten, um unter dem Druck ihrer Andeutungen und Einflüsterungen eklektische und wechselhafte Richtlinien zu ziehen, ist eine charakteristische Methode des sozialdemokratischen Opportunismus. Sollte diese Methode den kommunistischen Parteien aufgezwungen werden, bedeutete dies den Zusammenbruch der Theorie und der militanten Organisation des Kommunismus.

25. Die kommunistische Partei organisiert in ihren Reihen jenen Teil des Proletariats, der sich eben deshalb organisiert, weil er die Tendenz, lediglich unter dem unmittelbaren Zwang der jeweiligen ökonomischen Umstände zu handeln, überwunden hat - dadurch gelingt es der Partei, ihre Einheit und ihr Streben nach Verwirklichung eines ganzen programmatischen Prozesses zu behaupten. Kritisches Bewußtsein und Willensinitiativen haben bei den einzelnen Individuen eine verschwindend kleine Schlagkraft; in der organischen Kollektivität der Partei können sie sich aber verwirklichen, ist ja der Einfluß der Situationen auf die Gesamtbewegungen der Partei nicht mehr unmittelbar und deterministisch, sondern ein rationales, erkanntes und gewolltes Abhängigkeitsverhältnis, und so mehr, als die kommunistische Partei als Vorläufer jener menschlichen Gesellschaftsform erscheint, die die heutige anarchische Wirtschaftsform überwindet, und daher die Fähigkeit erringt, das Spiel der Wirtschaftsfaktoren und -gesetze rational zu leiten, statt es passiv zu erleiden.
26. Die Partei kann jedoch nicht ihren Willen und ihre Initiative in eine beliebige Richtung und in einem willkürlichen Maß durchsetzen. Die Grenzen, in deren Rahmen die eine und das andere festgelegt werden, liegen einerseits in den programmatischen Richtlinien und andererseits in den Bewegungsmöglichkeiten und -gelegenheiten, die sich aus der Untersuchung der jeweiligen Lage ergeben.
27. Die Untersuchung der Lage erlaubt die Einschätzung der Kräfteverhältnisse: der Parteikräfte und der Gegnerkräfte. Vor allem muß man genau einschätzen, wie breit die Schicht des Proletariats sein wird, die der Partei folgen wird, wenn diese eine bestimmte Aktion durchführt oder zu einem bestimmten Kampf aufruft. Man muß präzise Vorstellungen über den Einfluß der Wirtschaftslage auf die Masse-, über die spontanen Impulse, die sie in diesen Massen hervorruft, über die Beeinflußbarkeit dieser Impulse durch die Parteinitiativen und durch die Haltung der anderen Parteien haben. Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Kampfbereitschaft des Proletariats ist sehr komplex und wirkt sich anders aus, je nachdem, ob man eine Phase steigender Prosperität der bürgerlichen Wirtschaft durchmacht oder eine Phase der Krise und der Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze. Die Auswirkung dieser Phasen auf das Leben und die Tätigkeit der proletarischen Organisationen ist wiederum komplex, und um sie in Betracht zu ziehen, genügt es keineswegs, die wirtschaftliche Lage in einem bestimmten Moment zu untersuchen, um daraus den Grad der proletarischen Kampfbereitschaft abzuleiten; man muß vielmehr den ganzen Ablauf der vorhergehenden Situationen mit ihren Schwankungen und Änderungen berücksichtigen. Eine blühende Wirtschaftsphase kann zum Beispiel eine mächtige Gewerkschaftsbewegung hervorrufen, die in einer darauffolgenden Periode von Krise und Elend rasch für revolutionäre Positionen gewonnen werden kann, mit dem Vorteil, den ihre breite Eingliederung der Massen für den revolutionären Erfolg darstellt. Es kann aber auch geschehen, daß eine Phase progressiver Verelendung die Gewerkschaftsbewegung derart zersetzt, daß sie sich in der nachfolgenden Aufschwungsperiode erst wieder bilden müssen und keine ausreichende Grundlage für eine revolutionäre Mobilisierung liefern. Diese Beispiele, die ebenso gut umgedreht werden können, sollen nur beweisen, daß die Kurven der Wirtschaft und der Kampfbereitschaft des Proletariats in einer komplexen Wechselbeziehung zueinander stehen; die zweite leitet sich von der ersten ab, beide ähneln sich aber nicht in der Form. Dem Steigen (oder Fallen) der ersten kann in gegebenen Fällen sowohl das Steigen der der Fall der zweiten entsprechen.
28. Die Faktoren dieser Untersuchung sind sehr vielfältig. Sie zielen auf die Prüfung der tatsächlichen Tendenzen zur Bildung und Entwicklung der proletarischen Organisationen ab, sowie der Reaktionen (auch der psychologischen), die sowohl die ökonomischen Bedingungen als auch die sozialen und politischen

haltungen und Handlungen der herrschenden Klasse und ihrer Parteien im Proletariat hervorrufen. Die Untersuchung der Lage ergänzt sich schließlich auf dem Gebiet der Politik, mit der Prüfung der Einstellung und des Gewichtes der verschiedenen Klassen und Parteien gegenüber der Staatsmacht. Unter diesem Aspekt kann man die Situationen, in denen sich die kommunistische Partei befindet und handelt, und deren normaler Verlauf/Ablösung einerseits zu ihrer Stärkung und Ausbreitung, andererseits zur immer genaueren Bestimmung der Grenzen auf dem Gebiet der Taktik führt, in einige Grundphasen einteilen. Diese Phasen kann man folgendermaßen bezeichnen: absolutistische Feudalherrschaft - bürgerlich-demokratische Herrschaft - sozialdemokratische Regierung - Zwischenphase von sozialem Krieg, in der die Grundlagen des Staates erschüttert sind - proletarische Herrschaft in der Räterediktatur. In einem gewissen Sinne besteht das Problem der Taktik nicht nur darin, den guten Weg für erfolgreiche Handlungen auszuwählen, sondern zu vermeiden, daß die Parteiaktion die jeweils angemessenen Grenzen überschreitet und auf Methoden zurückfällt, die überholten Situationen entsprechen, weil dies ein Stocken der Parteientwicklung und einen Rückschlag in der revolutionären Vorbereitung verursachen würde. Die folgenden Bemerkungen beziehen sich hauptsächlich auf die Aktion der Partei in der zweiten und dritten der obenerwähnten Phasen.

29. Der Besitz einer kritischen Methode und eines Bewußtseins, das zur Formulierung ihres Programms führt, ist eine Bedingung des organischen Lebens der kommunistischen Partei. Schon deshalb können die Partei und die Kommunistische Internationale sich nicht darauf beschränken, die Taktik höchst frei und elastisch festzulegen und ihre Anwendung nach jeweiliger Lagebeurteilung der Einschätzung der führenden Zentralorgane zu überlassen. Das Parteiprogramm hat nicht den Charakter eines bloßen Zieles, das über irgendeinen Weg zu erreichen wäre, sondern den einer historischen Perspektive von zusammenhängenden Wegen und Zielen; daher muß die jeweilige Taktik in der Folge der Situationen dem Programm entsprechen; daher müssen auch die allgemeinen taktischen Regeln für die aufeinanderfolgenden Situationen innerhalb bestimmter Grenzen festgelegt sein, Grenzen, die zwar nicht steif sind, aber immer schärfer und weniger schwankend, sofern die Bewegung stärker wird und sich dem allgemeinen Sieg nähert. Nur ein solches Kriterium macht es möglich, sich in der Aktionsführung innerhalb der Parteien und der Internationale einer wachsenden und immer effektiveren Zentralisation anzunähern, so daß die zentralen Direktiven nicht nur in den kommunistischen Parteien ohne Widerstreben ausgeführt werden, sondern auch in den Massenbewegungen, deren Mobilisierung sie erzielen konnten. Man darf nicht vergessen, daß die Annahme der organischen Disziplin der Bewegung seitens der Individuen und Gruppen auch ihrer eigenen Initiative unterliegt, die vom Einfluß der Lage und ihrer Entwicklung abhängt, andererseits aber bedingt ist durch ein stetiges logisches Fortschreiten der Erfahrungen und durch die Annäherung an den Weg, dem zu folgen ist, um die wirksamste Aktion gegen die Lebensbedingungen zu gewährleisten, die das herrschende System dem Proletariat aufzwingt. Daher müssen Partei und Internationale systematisch die allgemeinen taktischen Regeln in ihrer Gesamtheit darlegen und zeigen, daß diese Regeln und Perspektiven den notwendigen Weg zum Sieg darstellen, um somit ihre Mitglieder und die um sie gruppierten proletarischen Schichten zum Kampf und zum Opfer für die Verwirklichung dieser Taktik aufrufen zu können. Was dazu führt, Inhalt und Grenzen der Parteitaktik festzulegen, ist also nicht der Wunsch, die Mannigfaltigkeit der Handlungen, die von der Partei verlangt werden können, theoretisch und schematisch zu vereinfachen, sondern ein praktisches und organisatorisches Bedürfnis: aus diesem ganz konkreten Grund muß die Partei Beschlüsse fassen, die scheinbar ihren Handlungsspielraum einengen, die aber allein die organische Einheit ihres Wirkens im proletarischen Kampf garantieren.

"INDIREKTE" TAKTISCHE AKTION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

30. Fehlen die Bedingungen einer taktischen Aktion, die als "direkt" bezeichnet werden kann, da sie dem Ansturm auf die bürgerliche Macht mit den Kräften, über die die kommunistische Partei verfügt, entspricht, und auf die wir später zurückkommen, beschränkt sich die Partei keinesfalls auf Propaganda und Rekrutierungsarbeit. Sie kann und muß im Gegenteil durch Einwirkung und Druck auf die anderen Parteien und auf die politischen und sozialen Bewegungen die Ereignisse beeinflussen, um eine für sie günstige Entwicklung der Lage zu fördern und das Auftreten der Zeit, wo die unmittelbar revolutionäre Lösung möglich wird, zu beschleunigen.

In einer solchen Lage bilden die Haltungen und Initiativen, die die Partei einnehmen und aufgreifen soll, ein heikles Problem, dessen Lösung von folgender Bedingung abhängt: diese Haltungen und Initiativen dürfen nicht im geringsten Widerspruch zu den künftigen Bedürfnissen des spezifischen Parteilampfes stehen, so wie er vom Programm vorgesehen wird, dessen einziger Vertreter die Partei ist und für das im entscheidenden Augenblick das Proletariat in den Kampf treten müssen. Die Propaganda, die ununterbrochen die Notwendigkeit, daß das Proletariat das kommunistische Programm und die kommunistischen Methoden ergreife, hervorheben muß, ist nicht bloß theoretisch, sondern entspringt vor allem den täglichen Stellungnahmen der Partei im realen proletarischen Kampf. Jede Haltung, die die vollständige Behauptung dieser Propaganda in den Schatten stellt, jede Haltung, die den Eindruck erweckt, gegebene Teilziele nicht als Mittel zum Vorwärtsgang sondern als Selbstzweck zu betrachten, führt zu einer Schwächung der Partei-Struktur und ihres Einflusses auf die revolutionäre Vorbereitung der Massen.

31. In der historisch-politischen Lage, die der bürgerlich-demokratischen Herrschaft entspricht, besteht meist eine Spaltung der politischen Kräfte in zwei Richtungen oder "Blöcke", Rechte und Linke, die sich um die Führung des Staates streiten. Die sozialdemokratischen Parteien, die aus Prinzip Koalitionsparteien sind, schließen sich mehr oder weniger offen dem Linksblock an. Der Verlauf dieses Streites betrifft die kommunistische Partei, sei es, weil Fragen und Forderungen aufgeworfen werden, die die proletarischen Massen interessieren oder ihre Aufmerksamkeit beanspruchen, sei es, weil der Sieg der Linken gegebenenfalls den Weg der proletarischen Revolution tatsächlich ebnen kann. Bei der Untersuchung der taktischen Opportunität einer Koalition mit politischen Kräften der Linken muß jeder falsch theoretische oder dumm sentimentale oder moralistische Apriorismus beiseite gelassen werden; es muß aber vor allem bedacht werden, daß die Aktionsfähigkeit der kommunistischen Partei in direktem Verhältnis von ihrer Fähigkeit abhängt, kontinuierlich ihren Organisations- und Vorbereitungsprozeß zu entwickeln, der es ihr erlaubt, die Massen zu beeinflussen, und zur Tat aufzurufen. Sie kann daher keine Taktik anwenden, die bloß gelegentlichen und vorübergehenden Kriterien entspricht, in der Hoffnung, daraufhin, im Augenblick, wo diese Taktik überholt scheint, plötzlich eine Wende machen, die Front wechseln und die Verbündeten von gestern zu Feinden erklären zu können. Soll ihre Verbindung zu den Massen und die Festigung dieser Verbindung nicht gerade zum Zeitpunkt gefährdet werden, wo sie am wichtigsten sind, so muß die Partei in allen ihren öffentlichen und offiziellen Erklärungen und Handlungen eine Kontinuität der Methoden und Absichten vorweisen, die der ununterbrochenen Propaganda und Vorbereitung auf den Endkampf strengsten entspricht.

32. Hauptaufgabe der kommunistischen Partei für die ideologische und praktische Vorbereitung des Proletariats auf den revolutionären Kampf für die Errichtung der Diktatur ist die rücksichtslose Kritik des Programms der bürgerlichen Linken, sowie jedes Programms, das die sozialen Probleme im Rahmen

der demokratisch-parlamentarischen, bürgerlichen Institutionen zu lösen beabsichtigt. In den meisten Fällen wird das Proletariat lediglich durch demagogische Verfälschungen von den Gegensätzen zwischen den bürgerlichen Rechten und Linken berührt, es genügt aber natürlich nicht, diese Fälschungen durch rein theoretische Kritik aufzudecken - sie müssen in der Praxis, im Feuer des Kampfes, entlarvt werden. Die Linke strebt keineswegs danach, irgendwie vorzuschreiten, um den Fuß auf eine Stufe zu setzen, die politisch und wirtschaftlich zwischen dem kapitalistischen und dem proletarischen Regime steht. Ihre politischen Forderungen entsprechen im Gegenteil meistens den Bedingungen einer besseren Wirksamkeit und Verteidigung des modernen Kapitalismus, sowohl ihrem Inhalt nach, als auch durch die Illusion, die sie den Massen einflößen, diese könnten die bestehenden Institutionen für ihre Emanzipation benutzen. Dies gilt für die Forderung einer Verbreitung des Wahlrechts und anderer Garantien und Verbesserungen des Liberalismus, sowie für den antiklerikalen Kampf und die ganze "Freimaurer-Politik". Dies gilt aber auch für die reformistische Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet: wenn sie überhaupt erst realisiert wird, dann nur mit der Absicht und in dem Maße, daß sie den revolutionären Drang der Massen zurückhält.

33. Eine Regierung der bürgerlichen Linken oder gar eine sozialdemokratische Regierung können wohl als Annäherung an den Endkampf für die proletarische Diktatur betrachtet werden, aber nicht in dem Sinn, daß sie dafür bessere wirtschaftliche oder politische Voraussetzungen schaffen oder gar dem Proletariat größere Freiheit für die revolutionäre Organisation, Vorbereitung und Aktion bieten würden. Eine solche Hoffnung wäre tödlich. Aus Gründen der Theorie und der blutigen Erfahrung weiß die kommunistische Partei (und es ist ihre Pflicht, dies zu verkünden), daß solche Regierungen dem Proletariat nur solange Handlungsfreiheit gestatten, wie es sie für seinen Vertreter hält und verteidigt, während sie einem Kampf der Massen gegen den demokratischen Staatsapparat mit der grausamsten Reaktion entgegentreten. Wenn die Errichtung solcher Regierungen nützlich sein kann, so in einem ganz anderen Sinn, nämlich insofern ihr Tun es dem Proletariat erlaubt, aus den Tatsachen selbst die praktische Lehre zu ziehen, daß nur die Errichtung seiner Diktatur zu einer wirklichen Niederlage des Kapitalismus führt. Und es ist klar, daß die kommunistische Partei ein solches Experiment nur dann gründlich und nützlich verwerten kann, wenn sie von vornherein das Versagen solcher Regierungen verkündet und gleichzeitig eine feste unabhängige Organisation aufrechterhalten hat, um die sich das Proletariat einreihen kann, wenn es gezwungen wird, sich von den Gruppen und Parteien, deren Regierungsexperiment es zum Teil unterstützte, abzuwenden.
34. Ein Bündnis der kommunistischen Partei mit linksbürgerlichen oder sozialdemokratischen Parteien würde daher der revolutionären Vorbereitung schaden und die Ausnutzung des Experiments einer Linksregierung erschweren; sogar in der Praxis würde es höchstens den Sieg der Linkskoalition verzögern. Das bürgerliche Zentrum, um dessen Unterstützung sich Linke und Rechte streiten, kippt nach links in der vollkommen richtigen Überzeugung, daß die Linke nicht weniger gegenrevolutionäre und konservativ ist als die Rechte, und daß ihre Konzessionsvorschläge (die größtenteils nur Schein und nur in einem geringen Maße echte Zugeständnisse darstellen) lediglich dazu dienen, den wachsenden revolutionären Vorstoß gegen die von Rechten und Linken gleichsam anerkannten Institutionen zu bremsen. Die Beteiligung der kommunistischen Partei an der Linkskoalition würde dieser daher besonders im Wahlkampf und im Parlament mehr Unterstützung entziehen als bringen und das Experiment in seinem Zeitablauf noch weniger kontrollierbar machen.

35. Andererseits darf die kommunistische Partei nicht übersehen, daß die Forderungen, auf die Agitation des Linksblocks beruht, die Massen interessieren und oft sogar in ihrer Formulierung deren wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, und die kommunistische Partei darf keineswegs die oberflächliche These vertreten, daß solche Konzessionen abzulehnen sind, weil bloß die endgültige und totale revolutionäre Eroberung die Opfer der Proletarier wert sei. Eine solche Behauptung wäre sinnlos und hätte zur Folge, daß die Proletarier weiter den Demokraten und Sozialdemokraten nachlaufen und unter ihrem Einfluß bleiben würden. Die kommunistische Partei wird daher die Arbeiter auffordern, nach den Zugeständnissen der Linken zu greifen, aber als Experiment, dessen schlechten Ausgang die Partei in ihrer Propaganda klar voraussagen wird, wobei sie gleichzeitig die Notwendigkeit unterstreichen wird, daß das Proletariat, soll es ungeschlagen davonkommen, seine organisatorische und politische Unabhängigkeit nicht auf dieses Spiel setzt. Die kommunistische Partei wird die Massen auffordern, von den sozialdemokratischen Parteien zu verlangen, daß diese für die Erfüllung der Versprechen der bürgerlichen Linken haften und ihre eigenen Versprechen einhalten. Mit ihrer unabhängigen und unnachlässigen Kritik wird sich die kommunistische Partei darauf vorbereiten, aus den negativen Ergebnissen des Experiments zu profitieren: wird ja dadurch klar, daß die ganze Bourgeoisie in der Tat eine Einheitsfront gegen das revolutionäre Proletariat bildet, und daß die Parteien, die sich Arbeiterparteien nennen, aber eine Koalition mit einem Teil der Bourgeoisie eingehen, nichts anderes als ihre Komplizen und Agenten sind.
36. Oft stellen die Linksparteien und besonders die Sozialdemokratie solche Forderungen, daß es nützlich ist, das Proletariat dazuaufzurufen, direkt für ihre Erfüllung einzutreten, da im Laufe dieses Kampfes unmittelbar klar wird, daß die Mittel, mit denen die Sozialdemokraten ein Programm von Vergünstigungen für das Proletariat durchsetzen wollen, unzulänglich sind. Die kommunistische Partei wird in solchen Fällen dieselben Forderungen aufgreifen und verschärfen, sie als Kampffarolen des ganzen Proletariats stellen, das Proletariat vorwärts drängen, um dadurch die Parteien, die bloß aus Opportunismus davon gesprochen haben, auf den Weg der Durchsetzung der Forderungen zu zwingen. Seien es nun wirtschaftliche Forderungen, oder solche die auch einen politischen Charakter haben, wird die kommunistische Partei sie als Ziel der Gewerkschaftskoalition stellen und die Bildung von Leitungs- oder Aktionskomitees, die sich aus verschiedenen Parteien einschließlich der kommunistischen zusammensetzen, vermeiden, damit die Aufmerksamkeit der Massen immer auf das spezifische Programm der Kommunisten gelenkt werden kann und auch damit die Partei die eigene Bewegungsfreiheit beibehält, um den Zeitpunkt zu wählen, in dem sie die Aktionsplattform erweitern und die anderen Parteien, die sich ohnmächtig zeigten und von den Massen verlassen wurden, übergehen muß. So verstanden, erlaubt die gewerkschaftliche Einheitsfront allgemeine Aktionen der ganzen Arbeiterklasse, die allein die kommunistische Methode siegreich bestehen kann, die einzige Methode, die der einheitlichen Bewegung einen Inhalt geben kann und frei ist von jeder Mitverantwortung für die Umtriebe der Parteien, die bloß aus Opportunismus und mit konterrevolutionären Absichten ihre nur wörtliche Unterstützung des proletarischen Kampfes vorgaukeln.
37. In der Situation, mit der wir uns hier befassen, kann auch ein Ansturm der bürgerlichen Rechte gegen eine demokratische oder sozialdemokratische Regierung stattfinden. Selbst in diesem Fall kann die kommunistische Partei nicht zur Solidarität mit solchen Regierungen aufrufen. Solche Regierungen bilden ein Experiment, das man hingenommen hat und mit der Absicht verfolgt, die Überzeugung des Proletariats zu beschleunigen, daß sie nicht zu seinen Gunsten, sondern für konterrevolutionäre Zwecke errichtet wurden. Man kann sie dem Proletariat daher nicht als Errungenschaft hinstellen,

die es zu verteidigen hätte.

38. Es kann geschehen, daß die Linksregierung die Organisationen der Rechten (die weißen Banden der Bourgeoisie) das Proletariat und seine Organisationen angreifen läßt. Hier wird keine Unterstützung durch das Proletariat beansprucht, sondern stellt sich die Regierung vielmehr auf den Standpunkt, das Proletariat hätte kein Recht, selbst den bewaffneten Widerstand zu organisieren, um diesen Angriffen zu entgegenen. In einem solchen Fall werden die Kommunisten zeigen, daß nichts anderes vorliegt, als offene Komplizität und Arbeitsteilung zwischen der liberalen Regierung und den irregulären Kräften der Reaktion: die Bourgeoisie debattiert nicht mehr über die respektiven Vorteile der demokratisch-reformistischen Einschläferung und der gewaltsamen Unterdrückung, sondern gebraucht beide Methoden zugleich. In einem solchen Falle ist der liberale Flügel der wahre und gefährlichste Feind der revolutionären Vorbereitung. Er täuscht vor, er werde im Namen der Legalität die Verteidigung des Proletariats übernehmen, um an dem Tag, wo der Druck der Ereignisse das Proletariat vor die Notwendigkeit stellen wird, gegen den legalen Apparat, der seine Ausbeutung schützt, zu kämpfen, dieses Proletariat unbewaffnet und desorganisiert vor sich zu haben und es so in vollem Einverständnis mit den Weißen niederschlagen zu können.
39. Eine andere Möglichkeit ist, daß die Regierung und die Linksparteien, die sie bilden, das Proletariat zur Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen den Angriff der Rechten aufrufen. Dieser Aufruf ist nichts anderes als eine Falle. Darauf reagiert die kommunistische Partei mit dem Aufruf, daß die Bewaffnung des Proletariats die Errichtung der proletarischen Macht und des proletarischen Staates bedeuten muß, d.h. auch die Entwicffnung des überlieferten, bürokratischen und militärischen Staatsapparates, der ja nie den Befehlen einer auf legalem Weg an die Macht gekommenen Linksregierung gehorchen würde, sollte sie das Volk zum bewaffneten Kampf aufrufen; und nur die proletarische Diktatur kann den Sieg über die weißen Banden sichern. Daraus folgt, daß gegenüber einer Linksregierung keine Art von "Loyalität" verkündet oder praktiziert werden darf. Im Gegenteil, man muß die Massen mit dem allergrößten Nachdruck darauf hinweisen, welche Gefahr eine Stärkung der Regierungsmacht mit Hilfe des Proletariats gegen den Angriff der Rechten oder einen Putschversuch bedeuten würde: das hieße lediglich den Apparat befestigen helfen, der (wenn die Kontrolle der bewaffneten Staatsorganisation in den Händen der demokratischen Regierungsparteien bleibt, d.h. wenn das Proletariat die Waffen streckt ohne sie gegen alle Kräfte der bürgerlichen Klasse einzusetzen, um die bestehenden politischen und staatlichen Formen zu stürzen) dem revolutionären Ansturm, wenn sich dieser als einziger Ausweg erweist, entgegentreten wird.

VII.

"DIREKTE" TAKTISCHE AKTION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

40. Wir haben den Fall untersucht, wo die bürgerlichen Linken und die Sozialdemokratie, sei es als Verteidigungs- oder als Eroberungsziele Forderungen stellen, die die Massen effektiv angehen. In diesem Fall stellt die kommunistische Partei ihrerseits mit größerer Klarheit und Energie dieselben Forderungen und kritisiert gleichzeitig die Unzulänglichkeit der Mittel, die die anderen vorschlagen, um diese Forderungen durchzusetzen. Es gibt aber auch andere Fälle, wo die Durchsetzung oder Verteidigung von unmittelbaren und dringenden Forderungen der Arbeiterklasse die bürgerlichen Linksparteien einschließlich der Sozialdemokratie gleichgültig lassen. Wenn die

kommunistische Partei wegen des Einflusses der Sozialdemokraten nicht über genügend Kräfte verfügt, um die Massen direkt zur Durchsetzung dieser Forderungen aufzurufen, wird sie es dennoch vermeiden, den Sozialdemokraten ein Bündnis anzubieten. Im Gegenteil, sie wird zeigen, daß diese sogar die unmittelbaren Tagesinteressen des Proletariats verraten; sie wird für die Bildung einer proletarischen Einheitsfront auf gewerkschaftlicher Ebene eintreten, als Instrument für die Durchsetzung jener proletarischen Kampf-forderungen. An solchen Einheitsaktionen werden sich die Kommunisten, die in den Gewerkschaften kämpfen, an erster Stelle beteiligen, während die Partei ihre Bewegungsfreiheit behält und eingreifen kann, wenn der Kampf eine höhere Entwicklung erreicht, gegen die sich die Sozialdemokraten und manchmal auch die Anarcho-Syndikalisten und Anarchisten unvermeidlich stellen werden. Schlagen die anderen Arbeiterparteien die gewerkschaftliche Einheitsfront für diese Forderungen ab, so begnügt sich die kommunistische Partei nicht damit, in Kritik und Propaganda deren Einvernehmen mit der Bourgeoisie zu zeigen; um den Einfluß der anderen Parteien zu vernichten, muß sie vor allem in erster Linie in den proletarischen Teilkämpfen mitwirken. Die Situation wird solche Kämpfe gewiß hervorrufen, und zwar auf der Grundlage der Forderungen, für die die kommunistische Partei die gewerkschaftliche Einheitsfront aller lokalen Organisationen und Kategorien vorgeschlagen hat. Aus diesen Kämpfen kann die kommunistische Partei somit die konkrete Beweisführung ziehen, daß die sozialdemokratischen Führer, indem sie sich einer Ausbreitung der Aktion widersetzen, die Niederlage begünstigen. Natürlich begnügt sich die kommunistische Partei nicht damit, die anderen für die falsche Taktik verantwortlich zu machen, sondern untersucht mit höchstem Scharfsinn und strengster Disziplin, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, den Widerstand der Konterrevolutionäre zu überrumpeln, d.h. ob die Entwicklung der Aktion nicht unter den Massen eine solche Stimmung erzeugt, daß diese gegen jeden Widerstand einem Kampfaufruf der kommunistischen Partei folgen würden. Ein derartiger Beschluß darf nur zentral gefaßt werden und es ist unzulässig, daß er je von lokalen Organen der Partei oder von kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften gefaßt wird.

41. Der Ausdruck "direkte Taktik" bezeichnet insbesondere die Parteiaktion in einer Situation, die ihr nahelegt, von sich aus die Initiative eines Angriffs gegen die bürgerliche Macht zu ergreifen, um sie zu stürzen oder durch einen harten Schlag ernsthaft zu schwächen. Um eine solche Aktion unternehmen zu können, muß die Partei über eine feste innere Organisation verfügen, die die strengste Disziplin gegenüber den Befehlen der führenden Zentrale absolut sicherstellt. Sie muß auch dieselbe Disziplin von den von ihr geführten Gewerkschaftskräften erwarten können, so daß sie sicher sein kann, daß ein großer Teil der Massen sich ihr anschließen wird. Sie braucht auch eine entsprechend wirksame militärische Organisation und darüber hinaus den ganzen Apparat für die illegale Aktion, insbesondere ein Kommunikations- und Verbindungsnetz, das der bürgerlichen Kontrolle unzugänglich ist und ihr somit erlaubt, die Führung der Bewegung sicher in der Hand zu halten, wenn sie, wie zu erwarten durch Ausnahmegesetze verboten wird. Der Beschluß einer offensiven Aktion, die eine jahrelange Vorbereitung aufs Spiel setzen kann, setzt aber vor allem voraus, daß die kommunistische Partei die Lage untersucht hat und zum sicheren Ergebnis gekommen ist, daß die von ihr direkt organisierten und geführten Kräfte sich diszipliniert verhalten werden, daß ihre Bindungen zu den Massen während des Kampfes nicht reißen werden und darüberhinaus, daß der Anschluß der Massen an die Partei und die Ausdehnung der proletarischen Teilnahme an der Bewegung im Laufe der Aktion immer mehr wachsen werden, da die Tragweite dieser Aktion die Tendenzen, die urwüchsig in den tiefen Schichten der Massen schlummern, erwecken und in Gang bringen wird.

42. Eine allgemeine Bewegung, mit der die kommunistische Partei beabsichtigt, die bürgerliche Macht zu stürzen, kann nicht immer von vornherein offen dieses Ziel zugeben. Nur in Ausnahmefällen ist dies möglich, bei besonders rascher Beschleunigung der revolutionären Situation und entsprechendem Aufruhr im Proletariat. Meistens wird sich aber der Aufruf zum Kampf auf Forderungen berufen, die noch nicht die proletarische Machteroberung darstellen, die aber teilweise nur durch diesen höchsten Sieg erfüllbar sind, obwohl die Massen sie bloß als unmittelbare Lebensbedürfnisse betrachten. Da diese Forderungen auch in begrenztem Maß von einer linken Regierung (also ohne Vernichtung des bürgerlichen Staates und Errichtung der proletarischen Diktatur) erfüllt werden können, lassen sie die Möglichkeit offen, die Aktion an einem bestimmten Punkt zu bremsen, und dennoch den Organisationsgrad und die Kampfbereitschaft der Massen aufrechtzuerhalten, wenn es nicht möglich ist, sie bis zum Endziel fortzusetzen, ohne dadurch nicht nur den Erfolg, sondern auch die Bedingungen einer folgenden wirksameren Wiederaufnahme des Kampfes zu gefährden.
43. Die kommunistische Partei kann es auch zweckmässig finden, zu einer Aktion aufzurufen, von der sie weiß, daß sie nicht bis zur Machteroberung gesteigert werden kann, sondern einen Zusammenstoß darstellt, aus dem das Ansehen und die Organisation des Feindes erschüttert und das Proletariat materiell und moralisch gestärkt hervorgehen sollen. In diesem Fall ruft die Partei die Massen zum Kampf für Ziele auf, die entweder die effektiv zu erreichenden Ziele sind, oder beschränkter als die Ziele, die die Partei bei günstiger Entwicklung des Kampfes zu erreichen beabsichtigt. Vor allem im Aktionsplan der Partei müssen diese Ziele nach und nach gestellt werden, so daß jede einzelne Errungenschaft die Plattform für eine Stärkung und für eine Pause vor weiteren Kämpfen bietet. Die Partei muß mit allen Anstrengungen die verzweifelte Taktik vermeiden, die darin besteht, sich unter solchen Bedingungen in den Kampf zu stürzen, daß nur der Endsieg der Revolution ein günstiges Ergebnis darstellen kann, und sonst die Niederlage und die Auflösung der proletarischen Kräfte für eine unabsehbare Zeit sicher sind. Teilziele sind daher unentbehrlich, um die Aktion sicher unter Kontrolle zu halten. Sie aufzustellen, bildet keinen Widerspruch zur Kritik ihres ökonomischen und sozialen Inhaltes; vielmehr muß man verhindern, daß die Massen sie als Selbstzweck ansehen, auf denen man ruhen kann, wenn sie einmal erreicht sind, um sie im Gegenteil als Kampfgelegenheit, um den Endsieg näherzubringen, durchzusetzen. Das Festlegen solcher Teilziele ist selbstverständlich ein heikles und ungeheures Problem, und nur durch die Fruchtbarmachung ihrer Erfahrung und die Selektion ihrer Führer kann sich die Partei zu dieser äußersten Verantwortung befähigen.
44. Die Partei darf weder die Illusion verbreiten, noch ihr selbst verfallen, daß es in einer Situation der Senkung der proletarischen Kampflust möglich wäre, lediglich durch das Beispiel einer tapferen Gruppe, die sich in den Kampf stürzt und Handstreichs gegen die bürgerlichen Institutionen unternimmt, die Massen zum Kampf zu erwecken. Die Beweggründe, die das Proletariat aus der Erschlaffung aufrütteln können, sind in der tatsächlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage zu suchen; die Taktik der Partei kann und muß zu diesem Prozeß beitragen, aber durch eine viel gründlichere und kontinuierlichere Arbeit als die theatralische Geste einer stürmenden Vorhut.
45. Nichtsdestoweniger wird die Partei ihre Kräfte und ihre Organisation für gut geplante und in der Ausführung gut kontrollierbare Aktionen einsetzen, die, von bewaffneten Gruppen, Arbeiterorganisationen und Menschenmengen unternommen, einen demonstrativen und Verteidigungswert haben und den Massen den konkreten Beweis liefern, daß man mit Organisationen und Vorbereitung

bestimmten Widerständen und Gegenoffensiven der herrschenden Klasse entgegen treten kann, ob es sich nun um terroristische Angriffe von bewaffneten reaktionären Gruppen oder um Polizeiverfolgungen gegen proletarische Organisationen und Tätigkeiten handelt. Damit zielt die Partei nicht darauf ab, eine allgemeine Aktion hervorzurufen, sondern den niedergeschlagenen und entmutigten Massen durch eine Reihe von Aktionen, die eng mit dem Wiedererwachen ihrer Kampfgefühle und Vergeltungsbedürfnisse verbunden sind, eine hochgradige Kampfbereitschaft einzuflößen.

46. Auf jeden Fall wird die Partei vermeiden, daß ihre Gewerkschaftsgruppen und Gewerkschaftsmitglieder bei solchen lokalen Aktionen die innere Disziplin der Gewerkschaftsorganisationen brechen. Diese Aktionen sollen nicht zum Bruch mit den zentralen Nationalorganen, die von anderen Parteien geführt werden, führen, sondern, wie bereits gesagt, die Grundlage für die Eroberung dieser Organe durch die Partei bilden. Die kommunistische Partei und ihre Mitglieder werden jedoch die Massen aktiv begleiten und ihnen ihre ganze Unterstützung geben, wenn sie in einer spontanen Entgegnung auf die bürgerlichen Provokationen die Grenzen der Disziplin gegenüber der Passivität der reformistischen und opportunistischen Gewerkschaftsführer überschreiten.
47. Ist die Lage durch die Erschütterung der Staatsmacht, die dem Sturz nahe ist, gekennzeichnet, und durch eine volle Entfaltung der kommunistischen Kräfte und der Agitation, um die Massen unter dem Banner der höchsten strategischen Parteiziele zu scharen, so darf die kommunistische Partei keine Gelegenheit verpassen, auf die labilen Gleichgewichtsmomente der Situation einzuwirken; dafür wird sie alle Kräfte ausnützen, die für eine Weile in die gleiche Richtung ihrer unabhängigen Aktion laufen. Wenn sie vollkommen sicher ist, die Kontrolle der Bewegung zu gewinnen, sobald die bürgerliche Staatsorganisation gebrochen ist, kann sie auch zeitweilige und beschränkte Vereinbarungen mit anderen Bewegungen schließen, die über Kräfte auf dem Kampfgebiet verfügen. Solche Bündnisse werden aber nicht zum Gegenstand der Propaganda oder der Losungen, die die Partei den Massen gibt, gemacht. Der Erfolg allein liefert den Maßstab für die Opportunität solcher Kontakte; er allein bestimmt, ob die Partei die Folgen richtig berechnet hat. Die ganze Taktik der kommunistischen Partei wird weder von theoretischen Vorurteilen noch von moralischen oder ästhetischen Überlegungen diktiert; ihr Kriterium besteht einzig und allein in der tatsächlichen Anpassung der Mittel an das Ziel, in einer dialektischen Synthese von Theorie und Aktion, die das Vermögen einer Bewegung darstellt, die zum Träger der breitesten gesellschaftlichen Erneuerung und zum Führer des größten revolutionären Krieges bestimmt ist.

Vermerk: Die "Römer Thesen" enthalten ein VIII. Kapitel, das sich mit der italienischen Lage befaßt und die konkrete Anwendung der Thesen aus Kapitel I. - VII. darstellt. Da sich die Thesen aber vor allem als Grundlage eines taktischen Plans für die ganze Internationale verstanden und seitdem von allen Niederlagen der Arbeiterbewegung tragischerweise bestätigt wurden, d.h. da die spätere Entwicklung nicht nur die Richtigkeit des vorgelegten taktischen Schemas sondern die *Notwendigkeit* eines solchen einheitlichen taktischen Planes für die kommunistische Bewegung aller Länder in ein grelles Licht geworfen hat, verzichtet man heute bei der Veröffentlichung der Thesen auf diesen spezifischen italienischen Teil, um den allgemeinen Ansatz und die internationale Gültigkeit der Arbeit noch besser hervorzuheben.

++ ++

++

DIE TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

(Thesenentwurf der KPI für den IV. Kongreß der Komintern,
Moskau, November 1922)

Die Bedingungen zur Verwirklichung der revolutionären Ziele der kommunistischen Internationale sind objektiver Natur, sofern sie in der jeweiligen Lage des kapitalistischen Regimes und seiner laufenden Krise liegen. Sie sind subjektiver Natur, sofern es um die Fähigkeit der Arbeiterklasse geht, alle Teilinteressen von begrenzten Gruppen den allgemeinen Interessen des gesamten Proletariats und dem Endziel der Revolution unterzuordnen, um durch die Einheit ihrer Aktion für den Sturz der bürgerlichen Macht zu kämpfen und die eigene Diktatur zu organisieren.

Die subjektiven Bedingungen umfassen zwei Aspekte:

- a) Vorhandensein von kommunistischen Parteien, die mit einer klaren programmatischen Auffassung ausgerüstet sind, sowie mit einer gut definierten Organisation, die die Einheit ihrer Aktion sicherstellt;
- b) einen Einflußgrad der kommunistischen Partei über die Arbeitermasse und über ihre wirtschaftlichen Organisationen, der sie in Verhältnis zu den anderen politischen Tendenzen des Proletariats in eine Vormachtstellung versetzt.

Das Problem der Taktik besteht darin, die Mittel auszusuchen, die den kommunistischen Parteien am besten ermöglichen, auf der Grundlage der objektiven Bedingungen und deren Entwicklungsprozessen diese revolutionären Voraussetzungen subjektiver Natur gleichzeitig zu verwirklichen.

BILDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN UND DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Der Bankrott der II. Internationale und die russische Revolution führten zur Wiederherstellung der revolutionären Ideologie des Proletariats und zu seiner politischen Reorganisation in den Reihen der kommunistischen Internationale.

Um in der Lage zu sein, ihre Aufgabe zu erfüllen, den Kampf des Proletariats aller Länder zu vereinigen und zum Endziel der Weltrevolution zu führen, muß die kommunistische Internationale zunächst ihre eigene programmatische und organisatorische Einheit sicherstellen. Alle Sektionen und alle Militanten der Kommunistischen Internationale müssen aufgrund ihres prinzipiellen Beitritts dem gemeinsamen Programm der Kommunistischen Internationale verpflichtet sein.

Indem sie alle Überbleibsel des Föderalismus der alten Internationale beseitigt, muß die internationale Organisation ein Höchstmaß an Zentralisation und Disziplin sichern. Dieser Prozeß vollzieht sich immer noch inmitten der Schwierigkeiten, die aus den in den verschiedenen Ländern existierenden unterschiedlichen Bedingungen und aus dem Fortbestehen der Traditionen des Opportunismus herrühren. Er kann nicht durch mechanische Hilfsmittel nützlich zu Ende gebracht werden, sondern nur durch die Verwirklichung einer effektiven Einheit der Methoden, die die gemeinsamen Kennzeichen der Aktion der proletarischen Vortruppen in den verschiedenen Ländern deutlich zur Geltung bringt.

Man kann es nicht erlauben, daß irgendeine politische Gruppe in die internationale revolutionäre Disziplin und Organisation bloß aufgrund einer allgemeinen Zustimmung zu gewissen Texten und aufgrund eines Versprechens; eine Reihe von Verpflichtungen einzuhalten, eingegliedert wird. Man muß im Gegenteil den wirklichen Pozeß berücksichtigen, der sich innerhalb der organisierten Gruppen (Parteien und Strömungen), die inmitten des Proletariats politisch tätig sind, vollzogen hat, sowie die Entwicklung ihrer Ideologie und ihrer praktischen Erfahrung, um beurteilen zu können, ob und in welchem Maße sie der Kommunistischen Internationale angehören können.

Die Disziplinarkrisen innerhalb der Internationale hängen mit zwei Aspekten zusammen, die der traditionelle Opportunismus heute einnimmt. Einerseits werden die Formulierungen der taktischen Erfahrung der Internationale mit Begeisterung aufgenommen, ohne zu verstehen, daß sie fest mit den revolutionären Ziele verknüpft sind, d.h. man nimmt ihre äußerlichen Anwendungsformen als eine Rückkehr zu den alten opportunistischen Methoden, die kein revolutionäres Bewußtsein und keinen zielsicheren Willen kennen. Andererseits lehnt man diese taktischen Formulierungen aufgrund einer oberflächlichen Kritik, die diese taktischen Formulierungen als eine Kapitulation und Rückentwicklung gegenüber den Zielen des revolutionären Programms schildert. In beiden Fällen handelt es sich um ein Mißverständnis hinsichtlich der Beziehungen zwischen kommunistischen Zielen und Anwendung von taktischen Mitteln.

Um die opportunistischen Gefahren und die Disziplinarkrisen zu beseitigen, muß die kommunistische Internationale die organisatorische Zentralisation auf die Klarheit und Genauigkeit der taktischen Resolutionen und auf die exakte Definition der anzuwendenden Methoden stützen.

Eine politische Organisation - d.h. eine auf freiwillige Mitgliedschaft gegründete Organisation - wird den Erfordernissen der zentralisierten Aktion nur gerecht werden, wenn ihre Anhänger die Gesamtheit der Methoden kennen und akzeptieren, deren Anwendung das Zentrum in den verschiedenen Situationen befehlen kann.

Das Ansehen und die Autorität des Führungszentrums - das sie nicht auf materielle Sanktionen gründen, sondern sich zwischen Parametern bewegen, die auf dem Gebiet der psychologischen Faktoren liegen - verlangen Klarheit, Entschlossenheit und Kontinuität in den programmatischen Erklärungen und in den Kampfmethoden. Hier liegt die einzige Garantie, ein wahrhaftig einheitliches Aktionszentrum des internationalen Proletariats bilden zu können.

Eine feste Organisation kann nur aus der Stabilität ihrer Organisationsnormen entstehen; deren rigorose Anwendung wird somit jedem einzelnen gesichert und Rebellionen und Desertionen auf ein Minimum herabgedrückt. Genau wie die Ideologie und die taktischen Richtlinien, müssen die Organisationsstatuten den Eindruck von Einheit und Beständigkeit geben.

Aus diesen Erwägungen, die sich auf eine reiche Erfahrung stützen, geht hervor, daß es in dem Augenblick, wo man von der Periode des Aufbaus der Internationale der kommunistischen Parteien zur Periode der Aktion der internationalen kommunistischen Partei übergeht, notwendig ist, völlig anormale organisatorische Normen zu besätigen, wie die Zusammenschlüsse von isolierten Sektionen der Internationale mit anderen politischen Organisationen; die Tatsache, daß diese Sektionen anstelle des persönlichen Beitritts der Militanten sich aufgrund des Kriteriums der Zusammenwürfelung von verschiedenen Organisationen bilden können; die Existenz von organisierten Fraktionen oder Gruppen verschiedener Tendenzen innerhalb der Organisation; die systematische Eindringung und Unterwanderung anderer Organisationen politischer Natur, die ihre eigene politische Disziplin haben (was noch schlimmer ist, wenn es sich um Organisationen militärischer Natur handelt).

In dem Maße, in dem die Internationale diese Kunstmittel benutzt, werden föderalistische Erscheinungen und Disziplinbrüche festzustellen sein. Wenn der Prozeß der fortschreitenden Beseitigung dieser Abweichungen aufgehalten oder umgekehrt werden sollte, oder wenn diese zur Regel werden, würde die Gefahr einer opportunistischen Versumpfung äußerst ernst sein.

DIE EROBERUNG DER MASSEN

Grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien ist die Eroberung eines immer größeren Einflusses auf die Massen. Dafür müssen sie zu allen taktischen Mitteln greifen, die der objektiven Situation angemessen sind und eine wachsende ideologische und organisatorische Einflußnahme der Partei in den Reihen des Proletariats gewährleisten.

Die Eroberung der Massen kann sich nicht durch die alleinige Propaganda der Parteiideologie und die bloße Anwerbung von Militanten verwirklichen, sondern durch die Teilnahme an allen Aktionen, wozu die Proletarier durch ihre wirtschaftliche Lage getrieben werden. Man muß den Arbeitern klar machen, daß diese Aktionen an sich selbst den Sieg ihrer Interessen nicht sichern können; sie können nur eine Erfahrung, ein organisatorisches Ergebnis und einen Kampfwillen bringen, die in den allgemeinen revolutionären Kampf einzugliedern sind. Das erreicht man aber nicht durch die Verneinung dieser Aktionen, sondern indem man die Arbeiter anspricht und veranlaßt, sie in Angriff zu nehmen und indem man den Arbeitern unmittelbare Forderungen vorschlägt, die geeignet sind, eine immer breitere Einheit von kämpfenden Arbeitergruppen zu verwirklichen.

Sogar in den Situationen, wo sich der Kapitalismus normal entwickelte, betrachteten die revolutionären marxistischen Parteien den proletarischen Kampf um konkrete wirtschaftliche Forderungen auf Gewerkschaftsebene als etwas Grundlegendes und Notwendiges. Auch die Forderungen allgemeiner sozialer und politischer Natur müssen der revolutionären Arbeit dienen. Sie dürfen aber nicht zum Bereich eines Kompromisses mit der Bourgeoisie werden, durch welchen das Proletariat die Konzessionen der Bourgeoisie mit dem Verzicht auf die Unabhängigkeit seiner Organisationen und auf die Propaganda des revolutionären Programms und der revolutionären Methoden bezahlt.

Durch die Aktion um Teilforderungen stellt die kommunistische Partei einen Kontakt mit den Massen her, der ihr erlaubt, neue Mitglieder zu gewinnen; indem sie durch ihre Propaganda die Lehren der Aktionen vervollständigt, zieht die Partei die Sympathie und Popularität an sich und schafft um sich herum ein ganzes und breites Organisationsnetz, das einerseits mit den tiefen Schichten der Massen und andererseits mit dem führenden Zentrum der Partei selbst verbunden ist. So läßt sich eine einheitliche Disziplin der Arbeiterklasse vorbereiten, die durch die systematische Unterwanderung der Gewerkschaften, der Genossenschaften und aller Interessenverbände der Arbeiterklasse zu erreichen ist. Ähnliche Organisationsnetze müssen, so bald wie möglich auf allen Tätigkeitsbereichen der Partei geschaffen werden: bewaffneter Kampf und militärische Aktion, Bildung und Kultur, Jugend- und Frauenarbeit, Unterwanderung der Armee usw. Ziel einer solchen Arbeit ist die Verwirklichung eines nicht nur ideologischen sondern auch organisatorischen Einflusses der kommunistischen Partei über den größten Teil der Arbeiterklasse. Demzufolge streben die Kommunisten in ihrer Gewerkschaftsarbeit danach, die Basis der Gewerkschaften, wie aller Organisationen ähnlicher Natur, so weit wie möglich zu erweitern. Sie bekämpfen jede Spaltung und kämpfen für die Organisationsseinheit, wo eine solche Spaltung besteht, sofern ihnen ein Minimum an Arbeitsmöglichkeit für die kommunistische Propaganda und Unterwanderung zugesichert wird, wobei in besonderen Fällen ihre Aktivität auch illegal und geheim sein kann.

Obwohl es Ziel der kommunistischen Arbeit ist, durch die Eroberung der Mehrheit der Organisierten auch die Leitung der Gewerkschaftszentralen - unerläß-

licher Hebel für die Manöver im revolutionären Kampf - an sich zu reißen, akzeptieren die Kommunisten auf jeden Fall die Disziplin zu den Beschlüssen dieser Zentralen und haben nicht vor, daß sich die gewerkschaftlichen Organisationen statutenmäßig oder durch besondere Verträge verpflichten, sich der Kontrolle der Partei zu unterwerfen.

DIE EINHEITSFRONT

Die Offensive des Kapitals und ihre jetzigen besonderen Merkmale bieten den kommunistischen Parteien besondere Möglichkeiten zur Ausdehnung ihres Einflusses über die Massen. Daher die Taktik der Einheitsfront.

Die kapitalistische Offensive hat ein doppeltes Ziel: einerseits die Vernichtung der proletarischen Organisationen, die zu einer revolutionären Offensive fähig sind, andererseits die Steigerung der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiter, um den Wiederaufbau der bürgerlichen Wirtschaft zu versuchen. Die kapitalistische Offensive stößt also unmittelbar gegen die Interessen der Proletarier, auch derjenigen, die noch nicht zum revolutionären Bewußtsein und zur revolutionären Organisation gewonnen wurden, und sie greift auch die Organisation an, die kein revolutionäres Programm haben und von opportunistischen Elementen geführt werden. Die Bürokratie, die diese Organisationen führt, hat verstanden, daß schon der blosse Abwehrkampf notwendigerweise ein revolutionäres Problem stellt, daß dieser Kampf erfordert, daß die Arbeiter auf eine Kampffront gegen die bürgerliche Klasse und ihre Institutionen mobilisiert werden. Sie sabotiert daher sogar den rein defensiven Widerstand und gibt somit das illusorische Programm der graduellen Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats auf.

Eine solche Situation erlaubt den kommunistischen Parteien, auch jenen Teil der Arbeiterklasse, der kein entwickeltes politisches Bewußtsein hat, in den Kampf zu führen. Den kommunistischen Parteien eröffnet sich die Möglichkeit der Mobilisierung dieser Arbeiterschichten zu Einheitsaktionen um konkrete und unmittelbare Forderungen in Verteidigung der durch die Offensive des Kapitals gefährdeten Interessen.

Zu diesem Zweck schlagen die Kommunisten eine gemeinsame Aktion aller, zu den Organisationen der verschiedenartigsten Tendenzen gehörenden proletarischen Kräfte vor.

Diese Taktik darf nie mit der grundlegenden Aufgabe der kommunistischen Partei in Widerspruch geraten, d.h. mit der Verbreitung, innerhalb der Arbeitermassen, des Bewußtseins, daß nur das kommunistische Programm und die organisatorische Einreihung um die kommunistische Partei sie zu ihrer Emanzipation führen werden.

Die Einheitsfront hat eine doppelte Perspektive. Der Aufruf zur Einheitsfront wird zu einer Kampagne gegen die Programme und den Einfluß der anderen proletarischen Organisationen dienen, und in diesem Zusammenhang ist der Vorteil der kommunistischen Partei offensichtlich, wenn diese anderen Organisationen die kommunistische Einladung zur Aktion ablehnen. Wenn man hingegen wirklich zu einer Aktion gelangt, an der alle proletarischen Organisationen und das ganze Proletariat teilnehmen, nimmt sich die kommunistische Partei vor, die Führung der Bewegung direkt zu übernehmen, wenn die allgemeinen Bedingungen es erlauben, diese Bewegung zu einem revolutionären Ausgang zu führen. Wenn dies nicht möglich ist, muß die kommunistische Partei mit allen Mitteln versuchen, daß die Massen durch Teilerfolge des Kampfes und, wenn diese nicht möglich sind, durch die Niederlagen selbst, zur Überzeugung gelangen, daß die kommunistische Partei am besten vorbereitet ist, um die Sache des Proletariats zum Siege zu führen. Wenn die kommunistische Partei vorher mit den genauen Vorschlägen, die den Erfolg des Kampfes garantieren würden, agitiert hat, wird sie ja durch die Teilnahme ihrer Kräfte in den ersten Reihen der gemeinsamen

Aktion erreichen können, daß die Massen zur Überzeugung gelangen, daß der Sieg möglich sein wird, wenn die nicht-kommunistischen Organisationen auf sie keinen überwiegenden Einfluß mehr ausüben.

Die Taktik der Einheitsfront ist also ein Mittel, um für die Partei ideologisch und organisatorisch einen Überwiegenden Einfluß zu erobern.

Die instinktive Tendenz der Massen zur Einheit muß ausgenützt werden, wenn sie einer günstigen Anwendung der Taktik der Einheitsfront dienen kann. Sie muß aber bekämpft werden, wenn sie zum entgegengesetzten Ergebnis führen sollte.

Das schwerwiegende taktische Problem der Einheitsfront zeigt also Grenzen, über die hinaus unsere Aktion ihr Ziel verfolgen würde. Diese Grenzen sind in bezug auf den Inhalt der Forderungen und auf die vorzuschlagenden Kampfmittel sowie hinsichtlich der als Plattform der proletarischen Kräfte vorzuschlagenden oder zu akzeptierenden Organisationsgrundlagen festzulegen.

Die Forderungen, die die kommunistische Partei als Ziel der Einheitsfront stellt, dürfen in keinem Widerspruch zu den Programmen der verschiedenen Organisationen stehen, denen man die Koalition vorschlägt und müssen mit Kampfmethoden erreicht werden können, die keine dieser Organisationen prinzipiell ablehnt.

Nur so kann man gegen die Organisationen agitieren, die den Einheitsfrontvorschlag ablehnen, und im entgegengesetzten Fall ist es auch nur so möglich, die Entwicklung der Aktion zugunsten der kommunistischen Einflußnahme auszunützen.

Alle Forderungen, die auch mit der direkten Aktion der Partei erkämpft werden könnten, sind ins Auge zu fassen: Verteidigung der Löhne und der Arbeitsbedingungen in Stadt und Land, Kampf gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, effektive Verteidigung des Koalitions- und Agitationsrechts.

Als Kampfmittel kann man all diejenigen vorschlagen, die die kommunistische Partei für ihre eigenen unabhängigen Aktionen nicht ablehnt, also alle Propaganda-, Agitations- und Kampfmethoden, wodurch sich die proletarische Klasse klar und ausdrücklich gegen das Kapital stellt.

Wenn die anderen proletarischen Organisationen die kommunistischen Vorschläge ablehnen, andererseits aber eine allgemeine proletarische Aktion einleiten (z.B. indem sie dieselben, von den Kommunisten empfohlenen Kampfmittel, wie Generalstreik usw. usf., anwenden, wenn auch für andere Zwecke), muß die kommunistische Partei, ohne der gemeinsamen Aktion fernzubleiben, in der Lage sein, im Falle einer Niederlage des Proletariats die Verantwortung für die Kampfführung voll auf die anderen Organisationen fallen zu lassen. In dieser Lage wird die kommunistische Partei aber nur sein, wenn einerseits die Gesamtheit ihrer Forderungen den Massen bekannt ist, andererseits die Grundlagen der Koalition entsprechend bedacht werden.

Die kommunistische Partei wird es also nicht annehmen, an Gemeinschaftsorganen verschiedener politischer Organisationen teilzunehmen, wenn jene mit Kontinuität und kollektiver Verantwortung als Führung der allgemeinen Bewegung des Proletariats handeln sollen. Die kommunistische Partei wird es ebenfalls vermeiden, mit anderen politischen Parteien gemeinsame Erklärungen zu zeichnen, wenn diese ihrem Programm widersprechen und dem Proletariat als Ergebnis von Verhandlungen, um eine gemeinsame Aktionslinie zu finden, vorgestellt werden.

Besonders in den Fällen, wo es sich nicht um eine kurze öffentliche Polemik handelt, wo man die anderen Organisationen zur Aktion einlädt, und genau voraussehen kann, daß sie sich weigern werden, sondern wo es im Gegenteil möglich ist, zu einem gemeinsamen Kampf zu gelangen, muß man danach trachten, daß das führende Zentrum der Koalition in einem Bündnisorgan von proletarischen Organisationen gewerkschaftlichen oder ähnlichen Charakters besteht. So wird sich dieses Zentrum den Massen als ein Organ präsentieren, das von den verschiedenen Parteien, die in den Arbeiterorganisationen tätig sind, erobert werden kann.

Nur so ist es möglich, die Wirksamkeit der Einheitsfronttaktik auch im Rahmen einer Aktion zu sichern, die wegen des opportunistischen Einflusses mit einem halben Sieg oder einer Niederlage der Arbeiterklasse endet.

DIE ARBEITERREGIERUNG

Die Tagesforderungen, die das Proletariat interessieren, können ebenfalls mit der Politik des Staates zusammenhängen.

Die kommunistische Partei muß diese Forderungen formulieren und als Ziel einer Aktion des ganzen Proletariats vorschlagen. Diese Aktion ist mit allen Agitationsmitteln als Druck von außen auf die Regierung zu führen.

Wenn das Proletariat sich mit der Feststellung konfrontiert sieht, daß es, um diese Forderungen durchzusetzen, erforderlich ist, die bestehende Regierung zu wechseln, muß die kommunistische Partei ihre Propaganda für den Sturz der bürgerlichen Macht und für die Diktatur des Proletariats eben auf diese Tatsache gründen, genauso wie sie es tun muß, wenn die Arbeiter feststellen, daß ihre wirtschaftlichen Forderungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft keinen Platz haben.

Wenn sich die Regierung durch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in einer kritischen Situation befindet, muß man aus dem Sturz des Regimes keine bloße Propagandaformel machen, sondern eine konkrete Forderung, die den Massen zugänglich ist. Diese Forderung (alle Macht den Sowjets, den Kontrollausschüssen, den gewerkschaftlichen Bündnisorganen) richtet sich an die Arbeiter aller Parteien und Parteilose, die in solchen Organen vertreten sind. Alle Arbeiter werden dazu geführt, diese Forderung auch gegen ihre Führer anzunehmen. Sie gehört zur eigentlichen politischen Aufgabe der kommunistischen Partei, denn ihre Verwirklichung impliziert den revolutionären Kampf und die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie, und ihre Aufstellung lenkt die ganze proletarische Masse in diese Richtung. Man soll jedoch nicht ausschließen, daß eine solche außerparlamentarische Losung auch im Parlament oder während eines Wahlkampfes gegeben werden kann.

Wenn man nicht genau angibt, ^{auf} welche Form von Delegationseinrichtungen sich die Arbeiterregierung stützen wird, und von ihr allgemein als Koalitionsregierung der Arbeiterparteien spricht, stellt man keine Forderung, die die Arbeiter verstehen können, sondern bloß eine propagandistische Parole, die in die ideologische und politische Vorbereitung der Revolution große Verwirrung hineinbringt. Parteien sind Organisationen, die gebildet werden, um die Regierungsgewalt zu übernehmen, und die Parteien, die die Arbeiterregierung bilden, können nicht dieselben sein, die für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen, parlamentarischen Institutionen sind.

Von Arbeiterregierung zu sprechen, als könnte sie aus einer parlamentarischen Koalition unter kommunistischer Beteiligung entstehen, oder ohne diese Alternative auszuschließen, bedeutet, das politische Programm der Kommunisten praktisch zu verneinen, oder mit anderen Worten, die Notwendigkeit der Vorbereitung der Massen auf den Kampf für die eigene Diktatur verleugnen.

Die weltpolitische Lage erlaubt nicht die Prognose von Übergangsregierungen zwischen dem bürgerlich-parlamentarischen Regime und der Diktatur des Proletariats, sondern vielmehr die Prognose, daß sich bürgerliche Koalitionsregierungen bilden, die den konterrevolutionären Kampf in Verteidigung des Systems mit größter Energie führen werden. Sollte es dennoch eine Übergangsregierung geben, ist es für die kommunistische Partei prinzipiell notwendig, den Sozialdemokraten die Führungsverantwortung für diese Übergangsregierung zu überlassen, solange sie auf der Grundlage der bürgerlichen Institutionen entsteht. Nur so kann sich die kommunistische Partei der Vorbereitung der revolutionären Machteroberung und der Nachfolge der Übergangsregierung widmen.

DIE EROBERUNG DER NICHT-ORGANISIERTEN MASSES

Die Existenz von mächtigen und blühenden wirtschaftlichen Organisationen ist eine günstige Voraussetzung für die Erfassung der Massen durch die kommunistische Partei. Die Verschärfung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft schafft eine objektiv revolutionäre Situation. Da aber in dem Augenblick, wo nach der scheinbaren Blüte der unmittelbaren Nachkriegszeit die Krise in ihrer ganzen Ernsthaftigkeit plötzlich sichtbar wurde, die Kampffähigkeit des Proletariats sich als ungenügend erwiesen hat, wohnen wir heute in sehr vielen Ländern einer wirklichen Ausblutung der Gewerkschaften und aller ähnlichen Organisationen bei, und es ist vorauszusehen, daß dieses Phänomen sehr bald auch in anderen Ländern auftreten wird.

Infolgedessen ist die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats schwieriger geworden, trotz der Verteufung des Elends und der größeren Unzufriedenheit.

In erster Linie stellt sich das Problem der Organisierung der Arbeitermassen und der durch die Lähmung des Produktionsapparates in eine chaotische Situation verdrängten proletarischen Elemente hinter der kommunistischen Partei. Es ist möglich, daß dieses Problem in einiger Zeit noch akuter wird als das Problem mittels der von anderen proletarischen Parteien geführten gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiter zu erobern, die diesen Parteien folgen, ein Problem, dem die Taktik der Einheitsfront eine befriedigende Lösung gibt. Man muß sich also darauf vorbereiten, daß, wenn die wirtschaftliche Dekadenz von einer Steigerung der einheitlichen konterrevolutionären Aktion aller bürgerlichen Kräfte begleitet wird, die nicht-kommunistischen Wirtschaftsorganisationen des Proletariats sich noch schneller leeren werden. Dementsprechend würden sich die Elemente des Problems der Eroberung der Massen modifizieren.

Man wird dann eine neue Organisationsform der proletarischen Interessen schaffen müssen, da sich die revolutionäre Arbeit immer auf die wirkliche, konkrete Situation zu stützen hat. In der gegenwärtigen Phase stellt sich die Aufgabe, die nicht-organisierten Proletarierschichten mit angemessenen Vertretungsformen um die Ausschüsse und Organe der Einheitsfront der proletarischen Organisationen einzureihen. Die kommunistische Partei muß zum Zentrum des Kampfes und der Gegenoffensive gegen die reaktionäre Zentralisation des Kapitalismus werden, die danach strebt, eine zersetzende, zerstreute und von der opportunistischen Bürokratie völlig und endgültig verratene und verkaufte Arbeiterklasse zu unterjochen.

- Die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung der Thesen der Kommunistischen Linke wird im nächsten Bulletin fortgesetzt. -

++ ++
++

Weitere Veröffentlichungen der I K P

in französischer Sprache

LE PROLETAIRE

vierzehntägig erscheinende Zeitung

Preis pro Nummer DM -,75

Jahresabonnement DM 15,--

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA (Teil IV)

Die drei ersten Teile dieser Parteiarbeit aus Mitte der 60er Jahre erschienen in den Bulletins der IKP Nr. 10, 11 und 12. Wir geben nachstehend eine kurze Inhaltsangabe dieser bereits erschienenen Teile:

Teil I behandelte einerseits die Perspektive des Ineinandergreifens von bürgerlicher und sozialistischer Revolution in China im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung, eine Perspektive, die aufgrund der weltweiten Niederlage des Proletariats bzw. der Vernichtung der Komintern als proletarische Internationale durch den Stalinismus scheiterte. Er befaßte sich zunächst mit der Theorie und den Prinzipien und stellte die Invarianz des Marxismus gegen den "nationalen Sozialismus" Moskauer und Pekinger Prägung, legte die Theorie der Doppelrevolution kurz dar, untersuchte den gesellschaftlichen Boden Chinas (Charakter der "kolonialen Bourgeoisie", Kritik der Theorie des chinesischen Feudalismus) und schilderte die Tragödie der chinesischen Revolution ("Revolution und Konterrevolution 1924-27" - "Das Bündnis mit der Kucmintang: Sieg des Menschewismus" - "Die Niederlage des Proletariats" - "Die Bauernbewegung"). Andererseits wurde in Teil I die Agrarfrage in China in ihrer historischen Entwicklung bis 1945 untersucht: Die Agrarfrage, Genesis des "chinesischen Sozialismus" - Die chinesische Agrarfrage: Zahlen und Tatsachen - Zwei Typen von bürgerlicher Entwicklung - Die Agrarpolitik der KPCh von 1927 bis 1945: Enteignung und Verteilung (1927-37). Die Senkung der Pachtzinsen (1937-45) - Die zwei klassischen Phasen der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft.

Teil II-Bulletin Nr. 11 behandelte die nationale Frage: Marxismus und nationaler Staat - Zwei Phasen des Kapitalismus - Die "Generalprobe": Russland 1905, China 1911 - Der imperialistische Krieg und die Perspektiven der proletarischen Revolution in Asien - Die Theorie der "Etappen" der antikolonialen Revolution - Das Erbe Sun Yat-Sens: die "neue Demokratie". Als Anhang wurden die Thesen des 2. Kongresses der Komintern über die Nationalitäten- und Kolonialfrage wiedergegeben.

Teil III (Bulletin Nr. 12) behandelte die Frage der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals unter dem Imperialismus in China: Die Entwicklung des chinesischen Kapitalismus und die imperialistische Herrschaft - Was man ursprüngliche Akkumulation nennt - Die Öffnung Chinas: Handel und Opium - Marx und China - Der Imperialismus und die Kompradorenbourgeoisie.

- x x x -

Seit 1924 tief beeinflusst durch die Degenerierung Moskaus, ist die "kommunistische" Partei Chinas nach den proletarischen Niederlagen von 1927 zum Meister einer bürgerlichen Revolution in China geworden. Wie es Mao Tse-tung offen erklärte, lag ihr

Ehrgeiz darin, die Rolle der "echten Kuomintang" zu spielen und das Programm von Sun Yat-sen zu verwirklichen, hatte ja Chiang Kai-tschek dieses Programm kaum und nur schlecht angepackt: nationale Unabhängigkeit, Agrarreform, Industrialisierung. Wir werden jetzt die jeweiligen "Verdienste" dieser beiden nationalen Parteien (Kuomintang, KPCh) vergleichen und die Umstände untersuchen, unter denen sich die bürgerliche Revolution durchsetzte: ihren eigenen Widersprüchen ausgeliefert, in die Zange des Weltimperialismus genommen, ohne die aktive Unterstützung und die weitsichtige Führung des internationalen Proletariats. Die Durchführung dieser bürgerlichen Aufgaben wird jedoch durch eine seltsame Umwandlung bald "Aufbau des Sozialismus" genannt und die Partei, die ständig offen die bürgerlichste Plattform innerhalb der Moskauer Internationale vertreten hat, gibt sich heute als Retter der seit langem negierten leninistischen Orthodoxie.

Für die Mehrheit der heutigen "Kommunisten", die Sozialismus und nationale Interessen in einen Topf werfen, ist diese Verkleidung nicht einmal ein Problem. Man bedauert nur - mit größter Scheinheiligkeit - daß sie einen extremistischen (!) Charakter angenommen habe. Und im Geist des russischen Spießbürgers ruft der chinesische "Extremismus" das Gespenst der "gelben Gefahr" hervor, die man im Unterbewußtsein des verfaulten Westens als erledigt betrachtete. Selbst diese Gespenster sind aber degeneriert! Am Anfang des Jahrhunderts war die "gelbe Gefahr" Ausdruck der bürgerlichen Furcht, daß die Spekulation des westlichen Imperialismus auf den chinesischen Markt zusammenbräche. Wie es Marx bereits gezeigt hatte, befürchtete der europäische Kapitalismus bei seinem Wettlauf nach Asien eine Revolution an der chinesischen Mauer auszubrechen zu sehen, die seine politische Macht selbst in Europa bedroht hätte. Seitdem China seine eigene Entwicklung in die Hand genommen hat, bedeutet die "gelbe Gefahr" nicht mehr Furcht vor der Revolution, sondern die unbestimmte Sorge um die noch entfernten Aussichten einer chinesischen Konkurrenz.

Wenn Moskau darin in gewisser Hinsicht seine Logik hat, erreicht die Verwirrung ihre Spitze in den Überresten des "Trotzkismus". Die "Verité" (Oktober/Dezember 1964), Organ der "IV. Internationale" in Frankreich, stellt den chinesisch-russischen Konflikt als einen Kampf Pekings gegen den russischen Stalinismus dar und sieht in der chinesischen Nachkriegsgeschichte eine "permanente Revolution", einen Prozeß, der letzten Endes dem chinesischen Proletariat den ersten Platz zurückgeben wird (S. 23). Weil die KPCh 1949 die Volksrepublik gegen den Willen Stalins gründete, "kann man sie nicht länger als stalinistische Partei bezeichnen" (S. 22). Gewiß gibt es auch dort diese merkwürdige "bürokratische Schicht", aber "die bürgerlich-demokratischen Aufgaben in China sind nur durch die proletarische Revolution gelöst worden, durch die Vernichtung des bürgerlichen Staates, durch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" (S. 34). Erco "muß man die durch die chinesische Revolution verwirklichten Errungenschaften nicht nur gegen alle Angriffe des Imperialismus, sondern auch gegen die offen konterrevolutionäre Politik der russischen Bürokratie verteidigen" (S. 49).

Diese "Verteidigung Chinas" ist wahrhaftig eine Karrikatur der vorherigen "Verteidigung der Sowjetunion". Selbst ihre Voraussetzungen sind absolut abwegig. Wer kann wirklich be-

haupten, daß in China eine "proletarische Revolution", die "Vernichtung des bürgerlichen Staates" und die "Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" stattgefunden habe? Was kann man selbst von dem Einfluß Pekings auf die bürgerlich-nationalen Bewegungen der Dritten Welt erwarten? Sicher, die Errichtung eines stabilen nationalen Staates erlaubt es China, in Asien die Rolle eines "Störenfriedes" zu spielen. Dadurch nimmt die chinesische Diplomatie schon heute die Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung vorweg, die aus China ein echtes Zentrum ökonomischer Anziehungskraft machen wird. Sie zeigt sich also immer mehr als bürgerliche Diplomatie und die Spekulation auf die antiimperialistischen Bewegungen nimmt schon die Form eines Feilschens mit dem Imperialismus an. (1)

Nachdem wir die politische Tradition des Maoismus bereits aufgezeigt haben, werden wir jetzt die sozialen und ökonomischen Grundzüge der Agrarreformen und der industriellen Entwicklung in China seit 1949 untersuchen.

Auf dem Weg zur Machteroberung

Mitten in der Revolution von 1924/27 setzte die Internationale von Moskau auf die chinesische Bourgeoisie, um damit in Wirklichkeit den Verrat an den Klasseninteressen des Proletariats zu verdecken. Damit wurde behauptet, daß die antikoloniale Bourgeoisie "radikaler" sei als die russische antizaristische (was teilweise stimmte), und daß sie in der Lage wäre, ihre eigene Revolution "bis zu Ende" durchzuführen. Durch das Joch des Imperialismus würde sie gezwungen, sich dem Proletariat anzunähern, allerdings müsse das Proletariat die bürgerliche Hegemonie während der ganzen "Etappe" der demokratischen Revolution anerkennen (was überhaupt nicht stimmte). Das Resultat dieser Taktik, die die Erfahrungen aller vorhergehenden Revolutionen mißachtete, war, die KPCh der Repression Chiang Kai-tscheks auszuliefern.

Als die KPCh die Kuomintang-Fahne für sich beanspruchte, behauptete sie, deren Programm mit aller Energie und allem Radikalismus zu verwirklichen. Wird die nationale Bourgeoisie etwa "revolutionärer", wenn ihre klassischen Repräsentanten (die Sun Yat-sen und die Chiang Kai-tscheks) ersetzt werden durch ein anonymes Personal aus der Volksmasse: die Partei Maos? Wir werden sehen, daß es nicht der Fall ist. Die zahlreichen unerwarteten Wechselfälle des KPCh/Kuomintang-Bündnisses, die Ausflüchte vor der Agrarreform, die Kompromisse mit dem amerikanisch/russischen Imperialismus, die Illusionen der "friedlichen Koexistenz" reichen vollkommen aus, um den Anspruch des Maoismus auf einen konsequenten bürgerlichen Radikalismus zu entlarven.

Die chinesische Bourgeoisie hat sich genauso als brutaler Henker des Proletariats wie ihre Vorgänger gezeigt. Wie die deutsche Bourgeoisie unter Bismarck hat sie ihr Schicksal in die Hände reaktionärer Generale von der Art Chiang Kai-tscheks gelegt, statt das Risiko einer Agrarreform einzugehen. Wie die russische Bourgeoisie unter Miliukow und Kerenski stürzte sich die chinesische Bourgeoisie in die Arme des Weltimperialismus, des japanischen, des amerikanischen, und dann des russischen.

Mit der ersten bürgerlichen Revolution, die die Mandschudynastie absetzte, trat Sun Yat-sen, der Präsident der Republik

geworden war, bald zugunsten Yüan-Shih-kais mit der Begründung ab, daß dieser fähiger sei, "das Land zu vereinigen und die Stabilität der Republik durch das Vertrauen, das er bei den ausländischen Mächten genießt, zu garantieren". Sun Yat-sen wird später in einem Brief an Tschitscherin eingestehen: "Mein Rücktritt war ein sehr großer politischer Fehler, dessen Konsequenzen vergleichbar wären mit einer Ablösung Lenins durch Kelttschak, Judenitsch oder Wrangel." Diese Lektion jedoch reichte Stalin nicht, der nacheinander sein Vertrauen den Chian Kai-tschek und Chang Tse-lin gab, statt den Proletariern von Shanghai.

Unter den Bedingungen des I. Weltkrieges versuchte die chinesische Bourgeoisie, die Unabhängigkeit für ein Butterbrot zu erringen. In diesem Sinne hat Sun Yat-sen Wilson ermutigt, in Europa einzugreifen. Das sollte helfen, Deutschland aus China zu verdrängen. Es war aber eine Hoffnung, die sehr bald durch den Vertrag von Versailles enttäuscht wurde. Im Rahmen der imperialistischen Neuverteilung wurden die deutschen "Besitztümer" an Japan übergeben. Nach dem Bankrott der Politik, die sich auf eine imperialistische Macht stützt, um sich von der Herrschaft einer anderen zu lösen, klammerte sich die "nationale" Bourgeoisie an die sogenannte Politik der "offenen Tür". Der von diesen Illusionen getragene Plan von Sun Yat-sen, China für den Handel und das Kapital aller Nationen zu öffnen, konnte zu Beginn sogar den Anschein geben, sich friedlich verwirklichen zu lassen. In Wirklichkeit führte diese Perspektive aber bald zu einer Verschärfung der imperialistischen Rivalitäten, zur Teilung des Landes in Einflussphären und zur Rekrutierung von lokalen Söldnern im Dienst des ausländischen Kapitals.

Mitten in der inneren Anarchie und der territorialen Zersetzung öffnete sich eine neue Epoche des chinesischen Antimperialismus, die der Allianz mit der Sowjetunion. Die Sowjetunion hatte die "ungleichen Verträge" des Zarismus aufgekündigt, glitt jedoch immer mehr in die Krallen der stalinistischen Konterrevolution hinein. Durch seine Vereinbarungen mit Moskau strebte Sun Yat-sen nicht nur die Kollaboration des drohenden Proletariats an (schließlich waren es russische Militärberater, die die Fanden von Chiang Kai-tschek so gut ausbildeten!); er hoffte auch, China vor dem Imperialismus, sowie vor den großen politischen Krisen und sozialen Katastrophen zu schützen, deren revolutionäre Folgen für die chinesische Bourgeoisie tödlich gewesen wären. Dennoch konnte weder die Niederlage des chinesischen Proletariats, noch die Unterstützung Moskaus, noch die wiederholten Bündnisse mit der Partei von Mao die klassische chinesische Bourgeoisie retten. Ihre soziale Funktion besiegelte ihr historisches Schicksal. Sie lebte von der wucherischen Ausbeutung der Bauernschaft und war deshalb unfähig, die Bauernschaft zu bewaffnen, um das Land unter ihrer Führung zu vereinigen. Sie war eine Schaltstelle der imperialistischen Investitionen in China und war daher unfähig, sich dem Imperialismus zu widersetzen und das politische Instrument einer mächtigen kapitalistischen Akkumulation zu werden. Und so führte der II. Weltkrieg zu einem Ergebnis, das Moskau immer befürchtet und Mao niemals verfolgt hatte - er hat nicht nur eine große Anzahl Mandarine, sondern auch die klassischen Vertreter der chinesischen Bourgeoisie vom Kontinent weggefegt.

Die Partei von Mao Tse-tung hatte aber seit 1927 erkannt, daß der Aufstand der Bauernschaft notwendig war, um die nationale

Vereinigung zu verwirklichen. So wurde sie schon damals zur "echten Kuomintang", zum einzigen Bannerträger einer bürgerlichen Revolution. Trotzdem kommen auch bei ihr die gleichen Befürchtungen gegenüber den "Ausschreitungen" der Bauernschaft wie bei der Kuomintang zum Ausdruck. Eine Untersuchung der Pendelbewegungen der KPCh in der Agrarfrage bis 1945 kann der Leser in Teil I dieser Arbeit finden (Bulletin Nr. 10). Wir werden gleichfalls sehen, daß die nach der Machteroberung durchgeführten Agrarreformen keineswegs die Höhe einer radikalen bürgerlichen "Agrarrevolution" erreichten.

Die KPCh lebte Jahre hindurch in der Hoffnung auf eine "Einheit" mit Chiang Kai-tschek. Sie hat gegenüber der japanischen Invasion an seinen "Patriotismus" appelliert. Diese Illusionen, die mit denen von Sun Yat-sen 1911 vergleichbar sind, haben die Geburt der Volksrepublik um ein Jahrzehnt verzögert; sie zeigen, wie weit die KPCh sich selbst negierte, wenn sich dazu die Gelegenheit bot. Am 22. September 1937 bot die KPCh Chiang Kai-tschek erneut ein nationales Bündnis an und veröffentlichte folgende Erklärung:

"Damit dem Feind (Japan) jeder Vorwand für eine Aggression entzogen wird und alle Mißverständnisse zerstreut werden, gibt das ZK der KPCh folgendes bekannt:

1. Die drei Prinzipien des Volkes, die von Dr. Sun Yat-sen formuliert wurden, stellen die höchste Grundlage des heutigen China dar. Unsere Partei ist bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um sie zu festigen.
2. Unsere Partei verzichtet auf die Politik zum Sturze der Kuomintang sowie auf die Weiterführung der Sowjetbewegung und stellt die Konfiszierung der Ländereien ein.
3. Unsere Partei schafft die heutige Sowjetregierung ab und verpflichtet sich, die Demokratie, die sich auf die Rechte des Volkes stützt, zu festigen, um den staatlichen Regierungsapparat zu vereinigen.
4. Unsere Partei erklärt die rote Armee für aufgelöst, reorganisiert sie in einer Nationalen Revolutionären Armee unter der direkten Kontrolle der Militärischen Kommission der nationalen Regierung und wartet auf die Befehle für die Mobilisierung, um ihre Verantwortung im Widerstand gegen die fremde Invasion zu übernehmen."

Dieses neue Bündnis mit dem "reaktionären" Chiang Kai-tschek sollte aber nicht das letzte sein, denn am 28. August 1945 sitzen Mao und Chiang wieder am gleichen Tisch - diesmal unter der Vorsitz von General Marshall - um ein Übereinkommen in 12 Punkten über die zukünftige Regierung Chinas abzuschließen:

"Was die grundlegende Politik des nationalen Wiederaufbaus angeht, wurde vereinbart, eine enge Zusammenarbeit unter Führung des Präsidenten Chiang Kai-tschek zu behalten. Es wurden Maßnahmen getroffen, um innere Konflikte zu vermeiden, damit ein neues, unabhängiges, freies und prosperierendes China errichtet und die drei Prinzipien des Volkes verwirklicht werden können. Beide Parteien stimmten außerdem darin überein, daß die politische Demokratisierung und Nationalisierung der Truppen, so wie sie von Präsident Chiang Kai-tschek vorgeschlagen wurde, eine absolute Notwendigkeit für den friedlichen nationalen Wiederaufbau darstellten ..."

KPCh und Kuomintang sollten noch im Januar 1946 eine "beratende politische Konferenz" abhalten. Doch war das politisch

verfallene Regime von Chiang Kai-tschek nicht mehr zu retten, weder durch General Marshall noch durch Marschall Stalin - dieser "empfahl" damals der KPCh, die Guerrillas auf dem Lande zu begrenzen, ohne die Eroberung der Städte zu versuchen. Sicher wurden diese letzten Flickversuche der KPCh durch den russisch-amerikanischen Imperialismus aufgezwungen (siehe Yalta-Abkommen -11.2.45- siehe das chinesisch-sowjetische Freundschafts- und Bündnisabkommen -14.8.45- mit dem die UdSSR die Regierung Chiang Kai-tscheks als einzige nationale Regierung in China anerkannte). Dennoch lieferten das Zögern von Mao Tse-tung und die Politik der KPCh selbst, wie sie im Referat "Über die Koalitionsregierung" auf dem VII. Kongreß vom April 1945 formuliert wurde, einen günstigen Boden für die imperialistischen Manöver des Duce Marshall-Stalin.

Stalin glaubte, in Yalta die Zukunft Chinas geregelt zu haben (2). Doch wurde die Sache dadurch nicht erledigt, daß Roosevelt und Churchill die imperialistischen "Pechte", die der Zar 1904 verloren hatte, anerkannten. Ebensowenig konnte sie dadurch erledigt werden, daß man die KPCh zum Bündnis mit Chiang Kai-tschek überredete. Die Zersetzung des Kuomintang-Regimes war schon so weit fortgeschritten, daß die einzige möglich "Koalitionsregierung" die Regierung der KPCh war. Einzige diese Partei war in der Lage, China vor einem Chaos zu retten. Die imperialistischen Staaten wurden sich dessen bald bewußt. Die UdSSR und Großbritannien haben die Volksrepublik sofort anerkannt, und Frankreich hätte dasselbe getan, wäre nicht die Furcht um Indochina gewesen. Selbst in den USA - trotz der Verpflichtungen gegenüber Chiang Kai-tschek, des Koreakrieges, des Bruches des imperialistischen Bündnisses mit der UdSSR - war ein wichtiger Flügel der Bourgeoisie immer für eine "Wiederaufnahme der Beziehungen" zu China.

DIE "WIEDEFAUFLAUPERIODE": 1949 - 52

Eine Woche vor der japanischen Kapitulation besetzt die UdSSR die Mandschurei und errichtet eine "Koalitionsregierung", deren Präsident Kao Kang ist. Dies und die sich immer mehr verschlechternde wirtschaftliche Situation im ganzen Lande lassen Mao keine andere Wahl als eine Offensive zu starten. In der Mandschurei führen die Sowjet-Soldaten eine wahrhafte Plünderung des enormen wirtschaftlichen Potentials (das von Japan installiert wurde) durch. Die Kohle-Produktion, die 1943 21,5 Mio. Tonnen betrug, geht 1945 auf 5 Mio. Tonnen zurück. Die Produktion der elektrischen Energie fällt um 1/4. 80% der Lokomotiven Nord-Chinas werden entweder außer Funktion gesetzt oder nach Rußland transportiert. Gegenüber dieser Demontage der Industrieanlagen der wichtigsten wirtschaftlichen Eastion Chinas erklärte LiLi-San im Namen der KPCh:

"Ich bin der Meinung, daß die Maschinendemontage kein wichtiges Problem verursacht. Selbstverständlich demontiert die UdSSR manche Maschine, jedoch sind dies gegenüber ihren grossen Kriegsverlusten nur kleine Mengen." Doch mußte eine solche Demontage den "Wiederaufbau" Chinas - ob nun unter der Führung der Kuomintang oder der KPCh - ernsthaft gefährden. Gleichzeitig mußten in Südchina viele Betriebe wegen Ausfalls der Militäraufträge ihre Tore schließen. Auf diese Weise schien die Partei Maos immer mehr die einzige zu sein, die die Mandschurei aus den Krallen Stalins retten und die not-

wendigen Opfer der Arbeiter für den "wiederaufbau" erreichen konnte. Die hoffnungslose Situation Chinas zwischen 1945-49 wird also die KPCh dazu zwingen, die ganze Verantwortung zu übernehmen, von der Guerilla auf dem Lande zur Eroberung der Städte überzugehen und die Hoffnung auf eine "Koalitionsregierung" unter Führung von Chiang Kai-schek endgültig aufzugeben.

Im März 1949 versammelte sich ein Plenum des Exekutiven Zentralkomitees (EZK) der KPCh, um die militärische Lage und die politischen Aufgaben am Vorabend des Sieges zu besprechen. Es wurde betont, daß "seit der Niederlage der großen chinesischen Revolution von 1927 sich der Schwerpunkt des revolutionären Kampfes auf den Agrarsektor verlagerte." Jetzt aber eröffnete sich eine neue Periode, wo "der Schwerpunkt der Parteitätigkeit in den Städten konzentriert werden soll". Der Beschluß wies auf die Mittel hin, mit denen die Massen des städtischen Proletariats gewonnen werden sollten:

"Das Plenum ist der Ansicht, daß der Kernpunkt der Verwaltung und des Wiederaufbaus der Städte in der Wiederherstellung und Entwicklung der Industrieproduktion liegt: 1. der Produktion in den öffentlichen Betrieben, 2. jener der Privatbetriebe, 3. der Handwerksproduktion. Alle anderen städtischen Aufgaben wie der Regierungsaufbau, die Gewerkschaftsarbeit, die Tätigkeit der verschiedenen Volksorganisationen usw. sollten dieser zentralen Aufgabe dienen: der Wiederherstellung und Entwicklung der Industrieproduktion."

Zum ersten Mal seit der Niederlage von Kanton erkannte die KPCh das Primat des Proletariats der Städte im revolutionären Kampf, doch weder um ihm den richtigen Weg zu seiner Diktatur zu zeigen noch um Vergeltung für die Kommune von Kanton zu üben. Die KPCh forderte das Proletariat lediglich dazu auf, sich vor den Karren der Produktion einspannen zu lassen, um ein "prosperierendes" China zu bauen und den "Flock der vier Klassen" zu zementieren. Gleichzeitig rief Mao alle Parteigenossen auf, "die demütige, vorsichtige, bescheidene, ruhige und harte Arbeitsweise im Kampf zu behalten, damit nach der Niederlage der konterrevolutionären Kräfte mehr Anstrengungen für den Aufbau eines neuen Chinas geleistet werden können". Wir werden hier nicht auf die bereits zitierten Texte über die "neue Demokratie" zurückgreifen (3). Wir wollen hier lediglich zeigen, daß dieses Regime sich auf Kosten des Proletariats und seiner Klasseninteressen errichtete.

Während die politische "Einheit" von KPCh und Kuomintang zerbrach, erreichte Mao Tse-tung auf dem 6. Gesamtchinesischen Arbeiterkongreß von Harbin (August 1948) die Wiedervereinigung der Gewerkschaften, eine unerläßliche Bedingung, um das Wesen der Klassenkollaboration zwischen Kapital und Arbeit sicherzustellen. So erreichte man eine Verschmelzung des "Gewerkschaftsbundes der befreiten Gebiete", dessen Führung bei der KPCh lag, und des "Chinesischen Vereins der Arbeit", der von einer Spaltung der Kuomintang geführt wurde. Nach der Gründung dieses "Gesamtchinesischen Arbeiterbundes" empfahl der Kongreß von Harbin, in den von der Kuomintang kontrollierten Gebieten zwischen "kapitalistischen Trusts" und "nationalen Kapitalisten" zu unterscheiden. Last but not least erklärte der Kongreß in bezug auf die befreiten Gebiete:

"Die Widersprüche zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind in den Privatbetrieben immer vorhanden. Da sie jedoch politisch die Führungsstelle innehaben, sind die Arbeiter gegen jede übertriebene Unterdrückung und Ausbeutung geschützt. Außerdem stellen Existenz und Entwicklung privater produktiver Betriebe einen Vorteil für die Arbeiter dar. Aufgrund der neuen Bedingungen in den befreiten Gebieten muß die gewerkschaftliche Bewegung sich von einer neuen Politik und von ganz neuen Prinzipien leiten lassen... Als Mitglieder der politisch herrschenden Klasse müssen die Arbeiter ihre Verantwortung tragen, um die Industrie zu entwickeln und um ihre Aufgaben in der Produktion durchzuführen und zu überschreiten. In der Privatindustrie haben die Arbeiter auch die Aufgabe, die Durchführung des von den Arbeitgebern aufgestellten Produktionsprogramms zu sichern, sich an die Verträge mit den Arbeitgebern zu halten und die Politik der Regierung durchzuführen, deren Ziel der Schutz des privaten Handels und der Privatindustrie ist ..."

Gegenüber den Schwierigkeiten der ökonomischen Lage (Inflation, Desorganisierung des Marktes, Betriebsschließungen) beschloß die Regierung eine Reihe von Maßnahmen, damit die "nationalen" Kapitalisten wieder Vertrauen gewinnen, und um die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter zum Schweigen zu bringen. Staatliche Handelsbetriebe wurden geschaffen, um die Fabriken mit Rohstoffen zu versorgen und die Inflation in den Städten zu bekämpfen. Gleichzeitig jedoch ordnete die Regierung die Erhöhung der Einzelhandelspreise dieser Betriebe an, um dem Kleinhandel eine Lebenschance zu geben. In einem Bericht von Pan Han-nien, Vizebürgermeister von Shanghai seit 1950, liest man:

"Die staatlichen Handelsbetriebe schränken die Zahl ihrer Einzelhandels-Verkaufsstellen ein, begrenzen ihr Einzelhandels-Sortiment und erhöhen die Differenz zwischen Groß- und Einzelhandelspreisen (diese Differenz steigt bei Reis von 2 auf 5%, bei Erdnußöl von 2,5 auf 6,5% bei Salz von 2 auf 6% und bei Zucker von 12 auf 15%), damit den Einzelhändlern die Möglichkeit gegeben wird, einen ausreichenden Gewinn zu erzielen. Das beweist, daß die staatlichen Betriebe den Kampf gegen Spekulation und Hamstertum mit der Sicherung von angemessenen Gewinnen für die Privatbetriebe verbinden wollen, damit diese in voller Ruhe und Ehrlichkeit arbeiten können" (3. Volkskongreß von Shanghai).

Demselben Bericht entnehmen wir sehr aufschlußreiche Anhaltspunkte über die "Arbeiterpolitik" der neuen Regierung. In Shanghai ist es einem "Arbeitsamt" gelungen, den Arbeitern Lohnsenkungen, Entlassungen ohne Entschädigung und Kurzarbeit, soweit der Betrieb die Notwendigkeit dieser Maßnahmen nachweisen kann, aufzubürden:

"Seit der Befreiung von Shanghai bis Ende Mai 1950 erfaßte das Arbeitsamt 9.027 Konfliktfälle zwischen Kapital und Arbeit. 4.436 Fälle sind während der ersten 7 Monate des Jahres 1949, die übrigen Fälle während der ersten 5 Monate desselben Jahres registriert worden. Das Problem war sehr ernst. Jedoch nach der Veröffentlichung der Beschlüsse der Konferenz der Direktoren der Arbeitsämter, die von der Zentralen Regierung einberufen wurde, haben sich die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit erheblich gebessert."

Und wie?

"Die Arbeiter haben die Belastungen ihrer Arbeitgeber durch folgende Methoden gesenkt: Senkung der Löhne und des Lebensmittelverbrauchs, Anwendung eines Austerity-Plans, zeitweilige oder teilweise Entlassungen der Belegschaft, Anwendung eines Systems der Schichtarbeit. Sie bemühen sich gleichzeitig, die Produktion zu erhöhen und die Endkosten zu senken: dafür werden die Arbeitszeiten verlängert, die Anstrengungen verdoppelt und die Rohstoffe eingespart". (Fhenda)

Dieses Bild der "Arbeiterpolitik" der maoistischen Partei in den Städten wäre jedoch unvollständig, machte man nicht einige Bemerkungen über den Betrug der "Arbeiterkontrolle". In seinem Bericht über den ökonomischen Wiederaufbau vor dem 1. Kongreß der nordöstlichen KPCh (13. März 1950) behandelte Kao Kang diese Frage, "da es zwischen dem Komitee unserer Partei und den Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten über die Kontrolle der Betriebe gibt". Der Bericht geht auf zwei Streitpunkte ein, die "Demokratisierung der Betriebsführung" und die "Rechnungskontrolle" in den Betrieben. Die Demokratisierung, sagt Kao Kang, darf das Prinzip der Verantwortung der Betriebsleiter nicht in Frage stellen:

"Manche Genossen glauben, daß in einem Betrieb der Komiteesekretär oder eine Zweigniederlassung der Kommunistischen Partei die Verantwortung der Werksleiter übernehmen kann. Diese Meinung ist falsch. Das Parteikomitee oder der Parteizweig sind in der Tat kein Verwaltungsorgan eines Betriebes. Ihre Aufgabe liegt darin, die fortschrittlichen Arbeiter ihrer Betriebe zu führen ... Die Werksleiter übernehmen ihre Verantwortung aufgrund einer Bestätigung seitens einer höheren Regierungsbehörde. Jeder Betrieb muß einen verantwortlichen Werksleiter haben. Das ist für die Vereinheitlichung des staatlichen Wirtschaftsprogramms notwendig". (4)

Diese "Verantwortung", die der "Volksstaat" den Kapitalisten zuerkannte und die die Arbeiter nach Staatswunsch respektieren sollten, wurzelt in der Natur der bürgerlichen Wirtschaft. Nicht zufällig hebt Kao Kang, dieser Vorläufer Chruschtschows und Kossygin, Rentabilität und Profit hervor:

"Wie jedermann weiß" - fährt er fort - "herrschte jahrelang das System des Kung Kia Che (sehr niedrige Entlohnung bei staatlicher Zuteilung von Nahrung, Wohnung und Kleidung) ... Doch jetzt hat sich die Lage erheblich geändert. Wenn wir unsere Volkswirtschaft und insbesondere unsere modernen Betriebe ohne eine Kalkulation unserer Einnahmen und Ausgaben führen, wenn wir ein System der Lohnanpassung an die Leistung der Einzelnen nicht einführen - m.a.W. wenn wir ein genaues Buchführungssystem und eine genaue Berechnung unserer Produktionskosten nicht einführen - können wir weder den gegenwärtigen Stand unserer Betriebe kennen, noch ihre Zukunft vorhersehen".

Zur damaligen Zeit ereiferten sich verschiedene "Theoretiker", den Übergang vom Kung Kia Che zur "Rechnungskontrolle" mit der russischen Wende von 1921 zu vergleichen: vom "Kriegskommunismus" zur NEP. Diese Irreführung ist wohl nur mit den Ausführungen der Liberman & Co. zu vergleichen, die die NEP mit ihrem Geschwätz über den "sozialistischen Aufbau" durch Betriebsautonomie und Profitwirtschaft in einen Topf werfen. Lenin ist kein Vorläufer von Kao Kang oder Kossygin. Die NEP war ein Kompromiß, der die Schwäche des russischen Kapitalismus von 1921 in marxistischem Sinne widerspiegelte. Der

Siegeszug der freien Marktwirtschaft im heutigen Rußland drückt ganz einfach die Stärke der bürgerlichen Verhältnisse aus. Was China anbelangt, so wurde Kac Kang als Sündenbock einer falschen NEP zwar 1953 verdammt und man pries den "Übergang zum Sozialismus" hoch. Die Rückkehr zum System Kung Kia Che in der Phase der Volkskommunen - chinesische Umschreibung des alten Truck-Systems - zeigte aber mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß China keineswegs über den Großkapitalismus und die Betriebsautonomie hinausgegangen war - im Gegenteil: es hat sie noch nicht einmal erreicht.

Wie dem auch sei, das wesentliche an der Leninschen NEP war die Frage der politischen Macht, der Erhaltung der Diktatur des Proletariats. Das Wesentliche an allen Maßnahmen der "Arbeiterkontrolle", zu denen die kleinhürgerlichen Demokraten und Pseudosozialisten greifen, liegt im Gegenteil darin, diese Frage der Macht zu verschleiern, die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken. In einer Wirtschaftslage, die jener von 1917 in Rußland ähnelte, spielte die KPCh nach dem zweiten Weltkrieg in China dieselbe Rolle wie die Menschewiki und Volkstümler gegenüber der "Arbeiterkontrolle" (5). Diese Rolle hatte Lenin zwischen Februar und Oktober, nicht zuletzt in "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", entlarvt. In einem Artikel über die Konferenz der Betriebskomitees vom 17. Juni 1917 betonte Lenin diesen Unterschied in der Haltung zur Frage der Arbeiterkontrolle:

"Der Grundgedanke dieser Resolution (die Resolution der Konferenz, die von den Bolschewiki inspiriert wurde - IKP) ist der, daß sie den bürgerlichen, spießhaft-bürokratischen PHRASEN von Kontrolle die Bedingungen zur Schaffung der WIRKLICHEN Kontrolle über die Kapitalisten und die Produktion entgegenstellt. Die Bourgeoisie lügt, wenn sie staatlich geplante Maßnahmen zur Sicherung der dreifachen, wenn nicht gar zehnfachen Profite der Kapitalisten als Kontrolle ausgibt. Das Kleinhürgertum, vertraut halb naiv und halb aus Eigennutz den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat und gibt sich mit nutzloser, bürokratischer Projektmacherei über Kontrolle zufrieden. Die von den Arbeitern angenommene Resolution stellt das WICHTIGSTE in den Vordergrund: was man tun muß, damit 1. die Profite der Kapitalisten wirklich nicht angetastet bleiben; damit 2. vom Geschäftsgeheimnis der Schleier gerissen wird; damit 3. die Arbeiter in den Kontrollinstitutionen die Mehrheit erhalten; damit 4. die Organisation (der Kontrolle und Leitung) als Organisation im Maßstab des ganzen Landes von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten geleitet wird, NICHT ABER VON DEN KAPITALISTEN."

Im selben Artikel verwarf Lenin die "syndikalistische" Interpretation der bolschewistischen Kontrolle, deren politische Bedeutung er erklärt:

"Nicht der kleinste Einweis auf solche Lächerlichkeiten wie der Übergang der Eisenbahnen in die Hände der Eisenbahner oder der Lederfabriken in die Hände der Lederarbeiter ist bei uns zu finden, wohl aber die KONTROLLE DER ARBEITER, die dazu führt, daß die Arbeiter die Regulierung der Produktion und der Verteilung vollständig übernehmen, daß eine gesamtstaatliche Organisation für den Austausch von Getreide gegen Gebrauchsgüter usw. geschaffen wird (bei weitgehender Heran-

Ziehung der städtischen und ländlichen Genossenschaften), wohl aber die Forderung Übergang der GESAMTEN Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten!" (6)

In China wurde das Proletariat eben in einem Verwaltungs-demokratismus gefangen gehalten, in vollem Respekt vor der Autorität des Betriebsleiters, der von einer "oberen Regierungsbehörde" bestätigt wurde. Und diese Regierung half offen den Kapitalisten und sicherte ihren "angemessenen Gewinn". So machte die Partei Mao Tse-tungs aus der betrügerischen "Selbstverwaltung" ein Instrument der Kontrolle des Proletariats durch das Kapital - viel früher als Tiro und Pen Pella, doch getreu der traditionellen Linie der "ateliers nationaux" (staatliche Betriebe) von 1848 und der menschenwristischen Politik von 1917. So vollzog sich in China die Verbindung der Bauernguerilla mit der sozialen Bewegung der Städte. Die historischen Erfahrungen der Kuomintang hatten schon bestätigt, daß ohne eine Massenerhebung der Bauernschaft alle Anstrengungen zur nationalen Vereinigung vergeblich waren. Die bewaffneten Kämpfe auf dem Lande zwischen 1937-47 zeigten ihrerseits, daß die "Eroberung der Städte", die politische Zentralisierung und Führung der Gesamtbewegung durch Städte wie Shanghai und Kanton, eine ebenso unerläßliche Bedingung der Revolution war. Tatsächlich sollte sich das Schicksal der chinesischen Revolution in diesen proletarischen Festungen, die die Kuomintang nicht mehr unter Kontrolle halten konnte, abspielen. Jedoch zielte keine einzige Maßnahme, kein einziger Satz der Gründer der "Neuen Demokratie" auf die Öffnung des Weges zur Diktatur des Proletariats.

Die Agrarreform: 1947-52

Wir haben gesehen, wie die wirtschaftliche und soziale Krise der Nachkriegszeit und die Drohung einer neuen imperialistischen Teilung Chinas aus der KPCh den unbestrittenen Meister des bürgerlichen Chinas machten. Wenn sich Mao Tse-tung dazu entschlossen hat, die Macht zu erobern, so geschah dies nicht, um den Klassenzusammenstößen (vor allem in den Städten) einen gesteigerten revolutionären Ausdruck zu geben, und auch nicht um dem russisch-amerikanischen Imperialismus - wie er es heute vorgibt - ernste Schläge zu versetzen. Es ging lediglich darum, durch annehmbare internationale Verträge (wie den Vertrag zwischen Mao und Stalin, der das Ende der russischen Herrschaft über die Mandschurei brachte) und durch die Schaffung eines nationalen Staates auf der Grundlage der Arbeit und des Sparens der chinesischen Bauern (statt der traditionellen Basis der ausländischen Finanzierung) die Folgen der Krise einzuschränken. In dieser Hinsicht läßt der 1. Paragraph des Agrargesetzes vom 28. Juni 1950 keinen Zweifel:

"Das Regime des bäuerlichen Landesitzes wird errichtet, um die Produktivkräfte auf dem Lande zu befreien, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und den Weg der Industrialisierung des Neuen Chinas zu bahnen."

Ein bürgerliches Programm, das mit bürgerlichen Mitteln realisiert wird. Und keine folgende "Etappe" hat zu irgendeiner "sozialistischen" Wendeführt. Seine Merkmale beweisen gerade das Gegenteil von der Legende, daß die chinesische

Agrarrevolution die "radikalste" aller Zeiten gewesen sei. Wir werden sehen, welchen entscheidenden Einfluß die Städte auf die bäuerliche Bewegung gehabt haben: Ohne eine feste proletarische Führung mündete die großartige Agrarrevolution in dürftige Reformen.

Man wird sich daran erinnern, daß die KPCh seit dem Anfang des chinesisch-japanischen Krieges von der Politik der Landenteignung zur Politik der Senkung des Pachtzinses übergegangen war, also zur Politik der Enteignung zurück. Die Massenbewegung zwang sie dazu. Zunächst wurde diese Politik seit Mai 1946 in den "Grenzgebieten" durchgeführt, sie hat sich später jedoch schnell südwärts verbreitet. Am 10. Oktober 1947 veröffentlichte die Partei auf der Konferenz von Yen-an ein Agrargesetz in 16 Artikeln, das in etwa den Inhalt des Gesetzes von 1931 wiedergab. Mao Tse-tung begnügte sich damit, die alten Texte von alledem zu säubern, was er in der vorhergehenden Periode für extremistisch erklärt hatte. Vornehmlich wurde das Prinzip der gleichen Verteilung kritisiert:

"Die die absolute und sofortige Gleichheit predigen", sagte Mao im Sommer 1948 in einem Bericht an die Verantwortlichen von Shansi, "begreifen einen Fehler. Diese heute auf dem Lande verbreitete Auffassung stört die Industrie und den Handel; sie ist reaktionär und rückständig..."

Die Landverteilung mußte die jeweils zur Verfügung stehenden Produktionsmittel berücksichtigen. So wurde der Mittelbauer, der imstande war, für den Markt zu produzieren, gegenüber den Kleinbauern begünstigt. Bei der Verkündung des Gesetzes von 1950 über die Agrarreform erklärte Liu Shao-chi unmißverständlich:

"Erst durch eine große Verbesserung der Produktion, durch eine gute Industrialisierung des neuen China, durch eine Erhöhung des Lebensstandards in ganz China und nachdem China schließlich den Weg der sozialistischen Entwicklung eingeschlagen hat, wird sich das Problem der Bauernarmut wirklich lösen. Die Durchführung der Agrarreform kann das Problem der Bauernarmut zum Teil lösen. Sie muß im wesentlichen und vor allem die Erhöhung der Produktion als Ziel haben."

Unsere "Kommunisten" lassen hier handfeste bürgerliche "Wahrheiten" vom Stapel! Sie gehen aber immer nach der Art der Reformisten vor, die sich auf die "ökonomischen Imperative" berufen, um die Massen vom sozialen Kampf abzulenken. In Stadt und Land wird alles unter dem Blickwinkel der Produktion, oder besser des "Wiederaufbaus" betrachtet. Ziel des "Agrargesetzes" ist es nicht, die revolutionäre Energie der armen Bauern zu entfesseln, sie dem modernen Proletariat anzunähern und ihre politische Erziehung zu begünstigen. Die Bauern sollten bloß verstehen, daß die Bereicherung der Kulaken dem Staat mehr einbringt.

Zwischen dem Programm vom 10. Oktober 1947 und dem Agrargesetz von 1950 kann man Unterschiede feststellen, die alle in Richtung auf die Unterdrückung der "Überschreitungen" der Bauern laufen. So verkündete der erste Text die Abschaffung der Rechte der Grundbesitzer (Art. 2). Im zweiten Text ist nur von der Beschlagnahme ihres überschüssigen Bodens die Rede (Art. 2). Man erklärt auch, daß ihr Industrie- und Handlungseigentum nicht angetastet wird. (Art. 4), und daß sie gleich

den anderen Bauern ein Stück Land bekommen werden (Art. 10). Das Programm von 1947 machte zwar einen Unterschied zwischen Grundbesitzern und reichen Bauern, schloß aber eine Beschlagnahme des überschüssigen Bodens der reichen Bauern nicht aus. Das Gesetz von 1950 verbot sie. Die drei Texte vom Mai 1946, Oktober 1947 und Juni 1950 bilden Grundsteine in dem Kampf der KPCh, um den Umfang der Agrarbewegung einzuschränken. Im Juni 1950 legte Liu Shao-chi selber die Bilanz dieses Kampfes vor:

"Zwischen Juli 1946 und Oktober 1947 ist es den bäuerlichen Massen und unseren Dorfkadern in vielen Gebieten des Nordens, Nordostens und Schantung bei der Durchführung der Agrarreform nicht gelungen, den Richtlinien des ZK der KPCh vom 4. Mai 1946 zu folgen. Diese Richtlinien bestimmten im wesentlichen, daß Boden und Besitz der reichen Bauern nicht anzutasten waren. Sie haben Boden und Besitz der reichen Bauern wie der Grundbesitzer willkürlich beschlagnahmt. Das ist verständlich, denn es handelte sich um Zeiten eines grimmigen Kampfes zwischen dem chinesischen Volk und den Kuomintang-Reaktionären. Jamals gab es die meisten Abweichungen in der Durchführung der Agrarreform: die Interessen eines Teils der Mittelbauern wurden frustriert, Industrie und Handel wurden in den ländlichen Gebieten desorganisiert, in gewissen Orten gab es sogar Schlägereien und Totschläge. Diese Tatsachen erklären sich vor allem durch die Spannung der damaligen politischen und militärischen Lage, sowie durch den Mangel an Erfahrung der Mehrheit unserer Landkader in Sachen Agrarreform. Sie waren nicht in der Lage, die Klassenlage auf dem Lande klar zu erkennen und begingen den Fehler, die Mittelbauern als reiche Bauern einzustufen. Deshalb hat das Zentralkomitee am 10. Oktober 1947 das Gesetzesprogramm über die Agrarreform, wo eine Trennungslinie gezeichnet wird ... und im Winter 1947 ein Dokument über die Unterscheidung zwischen den Klassen in den ländlichen Gebieten veröffentlicht". (zitiert v.P. Dumont, "Esprit", Januar 1956).

Dies waren die Merkmale der "großen Verteilung" im Nachkriegs-China: Unterdrückung der "Überschreitungen" der Agrarrevolution, Verteidigung des mittleren Bauern im Namen des ökonomischen Wiederaufbaus. Wie in den 30er Jahren trug die Agrarpolitik der KPCh dazu bei, die spannungsgeladene Atmosphäre des chinesischen Dorfes zu entschärfen: der landlose Bauer erhielt die Illusion des Eigentums und des Wohlstands. Die offizielle chinesische Statistik konnte bald den Rückgang der Zahl der armen Bauern und die spektakuläre Zunahme der Schicht der mittleren Bauern rühmen. So verschwommen diese Kategorien auch sind, sie zeigen klar den Geist der Agrarreform von 1947-52:

Landbesitz vor und nach der Verteilung:

1947		1955	
arme Bauern und Tagelöhner	70%	arme Bauern	20%
mittlere Bauern	20%	alte mittlere Bauern	20%
reiche Bauern	5-6%	neue mittlere Bauern	50%
Grundbesitzer	4-5%	alte reiche Bauern	4,5%
		neue reiche Bauern	2%
		Grundbesitzer	3,5%

Diese sozialen Grenzen der Agrarreform werden durch räumliche und zeitliche Schranken ergänzt. Räumlich, weil die Reform

nur nach und nach, ausgehend vom Nordosten (1947-49), durchgeführt wurde; 1950 verbreitete sie sich in Hopei und Shensi, 1951 im Süden, um schließlich den Westen zu erreichen, wo einige Gebiete, wie Tibet, von ihr nicht betroffen wurden. Zeitlich, weil der Staat 6 Jahre brauchte, um die Enteignungen und Verteilungen "von oben" und "methodisch" zu organisieren. Die "großartigste Landverteilung unserer Geschichte" nahm bald den Charakter einer administrativen Maßnahme im Sinne der öffentlichen Ordnung an.

Welches waren die wirtschaftlichen Ergebnisse der Verteilung? Ca. 43% des bebauten Landes (ca. 50 Mio. Hektar) wurde unter 300 Millionen Bauern verteilt, was etwas mehr als 15 Ar pro Kopf darstellt. R. Dumont bemerkt, daß von den 50 Mio. Zugtieren, über die China in der Nachkriegszeit verfügte, nur 3 Mio. verteilt wurden. Mangels Lebensmitteln und auch mangels Boden konnte der arme Bauer sein Lebensniveau nicht verbessern. Liu Shao-chi mußte auf dem VIII. Kongreß der KPCh feststellen:

"Auf dem Lande gibt es wenig Boden und viel Menschen. Im Landesdurchschnitt besitzt der einzelne Bauer nur 3 Mu (1/5 ha). In vielen Gegenden des Südens verfügt er nur über 1 Mu und sogar weniger. Die armen Bauern und die unteren Schichten der mittleren Bauern bilden also noch 60 bis 70% der Bevölkerung".

Diese Schwierigkeiten zwangen zur zweiten Welle von Agrarmaßnahmen, zur Kollektivierung. In der Tat hatte die Verteilung auch auf dem Gebiet der Produktionssteigerung - erklärtes Ziel der chinesischen Führung - in eine Sackgasse geführt. Die absoluten Produktionszahlen der Vorkriegszeit wurden zwar erreicht: gegenüber 140 Mio. Tonnen vor 1949 erntete man 1949 = 103,1; 1950 = 125,7; 1951 = 135; 1952 = 154,4 und 1953 = 156,9 - und dies erlaubte in der Tat den "Wiederaufbau" der sehr rückständigen chinesischen Wirtschaft. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Vorkriegsproduktion pro Kopf übertroffen worden ist. Vor allem das städtische Industrieproletariat mußte die Kosten der Reform tragen. Ein großer Teil der Agrarproduktion wurde von kleinen Familienbetrieben bestritten, sodaß die Städte schlecht versorgt blieben. Am Vorabend der Kollektivierung konnte man in der Volkszeitung lesen:

"Infolge der Agrarreform, aufgrund der Zerstückelung der Betriebe und der darauffolgenden Entwicklung einer sich selbst genügenden Kleinbauernwirtschaft kann die Menge der Lebensmittel, die auf den Markt kommen, zurückgehen, was die Versorgung der Städte beeinflussen würde" (11.4.1953).

Alle diese Widersprüche sollten austreten, als man von der Periode des Wiederaufbaus zum ersten Fünfjahresplan überging. Man mußte dann feststellen, daß die Verteilung die soziale Frage auf dem Lande nicht gelöst hatte und daß sie darüber hinaus keine Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte des chinesischen Kapitalismus lieferte.

Die "Kollektivierung": 1953-56

In seiner Rede vom 31. Juli 1955 über die Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärte Mao:

"Jeder konnte sehen, in den letzten Jahren sind die sponta-

nen Kräfte des Kapitalismus auf dem Lande ständig gewachsen, überall sind neue Großbauern auf den Plan getreten und viele wohlhabenden Mittelbauern streben danach, Großbauern zu werden. Viele arme Bauern leiden hingegen aus Mangel an Produktionsmitteln nach wie vor Not, manche sind in Schulden verstrickt, andere verkaufen ihren Boden oder verrachten ihn. Wenn man die Dinge so weiter treiben läßt, werden die Polarisierungserscheinungen im Dorf unvermeidlich von Tag zu Tag ernster werden." (Zur Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1969, S. 44)

Dieser Zuspitzung des Klassenkampfes auf dem Lande vorzubeugen und gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion durch eine höhere Konzentration der menschlichen und materiellen Mittel zu erhöhen - dies waren die Ziele der chinesischen Kollektivierung, die sie mit der russischen Kollektivierung der 30er Jahre gemeinsam hatte. Beide haben noch einen gemeinsamen Zug: sie wurden im Gegensatz zur Legende keineswegs "geplant", sondern den "Planern" mit der ganzen Kraft ökonomischer Antagonismen aufgezwungen.

Ursprünglich waren die Kollektivierungsprojekte sehr gemässigt und das vorgesehene Durchführungstempo sehr langsam. Der ZK-Beschluß vom Oktober 1953 sah vor, daß die Anzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die damals 15.000 betrug, bis zum Herbst 1954 auf 35.000 steigen sollte. Der erste Fünfjahresplan fixierte seinerseits das Ziel von 300.000 Genossenschaften für 1957, d.h., daß sie bis dahin 20% der Bauernhöfe erfassensollten. Wenn man andererseits die Verallgemeinerung der Genossenschaften in Nordchina und in der Mandschurei berücksichtigt, müßte die Entwicklung südlich von Yangtse ziemlich bescheidener vor sich gehen. Diese Ziele wurden bald übertroffen: im März 1954 zählte man bereits über 90.000 Genossenschaften. Im Oktober 1954 beschloß dann das ZK ein neues Ziel für den Frühling 1955: 600.000. Auch dieses Ziel wurde übertroffen. Dieser Erfolg erschreckte sogar die Verantwortlichen. Auf dem nationalen Volkskongreß vom Juli 1955 revidierte Li Fuch'un das Ziel von 50% der Bauernhöfe, die bis Ende 1957 kollektiviert werden sollten, nach unten auf 33%. Im selben Monat verkündete Mao Tse-tung in seinem Bericht über die Genossenschaften eine neue Beschleunigung des Kollektivierungsprozesses: Bis zum Frühjahr 1958 müßte die Hälfte der Landbevölkerung den Genossenschaften beigetreten sein; die Vollendung der Kollektivierung wurde für 1960 angesetzt. In seinem Vorwort von 1956 zu "Der Kampf zum Sozialismus in den Agrargebieten Chinas" schrieb Mao:

"In den drei oder vier kommenden Jahren ... wird sich der Übergang der Genossenschaften von der halbsozialistischen Etappe zur voll sozialistischen Etappe abspielen".

Jedoch ging alles schneller vor sich, als man dachte: Ende 1956 verkündete man, daß 90,1% der Bauernhöfe und 90% des bebauten Landes von "halbsozialistischen Genossenschaften" erfaßt seien; 1958 wäre die Bewegung der Kommunen imstande, zur "vollständigen sozialistischen Etappe" überzugehen.

So die offizielle Geschichtsschreibung mit dem Ruhmeslied des triumphalen Fortschreitens der Kollektivierung, das vergoldete "Weiße Bücher" über die Siege der Regierung schreiben,

angefüllt mit dem begeisterten Applaus für die "Massenlinie" und dem wahren Sturm und Drang des chinesischen "Sozialismus": Die ökonomische und soziale Geschichte der Kollektivierung ist noch zu schreiben. Die "gelehrzesten" Untersuchungen beschränken sich darauf, die erstaunlichen Sprünge - nach vorn und nach hinten - der offiziellen Ideologie und der Agrarreform festzustellen. Die Verteilung von 1950 war in der Sicht der Pekinger Führung zwar nur eine Etappe, allerdings sollte sie ursprünglich viel länger dauern, als es der Fall wurde. Noch 1953 hat Mao erklärt:

"Nach der Befreiung war die Freude der Bauern, endlich selbstständig und individuell wirtschaften zu dürfen, unvermeidlich. Die Partei kennt den charakteristischen Hang der Bauern, Eigentümer sein zu wollen, und hat Verständnis dafür. Sie betont, daß man die Vorliebe der Bauern für jene Wirtschaftsform weder mißverstehen noch dämpfen darf". Diese Erklärung aus dem Jahr 1953 schließt mit den folgenden Worten: "... eine beträchtliche Weile... muß das Privateigentum an Grund und Boden gewahrt bleiben".

G. Etienne, dessen "Chinas Weg zum Kommunismus" (S. 82) wir dieses Zitat entnehmen, ist von der brutalen Wende zur Kollektivierung überrascht:

"Mehrfach und in verschiedenen Gebieten wenden die Behörden die gleiche Methode an: ein jäher Anstoß treibt einen relativ langsamen Entwicklungsgang unerwartet sprunghaft vor. Möglicherweise waren die Machthaber selbst am meisten über die blitzschnelle Entwicklung der Kolchosen erstaunt. Dieses System - der Wechsel zwischen Ebbe und Springflut - ist eine der verblüffendsten Tatsachen, die sich bei der Analyse Chinas ergibt."

Die tiefen ökonomischen und sozialen Erschütterungen, die die Entstehung des chinesischen Kapitalismus kennzeichnen, dazu die Erschütterungen, die das Greisenalter des Weltkapitalismus charakterisieren - das ist es, was die bürgerlichen Philister "verblüfft". Und die einzige sichere Erklärung, die sie für diese Erscheinungen finden können, ist der Wille der "großen Männer" der Geschichte - Stalin, Mao und sogar Hitler -, welche alle angeben, die Umstürze gewollt und herbeigeführt zu haben. Hat Hitler den Krieg nicht "gewollt"? Hat Stalin die berühmte "Entkulakisierung" von 1929-32 nicht "gewollt"? Hat Mao die Genossenschaftsbewegung und dann die Volkskommunen nicht "lanziert", wie man eine neue Seifenmarke lanciert oder ein Schiff vom Stapel läßt? Tja, um irgendetwas von der chinesischen Kollektivierung zu begreifen, muß man die voluntaristische Geschichtsauffassung und die "sozialistische" Reklame, die von ihr genährt wird, beiseite schieben. Mao Tse-tung hat ebensowenig wie Stalin den Gang der Kollektivierung vorausgesehen.

Wie wir gesehen haben, war das wesentliche Ziel der Reform

von 1950 die Befreiung der bürgerlichen Produktivkräfte. Aus verschiedenen Gründen mußte dieser Prozeß langsam und widersprüchlich ablaufen. Die Enge der individuellen Parzellen, die Bescheidenheit der Produktionsmittel, bildeten bereits ein ernstes Hindernis. Man rechnete aber mit der "Begeisterung" des besitzenden Bauern, der nunmehr von der enormen Abgabe einer Natural- oder Grundrente an den Dorfwucherer befreit war. Diese Abschaffung des Pachtzinses ist ohne Zweifel der größte Vorteil, den die chinesische Bauernschaft aus der Agrarreform zog. Und dennoch ging dieser Vorteil für den Staat und die Bauernschaft bald im Ozean der Mikroproduktion verloren. Die Freisetzung der bürgerlichen Produktivkräfte auf dem Lande wurde von Anfang an durch den kleinhäufigen Charakter der Produktionsverhältnisse gebremst. Man schätzte z.B., daß die chinesische Bauernschaft durch die Abschaffung des Pachtzinses ca. 30 Mio. Tonnen Getreide jährlich mehr zur Verfügung haben würde. Würde sie aber diesen Überschuß auf den Markt bringen, um somit zwischen Stadt und Land die Bindungen einer bürgerlichen Entwicklung herzustellen? Es handelte sich offensichtlich um die Perspektive einer "normalen" und langsamen Entwicklung des Agrarkapitalismus, der die Aufgabe der "Kollektivierung" der chinesischen Landwirtschaft von sich aus, durch einfache Expropriation, bewältigen sollte. Wenn die Kornkammern des Staates voll gewesen wären, hätte Mao Tse-tung den "Kulak" in Ruhe gelassen - und Stalin ebenso.

Das Malheur lag aber darin, daß der chinesische Bauer die 30 Mio. Tonnen Getreide (und noch andere Dinge dazu) selber gegessen hat, daß er in der Naturalwirtschaft eingeklammert blieb, daß er sich unfähig erwies, von seiner kleinen Parzelle zu leben, daß er schließlich also den Weg zu seinem alten Ausbeuter, zum Dorfwucherer, wieder fand. Die chinesische Presse begnügte sich damals mit der Anrrangerung besonders revoltierender Tatsachen: hier gab es Kulaken, die Geld zum Zinssatz von 50% und sogar 100% im Jahr ausliehen, dort wurden die Bauern gezwungen, das vor wenigen Jahren erhaltene Land zu verkaufen. In der Berichterstattung über die dritte Sitzung des chinesischen Volkstags (1956) zeigte die "Volkszeitung", daß die Kollektivierung die Landverkäufe fast zum Stillstand gebracht hatte. Die Zeitung nannte folgende Zahlen: in den elf Bezirken der Provinz Kwei hatten die armen Bauern 1951 7.199 ha verkauft, 1952 = 5.714, 1953 = 4.903, 1954 = 2.265 und 1955 = 518 ha. Um den Wucher zu bekämpfen bzw. den den Genossenschaften heidetrotenen Bauern zu helfen, organisierte der Staat das landwirtschaftliche Kreditwesen, das in wenigen Jahren großen Umfang annahm: Der Jahresumfang der Staatsdarlehen ging von 302 Mio. Yuan 1951 auf 3.200 Mio. 1956.

Diese Tatsache ist besonders kennzeichnend. Die chinesischen Führer hatten zum Zeitpunkt der Landverteilung nicht vor, die soziale Frage auf dem Lande zu lösen. Sie waren aber davon überzeugt, daß diese Reform der Agrarproduktion zu einer bedeutenden Steigerung verhelfen und die Grundlagen für die Industrialisierung schaffen würde.

"Jetzt" - hatte Mao nach der Ende des Bürgerkrieges gesagt - "ist die Regierung imstande, den armen Bauern zu helfen, damit sie ihre Schwierigkeiten überwinden. Sie kann ihnen Vorschüsse leisten, um die Nachteile auszugleichen, die daraus erwachsen, daß sie weniger Land als die Großbauern be-

sitzen. Wir müssen unsere Politik gegenüber den Großbauern ändern. An die Stelle der Enteignung des Bodens soll eine Politik der Erhaltung der Großbauernwirtschaft treten, um eine prompte Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion zu sichern, die Isolierung der Grundbesitzer zu erleichtern und die Mittel- und Kleinbauern zu schützen". (Rede auf dem dritten Plenum des VII. ZK der KPCh)

So hat die Politik, die sich auf den Mittelbauern, auf die Kommerzialisierung ihres Produktionsüberschusses und auf progressive Besteuerung (die reichen Bauern mußten 30% der Ernte als Steuer an den Staat abgeben) stützen wollte, nicht nur einen Fankrott verbucht, sondern sie hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie erreichen wollte. Der Produktionsüberschuß wurde vom Bauern verzehrt und es gab keinen Kapitalzufluß aus dem Land in die Stadt, sondern umgekehrt, mußte ja der Staat bei den Genossenschaftsgründungen Darlehen gewähren. Könnte man mindestens hoffen, daß diese Anstrengungen nunmehr unter der Genossenschaftsform nicht umsonst sein würden?

Kennzeichnen Landverteilung und Pacht auf Privateigentum die Morgendämmerung des Kapitalismus, so sind Kooperation und assoziierte Arbeit in Industrie und Landwirtschaft ihrerseits die Anzeichen seiner Reife, des Widerspruches zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und bürgerlicher Produktionsverhältnisse. Die stalinistische Doppellüge besteht darin, die Kollektivierung als unfehlbares Patentrezept für die Beschleunigung der Kooperation in der Landwirtschaft und als vollendete "sozialistische" Form auf dem Lande darzustellen. Wir Marxisten können aber der russischen oder chinesischen Kollektivierung keinen Verdienst in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte in Richtung auf die assoziierte Arbeit des Großkapitalismus zuschreiben. Sie führten in dieser Hinsicht keinen Schritt vorwärts und haben andererseits als solche mit Sozialismus nichts zu tun.

Während der Zeit der "Koalitionsregierung" erwartete Mao weitere Transformationen der landwirtschaftlichen Verhältnisse lediglich als Folge der Entwicklung der bürgerlichen Produktivkräfte.

"Sobald Reformen im Agrarsystem durchgeführt werden, und sei es auch nur der erste Schritt - z.B. Herabsetzung von Pacht - und Darlehenszinsen (und daran knüpft die Landverteilung von 1950 -IKE) - wird das Interesse der Bauern an der Produktion steigen. Wenn man dann den Bauern hilft, sich nach dem Prinzip der Freiwilligkeit Schritt für Schritt in landwirtschaftlichen Produktions- und sonstigen Genossenschaften zu organisieren, werden die Produktivkräfte wachsen. Vorläufig können diese landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nur kollektive Arbeitsorganisationen der gegenseitigen Hilfe sein, die auf der bäuerlichen Einzelwirtschaft (auf dem Privateigentum der Bauern) basieren..." (Ausgewählte Werke, Bd. III, Peking 1969, S. 295)

Wie sollte die Kooperation dann durchgeführt werden? Dadurch, daß die "Interessen" der Bauern nach einer Produktionssteigerung sie allmählich erforderten. Bei alledem kann der Staat weder führen, noch planen, noch irgendeinen "Agrarsozialismus" aufbauen. Er hilft lediglich den Bauern, sich zu orga-

nisieren, kurzum, er hilft dem Kapitalismus aus seinen Kinderschuhen heraus. Er spielt offen seine Rolle als Klassenstaat, nennt sich ebenso offen "Volksdemokratie", plädiert für Koalitionsregierungen im Innern und träumt davon, seine Beziehungen zum Weltkapitalismus durch diplomatische Bündnisse zu festigen.

Mit der Kollektivierung - ändert sich alles. Die Kooperation wird trotz der Produktivkräfte verwirklicht, egal welches Niveau sie inzwischen erreichen konnten. Der "Sozialismus" wird trotz Himmel und Erde "in einem Lande" aufgebaut.

"Die Umwandlung der Einzelwirtschaften von rund 110 Millionen Dauernhöfen in Kollektivwirtschaften und sodann die Vollendung der technischen Umgestaltung in der Landwirtschaft sind tatsächlich mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden" - schreibt Mao in der bereits zitierten Rede vom Juli 1955. "Aber wir müssen daran glauben, daß unsere Partei imstande ist, die Massen bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten zu führen." (ebenda, S. 10)

Hoch der Voluntarismus! Hoch die Heuchelei! Wie soll der Staat bzw. die Partei 110 Millionen Dauernhöfe in Kollektivwirtschaften "umwandeln", wenn die technischen Voraussetzungen der Kollektivwirtschaft fehlen und erst im nachhinein eingeführt werden sollen. Hier wird die Partei, wird der Staat zum Demiurg. Er legt sich nicht mehr damit, zu "helfen", sondern hat die Absicht, mit eigenen Händen und nach Gutdünken die Grundlagen, auf denen er beruht, zu schaffen. Gegen die Lüge der russischen Kollektivierung schrie Trotzki bereits in der Plattform der linken Opposition:

"Nur der Prozeß der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft kann eine immer breitere Grundlage für die sozialistische Kooperation in der Produktion, für den Kollektivismus, schaffen.

Ohne technische Umwälzung selbst im Bereich der Produktionsmittel, ohne landwirtschaftliche Maschinen, ohne Änderung des ganzen Ackerbausystems, ohne chemische Düngemittel usw. ist jede gründliche, erfolgsversprechende Arbeit für die Kollektivierung der Landwirtschaft unmöglich."

Soweit Trotzki 1927, als Stalin das unsinnige Projekt der Zwangs-"Kollektivierung" noch nicht "plante", um das Problem der Verhältnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie zu lösen, als er noch nicht davon sprach, durch einfaches Aufhängen der reichen Bauern den "Sozialismus" in Rußland allein aufzulauern. Die stalinistische Kollektivierung hat den kleinen Dauernhof weder besiegt noch überwunden, sondern vielmehr im Rahmen der Kolchose gefestigt; sie machte aus dem Kolchosbauern eine Schlüsselfigur der kapitalistischen Akkumulation in Rußland und der Konterrevolution.

In China kann man nicht von "Konterrevolution" reden, da die maoistische Bewegung von vornherein lügerliche Ziele verfolgte und unter lügerlicher Flagge kämpfte. Man muß jedoch zeigen, daß die Kollektivierung keinen "Übergangsweg zum Sozialismus" darstellt, denn der Sozialismus hat mit dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft, so entwickelt diese auch sei, nichts zu tun. Schließlich werden wir auch

sehen, daß die Kollektivierung die Widersprüche zwischen Agrikultur und Industrie, zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, keineswegs zu lösen vermochte.

Von den Genossenschaften zu den Volkskommunen

Im nächsten, abschließenden Artikel dieser Reihe werden wir den Zusammenhang der chinesischen Kollektivierung mit den Fünfjahresplänen und mit der Frage des Weltmarkts untersuchen. Für den Augenblick beschränken wir uns auf eine Bilanz der maoistischen Agrarreformen vom Gesichtspunkt der Organisationsformen der chinesischen Landwirtschaft und auf die Gegenüberstellung ihres "sozialistischen" Anspruches mit der Wirklichkeit.

Im bereits zitierten Text von 1955 schildert Mao die Etappen der Kollektivierung seit dem Kriege. Nicht ein Programm wird aufgestellt, sondern ein bereits abgespielter Prozeß rekapituliert und verklärt - jede durchlaufene Phase wird mit einem roten Schildchen versehen:

"Der erste Schritt im Dorf war der Appell an die Bauern, gemäß den Prinzipien der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Vorteils Gruppen der gegenseitigen Hilfe für die landwirtschaftliche Produktion zu bilden, die nur gewisse Keime des Sozialismus in sich tragen (!!!) und nur einige wenige oder 10 oder mehr Bauernhöfe in jeder Gruppe erfassen." (Ebenfalls S. 38)

Diese erste Etappe, die sich von 1947 bis 1953 erstreckte, beinhaltete den zeitweiligen und dann permanenten Austausch der Arbeitskraft unter den Bauern. Diese blieben Eigentümer ihrer Parzelle und der ganzen Ernte, halfen sich aber gegenseitig in der Erntezeit, leihen sich die wenigen Werkzeuge gegenseitig aus. "Die armen halfen den Armen" - beschrieb man im alten China den Kern dieser Kooperationsform, die eine vorkapitalistische (und nicht "sozialistische") Form der solidarischen Sicherheit darstellt.

"Dann kam als zweiter Schritt" - schreibt Mao weiter - "der Appell an die Bauern, auf der Grundlage dieser Gruppen der gegenseitigen Hilfe und nach wie vor in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Vorteils kleinere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften halbsozialistischen Typs (!!!) zu organisieren, die dadurch charakterisiert sind, daß der Boden als Anteil eingebracht und die Wirtschaft einheitlich geführt wird."

In dieser zweiten Phase (1954-55) hatte der Bauer das Recht, seine Parzelle zu behalten, oder sie und seine Produktionsmittel ganz oder teilweise an die Genossenschaft zu verkaufen oder zu verpachten. Man mußte bald feststellen, daß diese Genossenschaften "halbsozialistischen Typs", anstatt der Spekulation der Großbauern ein Ende zu setzen, nach und nach in ihre Hände fielen. Die Großbauern stellten sich gegen die Vermehrung des kollektiven Fonds, verweigerten den armen Bauern sogar das Recht, den Genossenschaften beizutreten, bestimmten die Verteilung des Produkts zugunsten der größeren und ertragsreicheren eingebrachten Anteile. Mit einem Wort, die Bodenspekulation setzte sich in immer größerem Umfang fort. Ende 1955 mußte man zu einer neuen Etappe übergehen:

"Erst dann folgte als dritter Schritt der Appell an die Bauern, sich auf der Basis dieser kleinen Genossenschaften halbsozialistischen Typs sowie im Einklang mit denselben Prinzipien der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Vorteils in noch weiterem Maße zusammenzuschließen und große landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu organisieren, die vollsozialistischen (!!!) Charakter tragen."

Vom "Sozialismus" sind wir noch weit entfernt! Das Gesetz garantiert das Parzelleneigentum. Zunächst wurde jedem Bauern erlaubt, eine Scholle in der Größe von 5% der durchschnittlichen Fläche zu besitzen, die jedem Genossenschaftsmitglied zufiel. Anschließend wurde die Größe dieser Einzelschollen auf 10% erhöht, um einer ernsthaften Krise in der Produktion von Schweinefleisch - Grundnahrungsmittel der Chinesen - zu entgegenen. In Zusammenhang mit der Kollektivierung war die Schweinezucht, die hauptsächlich im Rahmen der Einzelwirtschaft stattfand, gesunken. Der Bestand an Schweinen war von 101,7 Mio. im Jahre 1954 auf 87,9 Mio. 1955 und 84,4 Mio. 1956 zurückgegangen, um 1957 dann auf 145,9 Mio. zu steigen. Bis dahin hatte China die Katastrophe vermeiden können, die den Viehbestand Rußlands zur Zeit der stalinistischen Kollektivierung dezimiert hatte, allerdings nur durch erhöhte Zugeständnisse an die kleinbürgerliche Wirtschaft. Ein besonderer Unterschied zwischen der chinesischen Genossenschaft und der Kolchose bestand darin, daß in China die reichen Bauern ihr Land verkaufen konnten, während sie in Rußland nach Sibirien mußten... Die wahre ökonomische Katastrophe fing in China erst mit der Errichtung der Kommunen an.

Die Einführung der Volkskommunen fand zu einem Zeitpunkt statt, wo in Rußland die "Antipartei-Gruppe" Molotows die Frage stellte, ob man das "genossenschaftliche Eigentum" nicht schnellstmöglich in "Eigentum des ganzen Volkes" verwandeln sollte. Damit zog Molotow die äußersten Schlußfolgerungen der stalinistischen Ära. Er gab zu, daß das Kolchosssystem die Hauptschwäche der UdSSR in ihrem Wettbewerb mit dem Westen darstellte. Aber gerade der Charakter dieses Wettbewerbs machte jegliche Infragestellung der bestehenden sozialen Ordnung in der UdSSR unmöglich. So wurde Molotow geschlagen. Chruschtschow begnügte sich damit, Weizen aus den USA einzuführen, um die schwache Kolchosproduktion auszugleichen. Heute ist nicht mehr davon die Rede, die USA "zu überholen", und Kossygin unterbreitet einen Fünfjahresplan, der bis 1970 ein langsameres Entwicklungstempo der UdSSR vorsieht.

Während der Streitigkeiten über die "Entstalinisierung" (die sowohl bei Molotow als auch bei Chruschtschow einer Feststellung des Bankrotts des Stalinismus gleichkam) haben die Chinesen keine offene Partei für Molotow ergriffen. Ihr "Internationalismus" schließt ja bekanntlich die Einmischung in die "inneren" Angelegenheiten eines "Bruderlandes" aus. Da der "sozialistische Aufbau" für sie eine bloße "innere" Angelegenheit ist, begnügten sie sich damit, den verbürgerlichten Kolchosen die Volkskommunen entgegenzusetzen - im festen Glauben, darin ein Rezept für den schmerzlosen Übergang vom genossenschaftlichen Eigentum zum "Eigentum des ganzen Volkes" gefunden zu haben. Chruschtschow hat wohl mit Staunen feststellen müssen, wie sich der "friedliche" Wettbewerb zwischen der UdSSR und der USA in einen aggressiven Wettbewerb von "sozialistischen" Prahlereien zwischen

Moskau und Peking verwandelte! Diese Herrschaften mögen wohl glauben, der "Sozialismus" sei eine "innere" und nationale Angelegenheit: an dem internationalen, weltweiten Charakter des Kapitalismus müssen sie sich stoßen - seine unabwendbaren Gesetze waren es, die die russischchinesischen Beziehungen zersetzen sollten.

Die erste Resolution der KPCh über die Volkskommunen (29. August 1958) liefert uns folgendes Bild des Problems des "Übergangs zum Sozialismus":

"Obwohl die Kommunen noch eine Form des genossenschaftlichen Eigentums darstellen, und obwohl die Verteilung (Arbeitstage und Löhne) auf dem Prinzip 'jedem nach seiner Arbeit' und nicht 'jedem nach seinen Bedürfnissen' beruht, bilden die Kommunen die beste Organisationsform, um den Sozialismus vollständig aufzubauen und nach und nach zum Kommunismus überzugehen. Die Kommunen werden also die soziale Grundeinheit der kommunistischen Gesellschaft darstellen."

Demzufolge müßten sich die Kommunen auch auf die Städte und auf die großen Industriezentren ausdehnen. Es scheint jedoch, daß das chinesische Proletariat negativ auf dieses Experiment reagierte. Am 10. Dezember 1958 wurde das Projekt der städtischen Kommunen durch eine neue Resolution der KPCh ad acta gelegt. Die Begeisterung der Theoretiker des "Kommunalszialismus" kühlte ab. Bereits im August wurde erklärt:

"Die Bildung einer Kommune ist kein Grund für die sofortige Verwandlung des genossenschaftlichen Eigentums in Eigentum des ganzen Volkes" ... "Die volle Umgestaltung des genossenschaftlichen Eigentums in Eigentum des ganzen Volkes wird in gewissen Bereichen einige Zeit (drei oder vier Jahre), in anderen etwas mehr, erfordern."

Also wurden die Kommunen nicht mehr als Rahmen der fortschreitenden Verwandlung der Genossenschaften in landwirtschaftliche Staatsbetriebe definiert. Dieselbe Resolution kennzeichnete noch den Unterschied zwischen Kommunen und Staatsfarmen:

"Es ist fehl am Platze, sie mit Staatsfarmen zu verwechseln, denn es ist nicht die Funktion der Staatsfarmen, sich gleichzeitig mit der Industrie, der Landwirtschaft, der Bildung und Erziehung, dem Handel und den militärischen Angelegenheiten zu beschäftigen."

Hier liegt der Haken: entweder sind die Kommunen eine höher entwickelte Produktions- und Organisationsform, die zum Kommunismus führt, und in diesem Falle müssen sich die Staatsfarmen in die Kommunen auflösen, oder sie sind eine niedrige Mischform und können aus diesem Grunde nicht beanspruchen, "soziale Grundeinheit der kommunistischen Gesellschaft" zu sein. Im Gegensatz zu den vielfältigen und unpräzisen Aufgaben der Kommunen, stehen die der Staatsfarmen fest: Fleisch, Getreide, Reis usw. durch den Lohnarbeiter zu produzieren. So weit geht die Kommune nicht:

"Wenn es möglich ist, wird man Lohnsystem einführen, wo die Bedingungen aber nicht reif sind, wird man zunächst das alte System der Entgeltung durch Arbeitstage beibehalten."

Also! Das Ideal, dem die Kommune zustrebt, ist nicht die Einführung des Prinzips "jedem nach seinen Bedürfnissen", sondern die Voraussetzungen der Lohnarbeit zur "Reife" zu bringen. Das genügt, um das Flakla über die kostenlose Produktenverteilung zu entlarven: es handelt sich nicht um eine nach-, sondern um eine vorkapitalistische Produktenverteilung.

Eine letzte Eigenschaft ist der chinesischen Volkskommune und der russischen Kolchose gemein: das Parzelleneigentum, dessen Fortdauer man an folgendem Passus der Resolution feststellen kann:

"Es ist nicht notwendig, bei der Bildung einer Volkskommune das Problem der individuellen Parzellen, der einzelnen Obstbäume usw. anzugehen. Man muß ohne Überstürzung handeln, und es ist nicht ratsam, in dieser Angelegenheit Regeln aufzustellen."

Was waren also die Volkskommunen? Im Grunde nichts anderes als regionale Vereinigungen von Genossenschaften. "Alle großen Genossenschaftsgruppierungen werden Volkskommunen genannt", verkündete Mao Tse-tung. Was anderes waren sie in der Tat nicht. Die Reform wurde in zwei Phasen durchgeführt: zunächst Zusammenschluß der alten Genossenschaften, dann ihre Verwandlung in Kommunen. Deshalb bezeichnen die offiziellen Texte das Kommuneeigentum als ein Eigentum in drei Stufen. In der Basis finden wir die Produktionsteams (alte Eridaden zur gegenseitigen Hilfe), die 20 bis 30 Höfe erfassen; auf der zweiten Stufe stehen die Produktionsbrigaden, denen Boden und Produktionsmittel für das laufende Jahr zugeteilt werden; als Krönung des ganzen befindet sich die Kommunen- oder Bezirksorganisation, die weniger eine Produktionseinheit als vielmehr eine Verwaltungsinstanz darstellt.

Die Volkskommune bildet eine Synthese der aufeinanderfolgenden Landreformen und gleichzeitig einen Versuch, sie zu rationalisieren. Wir werden im folgenden Artikel ihre Rolle in der Industrialisierung untersuchen. Unter ihren unmittelbaren Zielen stand nicht zuletzt die Durchführung von grossen Bewässerungsarbeiten, die China nicht entbehren kann, die aber von den zu schwachen und auf die Interessen der Einzelwirtschaft viel zu beschränkten Genossenschaften vernachlässigt worden waren. Zwischen 1959 und 1961 haben die Volkskommunen Zehntausende von Millionen Menschen für Bewässerungsarbeiten und Handwerk mobilisiert. Damit haben sie aber diese Menschenmassen von ihren zwar bescheidenen, aber unerläßlichen Ackerbauaufgaben abgelenkt. Diese riesige Bewegung der Arbeitskraft und der primitive Charakter der Bewässerungsarbeiten (die keinen Widerstand gegen die Naturkatastrophen leisten können) sind die Ursachen des wirtschaftlichen Desasters Anfang der 60er Jahre.

Der Mißerfolg des "Sprungs nach vorn" hat gezeigt, daß die ganze Volkskommunen- und Kollektivierungsbewegung in China die landwirtschaftliche Kleinproduktion und die Langsamkeit ihrer Entwicklung nicht überwinden konnten. Bereits 1961 konnte man in der "Roten Fahne" (Nr. 17) lesen:

"Man muß Jahr für Jahr den Kommunemitgliedern eine Erhöhung ihrer Einkommen aus den Nebenbeschäftigungen und den indivi-

duellen Parzellen sichern."

Die Bauern werden zur Ausbeutung ihrer Parzelle ermutigt. Der Artikel präzisiert:

"Sie werden es tun, indem sie ihre Freizeit ausnutzen und Hilfsarbeiter einsetzen, um das Sozialprodukt zu erhöhen, ihr eigenes Einkommen zu verbessern, den Markt auf dem Lande zu beleben... Wenn die vom Staat bestimmte Aufgabe erfüllt ist, können alle landwirtschaftlichen und Nebenprodukte auf dem Markt verkauft werden; sie sollen weder bei der kollektiven Produktion, noch bei der Zuteilung, noch bei der Steuerzahlung in Rechnung gezogen werden."

Im September 1962 veröffentlichte das X. Plenum des ZK der KPCh ein Kommuniqué, wo diese Orientierung bestätigt wurde. Mit Nachdruck wurde auf die notwendige Förderung des lokalen Handels und der Einzelproduktion, sowie auf die Steigerung des Warenaustausches mit den Städten über den freien Markt und die Abschaffung der kommunalen Kantinen hingewiesen. Mit den Kommunen war es aus. In der westlichen Presse wurde von "Entkollektivierung" gesprochen, das ist aber übertrieben, weil es niemals eine wirkliche Kollektivierung gegeben hatte. Am Schluß dieses Kapitels kann der Leser eine Tafel finden, aus der das Überleben der Kleinproduktion unter den mannigfaltigen Formen ersichtlich ist. Jede dieser "Etappen", die als Schritt nach vorn gerühmt wurden, reproduziert in der "höheren" Form dieselben kleinbürgerlichen Eigenschaften der Parzellenwirtschaft.

Die westliche Welt sprach von "Entkollektivierung", um darin sofort den "Pankrott des Marxismus" zu erblicken. Dieser wäre unfähig, den Rückstand des russischen und chinesischen Dorfes zu überwinden. In diesem Debakel der Produktivkräfte in Asien, das sich auf den Trümmern der viel schlimmeren Niederlage des revolutionären Weltproletariats abspielte, sehen wir im Gegenteil eine Festätigung des Marxismus: die kommunistische Gesellschaft hat mit dem Aufbau eines Nationalstaates oder einer "nationalen" Wirtschaft nicht das geringste zu tun!

Die verschiedenen Organisationsformen der chinesischen Landwirtschaft

Organisationsform	Eigentumsform	Betriebsart	Einkommen	Eigenschaften
Gruppen gegenseitiger Hilfe (1947-53)	privat:	kleine Agrararbeiten, saisonbedingt oder permanent (6-15 Höfe)	Jedes Mitglied erhält den Ertrag seiner Parzelle	Überleben der vorkapitalistischen Form der gegenseitigen Hilfe
"halbsozialistische" LPGs (1954-55)	1) Einzelparzellen 2) Verkauf und Verpachtung v. Land und Produktionsmitteln	landwirtschaftliche Arbeiten und Nebenbeschäftigungen (30 Höfe)	1) aus der Einzelparzelle 2) anteilige Vergütung im Verh. zum Bodenertr. u.z. geleisteten Arb. 3) ungeteilter Fonds	Erhaltung des Parzelleneigentums im genossenschaftlichen Rahmen
"sozialistische" LPGs (1956-58)	privat u. genossenschaftlich: 1) Einzelparzelle (gesetzlich garantiert) 2) LPG kauft Boden und Produktionsmittel auf	landwirtschaftliche Arbeiten, Nebenbesch. u. großflächiger Anbau (150 Höfe)	1) aus dem kapitalistischen Bodenverk. 2) anteilige Vergt. über Kauf im Verh. z. und Verkauf geleisteten Arbeit 3) aus der Einzelparz.	scher Konzentrationenprozeß über Kollektivierung)
Volkskommunen	privat u. genossenschaftlich: 1) Kommune: Fondsverwaltung u. ind. Tätigkeit 2) Brigade: Benutzung d. zugeteilten Bodens 3) Gruppen: Einzelparzellen	landwirtsch. und handwerkkl. Arbeit, Nebentätigkeit; Konzentration auf Gemeinde (Hsiang) u. Dez.ebene (Hsien)	1) 20 bis 30% Naturalentlohn des Bodens. 2) Brigade-lohn 3) aus der Einzelparzelle	keine Nationalisierung des Bodens. Die alte genossenschaftliche Brigade bleibt die Grundeinheit der Kommune
Staatsfarmen	Staats-eigentum	mechanisierte Arbeit Erschließung v. neuem Boden	Lohnarbeit. Mehrwertaneignung durch den Staat	ursprünglich Einsatz der demobilisierten Soldaten. Staatseigentum, aber nicht "sozialistisch". Differenzialrente.

Anmerkungen:

(1) Wir wiederholen, daß diese Arbeit aus den Jahren 1962-64 datiert. Erst in den letzten Jahren wurde die hier gekennzeichnete Tendenz sogar westlichen "Maoisten" (damals gab es diese Gattung allerdings noch nicht) offensichtlich. Darauf reagierten sie (soweit sie nicht offen in die Arme des westlichen Imperialismus gehen) wie die Trotzlisten gegenüber Tito: "aber mit der Außenpolitik stimmen wir nicht überein". Daß selbige eine Verlängerung der Innenpolitik ist, mit dieser ein Ganzes bildet, kurzum derselben ökonomischen Grundlage und Gesellschaftsform entspricht, bleibt ihnen ein Geheimnis. Verständlicherweise, denn um dies zu wissen, müßten "Pragmatiker" mindestens das Niveau der Großbourgeoisie erreicht haben.

(2) in Yalta wurde vereinbart:

"Zwei bis drei Monate nachdem Deutschland sich ergibt und die Kämpfe in Europa aufgehört haben, wird die UdSSR auf der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Japan eintreten, unter der Bedingung:

1. daß der Status quo in der äußeren Mongolei beibehalten wird;
2. daß die alten Rechte Rußlands, die durch den verräterischen japanischen Angriff 1904 verletzt wurden, wieder zur Geltung kommen, d.h.:
 - a) daß der südliche Teil von Sachalin und die angrenzenden Inseln wieder an die UdSSR gegeben werden;
 - b) daß der Handelshafen von Dairen unter Sicherstellung der darin vorherrschenden Interessen der UdSSR internationalisiert wird und daß die Vergabe von Port Arthur in Pacht als Marinestützpunkt der UdSSR wieder in Kraft tritt;
 - c) daß die ostchinesische sowie die südmandschurische Eisenbahn, die die Verbindung zu Dairen herstellt, durch Errichtung einer chinesisch-sowjetischen Gesellschaft betrieben wird, wobei es sich versteht, daß die vorherrschenden Interessen der Sowjetunion gewahrt werden und daß China die volle Souveränität über die Mandschurei behält.
3. daß die Kurillen wieder an die UdSSR gegeben werden."

Pis Mao Tse-tung, um die Beziehungen zu Japan zu normalisieren, 1964 erklärte, daß die Kurillen an Japan zurückgegeben werden müßten, ertönten aus Rußland nicht die Chruschtschow'schen Schreie von "Nationalismus" und "gelbem Rassismus". Dann aber stieg der russisch-chinesische Konflikt aus den nebligen Höhen der "Ideologie" auf den Boden der Verhältnisse zwischen Staaten und der krennenden Erinnerungen aus Yalta.

(Zitat aus den Yaltavereinbarungen aus dem Französischen übersetzt; ebenso alle anderen Zitate des Textes, sofern Angabe einer deutschen Ausgabe nicht ausdrücklich erwähnt)

(3) Es handelt sich im wesentlichen um den Aufsatz über die "Neue Demokratie" (Januar 1940), die Rede "Über die Koalitionsregierung" (1945) und das "gemeinsame Programm", das von der beratenden Konferenz des chinesischen Volkes 1949 angenommen wurde. Darin heißt es sehr einfältig: "die öffentliche Wirtschaft, die Genossenschaftswirtschaft, die Einzelwirtschaft der Bauern und Handwerker, die private und öffentliche kapitalistische Wirtschaft werden vom Staat

koordiniert und geleitet ..." (Art. 29)

(4) In derselben Schrift gesteht Kao Kang offen, daß "die Aufgabe der Betriebsräte darin besteht, die Arbeitermasse, die Fachleute und die Angestellten zusammenzufassen, sie über die wichtigsten Betriebsprobleme zu konsultieren, bei ihnen allen das politische Bewußtsein und den Arbeitseifer zu erhöhen und schließlich gegen die Sabotagen und jegliche Streikbewegung zu kämpfen" (die Unterstreichung ist von uns, IKP).

(5) siehe "Lenin und die Lösung der Arbeiterkontrolle" in Bulletin der IKP, Nr. 9, Januar 1976.

(6) An die Adresse der russischen Struves und chinesischen Maos, die alles durcheinanderwerfen und bei Gelegenheit die Unmöglichkeit, den "Sozialismus" in einem rückständigen Land zu verwirklichen, als Vorwand für die Ablehnung der Arbeiterkontrolle benutzen, schreibt Lenin noch:
"Diese Betrachtungen sind bis zur Lächerlichkeit dumm, denn die objektive Unmöglichkeit des Sozialismus ist verbunden mit der KLEINwirtschaft, die wir nicht nur gar nicht expropriieren, sondern nicht einmal regulieren oder auch nur kontrollieren wollen.

Die 'staatliche Regulierung', von der die Menschewiki, die Volkstümler und alle Bürokraten sprechen (von denen sich die Genossen Awilow und Basarow mitreißen ließen), um eine Ausrede zu haben, über die sie Pläne schmieden, um die Profite der Kapitalisten zu sichern, über die sie große Worte machen, um das Geschäftsgeheimnis unangetastet zu lassen - gerade aus dieser staatlichen Regulierung wollen wir KEINEN BETRUG machen lassen. Das ist der springende Punkt, liebe Feinah-Marxisten, und nicht etwa die 'Einführung' des Sozialismus!

Regulierung und Kontrolle nicht seitens der Kapitalistenklasse über die Arbeiter, sondern umgekehrt, das ist des Pu dells Kern. Nicht Vertrauen zum 'Staat', das eines Louis Blanc würdig ist, sondern Forderung nach einem von den Proletariern und Halbproletariern geleiteten Staat, so muß der KAMPF GEGEN DIE ZERRÜTTUNG geführt werden. Jede andere Lösung ist nur Phrase und Betrug." (Lenin Werke Band 25, S. 31-33)

- wird fortgesetzt -

DIE LAUFBAHN DES WELTIMPERIALISMUS

(Der hier veröffentlichte Bericht wurde auf der Generalversammlung der Partei im September 1976 vorgelegt. Die Zahlenangaben wurden unter Zuhilfenahme der Anfang Dez. 1976 verfügbaren Statistiken vervollständigt.)

Die ökonomische Krise, die gegen Ende 1974 begann und 1975 in den großen imperialistischen, den Weltmarkt beherrschenden Ländern ihren Höhepunkt erreichte, hat sich nach und nach auf alle entwickelten kapitalistischen Länder und dann mit unterschiedlicher Intensität auf den Rest der Weltwirtschaft ausgewirkt.

DIE KRISE IN DEN ENTWICKELTEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN

Die vorhergehenden Berichte über die "Laufbahn des Weltimperialismus" (1) haben gezeigt, wie sich in der Wirtschaft der großen entwickelten kapitalistischen Länder nach der Phase rasender Akkumulation, die durch die Zerstörungen des zweiten imperialistischen Weltkrieges eröffnet wurde, nach und nach wieder ökonomische Zyklen herausbildeten, die in allen Punkten mit der marxistischen Theorie der periodischen Krisen der kapitalistischen Produktionsweise übereinstimmen. Während die Zyklen dieser großen Länder zeitlich auseinanderfielen, haben sie sich dann nach und nach im Laufe der letzten Jahre durch das Spiel der gegenseitigen Handelsbeziehungen einander genähert, um dann schließlich zu einem einheitlichen Zyklus zu verschmelzen, der seinen Rhythmus der Weltwirtschaft aufzwingt. Deshalb haben die großen imperialistischen Länder, in denen die Krise begann (USA, BRD und Japan), sich gegenseitig in die Krise hineingerissen und dann schnell die Gesamtheit der entwickelten kapitalistischen Länder, d.h. im wesentlichen alle europäischen Länder (große und kleine) in ihrem Kielwasser mit fortgerissen.

== Industrielle Produktion

Gemäß den Angaben des Berichts der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Tabelle 1) wurde der höchste Punkt der ansteigenden Phase des ökonomischen Zyklus (d.h. der Gipfel des "Boom") von den drei mächtigsten westlichen kapitalistischen Ländern, d.h. den USA, der BRD und Japan gleichzeitig im November 1973 erreicht (Großbritannien, das unter einer endemischen Krise leidet, erlebte seinen Höchstpunkt einen Monat früher). In diesen drei Ländern dauerte das Tief 15 bis 20 Monate und erreichte zwischen dem Gipfel des Boom und dem tiefsten Punkt der Krise ein Minus von 11,5% in der BRD, 13,5% in den USA und 20,4% in Japan. Diesen Ländern folgen Kanada, die Schweiz und Italien mit einem Abstand von ungefähr 4 bis 5 Monaten, nach 7 Monaten folgen Belgien, die Niederlande, Spanien, Schweden und schließlich Frankreich, das als letztes der großen imperialistischen Länder in die Krise eintritt. 9 Monate haben also genügt, um praktisch die ganze entwickelte kapitalistische Welt in die Krise zu stürzen, deren Wirkungen sich durch die

wechselseitigen Handelsbeziehungen ausdehnen. Japan, wo der Produktionsrückgang am krassesten war, erreichte als erstes Land den niedrigsten Punkt seines wirtschaftlichen Zyklus (im Februar 1975). Die USA folgten im April 1975, im Mai Frankreich, im Juli die BRD, im August Großbritannien und Italien: innerhalb von 6 Monaten hat sich der Zyklus für die sechs großen kapitalistischen Länder des Westens gewendet, und sie waren auf dem Weg der Wiederbelebung (was wir im zweiten Teil dieses Berichts analysieren), also "gerade in dem Moment", schreibt der Jahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, "wo der Pessimismus seinen Gipfel erreichte".(2)

Für die gesamten Länder der OECD lag die industrielle Produktion auf dem niedrigsten Zykluspunkt (zweites Quartal 1975) um 11,6% unter dem im letzten Quartal des Jahres 1973 erreichten Maximum. Zum Vergleich: die gesamte

Tabelle 1 - Die Krise in den wichtigsten entwickelten Ländern

	Höhepunkt des Zyklus	niedr.Punkt des Zyklus	Intervall (Anzahl d. Mon)	Rückgang der Ind.prod.
Großbritannien	Okt.73	Aug.75	22	- 10,6 %
USA	Nov.73	Apr.75	17	- 13,5 %
BRD	Nov.73	Juli75	20	- 11,5 %
Japan	Nov. 73	Feb.75	15	- 20,4 %
Kanada	März 74	Sep.75	18	- 8,0 %
Schweiz	März 74	Mär.75	12	- 18,5 %
Italien	April 74	Aug.75	16	- 15,6 %
Belgien	Juni 74	Jul.75	13	- 13,8 %
Niederlande	Juni 74	Jul.75	13	- 10,0 %
Spanien	Juni 74	Mär.75	9	- 11,7 %
Schweden	Juni 74	Jul.75	13	- 5,6 %
Frankreich	Juni 74	Mai 75	10	- 13,1 %

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 46. Jahresbericht, Basel, Juni 1976. Die Angaben basieren jeweils auf dem vierteljährlichen Mittel des Index der Industrieproduktion.

industrielle Produktion der Welt (3) fiel ungefähr um 3-4% zwischen dem zweiten Quartal des Jahres 1974 und dem dritten Quartal des Jahres 1975 (die Krise wirkt sich auf den Rest der Welt mit einer gewissen zeitlichen Verschiebung gegenüber den entwickelten Ländern aus). Es wird also klar, daß die entwickelten kapitalistischen Länder AM SCHWERSTEN von der Krise betroffen werden, welche sich anschließend auf die restliche Weltwirtschaft auswirkt. Es ist normal, daß der Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft und die Krise sich in den entwickelsten (also Ländern, die sich den "idealtypischen" Bedingungen für die Geltung der von Marx hervorgehobenen Gesetze des Kapitals am meisten nähern) mit der größten Reinheit manifestieren. Die TATSACHEN beweisen, daß in dem Maße, wie der Kapitalismus sich entwickelt, - und sei es in seiner Fäulnisperiode - er sich nicht "verändert", wie die Reformisten

und Erneuerer, die nach einem Vorwand für die Verleugnung des Marxismus suchen, es gerne Wollen. Im Gegenteil, der Kapitalismus gehorcht im Laufe seiner Entwicklung immer strenger den Hauptgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise.

Tabelle 2 - Industrieproduktion
(Jährliche Veränderung in %)

	Jan.	Feb.	Mär.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
USA												
1973	9,8	9,7	9,6	9,4	10,3	11,3	11,2	10,1	9,1	8,1	7,2	6,2
1974	2,6	0,8	0	0,8	0,8	0	0,8	-1,5	-1,6	-1,7	-4,3	-6,5
1975	-9,3	-10,8	-11,8	-12,0	-13,1	-12,6	-10,5	-8,8	-7,5	-6,5	-3,4	0,4
1976	5,0	8,6	10,7	11,3	12,5	11,5	10,0	8,6	7,5			
Großbritannien												
1973	8,0	20,8	10,9	6,8	4,7	6,7	5,7	5,7	4,7	4,5	2,7	0
1974	-7,4	-6,3	-4,4	0	0	-0,9	0,9	1,8	0	-2,0	-2,7	-2,1
1975	4,9	3,8	0	-4,7	-6,7	-8,2	-9,8	-9,9	-8,2	-7,3	-5,5	-5,6
1976	-4,7	-3,7	-1,9	1,0	4,9	1,0	3,0	3,0	2,5			
Japan												
1973	18,2	17,1	18,7	17,7	19,4	18,3	19,4	18,0	17,8	18,4	17,2	12,6
1974	9,8	9,0	3,1	2,4	2,3	-1,5	-1,1	-5,3	-6,1	-9,7	-13,4	-13,8
1975	-18,0	-18,3	-15,8	-13,9	-14,3	-12,8	-12,1	-7,9	-6,3	-4,6	-3,0	+2,1
1976	9,3	13,2	16,5	16,4	13,5	12,9	14,5	13,8	10,4			
BRD												
1973	8,6	12,7	6,6	8,5	5,6	10,5	3,8	8,7	11,3	5,5	5,5	6,3
1974	1,8	0,8	0,8	0	0,8	3,5	2,5	-2,1	-2,7	-4,4	-3,5	-8,9
1975	-8,5	-8,5	-6,0	-12,7	-5,7	-9,3	-10,4	-6,0	-5,6	-3,3	-1,3	3,6
1976	5,6	8,4	3,2	10,7	6,0	11,4	9,4	9,4	7,2			
Frankreich												
1973	9,0	10,9	10,1	7,2	10,6	9,8	9,5	9,5	9,0	8,7	7,6	1,6
1974	2,5	2,5	0	3,3	0,8	2,5	4,0	4,0	0,8	0	-3,2	-4,2
1975	-7,2	-7,2	-8,9	-9,6	-12,7	-11,1	-14,0	-14,0	-8,3	-6,5	-4,2	2,6
1976	4,3	4,3	8,0	8,0	12,0	9,0	13,6	13,6	15,5			
Italien												
1973	3,9	5,0	6,1	15,4	14,0	18,0	23,7	20,0	18,3	21,4	12,5	11,4
1974	20,0	16,1	17,8	12,5	8,9	7,2	2,6	-4,2	4,3	-2,8	-7,3	-11,1
1975	-12,5	-7,7	-12,3	-13,6	-17,0	-13,2	-10,1	-12,3	-11,1	-4,5	1,9	2,0
1976	0,7	4,0	9,1	8,8	21,0	12,5	10,0	19,2				

Quelle: OECD, "Principaux indicateurs économiques" und nationale in der Presse veröffentlichte Statistiken. Zahlen nach den monatlichen Indices der industriellen Produktion berechnet, saisonbereinigt.

In Tabelle 2 und der Grafik 1 sind die Angaben angeführt, die die Entwicklung der industriellen Produktion in den größten westlichen Ländern Monat für Monat zusammenfassen. Sie heben den Boom 1973, den allgemeinen Fall der Industrieproduktion 1974 und Anfang 1975, dann den rapiden und gleichzeitigen Wiederanstieg der Produktion in den sechs Ländern hervor. In dieser Grafik haben wir, wie im letzten Bericht, bewußt vermieden, die Länder zu individualisieren. Die Grafik zeigt, in welchem Grad die Krise, wie auch der nachfolgende Wiederaufschwung, INTERNATIONAL und GLEICHZEITIG sind. Wird aus dieser offensichtlichen Tatsache der lächerliche und trügerische Charakter der "nationalen Lösungen" für die Krise, wie sie vom erregten Chor der Reformisten in allen Ländern gepredigt werden, nicht deutlich sichtbar? Wird hier nicht sichtbar, daß die Krisen der kapitalistischen Produktionsweise nicht das Resultat "falscher Handlungen" der "unfähigen" Regierungen sind, die es zu ersetzen genügte, um das Übel zu beseitigen, sondern das unvermeidliche Resultat einer Produktionsweise, die unfähig ist, ihre eigenen Zuckungen zu beherrschen und die ZERSTÖRT werden muß?

Tabelle 3 - Index des Weltkurses für Metalle

	Jan.	März	Mai	Juli	Sep.	Nov.
1974	163	197	246	159	139	132
jährliche Veränderung (%)	+94	+73	+102	+14	-4	-19
1975	118	126	116	111	112	110
jährliche Veränderung (%)	-26	-36	-52	-40	-20	-17
1976	109	114	134	146	138	116
jährliche Veränderung (%)	-7	-9	+15	+31	+23	+6

Quelle: Index aus "The Economist" (Basis 1970=100) in Dollar, erste Woche in jedem Monat.

== Bewegung der Preise

So wie es unvermeidlich war, daß die Produktionskrise eine Baisse oder eine Verlangsamung der Preisbewegung ausgelöst hat, so zog der Beginn des Wiederaufschwungs einen Wiederanstieg nach sich.

ROHSTOFFPREISE. Da der Rückgang der Industrieproduktion einen Rückgang der Nachfrage nach sich gezogen hat, sind die Weltkurse für Industrierohstoffe stark gefallen. Der Index des Metallkurses aus "The Economist", der im Mai 1974 auf 245,8 gestiegen war (absolute Spitze), hat im Dezember 1975 bei 104,7 seinen niedrigsten Punkt erreicht, was einen Rückgang von insgesamt 57% bedeutet. Mit dem ökonomischen Wiederaufschwung hat er dann eine aufsteigende Bewegung erfahren und im Juli 1976 den Index 146 erreicht, bevor er im November wieder auf das Niveau von August fiel (letzter verfügbarer Monat).

GROSSHANDELSPREISE. Die Krise hat mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eine klare Verlangsamung des Ansteigens der Großhandelspreise hervorgerufen, die der Boom in die Höhe getrieben hatte: die jährliche Wachstumsrate fiel bis

Tabelle 4 - Jährliche Veränderung der Großhandelspreise (%)

		Jan.	März	Mai	Juli	Sept.	Okt.
USA	1975	17,3	12,4	12,1	8,8	6,6	3,2
	1976	3,8	5,8	5,1	5,0	3,7	
Großbritannien	1975	28,3	26,0	25,5	24,6	22,6	20,6
	1976	19,2	16,7	15,0	14,6	15,9	
Japan	1975	10,5	5,4	4,0	1,3	0,6	0,6
	1976	2,5	4,5	5,1	7,0	7,0	
BRD	1975	13,5	8,3	5,8	5,8	5,1	4,3
	1976	3,5	5,6	6,2	6,2	6,2	
Frankreich	1975	7,6	-2,5	-9,2	-9,8	-8,1	-6,9
	1976	-3,9	0,6	8,2	11,6	12,1	
Italien	1975	15,8	13,0	9,1	5,5	3,7	3,1
	1976	6,3	14,1	23,7	26,1		

Quelle: OECD, "Principaux indicateurs économiques" (Angaben sind nicht direkt vergleichbar von Land zu Land).

auf 3,2% in den USA, auf 0,6% in Japan, auf 3,5% in der BRD, auf 3,1% in Italien. Der Wiederaufschwung der Produktion hat diese Verlangsamung gestoppt (und in Italien die Preise sogar in einem beschleunigten Rhythmus ansteigen lassen). In Großbritannien, wo der Preisanstieg auf einem höherem Niveau blieb, lag der Preis 1976 ungefähr um 10 Punkte unter dem von 1975.

== Exporte und Welthandel

Die Krise in den industrialisierten Ländern hat eine Abnahme des Austausches auf Weltmarktebene hervorgerufen, die im ersten Halbjahr des Jahres 1975 ihren Höhepunkt erreichte. Im gesamten Jahr 1975 haben die Weltexporte im Vergleich zum Vorjahr wertmäßig um 4,9% zugenommen (im Gegensatz zu einer Steigerung von 4,5% im Vorjahr), aber VOLUMENMÄSSIG UM 5,5% ABGENOMMEN.

Tabelle 5 - Exporte der entwickelten Länder

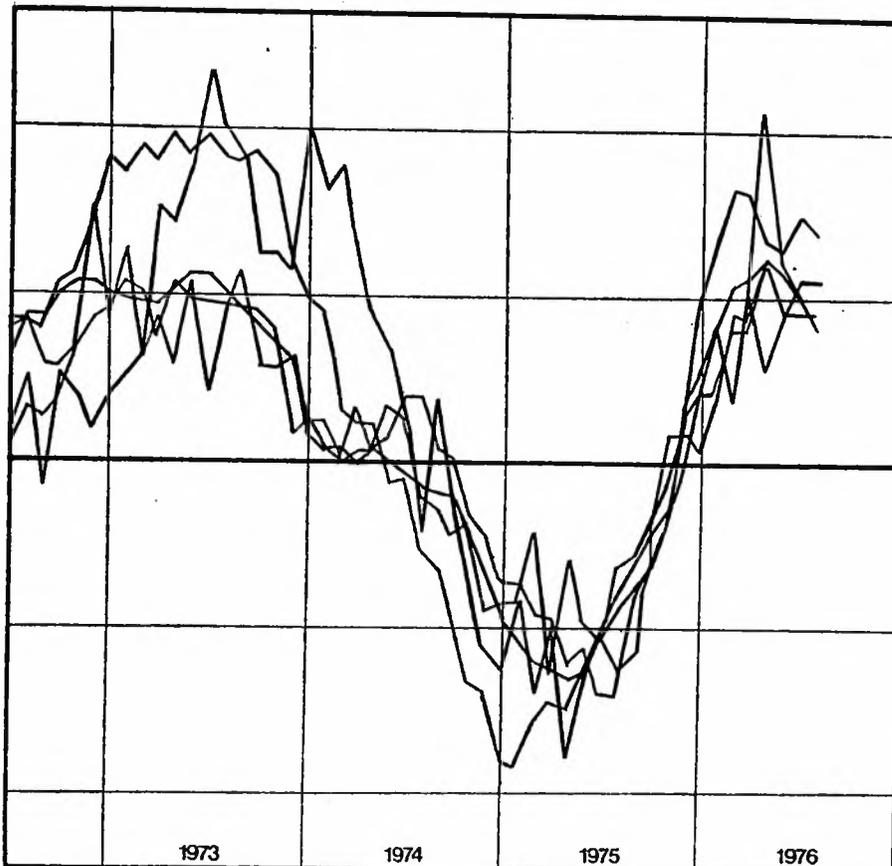
(Mia. Dollar)	1974	1975	Wert- änderung	Volumen- änderung
nach den entwickelten Ländern	398	404	+ 1%	- 9,0%
nach den OPEC-Ländern	29	46	+58%	+43,0%
nach anderen rückst. Ländern	85	92	+ 8%	- 2,5%
nach Comecon und China	28	35	+25%	+12,6%
SUMME	543	580	+ 7%	- 4,5%
Gesamter Weltexport	837	878	+ 4,9%	- 5,5%

Quelle: UNO, "Bulletin mensuel de statistiques", Juni 1976, für die Wertangaben. Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und des IWF für die Berechnung der Volumenänderung.

Der Austausch unter den entwickelten kapitalistischen Ländern, der 1975 allein 46% des Welthandels ausmachte, war hiervon am meisten betroffen: er erlitt eine ungefähr 9%ige ABNAHME IM VOLUMEN. Die entwickelten Länder haben versucht, diesem

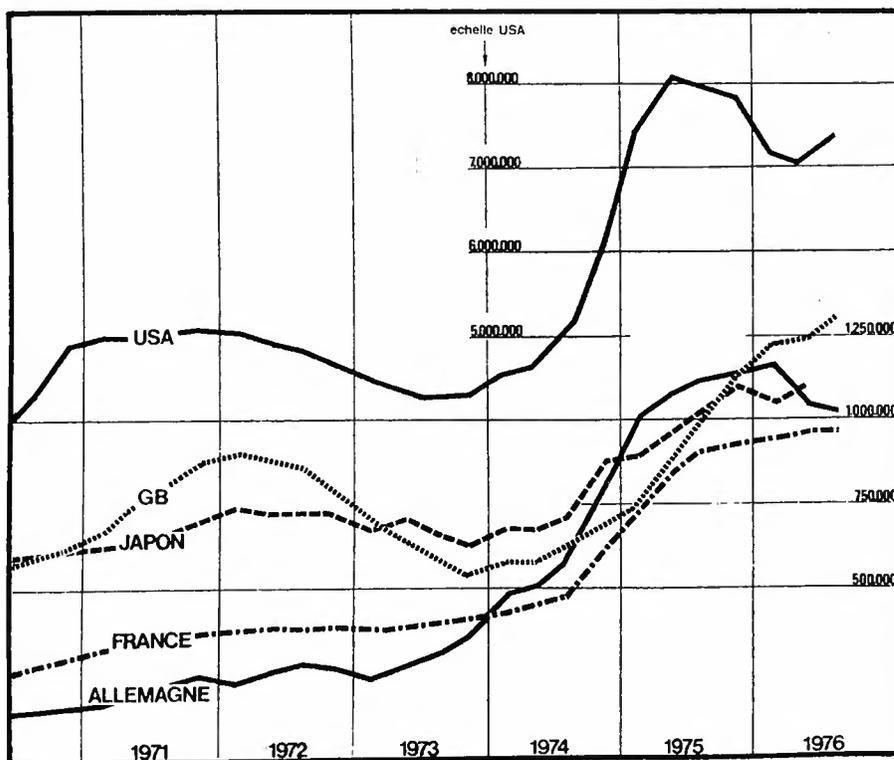
Grafik 1

INDUSTRIEPRODUKTION



Grafik 2

ARBEITSLOSIGKEIT



Abfall in ihrem wechselseitigen Handel durch eine Steigerung ihrer Exporte erstens in die Erdöl exportierenden Länder, deren Kaufkraft seit 1973 beträchtlich angewachsen ist, und zweitens in die Länder des Comecon und China wettzumachen. Ihre Exporte (die USA, BRD und Japan haben hier den Löwenanteil) in erstere Länder sind um 17 Mia. Dollar gestiegen (ein Sprung von 58% in der Wertsteigerung) und haben somit eine Gesamthöhe von von 46 Mia. Dollar erreicht. Die Exporte in die Comecon-Länder und China sind um 7 Mia. Dollar (+ 25%) gewachsen, stellen aber trotz dieses raschen Fortschritts nur 6% der westlichen Exporte dar. Schließlich aber konnte die Suche nach neuen Absatzmärkten nicht verhindern, daß die Exporte der fortgeschrittenen Länder um ungefähr 4,5% an Volumen abnahmen. Da die Krise aber auch eine Abnahme der Importe der großen imperialistischen Länder zur Folge hatte (sie haben wertmäßig stagniert und volumenmäßig um 8% abgenommen), haben sich ihre Handelsbilanzen und ihre laufenden Zahlungsbilanzen verglichen mit 1974 global zum Nachteil der anderen Länder verbessert. (siehe Tabelle 11)

DIE VERARMUNG DER ARBEITERKLASSE

Das Kapital hat auf die Krise auf seine ureigene Art und Weise reagiert, d.h. es hat massiv Arbeiter entlassen und versucht, die Reallöhne herabzusetzen.

== Die Arbeitslosigkeit

Die offiziellen Arbeitslosenstatistiken (die jedoch offenkundig die Zahlen der Arbeitslosen untertreiben) verzeichnen in allen Ländern einen beträchtlichen Sprung; vergleicht man die offizielle Anzahl Arbeitsloser im Oktober 1973 (d.h. vor der Krise) mit der höchsten Anzahl, die seit jenem Datum in jedem Land erreicht wurde (Tabelle 6), so kann man feststellen, daß die Zunahme in den USA 127%, in Großbritannien 155%, in Japan 137%, in der BRD 405% (eine Zahl, die die 500 000 ausländischen Arbeiter, die wieder in ihre Heimatländer geschickt wurden, nicht berücksichtigt) und in Frankreich 126% beträgt (die Statistiken in Italien entbehren jeglicher Signifikanz). In anderen kapitalistischen Ländern ist die Tendenz vergleichbar.

Man kann feststellen, daß in allen Ländern die Zahl der Arbeitslosen selbst NACH dem Anfang des Wiederaufschwungs noch weiterhin im Wachsen begriffen war: die "Restrukturierungs"-entlassungen, die dazu bestimmt sind, die Arbeitsproduktivität und -intensität zu steigern, haben die "konjunkturellen" Entlassungen abgelöst, was wie derum sehr deutlich zeigt, daß die Erholung mit einem verstärkten DRUCK auf die Arbeiter verbunden ist. In Frankreich, Großbritannien und Japan ist die Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der saisonalen Schwankungen übrigens WEITERHIN GEWACHSEN, und sie steigt im Herbst 1976 noch weiter an.

Tabelle 6 - Offizielle Arbeitslosenstatistiken

	Okt. 1973	erreichtes Maximum	Änderung in %	Sept. 1976
USA	3.763.000	8.569.000 (Juni 75)	+ 127%	7.026.000
Großbr.	528.000	1.307.000 (Sep. 76)	+ 147%	1.307.000
Japan	530.000	1.260.000 (Feb. 76)	+ 137%	1.010.000
BRD	267.000	1.351.000 (Jan. 76)	+ 405%	899.000
Frankr.	452.000	1.020.000 (Nov. 75)	+ 126%	955.000
Kanada	429.000	840.000 (Mär. 75)	+ 96%	670.000
Australien	61.000	344.000 (Jan. 76)	+ 464%	264.000
Belgien	93.000	229.000 (Jan. 76)	+ 146%	223.000
Dänemark	21.000	157.000 (Dez. 75)	+ 647%	112.000
Finnland	41.000	91.000 (Jan. 76)	+ 122%	76.000
Niederlande	101.000	238.000 (Feb. 76)	+ 135%	207.000
Spanien	134.000	363.000 (Mai 76)	+ 171%	362.000
Schweiz	1.000	32.000 (Feb. 76)		80.000

Quellen: OECD, "Principaux indicateurs économiques" und offizielle nationale Quellen; nicht korrigierte Daten. Letzte Daten: Juni 1976 für Finnland, Spanien und Die Schweiz.

= Verschlechterung der Lebensbedingungen

Das Kapital hat, von der Krise getroffen, ebenfalls versucht, seine Ausgaben an variablem Kapital durch Druck auf die Löhne einzuschränken; dort wo das Anschwellen der industriellen Reservearmee und die Zusammenarbeit des Arbeiterreformismus zur Erlangung dieses Ziels nicht ausgereicht haben, hat es zentrale Pläne zur Blockierung der Löhne eingeführt. 1975 trat selbst nach den offiziellen Schätzungen (Tabelle 7) eine starke Verlangsamung im Anstieg der NOMINALLÖHNE ein. Es ist schwieriger, die Entwicklung der REALLÖHNE klarzustellen, wegen der Verfälschung der Statistiken über die Lebenshaltungskosten, aber sie ist in den USA und in Großbritannien bereits eine offiziell anerkannte Tatsache.

In den VEREINIGTEN STAATEN betrug nach den Zahlen des DEPARTMENT OF COMMERCE das Einkommen, das einem Arbeiter mit drei zu versorgenden Personen zur Verfügung steht, ausgedrückt in konstanten Dollars von 1967 (d.h. realer Kaufkraft) im Oktober 1972 97,50 Dollar pro Woche, im April 1975 fiel es auf 87,56 Dollar, was eine 10,3%ige Abnahme in zweieinhalb Jahren bedeutet. Da anschließend ein "Antikrisen"-Steuererlaß eingeführt wurde, stieg es leicht an, betrug aber im Juli 1976 dennoch nur 94,42 Dollar, d.h. es lag um 6,2% unter dem Niveau von 1972. (4)

GROSSBRITANNIEN. Das britische Kapital hat ein ähnliches Ergebnis erzielt dadurch, daß es den Druck der Arbeitslosigkeit mit der aktiven und engen Zusammenarbeit des

Arbeiterreformismus - die durch die Übertragung der Regierungsgeschäfte an die Labourparty noch verstärkt wurde - und mit einem zentralen Plan zur Blockierung des Anstiegs der Löhne verband. Dank dieses Plans, der im August 1975 mit der Kollaboration der Trade Unions eingeführt wurde, ist der durchschnittliche Nominallohn eines Lohnarbeiters zwischen dem ersten Quartal des Jahres 1975 und dem zweiten Quartal 1976 um 19,9% gestiegen, während die Preise der Konsumgüter im gleichen Zeitraum um 25,3% anstiegen, was ein Sinken des Reallohn um 4,3% bedeutet. (5) Das National Institute for Economic and Social Research (NIESR) gab in seiner letzten Konjunkturanalyse an, daß " WÄHREND DER ERSTEN HÄLFTE DES JAHRES (1976) DIE ZAHL DER DURCH DEN STREIK VERLORENEN ARBEITSTAGE (...) IHREN TIEFSTEN STAND SEIT 1953 ERREICHT HATTE" und daß " DIE GERINGE ANZAHL DER KONFLIKTE DIE ALLGEMEINE KOOPERATION DER GEWERKSCHAFTEN IN DER FREIWILLIGEN (!) LOHNPOLITIK WIDERSPIEGELT". (6)

In der BRD mußte der Anstieg der Nominallöhne eine starke Verlangsamung hinnehmen aufgrund des "VERANTWORTUNGSSINNS" der Gewerkschaften, den die Unternehmerschaft und die sozialdemokratische Regierung so gern hervorheben und der den Neid der anderen europäischen Bourgeoisien hervorruft, selbst den der englischen Bourgeoisie, die sich doch keine Lektion auf dem Gebiet der Institutionalisierung der Klassenkollaboration erteilen lassen muß. ("WARUM SIND NICHT ALLE GEWERKSCHAFTEN WIE DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN" KLAGTE NEULICH "THE ECONOMIST"). Selbst nach den letzten Angaben der OECD (d.h. auf der Basis der offiziellen Statistiken) war der Fortschritt der Reallöhne im ersten Quartal des Jahres 1976 gleich Null.

In JAPAN hatten die Gewerkschaften bereits bei den jährlichen Verhandlungen (die "Frühjahrsoffensive") des Jahres 1975 "GROSSE KONZESSIONEN IN BEZUG AUF DIE LOHNFORDERUNGEN GEMACHT", sodaß - so die Mitsubishi-Bank - das Niveau der Lohnsteigerungen "DEN VORSTELLUNGEN DER UNTERNEHMERSCHAFT ENTSPRACH". (7)

Tabelle 7 - Entwicklung der Nominallöhne in der Industrie (offizielle Angaben)

(Veränderung in % von Dezember bis Dezember)

	1972	1973	1974	1975
USA	6,5	6,6	11,7	7,1
Großbrit.	14,0	14,7	26,7	20,7
Japan	16,9	19,1	25,6	13,8
BRD	9,3	7,5	15,0	8,0
Frankr.	12,2	15,9	20,3	14,8
Italien	12,1	25,4	24,1	20,3

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 46. Jahresbericht.

Bei den Verhandlungen im November 1975 über die Jahresendprämien (die im japanischen Lohnsystem nicht wie das 13. Monatsgehalt festgelegt sind, sondern jedes Jahr neu

verhandelt werden und die MEHR ALS EIN VIERTEL des Jahreslohns ausmachen) haben die Gewerkschaften aus eigener Initiative NIEDRIGERE Forderungen als die des Vorjahres aufgestellt, sodaß jene Prämien global 4% ihres Nominalwerts eingebüßt haben, während die Inflation mit einem Jahresrhythmus von 10% voranschritt. (8) Nun, nach den Lohnverhandlungen im Frühjahr 1976, die durchschnittlich Lohnerhöhungen beschlossen, die noch unter 9% lagen, "IST DIE UNTERNEHMERSCHAFT BEFRIEDIGT ("JUBILIERT SIE", sagt derselbe Artikel etwas weiter), DA DIE ANHEBUNG DER LÖHNE SICH VÖLLIG INNERHALB DER GRENZEN BEWEGT? DIE VON IHR GESETZT WORDEN WAREN" im Gegensatz dazu "VERSTÄRKEN DIE ARBEITER AN DER BASIS? DIE SEHR UNZUFRIEDEN SIND, IHRE KRITIK AN DEN GEWERKSCHAFTSFÜHRERN". (9)

In der SCHWEIZ, wo der Anstieg der Nominallöhne sich erheblich verlangsamte, zeigen die offiziellen Daten der OECD für die zwei ersten Quartale des Jahres 1976 ein Sinken der Kaufkraft des Stundenlohns. In den NIEDERLANDEN wurde die Festschreibung der Löhne im Dezember 1975 eingeführt. In KANADA wurde im Oktober 1975 ein "Kampfprogramm gegen die Inflation" aufgestellt, das "obligatorische Direktiven" in Bezug auf die Einkommen enthielt. Schließlich werden auch in Frankreich, Spanien und Italien seit dem Herbst 1976 "Stabilisierungspläne" (d.h. Lohnsenkungspläne) angewandt, und ihre Ergebnisse dürften bald ersichtlich werden.

Wenn auch der Druck zur Senkung der Real^ulöhne allgemein konstatierbar ist, so kann man jedoch feststellen, daß die systematischen Anstrengungen des Staates zur Verstärkung der natürlichen Tendenz des Kapitals von einigen Bourgeoisien (besonders in Frankreich und Italien) recht spät unternommen wurden, und daß die erlangten Resultate ungleich ausfallen. Der Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich betrachtete es als eine "beunruhigende Tatsache", daß "in vielen Fällen der Anstieg der Löhne nicht vernünftig an die Entwicklung effektiver oder potentieller Produktivitätsgewinne angepaßt worden sei (man lese: die Real^ulöhne sind nicht oder ungenügend gesunken). In einer großen Anzahl von Ländern, vor allem in Westeuropa, wurde die Lohnentwicklung mit dem Einzelhandelspreisen verbunden. Dies durch den Mechanismus der Indexierung, dessen Haupteffekt war, eine schnelle Verlangsamung der Inflation zu erschweren. Diese Systeme (...) haben praktisch jede wirkliche Anpassung (man lese: jedes ernsthafte Sinken) der Realeinkommen ausgeschlossen (...)".

PROFITE UND PROFITRATE DES KAPITALS

Dank der Lohneinsparungen und vor allem dank der massiven Entlassungen konnte das Kapital allgemein einen Sturz seiner Profite vermeiden. In den USA sanken die Profite der Konzerne im ganzen Jahr 1974 nur um 14,5% (obgleich der Sturz in bestimmten Quartalen stärker war), und sie stiegen 1975 um 8%, was sie wieder auf das Niveau von 1972 hebt. (siehe Zahlen der Tabelle 8).

Tabelle 8 - Entwicklung der Profite

	1972	1973	1974	1975
USA Mio. Dollar	92,1	99,1	84,8	91,6
jährliche Veränderung (%)	+19,3	+ 7,6	-14,8	+ 8,0
GROSSBR! Mio. Pfund	11.825	15.114	16.865	17.425
jährliche Veränderung (%)	+15,3	+27,8	+11,6	+ 3,3
JAPAN Mio. Yen	10.511	15.051	15.130	11.936
jährliche Veränderung (%)	+14,1	+43,2	+ 0,5	-21,1
BRD Mio. DM	200,0	215,9	219,9	228,2
jährliche Veränderung (%)	+ 7,9	+ 7,9	+ 1,9	+ 3,8

Quelle: "Survey of Current Business"; "Economic Trends"; "Monthly statistica of Japan"; "Wirtschaft und Statistik". Die Angaben der verschiedenen Länder umfassen nicht die gleichen Bereiche und sind UNTEREINANDER NICHT VERGLEICHBAR.

In Japan sanken sie 1975 um 21%, nachdem sie 1974 praktisch stagniert hatten. (Erinnern wir uns daran, daß in diesem Land aufgrund eines Einstellungssystems, das noch aus der Vergangenheit stammt, die Arbeiter der Großunternehmen diesen lebenslänglich verpflichtet sind, und ihre Entlassung ist schwieriger als in anderen Ländern) In Großbritannien und in der BRD (10) -d.h. in zwei großen kapitalistischen Ländern, wo die Arbeitslosigkeit am meisten zugenommen hat und wo die sozialdemokratischen Parteien an der Macht sind - kann sogar trotz der Krise ein leichter ANSTIEG der Kapitalprofite im Jahr 1975 verzeichnet werden (resp. + 3,3% und + 3,8%).

Aber wenn auch die Profitmasse nicht gesunken ist, so war das Sinken der PROFITRATE schon seit einigen Jahren in den Hauptländern deutlich fühlbar. Im bereits zitierten Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich heißt es:

" IN DEUTSCHLAND IST DIE RENTABILITÄT DES KAPITALS- SO DIE NATIONALEN QUELLEN - IM JAHRE 1974 AUF 14,4% GEFALLEN, WÄHREND SIE IM JAHRE 1970 22,7% BETRUG. IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH (...) IST DIE REALE RENTABILITÄT DES KAPITALS NACH ABZUG DER STEUERN ANFANG DER SECHSZIGER JAHRE AUF CA. 7,9%, ANFANG DER SIEBZIGER JAHRE AUF 3,5% UND IM JAHRE 1974 AUF FAST 0% ABGEFALLEN (...). FÜR DIE VEREINIGTEN STAATEN SCHÄTZTE MAN EBENFALLS, DASS DIE RENTABILITÄT DES KAPITALS NACH ABZUG DER STEUERN (...) ZWISCHEN MITTE DER SECHZIGER JAHRE UND 1973 UM FAST DIE HÄLFTE GESUNKEN IST!"

Die Krise hat dieses "tendenzielle Sinken der Rentabilität der Konzerne", noch weiter verschärft. Dieser Ausdruck steht im zitierten Bericht selbst und man kann sich vorstellen, daß die Tatsachen ziemlich dickköpfig waren, um dem Herrn Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich solche vulgärmarxistischen Ausdrücke zu entlocken. Doch schau'n wir uns den Bericht weiter an:

" 1974 -75 HAT DIE UNGEWÖHNLICHE VERBINDUNG EINER SCHLEICHENDEN INFLATION MIT EINER TIEFEN REZSSION DER RENTABILITÄT DER UNTERNEHMEN UND IHRER SELBSTFINANZIERUNGSFÄHIGKEIT IN DEN MEISTEN LÄNDERN EINEN SCHWEREN SCHLAG VERSETZT. ABER IN EINER LÄNGERFRISTIGEN PERSPEKTIVE GESEHEN HAT JENE ZYKLISCHE VERSCHLECHTERUNG DER RENTABILITÄT NUR DEN RÜCKGANG DER REALEN ERTRAGSRATE DES KAPITALS, WIE ER IN DEN MEISTEN LÄNDERN SEIT DEN 60 er JAHREN BEOBACHTET WIRD, BETONT."

Folglich muß das Kapital, um aus der Krise herauszukommen, versuchen, seine Profite zu steigern, um seine Rentabilität zu verbessern, was nur durch eine Steigerung der MEHRWERTRATE geschehen kann. D.h. das Kapital muß seine Offensive gegenüber der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen weiterführen, und gleichzeitig versuchen, die Profite zu steigern, die ihm aus der imperialistischen Beherrschung der übrigen Welt erwachsen.

DIE KRISE UND DIE RÜCKSTÄNDIGEN LÄNDER

Die Krise, die die imperialistischen Metropolen getroffen hat, hat sich durch den Austausch auf dem Weltmarkt bis in die rückständigen Länder Afrikas, Amerikas und Asiens ausgebreitet, die GROSSO MODO die Einflußzone der westlichen Imperialismen darstellen. Jene Länder sind insgesamt gesehen noch zu ungenügend entwickelt, um einen eigenen Wirtschaftszyklus zu entwickeln; aber fast 3/4 ihrer Exporte (1975 waren es 73%) gehen in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Diese Exporte wiederum

Tabelle 9 - Exporte der rückständigen Länder

Mia. Doll.	1973	1974	1975	1975/74 (%)
nach den entwickelten Ländern	81	166	154	- 7 %
nach rückständigen Ländern	23	46	47	+ 2 %
nach dem Comecon und China	5,1	7,7	8,3	+ 8 %
SUMME	111	222	211	- 5 %
(davon Erdöl)	39	116	(106)	(- 8 %)

Quellen: UNO, "Bulletin mensuel de statistiques", Juni und August 1976. Die Angaben in Klammern sind geschätzt.

bestehen zu mehr als 7/10 aus Rohstoffen, Erzen und Mineralbrennstoffen (an deren erster Stelle das Erdöl rangiert, das seit dem Preisanstieg 1973 mit 116 Mia. Dollar von einer Gesamtsumme in Höhe von 222 Mia. Dollar 1974 ungefähr die HÄLFTE des Gesamtwerts der Exporte SÄMTLICHER rückständiger Länder bildet.) Infolge des Rückgangs der Industrieproduktion haben die fortgeschrittenen kapitalis-

tischen Länder die Menge der importierten Rohstoffe zurückgeschraubt, was rückwirkend den Fall bestimmter Weltmarktpreise hervorgerufen hat: die Krise der fortgeschrittenen Länder hat also den Rückgang der Exporte der rückständigen Länder bewirkt. Wie die Angaben in Tabelle 9 zeigen, sind jene Exporte um insgesamt 5% (des Werts) gesunken, ein Teil davon, nämlich die Exporte in die fortgeschrittenen Länder um 7% (dieser Rückgang war für die Erdölländer am spürbarsten, da sich hier mit einem Sinken um 10 Mia. Dollar die Auswirkungen der Krise noch zu den Auswirkungen der Rationierung des Erdölkonzsums in einigen Ländern hinzugesellte).

Der Exportrückgang in den rückständigen Ländern hat sich auf doppelte Weise ausgewirkt: erstens in der Industrieproduktion und zweitens in den Handels- und Zahlungsbilanzen.

== Industrielle Produktion

Insgesamt gesehen hat die industrielle Produktion der GESAMTHEIT der rückständigen Länder eine Verlangsamung hinnehmen müssen: sie ist während des Jahres 1975 um nur 3,7% angestiegen im Gegensatz zu +6,3% 1974 und +9,5% 1973. Im zweiten Quartal des Jahres 1975 (das dem

Tabelle 10 - Industrieproduktion der rückständigen Länder
(jährliche Veränderung in %)

	1972	1973	1974	1975
Extraktive Industrie	+ 5,7	+10,8	+2,4	-6,3
Verarbeitende Industrie	+ 8,5	+10,3	+7,0	+6,6

Quelle: Uno, "Bulletin mensuel de statistiques", Aug. 76.

Krisentiefpunkt in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entspricht) war das Wachstum, gemessen am gleichen Quartal des Vorjahres gleich Null. Mit dem Rückgang des Rohstoffexports hat die Krise der fortgeschrittenen Länder die extraktive Industrie der rückständigen Länder also auf direkte Weise getroffen: die Produktion ist in jenen Industriezweigen (Erdöl mitinbegriffen) im gesamten Jahr 1975 um 6,3% zurückgegangen; ein Rekord von -12,4% konnte im zweiten Quartal 1975 verzeichnet werden. Dagegen ist die Produktion der verarbeitenden Industrie, die wohl an den Weltmarkt gebunden ist, aber in viel stärkerem Maße auf dem Binnenmarkt jener Länder basiert, weiterhin angewachsen (um 6,6% 1975). Doch auch hier waren die Folgen der Kontraktion des Weltmarkts sowie die der Defizite in den Zahlungsbilanzen, die den Import von unentbehrlichen Industriegütern gebremst haben, zu verspüren (siehe die Tabelle 10).

Dies erklärt die Tatsache, daß die Krise der imperialistischen Metropolen sich in ungleicher Weise auf das Wachstum der rückständigen Länder ausgewirkt hat, je nach Dynamik des jeweiligen Binnenmarktes und dem Grad ihrer Abhängigkeit gegenüber dem Weltmarkt, besonders was

den Export industrieller Rohstoffe anbelangt. Somit mußten die Länder, deren Wirtschaft auf dem Export eines Rohstoffes beruht, dessen Marktpreise 1975 gesunken sind, ein Null- oder Negativwachstum hinnehmen (dies trifft z.B. für kupferexportierende Länder wie Zaire oder Sambia zu). Dagegen erfuhren Erdöl exportierende Länder, die sich auf dem Wege der Industrialisierung befinden, wie z.B. der Irak oder Algerien 1975 ein starkes Wachstum (Wachstum des BSP um mehr als 15% nach den Schätzungen der "News Week-Wefa") und dies trotz ihres Exportrückgangs, da ihre Reserven und Erdöleinkommen es ihnen erlaubte, weiterhin in einem schnellen Tempo Ausrüstungs- und Industriegüter zu importieren. Schließlich gab es 1975 auch eine gewisse Anzahl von Ländern mit einem mittleren Wachstum der Industrieproduktion (Indien 4,4%, Mexiko 4,5%, Jugoslawien 5%) (11) oder des Bruttoinlandsprodukts (Brasilien 4%, Thailand 5,5%) (12). Dies war im allgemeinen mit einer wachsenden Verschuldung gegenüber den imperialistischen Ländern verbunden.

Tabelle 11 - Laufende Zahlungsbilanzen

(Mia. Dollar)	1972	1973	1974	1975
entwickelte Länder	12	13	-24	5
OPEC-Länder	3	6	67	35
andere rückständige Länder	-9	-10	-29	-37
davon: Afrika	-1,5	-1,6	-2,4	-5,0
Asien	-2,5	-2,0	-9,0	-9,5
Mittlerer Osten	-0,6	-2,0	-4,0	-6,0
Amerika	-4,4	-4,4	-13,2	-16,5

Quelle: FMI (IWF), Jahresbericht 1975 und 1976.

== Zahlungsbilanzen

Das Sinken der Exporteinnahmen hat die rückständigen Länder hart getroffen, während gleichzeitig die Preise der Industriegüter, die aus den entwickelten Ländern importiert werden, weiterhin anstiegen. Die laufenden Zahlungsbilanzen der OPEC-Länder, deren Importe 1975 stark zugenommen haben, sind dennoch insgesamt gesehen stark überschüssig geblieben (35 Mia. Dollar Überschuß 1975 gegen 67 Mia. 1974).

Dagegen hat für die anderen rückständigen Länder das Sinken der Exporteinnahmen einen volumenmäßigen Abfall der Importe aber einen wertmäßigen Anstieg derselben aufgrund des Preisanstiegs der importierten Industriegüter hervorgerufen; das Austauschverhältnis, das sich 1973 mit dem Anstieg der Rohstoffmarktpreise um 6,5% verbessert hatte, verschlechterte sich 1974 um 4,5% und 1975 um 10% (13).

Die Gesamtheit der rückständigen nicht Erdöl exportierenden Länder hat 1975 ein Defizit von 37 Mia. Dollar (siehe Tabelle 11) in ihren laufenden Zahlungen erreicht. Um dieses Defizit zu decken, waren jene Länder dazu gezwungen, sich noch stärker bei den imperialistischen Ländern durch Staats- und Bankanleihen zu verschulden (dies trifft vor allem für die Länder Lateinamerikas zu, an deren erster Stelle Brasilien und Mexiko rangieren). Ende 1975 erreichten ihre langfristigen Schulden gegenüber dem Ausland insgesamt 100 Mia. Dollar (14). Die Krise des Imperialismus hat also dessen wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß auf jene Länder nicht geschwächt, sondern im Gegenteil noch VERSTÄRKT. Und das Proletariat und die ausgebeuteten Massen jener Länder werden diese Krise in Form eines verstärkten Druckes des Imperialismus und einer verstärkten Zusammenarbeit desselben mit den lokalen herrschenden Klassen zu spüren bekommen.

LÄNDER DES COMECON UND CHINA

Wie wir im vorhergehenden Bericht aufgezeigt haben, haben die Länder des Comecon und China, obgleich in ihnen alle Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise zu finden sind und sie völlig den Gesetzen letzterer unterliegen, noch keinen wahrnehmbaren eigenen Wirtschaftszyklus, aufgrund der im Verhältnis zu den westlichen Kapitalismen rückständigen Entwicklung. Diesbezüglich ist ihre Lage die gleiche, wie die bestimmter rückständiger Länder oder entwickelter kapitalistischer Länder (die aber nicht zur Spitzengruppe der mächtigsten und fortgeschrittensten Länder gehören), die in die Krise mit hineingezogen wurden, da sie ein Großteil ihrer Produktion auf dem Markt der fortgeschrittenen Länder absetzen.

Aber die Lage der Länder des Comecon und Chinas ist insofern eine andere, als ihre Verbindungen mit dem Weltmarkt und vor allem mit den Ländern, die ihn beherrschen, noch nicht so weit entwickelt sind. In der Tat ist die Wirtschaft der meisten jener Länder bisher nur sehr schwach auf den Außenhandel ausgerichtet, und ihre Exporte stellen im Vergleich zu den entwickelten westlichen Ländern nur einen kleinen Teil ihrer Produktion dar (dies ist ein weiteres Zeichen dafür, daß sie sich im Vergleich mit den entwickelten Ländern in einer Position der RELATIVEN RÜCKSTÄNDIGKEIT befinden). Darüber hinaus ist nur ein geringer Teil der Exporte für den Markt der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder bestimmt, welcher das Herz und den Motor des Weltmarkts bildet: 1975 waren es nur 24 Mia. Dollar von 37 Mia. Gesamtexport, d.h. 23% (siehe Tabelle 12), während die entsprechende Proportion für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder 70% und für die rückständigen Länder 73% beträgt. Trotz seiner wachsenden Integration in den Weltmarkt stellt der Comecon immer noch eine periphere Handelszone dar, die vom russischen Imperialismus beherrscht wird und sich durch

Zollschranken und Nichtkonvertibilität der Währungen schützt. Aufgrund ihres wirtschaftlichen Rückstands - der übrigens teilweise durch jenen Protektionismus verstärkt wird - fällt es den Ländern des Comecon schwer, in die Märkte der fortgeschrittenen Länder einzudringen, wo sie bisher auch nur wenig Rohstoffe und Industriegüter anzubieten hatten, die die Konkurrenz mit den westlichen Produkten aufnehmen konnten, zumal der russische Imperialismus die technologisch fortgeschrittensten Produkte, die im Westen Absatz finden könnten, zu seinem eigenen Vorteil abschöpft.

Tabelle 12 - Exporte des Comecon und Chinas

(Mia. Dollar)	1973	1974	1975	1975/74
nach den entwickelten Ländern	16	23	24	+ 4 %
nach den rückständigen Ländern	8,8	12	13	+14 %
nach dem Comecon und China	32	36	48	+33 %
SUMME	58	72	87	+21 %

Quelle: UNO, "Bulletin mensuel de statistiques", Juni 1976.

Das rückständige China hat gerade erst begonnen sich aus seiner Autarkie zu lösen. Insgesamt gesehen hatte also bisher die Kontraktion der Märkte der fortgeschrittenen Länder nur einen geringen Einfluß auf die Produktion der Länder des Ostens.

Einige Zahlen können diese Situation illustrieren. Nehmen wir das Beispiel Ungarn (10,5 Millionen Einwohner): 1974 betrug sein Exporte 12,7% seines materiellen Nettoprodukts; 26% seiner Exporte waren für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder bestimmt; wenn man jene zwei Zahlen miteinander multipliziert, so stellt man fest, daß Ungarn 1974 3,3% seines materiellen Nettoprodukts in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder exportierte. Nimmt man ein kapitalistisches Land, daß Mitglied der OECD aber wenig entwickelt und vergleichbar groß ist zum Vergleich, hier: Griechenland (9 Mio. Einwohner), so sind folgendes die entsprechenden Angaben:

- Exporte / BSP : 14,7%
- Exporte in entwickelte Länder / Gesamtexport : 67,3%
- folglich : Exporte in entwickelte Länder / BSP : 9,9%

Der Produktionsanteil, der in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder geht, ist also ungefähr DREIMAL SO GROSS. Betrachtet man schließlich ein stark entwickeltes kapitalistisches Land vergleichbarer Größe

wie z.B. Belgien (9,8 Mio. Einwohner), so ergeben sich folgende entsprechende Zahlen:

- Exporte / BSP : 47,5%
- ↳ Exporte in entwickelte Länder / Gesamtexporte : 86,4%
- folglich: Exporte in entwickelte Länder / BSP: 41%

Der Produktionsanteil, der in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder geht, ist hier also 13,6 MAL SO GROSS.

Tabelle 13 - Comecon und Chinaexporte nach den entwickelten kapitalistischen Ländern (1974)

	(1) Bevölkerung (Mio.)	(2) Exporte nach entwick. kap. Ländern in % des Gesamtexports	(3) Exporte in % vom materiel- len Nettoprod.	(4) = (2)X(3)
RUSSLAND	252	30,2	5,8	1,7
POLEN	33,7	36,8	2,3	0,8
UNGARN	10,5	26,1	12,7	3,3
DDR	16,9	27,4	22,5	6,1
TSCHECHOSL.	14,7	24,0	11,1	2,7
BULGARIEN	8,7	11,7	25,0	2,9
CHINA	825	40,0	2,8	1,1

Quellen: Europäische Länder: Spalte (1) und (2): Basisdaten aus "Bulletin mensuel de statistiques" der UNO, Juni 1976, Tabelle 1, 53 und 64; Spalte (3): "Statsistitsheskij Ejegodödnik stran-tchlenov SEV", Moskau 1975, Tabelle 112; China: Angaben aus "Financial Times", 29. Apr. 1975 und "L'expansion", Februar 1975; Zahlen von 1974 für die europäischen Länder, von 1973 für China.

Man kann also theoretisch feststellen, daß ein 10%iger Abfall der Importe der fortgeschrittenen Länder automatisch, bei sonst gleichbleibenden Umständen (vor allem Abstraktion von der Natur der exportierten Waren, die in der Realität einen Einfluß ausübt) ein Sinken des belgischen BSP um 4,1%, des griechischen BSP um 1% und des ungarischen MNP um nur 0,3% zur Folge hätte (15). Diese einfachen Tatsachen erklären, warum die Krise, die den Weltmarkt beherrschenden Länder erfaßt hat, nicht auch die Produktionsmaschine der Länder des Ostens, die noch zu einer peripheren Zone des Weltmarkts gehören, getroffen hat. Für die Länder des Comecon und China sind die entsprechenden Daten in der Tabelle 13 zusammengestellt; man kann feststellen, daß das einzige Land, das sich aus dieser Gesamtheit herauslöst und welches wahrscheinlich in stärkerem Maße als die anderen in seiner Produktion die Auswirkungen der Krise zu spüren bekam, die DDR ist.

Insgesamt sind die Exporte des Comecon und Chinas in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder (siehe Tabelle 12) 1975 wertmäßig nur geringfügig gestiegen (+ 4% gegen + 4,3% im Vorjahr), und haben VOLUMENMÄSSIG ABGENOMMEN; aber diese Stagnation wurde durch einen starken Anstieg des Handels innerhalb des Comecon (+33%) mehr als kompensiert.

Einzelnen geschaut haben die Exporte der UDSSR in die entwickelten kapitalistischen Länder wertmäßig stagniert, aber die Exporte in die Länder des europäischen Ostens um 36% zugenommen. Diese Daten erklären die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise nach den offiziellen Statistiken keinen direkten und bedeutenden Rückgang in der Industrieproduktion der Länder des Ostens hervorgerufen hat.

== Handelsdefizite und Zahlungsbilanzen

Dafür hat sich die Krise auf die Handels- und Zahlungsbilanzen der Länder des Comecon genauso wie auf die rückständigen Länder ausgewirkt. Zu den Importen von unentbehrlichen Ausrüstungsgütern westlicher Herkunft, die weiterhin angestiegen sind, kamen in der Tat noch massive Getreidkäufe vonseiten der UDSSR (sowie Chinas) hinzu. Das Handelsdefizit der osteuropäischen Länder gegenüber den westlichen Industrieländern hat 1975 7,5 Mia. Dollar erreicht, wovon 3,3 Mia. Rußland und 2,2 Mia. Polen zulasten gehen.

Tabelle 14 - Handelsdefizit und Schulden der Comecon-Länder bei den industrialisierten Ländern

(Mia. Dollar)	Handelsbilanz 1975	angehäufte Schuld Ende 75
RUSSLAND	-3,3	13,0
POLEN	-2,2	6,0
UNGARN	-0,6	2,3
DDR	-0,1	3,5
TSCHECHOSLOWAKEI	-0,3	1,2
BULGARIEN	-0,7	1,8
RUMÄNIEN	-0,3	3,0
SUMME	-7,5	30,8

Quelle: "Financial Times", 29. Juli 1976

China hat seinerseits gegenüber den Ländern der OECD ein sichtbares Handelsdefizit von 2 Mia. Dollar gehabt. Um ihre immer höheren Defizite gegenüber devisenstarken Zonen zu finanzieren, haben die Comecon-Länder mit zunehmender Geschwindigkeit westliche Anleihen aufgenommen, und

Ende 1975 betrug ihre angehäuften Schuld gegenüber den westlichen Industrieländern 30,8 Mia. Dollar, wovon 13 Mia. Rußland und 6 Mia. Polen zufielen. Von jenen 30,8 Mia. Dollar schuldete man ganze 8 Mia. einzig und allein der BRD. Die Krise hat also, indem sie die Exporte verlangsamte und die Handelsdefizite der östlichen Länder vergrößerte, deren finanzielle Abhängigkeit gegenüber den herrschenden Imperialismen noch verstärkt, was unweigerlich eine Verstärkung des Drucks, der auf die Arbeiterklasse dieser Länder ausgeübt wird, damit sie (die Arbeiterklasse) Waren produziert die exportierbar und auf dem Weltmarkt "wettbewerbsfähig" sind, zur Folge hat (siehe das Beispiel Polens, dem drittgrößten Kohleproduzenten der Welt, wo dieses Produkt für die Bevölkerung rationiert ist, da es für den Export bestimmt ist). Diese TATSACHEN, die die lügenhafte Propaganda vom falschen "sozialistischen Block" dementieren, zeigen wieder einmal, daß das wirtschaftliche Kräfteverhältnis immer noch stark zugunsten der westlichen Imperialismen steht, selbst wenn diese von der Krise betroffen sind. Welch Elend des sogenannten "Aufbau des Kommunismus", der an die wertvollen Dollars des westlichen Imperialismus gekettet ist!

DIE WIEDERBELEBUNG DER WIRTSCHAFT

Durch den brutalen Rückgang der Produktion sowie des Handels und durch die massive Verarmung der Arbeiterklasse, bedeutete die Wirtschaftskrise (die sie hervorrief) von 1975 für den Weltimperialismus, wie selbst von bürgerlichen Gelehrten zugegeben wird, "die schärfste Krise seit den 30er Jahren" (Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich). Sicherlich haben die vom bürgerlichen Staat aufgestellten Barrieren und "Stoßdämpfer" bisher verhindert, daß die Produktions- und Handelskrise sich in eine Monctarkrise verwandelt oder in einen allgemeinen Bank- oder Börsenkrach (die Bankzusammenbrüche von 1975 konnten aufgefangen werden) oder gar einen Zusammenbruch des Kreditwesens, welcher die kapitalistische Maschinerie völlig lähmen würde. Aber der Imperialismus kann eine Krise nur durch eine Verschärfung der Ungleichgewichte und Antagonismen, die ihn in der Tiefe untergraben, überwinden, und somit bereitet er gleichzeitig die Bedingungen für neue, noch größere Krisen vor. Bisher hat er dem Druck der Krise nur dadurch standgehalten, daß er sie mit der Hilfe des Reformismus direkt auf das Proletariat der großen und kleinen Metropolen und indirekt auf die ausgebeuteten Massen der rückständigen Zonen abgewälzt hat. Er kann sich nur unter der Bedingung von der Krise erholen, daß er diesen Druck noch weiter verschärft.

Diese unvermeidliche Tendenz wird durch die Hauptmerkmale der ökonomischen Wiederbelebung illustriert, die sich seit Ende des letzten Quartals des Jahres 1975 bemerkbar macht. Mit ihr gehen erstens eine weiterhin hohe oder gar verschärfte Arbeitslosigkeit einher sowie eine erhöhte Tendenz zum Sinken der Löhne. Wie die Zahlen der Tabelle 2 und die Grafik 1 zeigen, zeichnet sich seit Ende 1975 und vor allem in den ersten zwei Quartalen des Jahres 1976

in den großen westlichen Ländern eine gleichzeitige Wachstumsbewegung der Industrieproduktion ab. Mai 1976 erreichte die jährliche Wachstumsrate erneut 12,5% in den USA, 13,5% in Japan, 10% in der BRD und 12% in Frankreich; für die Gesamtheit der OECD-Länder war die Industrieproduktion im ersten Quartal 1976 im Jahresdurchschnitt um 5,5 % gestiegen. Diese zyklische Wiederbelebung wurde - den Voraussichten der marxistischen Theorie konform - von einem Anstieg der Großhandelspreise sowie der Kurse der industriellen Rohstoffe begleitet (siehe Tabelle 3 und 4).

In den großen imperialistischen Ländern hat erneut ein starkes Wachstum der Exporte eingesetzt. Insbesondere in Japan sind die Exporte VOLUMENMÄSSIG in einem Jahresdurchschnitt von 24% im ersten Quartal 1976 und von 29% im zweiten Quartal desselben Jahres angestiegen. Sie haben in der Folge in den USA und in Europa eine neue Welle protektionistischer Maßnahmen in den von der japanischen Konkurrenz bedrohten Zweigen (vor allem der Stahl- und Eisenerzeugung) hervorgerufen. Bei den Profiten ist ebenfalls eine ansteigende Bewegung zu verzeichnen: im ersten Halbjahr 1976 sind sie (in Zahlen, die mit jenen der Tabelle 8 vergleichbar sind) in einem Jahresdurchschnitt von 16% in den USA, von 20% in der BRD, von 22% in Japan (erste Quartal 1976) und von 14% in Großbritannien (idem) angestiegen. Es waren also alle Merkmale eines nicht zu verleugnenden Wiederaufschwungs vorhanden: dies hat aber nicht den WEITEREN ANSTIEG der Arbeitslosigkeit in Frankreich, Großbritannien, Japan und einer Reihe kleinerer Länder verhindert; in den USA und der BRD ist sie nach einem leichten Rückgang noch immer auf einem höheren Niveau als vor zwei Jahren geblieben - selbst nachdem das vor der Krise erreichte Produktionsniveau wieder eingeholt worden war (siehe Grafik 2).

Außerdem setzte in den großen Ländern Mitte 1976 eine Verlangsamung dieses Wiederaufschwungs, der in einem schnelleren Tempo als vorhergesehen eingesetzt hatte, ein. Die Beruhigung des industriellen Wachstums (siehe letzte Angaben der Tabelle 2 und der Grafik 1) und des Handels sowie die Baisse der Metallkurse (siehe Tabelle 3) zeigen dies an. In der Tat sahen sich die großen kapitalistischen Länder des Westens mit dem, was die bürgerlichen Ökonomen ein "Investitionstief" nannten, konfrontiert. Nicht das es an Kapital gemangelt hätte; die Krise hat ja ganz im Gegenteil gezeigt, daß es im Überfluß vorhanden war. Aber aufgrund des Sinkens der Profitrate, das durch die Krise noch betont wurde, widerstrebt es dem Geldkapital sich in den Zyklus der kapitalistischen Produktion einzugliedern: DAS KAPITAL STÖSST DAS KAPITAL ZURÜCK.

Die neugebildeten Kapitale suchen sich lukrative Formen des Einsatzes in den verschiedensten Spekulationen (die aber schnell an ihre Grenzen stoßen, da sie weder Wert noch Profit schaffen und somit nicht alle GLEICHZEITIG einen Gewinn machen können) sowie in den rückständigen vom Imperialismus beherrschten Ländern, wo die Ausbeutungsbedingungen hohe Mehrwertraten und also auch hohe Profitraten garantieren. Die bereits in Unternehmen investier-

ten Kapitale befinden sich in einer Situation, wo die Eigenkapitaldecke, über die sie für die Reakkumulation verfügen, relativ gesehen immer dünner wird, wo ihre Verschuldung gegenüber den Banken anwächst und wo vor allem die reale oder die geschätzte Rentabilität des Kapitals zu gering ist, um (die Kapitalisten) mehr als für die Fortsetzung des Produktionszyklus unbedingt notwendig ist investieren zu lassen: mit anderen Worten, sie tendieren vorläufig dahin, sich eher auf die einfache als auf die erweiterte Reproduktion zu beschränken. So schrieb vor kurzem "l'expansion" (Okt. 1976): "DIE KAPITALAUSGABEN WACHSEN NICHT AN. SIE BESCHRÄNKEN SICH VIELMEHR MEISTENS AUF RATIONALISIERUNGS - (EINSPARUNG AN ARBEITSKRÄFTEN) UND MODERNISIERUNGSMASSNAHMEN. ES GIBT NUR WENIGE FÄLLE, WO VOLLSTÄNDIGE FABRIKEN NEU AUFGEBAUT WERDEN".

Wenn erst einmal das Produktionsniveau, welches vor der Krise existierte, wieder erreicht worden ist, ist es unter diesen Bedingungen unvermeidlich, daß der Wiederaufschwung der Produktion "seine Flughöhe" erreicht. Die marxistische Theorie zeigt, daß, da der Sektor I (Produktion von Produktionsmitteln) die entscheidende Rolle in der Dynamik der kapitalistischen Produktion spielt, allein die Bewegung der INVESTITIONEN die gesamte Produktion wieder in Schwung bringen kann (16). Nur unter der Bedingung, daß die Kapitalakkumulation ein ausreichendes Niveau und eine ausreichende Geschwindigkeit erreicht, kann der Anfang des Wiederaufschwungs in eine Wachstumsphase übergehen (die wiederum unvermeidlich ihren Höhepunkt... in einer neuen zyklischen Krise finden wird.)

Aber in der Logik der kapitalistischen Produktionsweise muß die Akkumulation genügende Profite und Profitraten einbringen ; und um die Profitrate zu steigern, die in der Krise gesunken ist, aber bereits vorher kränkelte, muß man die MEHRWERTRATE steigern, d.h. die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Wenn das Kapital also wirklich aus der Krise herauskommen will, so muß es nicht "den Massenkonsum steigern", wie die reformistischen Märchen es so gerne möchten, sondern ganz im Gegenteil seine Offensive verstärken, um seine Profitmasse zulasten der Lohnmasse zu steigern. Der bereits zitierte Bericht der Bank für Internationales Zahlungsausgleich erklärte dies ganz offen, wobei er die bürgerlichen Staaten an ihre Aufgabe der zentralisierten Führung dieser Offensive erinnerte:

" DIE ZU VERFOLGENDE POLITIK MÜSSTE ALSO EIN DOBBELTES ZIEL ANSTREBEN: EINERSEITS SICH ZU BEMÜHEN, DIE GESAMTEN AUSGABEN FEST ZU KONTROLLIEREN, UM ZU VERHINDERN, DASS DIE EXPANSION UNKONTROLLIERBAR WIRD; ANDERERSEITS DEN INVESTITIONSTEIL DER GESAMTEN AUSGABEN ZULASTEN DER KONSUMTION ZU STEIGERN (...). IN EINER REIHE VON LÄNDERN KÖNNTE JENE EINKOMMENS POLITIK, DIE SICH ZUM ZIEL SETZT, DIE PROFITE DER UNTERNEHMEN AUF EIN BEFRIEDIGENDES NIVEAU ZU HEBEN, EINE NÜTZLICHE ROLLE SPIELEN(...). EINE SOLCHE POLITIK KÖNNTE ZU EINER MODIFIZIERUNG DER ZUSAMMENSETZUNG DER INNEREN AUSGABEN VON KONSUM IN RICHTUNG

KAPITALBILDUNG FÜHREN (...). EINIGE MASSNAHMEN KÖNNTEN VON DER FREIWILLIGEN ANNAHME ALLGEMEINER DIREKTIVEN, DIE AUF EINEM BREITEN SOZIALEN KONSENS BERUHEN, BIS ZUR AUTORITÄREN HÖCHSTBEGRENZUNG DES EINKOMMENSZUWACHSES GEHEN".

"Den Anteil der Investitionen" und also die Profite auf Kosten des Lohnanteils erhöhen, bedeutet zunächst die Unternehmen durch Massenentlassungen "rationalisieren" und "entfetten". Aus diesem Grund hat sich die Arbeitslosigkeit auf einem erhöhten Niveau gehalten oder ist weiterhin angestiegen, sodaß die Arbeiter, die zum Opfer der "Restrukturierungen" wurden, diejenigen, welche durch den Produktionsrückgang entlassen worden waren, in der Reservearmee wiedertrafen. Aber die Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen, da die bereits vorgenommenen Massenentlassungen dem Kapital NOCH NICHT GENÜGEN: "IN DEN MEISTEN LÄNDERN", so schrieb "L'EXOANSION" im Oktober 1976: "LAG DIE ARBEITSLOSENQUOTE WEIT UNTER DEM NIVEAU, DAS DIE AUFRECHTERHALTUNG DER RENTABILITÄT DES PRODUKTIONSAPPARATES GARANTIERT HÄTTE. BESONDERS IN FRANKREICH HABEN VIELE BETRIEBE DIE KRISE MIT EINEM STÄNDIGEN ÜBERFLUSS AN ARBEITSKRÄFTEN DURCHQUERT."

Diese Tendenz zum Anschwellen der Reservearmee ist um so stärker als die aktuelle Entlassungswelle, die die Profite wieder aufrichten soll, sich auf eine längerfristige Tendenz aufgepfropft hat. Man kann in der Tat feststellen, daß im Verlauf der vergangenen 20 Jahre die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität unter dem immer gewaltigeren Druck der internationalen Konkurrenz in den meisten großen Ländern angestiegen sind (eine Begleiterscheinung des von uns bereits genau festgestellten Sinkens der Profitrate, da alle beide an die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals gebunden sind: "Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur EIN DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE EIGENTÜMLICHER AUSDRUCK für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit.", schreibt Marx) (17). Gleichzeitig tendieren die Wachstumsraten der industriellen Produktion dahin, sich zu verlangsamen. Die Verbindung dieser zwei Bewegungen neigt dazu, eine relative Überbevölkerung hervorzurufen (man kann auf der Grafik 2 erkennen, daß in allen großen Ländern die Tendenz zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit bereits lange VOR DER KRISE eingesetzt hat) und aus diesem Grunde stimmen alle Regierungsexperten darin überein, daß man in allen Ländern für die kommenden Jahre hohe Arbeitslosenquoten erwarten muß.

Das Kapital versucht zu vermeiden, daß das Anschwellen der Reservearmee soziale Explosionen hervorruft und stützt sich dabei gleichzeitig ganz offen auf die Arbeitslosigkeit, um Druck auf die Löhne auszuüben. Die zentralen Lohnsenkungspläne, betitelt als "Kampf gegen die Inflation", haben offensichtlich dasselbe Ziel (18), das vom Kapital einiger Länder schon erreicht ist, wie bereits im ersten Teil dieses Berichts aufgezeigt wurde. Was Frankreich anbelangt, so gab das bereits zitierte Editorial von "L'EXPANSION" offen zu, daß "das wirkliche Ziel des

Plan Barre nicht darin besteht, die Preise zu bremsen, sondern die Aufteilung zwischen Löhnen und Profiten zu modifizieren". Die Offensive hinsichtlich der Reduzierung der Lohnkosten des Kapitals entwickelt sich auch noch in eine andere Richtung: die Reform der Sozialversicherung wird nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA, in Großbritannien und in Italien vorbereitet. Laut deutscher Unternehmerschaft z.B. (man erkennt die internationale Sprache der Bourgeoisie) "MUSS DIE REGIERUNG, WENN SIE WIRKLICH EINE AUF NENNENSWERTEN INVESTITIONEN BERUHENDE ÖKONOMISCHE WIEDERBELEBUNG WILL, DAS BÜNDEL DER STEUERLICHEN LASTEN UND DER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGE, DIE AUF DER UNTERNEHMERSCHAFT LASTEN, VERKLEINERN".(19) Das Konzept, das allgemein am meisten ins Auge gefaßt wird, ist die Reduktion der Leistungen der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Anhebung der Beitragssätze zulasten der Lohnabhängigen. So ist das Kapital unter dem Druck seiner eigenen Widersprüche denn soweit gekommen, die Vorteile und sogenannten "Garantien", die es in seiner prunkvollen Periode der Arbeiterklasse zukommen ließ, in Frage zu stellen.

Ob nun ein wirklicher wirtschaftlicher Wiederaufschwung die Belebung, die sich 1976 abzeichnete, ablöst oder ob wegen Fehlens der dafür erforderlichen Bedingungen eine neue Krise schneller als vorgesehen auf die vorhergegangene folgt, die allgemeine Tendenz des Kapitals kann in den kommenden Jahren immer nur die sein, die Verarmung und Unsicherheit der Arbeiterklasse zu verschärfen.

(aus "programme communiste", Nr.72,
Dezember 1976)

ANMERKUNGEN

- (1) siehe insbesondere das Bulletin der IKP, Nr.7/8, Aug. 1975
- (2) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 46. Jahresbericht, Basel, Juni 1976.
- (3) Angaben der UNO, BULLETIN MENSUEL DE STATISTIQUE, Juni 1976.
- (4) Zahlen aus SURVEY OF CURRENT BUSINESS
- (5) Zahlen aus NATIONAL INSTITUTE FOR ECONOMIC REVIEW, Aug.76
- (6) Ibid.
- (7) Mitsubishi Bank Review, Juni 1975
- (8) THE ORIENTAL ECONOMIST, November 1975.
- (9) THE ORIENTAL ECONOMIST, Juni 1976.
- (10) Für die BRD, wo die Statistiken keine Angaben über die Konzernprofite enthalten, die mit denen der andern drei

Länder vergleichbar wären, geben die Zahlen das "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" an, was ein weitergefaßter Begriff ist; aber die TENDENZ ist dennoch die gleiche, wie z.B. eine Studie der Profite einiger europäischer Konzerne, die von "L'EXPANSION" im November 1976 erstellt wurde, zeigt. Erinnern wir andererseits daran, daß die "Profite der Unternehmen" nicht genau dem Profit, wie Marx ihn analysiert, entsprechen, da Marx nicht nur den Unternehmerprofit, sondern auch den Zins und die Rente einschließt.

(11) Zahlen aus dem BULLETIN MENSUEL DE STATISTIQUES der UNO, Juni 1976.

(12) NEWSWEEK, . 4, Oktober 1976.

(13) Internationaler Währungsfond, Jahresbericht 1976.

(14) Ibid. Die Ende 1975 angehäuften GESAMTSchuld (die die kurzfristigen Schulden mit einschließt) ist noch nicht bekannt, aber der Bericht der Weltbank von 1976 schätzte sie bereits für Ende 1974 auf 151 Mia. Dollar (FINANCIAL TIMES, 23, September 1976).

(15) Wir gehen hier nicht auf die Einzelheiten der Unterschiede zwischen den Begriffen "Materielles Nettoprodukt" (von den Ländern des Comecon benutzt) und "Bruttosozialprodukt" (in Westen gebräuchlich) ein.

(16) Siehe vorhergehender Bericht sowie den Artikel "La 'relance de la consommation populaire' ou l'elcxier du docteur Marchais", PROGRAMME COMMUNISTE, Nr. 68.

(17) DAS KAPITAL, III. Band, Dietz-Verlag, Seite 223, Unterstreichungen von Marx.

(18) Siehe zu diesem Punkt "Inflation, Profite und Löhne", Bulletin der IKP, Nr.4, Oktober 1974.

(19) FINANCIAL TIMES, 22. Juli 1976.

R U N D S C H A U

TARIFABSCHLUSSE IN DER BRD: KOORDINIERTER LOHNBETRUG

Auch dieses Mal zieht die Bourgeoisie wieder ihre "Tarifverhandlung" genannte Schmierkomödie ab. Dreierlei fällt dabei sofort ins Auge: 1. Die Bourgeoisie, d.h. die Funktionäre der Mehrwertproduktion sind zu Angriffen auf die materielle Lage der Lohnabhängigen gezwungen; 2. dieser Angriff wird in koordinierter Regie von Regierung, Gewerkschaftsapparat und Kapital durchgeführt und 3. diesem Klassenkampf von oben sind die Lohnabhängigen weitgehend passiv ausgeliefert.

1. Angriffe auf die Arbeiterklasse

Die Weltwirtschaftskrise 75/75 brachte bekanntlich die große Wende für einen bislang scheinbar ungebremst expandierenden Kapitalismus. Dies dämmert auch in den Köpfen der Bourgeoisie: *"Doch gerade in den letzten Monaten ist uns klargeworden, daß nichts wieder so sein wird wie vor 1974"*, so der Vorsitzende des Führungsausschusses des Kapitals Helmut Schmidt zum Jahreswechsel. Allerdings schlägt diese Krise wie gehabt vor allem auf die Arbeiterklasse durch, denn daß sich an dem "gehobenen" Lebensstil unserer Bourgeoisie nichts wesentliches ändern wird, dafür wird diese durch vermehrte Auspressung der Lohnarbeiter schon sorgen. Und in der Tat bläst ja den Arbeitern ein frostiger Wind ins Gesicht: chronische hohe Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und die damit verbundene Lebensunsicherheit auf der einen, Steuererhöhungen - hatte die Lohnsteuer 1950 noch einen Anteil von 10 % am Gesamtsteueraufkommen, so 1975 bereits rd. 33% -, Abbau der sogenannten Sozialleistungen des Staates auf der anderen Seite. Dagegen wird das Kapital mit Körperschaftssteuerreform, geplante Senkung der Vermögenssteuer, verbesserte Abschreibungen, Lohnsenkung usw. geschmiert. Der Kapitalismus zeigt sich offen als Produktion um des Profits willen.

2. Koordinierte Aktion

Mit einem wahren Trommelfeuer wird der Arbeiterklasse von allen Seiten diese Logik des Kapitals eingehämmert: Profit geht vor Lohn! Bei den Kapitalisten ist der Fall ja klar. Sie sind als direkte Funktionäre der Mehrwertproduktion Lautsprecher objektiver Kapitalinteressen, die seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise immer die gleiche Platte abspielen: Mehr Profit, mehr Profit... Und dabei ist die absolute Lohnhöhe noch nicht einmal von Interesse. Auch wenn die Kapitalisten zugeben würden, daß die Höhe eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes nicht mehr beträgt als die Ausgaben - sagen wir - für Hundefutter oder Stallpflege ihrer Pferde, so müssen sie dennoch auf einer Senkung dieser lächerlichen "Einkommen" bestehen - darin zeigt sich für jeden sinnlich spürbar der prinzipielle Antagonismus, d.h. die sich gegenseitig ausschließenden Positionen von Lohnarbeit und Kapital.

So kommt es, daß die Kapitalisten ständig über die "habgierigen" Arbeiter klagen und auf der anderen Seite dies selbst widerlegen: unter der Überschrift "Die große Einkommens-Illusion" bringt z.B. das kapitalistische Sprachrohr "Handelsblatt" (11./12.2.77) einen Vergleich des durchschnittlichen "Arbeitnehmer-Einkommens" 1969/77 - wobei dieser statistische Lohnempfänger verheiratet ist und zwei Kinder hat und Kindergeld und Steuerfreibeträge bereits berücksichtigt sind:

	brutto	netto	real	
1969	1.000	310	310	
1976	2.118	1.552	1.066	DM

Wie "gut" die Arbeiterklasse unter der Kontrolle der bestehenden Gewerkschaftsapparate gefahren ist, wie das ständige Jammern der Bourgeoisie über den unersättlichen Arbeiter zu verstehen ist - das geht so richtig plastisch aus den obigen Zahlen hervor. Nach Jahrzehnten unerhörter Produktivitätssteigerung, am Abschluß eines Produktionszyklus, der den größten Boom kannte, bringt ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern netto-real (also zu Preisen von 1969!) die lächerliche Summe von rd. 1.000,- DM nach Hause. Die vom Kapital gewährten Brutto-Lohnsteigerung erweisen sich als Illusionsmache; durch Inflation und Steuerabgaben wird die Lohnhöhe zugunsten der Kapitalisten und ihres Staates geleert.

Daß der Staat in den Augen der "kleinen Leute" - die von Sozialdemokratie und Stalinismus gestiftete Verwirrung ausnutzend - sich durch "Sozialpolitik" als ihr vermeintlicher Retter gegen die großen Profithaien aufspielen konnte, ändert sich auch allmählich. Der Staat muß immer offener als das auftreten, als was er wirklich ist, nämlich gesamtgesellschaftliche Klammer der kapitalistischen Produktionsweise. Real kommt diese notwendige Zwangsentwicklung des Kapitalismus beim Arbeiter als Jagd auf seinen Lohn vor und nach der Lohnabrechnung an - Hauptinflationstreiber ist sicher nicht zufällig ebenderselbe Staat, der seine "Untertanen" zu permanenten Sparaktivitäten zwingt.

Bei diesem gemeinsamen Lohnraub von Regierung und Kapital sind die Gewerkschaften nicht etwa hilflos Absackierte, die sich redlich ihrer Haut wehren, sondern spielen in diesem Betrugsmanöver einen gewichtigen Part. Sie werden darin repräsentiert durch eine ganz besondere Spielart des Bourgeois, nämlich den heutigen sozialdemokratischen und stalinistischen Gewerkschaftsfunktionär. Die bestehenden Staatsgewerkschaften ordnen nicht nur die kurzfristigsten Interessen der Arbeiterklasse den langfristigen Zwängen der optimalen Profitwirtschaft unter: Einstmals als Verteidigungsorgane der Arbeiterklasse entstandene Organisationen sind heute, bevor sie im Laufe der künftigen Welle des Klassenkampfes einer authentischen Gewerkschaftsbewegung Platz machen müssen, die wesentliche Säule im "modernen" faschistisch-imperialistischen Kapitalismus zur allgemeinen Disziplinierung der Arbeiterklasse - Instrumente der totalitären Kontrolle der Lohnarbeit durch das Kapital.

Ohne die aktive Mitwirkung der Träger dieser Tendenz innerhalb der Arbeiterklasse - d.h. der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre - wäre es dem deutschen Kapital nach dem ersten Weltkrieg niemals die konterrevolutionäre Zerschlagung des proletarischen Klassenkampfes gelungen, die dann vom Stalinismus mitgetragen wurde, um unter dem Faschismus ihre entscheidende Vertiefung zu erfahren.

Zur Verwigung dieser Zerstörung jeglichen proletarischen Klassenbewußtseins und selbst jeglicher urwüchsigen Kampfsolidarität unter den Arbeitern und eben nicht zu ihrer Wiederbelebung treten diese "Arbeitervertreter" aus Gewerkschaft, Sozialdemokratie und Stalinismus zwecks Verteidigung der "freien" Marktwirtschaft auf den Plan. Entsprechend positiv fallen denn auch - entgegen allem nach außen gekehrten Gerede vom "Gewerkschaftsstaat" - die Urteile aus. So erst jüngst der oberste politische Kapitalvertreter Schmidt in seiner Regierungserklärung: *"In diesem Zusammenhang gilt ein besonderer Dank den Gewerkschaften, die realitätsbewußt einen nicht wegzudenkenden Beitrag dazu geleistet haben, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik in Grenzen gehalten werden konnten."* (sic!!!) Er legt natürlich "Grenzen für die Arbeitnehmer", meint allerdings Grenzen für das Kapital (oder meint er wohl verklausuliert jene "Auswirkung" der

kapitalistischen Krisenhaftigkeit, die wir Marxisten erwarten: den Ausbruch des Klassenkampfes?). Aber der Kanzler fährt nach diesem blanken Hohn fort: "Die Einheitsgewerkschaft - nach dem Kriege von klugen, weitsichtigen Frauen und Männern geschaffen - bewährt sich täglich aufs neue. Die Arbeitnehmer und die Verantwortlichen in Politik, in Wirtschaft und Gesellschaft - und das heißt also auch: die führenden Personen in der Gewerkschaftsbewegung selbst - sollten alles daransetzen, daß die Einheitsgewerkschaft, diese Säule gesellschaftlicher Stabilität, nicht geschwächt, sondern gestärkt wird". Und es spricht Bände für die Funktion und Bewußtseinslage dieser "Arbeitervertreter", wenn man speziell diesen Ausschnitt aus der Regierungserklärung stolz im Funktionsorgan "Die Quelle" (Januar 1977, S. 9) zitiert wiederfindet.

Ohne die kontrollierende Kraft dieser konterrevolutionären Apparate wäre es sicher weitaus riskanter, die Arbeiterklasse gleichsam "Gewehr bei Fuß" zu immer neuerlichen Appellen antreten zu lassen, bei denen die Liebhaber von Hosenträgern in immer wieder neuen Variationen die berühmten Tagesparolen zum "Gürtel-enger-schnallen" ausgeben. Erst in seiner allgegenwärtigen "Dreifaltigkeit" von Boß, Regierung und Staatsgewerkschaft gelingt es dem Kapital, mit den Lohnabhängigen Katz und Maus zu spielen und sie zur Schnecke zu machen.

Diese Kooperation hat natürlich ihre widersprüchliche Dialektik. Die kapitalistischen Zwänge schlagen auf die Arbeiter durch und erzeugen nicht nur Angst und Ohnmacht, sondern spornen sie zum Kampf an. Da müssen Ventile geschaffen werden, die helfen, Dampf abzulassen. Gewerkschaftler üben sich wieder in Demagogie, wobei die Sprüche je nach Temperament und hierarchische Stufe verschieden ausfallen. Selbst der oberste Biedermann Vetter hat einiges auszusetzen, verkündet er doch frech (und wir erlauben uns, das Musterstück zu unterstreichen): "Ich habe die große Sorge, daß die Arbeitslosigkeit in wesentlichen Teilen nichts anderes ist, als ein Beweis noch vorhandener kapitalistischer Züge in unserer Wirtschaftsordnung" (Frankf. Rundschau, 29.12.76). Man muß eine derartige Aussage richtig auf sich wirken lassen, aber die Sorge ist berechtigt. Diesen Heilprediger einer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" fällt es bei immer offensichtlicher werdender Entwicklung der asozialen Marktwirtschaft sicher zusehendst schwerer, die Arbeiterklasse mit dieser selbstgezimerten "Wunderformel" in ihren Bann zu schlagen. Aber Vetter vertritt nur die tolpatschige blasse Demagogie. Ganz andere Funktionäre drängen schon nach vorn, die in altbekannter Manier rosarot die Ausbeutung in den schlimmsten Farben ausmalen und kräftig auf die Pauke hauen, um der Entwicklung die scheinbar natürliche Richtung zu erhalten. Demokratischer Sozialismus - damit der Kapitalismus eine Chance hat, lautet hier die perspektivische Devise.

Der Streik, diese einzige Waffe der Lohnarbeiter im ökonomischen Kampf gegen das Kapital zwecks Verteidigung ihres Lohnes - ganz zu schweigen vom Kampf gegen das Lohnsystem überhaupt, der ganz andere Waffen dazu verlangt - wird zur "ultima ratio", zur nationalen Katastrophe, die es durch Mitwirkung der "Sozialpartner" zu verhindern gilt, dämonisiert. Den Lohnabhängigen wird höchstens das Affentheater der "Stundenstreiks" zugestanden, aber selbst hier nicht, um die "Kompromißbereitschaft" der Kapitalisten zu erhöhen, sondern um Dampf abzulassen, damit die Vertreter des Kapitals im Betrieb und in den Gewerkschaften die Stimmung der Arbeiter, die ansonsten aus den Lohnverhandlungen (von Lohnkampf kann nicht die Rede sein) völlig ausgeschaltet sind, testen zu können - kurzum um zu sehen, "was man den Belegschaften zumuten könne" (so drückte sich ein Kapitalvertreter im Handelsblatt v. 3.1.-76 wärtlich aus).

Diese Art Klassenkollaboration bezeichnete einst ein sozialdemokratischer Arbeitsrechtler wie folgt:

"Der Zusammenklang des Ideals des Wirtschaftsfriedens mit der Anerkennung der Organisation, weiterhin die Regulierung der kollektiven Aktion an Zwecken, die jenseits des Kollektivismus liegen, entspricht ... den Gedankengängen des Faschismus... Die Organisation ist nur Mittel zum Zweck: Anerkennung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände im Dienste eines höheren Dritten, im Interesse der "Produktion", d.h. vom Standpunkt der freien Gewerkschaften aus Denaturierung des Gewerkschaftsgedankens, Umwandlung der Gewerkschaften von einem Kampforgan zu einem Organ des Wirtschaftsfriedens, von einem Organ der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zu einem Mittel des Staates, die Arbeiterklasse in Ruhe zu halten - das ist der erste Punkt, in dem das Sozialideal des Reichsarbeitsgerichts mit der faschistischen Ideologie übereinstimmt." (Otto Kahn-Freund, *Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts*, in T. Ramm, *Arbeitsrecht und Politik Quellentexte 1918-1933*, S. 171-172).

Um wieviel mehr trifft diese Kennzeichnung der Klassenbeziehung als im Kern faschistische trotz aller demokratischen Demagogie heute zu, nachdem in der "formierten Gesellschaft" des Nationalsozialismus mit der bekannten Mischung von Zuckerbrot und Peitsche dem deutschen Proletariat die entscheidende Lektion in Klassenkollaboration erteilt wurde, von der das deutsche Kapital noch heute - aber sicher nicht nur hier - profitiert und das im wahrsten Sinne des Wortes. In dieser organisierten "Dreieinigkeit" ist alles auf das alleinige Ziel der Kapitalverwertung gerichtet, und in der Tat gewinnt die deutsche Bourgeoisie aus dieser Disziplinierung des Proletariats die entscheidende Stärke im immer heftiger werdenden Kampf auf dem Weltmarkt.

In den jüngsten Tarifverhandlungen im Metallbereich konnte man diese Regie zum alleinigen Wohl des Kapitals wieder in Aktion beobachten. Zweistellige Lohnforderungen der Basis werden erst einmal von den Lohnfunktionären völlig verwässert und auf das "volkswirtschaftlich vertretbare Maß" reduziert. Die größte Angst der Bourgeoisie besteht immer darin, daß sich mit abzeichnender Wirtschaftserholung die Arbeiter wieder von ihrer Ohnmacht erholen, in die sie die Angst vor dem Terror des Kapitals zur Zeit der offenen Krise gezwungen hatte, und angesichts der fetten Profite ihr Teil verlangen. War schon die Forderung von 9,5% im Vergleich zu den Profitsprüngen von 20 % und mehr lächerlich, so ist der Abschluß von 6,9% ein neuerlicher Hohn. Bezogen auf das Bruttoniveau und angesichts der wuchernden Zwangsabgaben an den Staat ist es bei der Inflationsquote von 4% - wobei diese Zahl auch wieder kaum mehr als ein Bluff der Bourgeoisie in ihrem Lohndrückungsposker darstellt - schon jetzt klar daß der Abschluß bestenfalls Lohnstagnation auf dem Niveau der im Vorjahr bereits gesenkten Löhne bedeutet.

Aber diese Zahlen zeigen nur den Gipfel dieser koordinierten Regie zur Lohndrückung unter tendenziellen Aufschwungsbedingungen. Weit wichtiger ist die Art, wie die Gewerkschaftsbosse - und hiersogar ausgemacht "radikaler" auftretende - der I.G. Metall die Organisation nicht zur allseitigen Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter einsetzen, sondern vielmehr genau zum Gegenteil. Nicht nur, daß sie ständig Arbeitslose gegen Beschäftigte gegeneinander ausspielen, um mit einer seltsam verstandenen Art der Solidarität so den knappen Lohnschnitt rechtfertigen zu können, sondern darüberhinaus werden auch die organisierten Beschäftigten gegeneinander ausgespielt, um gerade einen höheren Lohnabschluß zu hintertreiben. So geschehen im letzten Tarifabschluß der Metaller. Um die perfide Art dieser "Arbeitervertreter" richtig beurteilen zu können, soll der Vorgang anhand einer Darstellung des "Handelsblatts" vorgeführt werden. Wohl!

mit der Absicht, den kleineren Geistern unter den Kapitalisten den großen Wurf der Lohnverhandlungen zu erläutern, heißt es da:
 "Wenn nämlich die Verhandlungen in NRW, das als größtes Tarifgebiet mit Recht die "Lohnführerschaft" in der Metallrunde übernahm, geschädert wäre, dann hätte die IG Metall in Stuttgart für den südwestdeutschen Tarifbezirk eine Lösung realisiert, die mit Sicherheit nicht unter 6,9% sondern vermutlich einige Zehntel Prozente über 7% gelegen hätte. Dieser höhere Abschluß hätte dann bei der notwendigen Strategie der IG Metall, den ersten Abschluß als Modell auch für alle anderen Tarifbezirke verbindlich zu machen und so zu einem zentralen Abschluß zu kommen, den Abschluß in Nordrhein-Westfalen präjudiziert. Wer also die 6,9% bedauert, sollte gleichzeitig glücklich sein, daß er nicht vielleicht 7,3% oder gar mehr bezahlen muß.

Den in Stuttgart waren eigentlich die Verhältnisse für die IG Metall günstiger. Dort wird einmal die Konjunktur nicht ganz so skeptisch beurteilt wie an der Ruhr. Zum anderen sind die Arbeitgeber weitgehend von den Interessen der regional starken Automobilindustrie bestimmt, die zur Zeit eine Sonderkonjunktur genießt und darüber hinaus jede Lohnkostenerhöhung problemlos auf die Verbraucher weiterwälzen kann. Und außerdem ist die Gewerkschaftsorganisation in jenem Raum besonders aggressiv (!). Sie könnte gegenüber der Automobilindustrie und ihre Zulieferern auch durch Überstundenboykott, Warnstreiks und die Androhung des Arbeitskampfes einen besonders wirksamen Einigungsdruck ausüben." (HB, 7.2.77).

Selbst wenn man davon absieht, daß die Gewerkschaftsfunktionäre den Lohnkampf nicht als Waffe zur Schaffung einer Kampfeinheit der Arbeiterklasse benutzen, daß sie die Arbeiterklasse splittern und spalten und die "Einheitsgewerkschaft" als Organisation der Einheit von Lohnarbeit und Kapital vertreten, selbst wenn man von dieser grundlegenden Kritik, die sich aus der marxistischen Betrachtung der Rolle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und der Grundtendenzen des Kapitalismus im imperialistischen Zeitalter absieht - sogar die unmittelbarsten taktischen Überlegungen überführen die herrschenden Gewerkschaftsapparate und die sie ideologisch inspirierenden Parteien: der Kampf wird nicht an der Stelle geführt, wo die Kräfte günstig für einen Erfolg sind, sondern man spielt mit Bedacht dieses Teil aus, kappt sich gleichsam selbst die Speerspitze, um dann mit umso wütenderem Gebrüll auf den scheinbaren Feind einzustossen. Und das alles nur mit dem einzigen Zweck, den berühmten "Sturm im Wasserglas" zu inszenieren, um so den Lohnarbeitern - Kampfwille mimend - den miesen Lohnabschluß unterjubeln zu können. So erreicht man, was dem Allerheiligen des Kapitals geschuldet ist - und schlagen die Kleingeister unter den Kapitalisten krach (bekanntlich will ja das Einzelkapital am liebsten keinen Lohn bezahlen), so hat es nur den angenehmen Zweck, daß dies Narrspiel der Arbeiterklasse möglicherweise noch als Sieg schmackhaft gemacht werden kann. Sogar die Streikkasse konnte man diesmal ganz schonen, womit die Gelder weiterhin bei der "Bank für Gemeinwirtschaft" unter ihrem rührigen Präsidenten Hesselbach bleiben können, um sie weltweit-jüngst (o internationale Solidarität!) auch in Argentinien - zwecks "Gelddeckung" arbeiten lassen zu können.

3. In jahrzehntelanger konterrevolutionärer Aktion seitens Sozialdemokratie, Stalinismus und Faschisten geschunden und zertreten, steht die Arbeiterklasse diesen koordinierten Angriffen des Kapitals vorerst schutzlos ausgeliefert gegenüber. Der Sieg der Bourgeoisie im bisherigen Klassenkampf ist beinahe total. Mit zielstrebigem Konsequenz hat sie jegliche autonome proletarische Klassenaktion seit Jahrzehnten zu verhindern gewußt, jegliche Organisation in Form von Gewerkschaften und Partei nicht nur zerschlagen, sondern sich gleichsam der "klassenkämpferischen" Parolen bemächtigt, um

so maskiert zum Mittel der Beherrschung durch "Selbstkontrolle" zu gelangen. Wie vorher z.B. in den Kolonien die indirekte Herrschaft mittels eingesetzten lokalen Größen sich als besonders wirkungsvoll erwiesen hatte, so werden jetzt im Westen die Arbeiter durch "ihre" Organisationen in Form von Gewerkschaften und sozialdemokratischen wie stalinistischen Parteien mit mehr oder weniger starker Demagogie den kapitalistischen Zwängen unterworfen. Im "sozialistischen" Osten hat diese völlige Unterwerfung des proletarischen Klassenkampfes unter der Bourgeoisie zur offenen Mimikry geführt, wo unter der "roten" Arbeiterkappe die Bourgeoisie selbst ihre ursprüngliche kapitalistische Akkumulation gewaltsam und blutig zur Welt bringt oder die bereits verallgemeinerte Mehrwertauspressung nicht weniger gewaltsam führt. Widerstand ist natürlich angesichts dieser "volkseigenen" Konstruktion Landesverrat gegen die vermeintlich eigene Sache: wer bestreikt schon sich selbst?

Drüben wie hüben also im Wege der gleich konterrevolutionäre Angriff seitens der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse mit mannigfaltigen Phrasen garniert - notfalls selbst marxistisch klingenden.

In dieser durch die Last jahrzehntelanger Konterrevolution und allgemeine Verwirrung gekennzeichneten Landschaft spielen sich also heute die verstärkten Angriffe des Kapitals auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter ab. Dadurch verzögert sich die Reaktion der Arbeiterklasse. Der Übergang des Kapitalismus - nach dem Wiederaufbau des vom 2. imperialistischen Krieg verwüsteten Wirtschaftsnetzes - in seine Normallage, die Wiederbildung seines Wirtschaftszyklus, der die Arbeiterklasse zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze hin und her zerrt, schafft jedoch je länger, desto stärker die materiellen Bedingungen für die Sprengung der Klassenkollaboration und fördert bei Reibung an der Wirklichkeit jene unermittelbare Willensbildung, die die Arbeiterklasse verstärkt ihre ökonomischen Interessen von Lohn und Arbeitszeit zu erkämpfen zwingt, um dann auch wieder die Kraft zu finden, um den Kapitalismus als solchen, eben das Lohnsystem in seiner asozialen Brutalität politisch in Frage zu stellen und die revolutionäre Perspektive des Kommunismus wiederaufzunehmen. Es ist ein langer, ein hart zu erkämpfender Weg, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse auf der Grundlage der von den internationalistischen Kommunisten vertretenen, vereinigenden Klassenmethoden und -forderungen nicht nur ihre ökonomische Klassenorganisation wiederherstellen wird, sondern auch durch den Klassenkampf die materiellen Bedingungen für die internationale Verankerung der revolutionären Partei in ihren Reihen schaffen wird.

o
o o

ÄGYPTEN: DER BRUCH DER "VOLKSGEMEINSCHAFT"

Die jüngsten Unruhen in Ägypten tragen auf ihre Weise dazu bei, die klare marxistische Kampfperspektive gegen all die Luftspiegelungen wieder hervortreten zu lassen, die im Gefolge der stalinistischen Konterrevolution an ihre Stelle getreten sind und das Weltproletariat bis heute desorientieren und demoralisieren. Vor dem Gewaltausbruch der ägyptischen Proletariat, die die armen Bauern und verelendeten subproletarischen Massen hinter sich zogen, sind die Luftspiegelungen zerronnen, die die "Theoretiker" der sich selbstgenügenden "progressiven, antiimperialistischen, nationalen Bewegungen", der "Blockfreiheit" und des "sozialistischen" Staatsdirigismus à la Nasser an die Stelle der marxistischen internationalen Kampfperspektive gesetzt haben, um die Demoralisierung des europäischen und amerikanischen Proletariats auf die ganze Welt auszudehnen.

Die Hypothek, die die ägyptische Wirtschaft gegenwärtig belastet und auf die Massen der Proletarier und armen Bauern voll abgewälzt werden soll, stellt sich dar als direktes Erbe des nasseristischen "Sozialismus" und seiner "antiimperialistischen Blockfreiheit" und bildet ein höchst anschauliches und aktuelles Exempel für den auf die "wahren Sozialisten" des 19. Jahrhunderts sarkastisch bezogenen Satz des Kommunistischen Manifests, wonach dem Proletariat ein neues Jerusalem vorgegaukelt wird, damit es seine gehässigen Vorstellungen von der wirklichen Welt abstreife. Diese Hypothek stellt sich folgendermassen dar:

Die nasseristische "Agrarreform" liquidierte das Latifundium der Panschas, d.h. das Latifundium als bloß juristisches Eigentum, ohne die agrarischen Produktionseinheiten auf dem Latifundium über erste Ansätze hinaus zu reformieren. Diese werden nach wie vor von Minifundien und Parzellen gebildet, die zu 95% (!) nur 3 Feddan, d.h. weniger als ein Hektar, umfassen. Eine von den Khediven übernommene, korrupte und unfähige Bürokratie, zudem noch versippt mit den juristisch "enteigneten" Latifundisten, lastete nun auf den lebensunfähigen, atomisierten Agrarbetrieben. Im Zuge der Sadat'schen "Liberalisierung" kam diese Zersplitterung und Desorganisation der Agrarproduktion lediglich einem Heer von Bodenspekulanten zugute. Das unerhörte Ausmaß der Landflucht spricht Bände für die unverändert elende Lebenslage der bäuerlichen Massen Ägyptens: die quasi-feudalen Pachtverhältnisse der Bauern gegenüber den mit der staatlichen Bürokratie verbundenen Bodenspekulanten haben diese Bewegung noch beschleunigt. War so die Bevölkerung Kairo 1970 auf 4,76 Millionen angewachsen, muß bereits für den gegenwärtigen Zeitraum Anfang 1977 festgestellt werden, daß täglich 800 Menschen in die Stadt strömen, jeder fünfte Ägypter bereits in Kairo lebt und somit die Gesamtbevölkerung der Stadt auf 10 Millionen geschätzt werden muß. Feststeht ferner, daß das größte Kairoer Slumviertel Bab al Sharia mittlerweile an Bevölkerungszahl die Slums von Kalkutta überflügelt hat. Während 1973 nur 10% der Bevölkerung von der Beschäftigung in der Industrie lebten, lebten bereits 40% der Bevölkerung in den Städten, was ein krasses Bild der Dimensionen der industriellen Reservearmee und des absoluten Pauperismus gibt.

Gleichzeitig besteht zwischen der Unterentwicklung der industriellen Akkumulation und ihrer totalen Abhängigkeit vom ausländischen Imperialismus ein untrennbarer Zusammenhang von eingeschränkten Investitionsmöglichkeiten und wachsender Verschuldung (an die UdSSR allein in Höhe von rd. 10 Milliarden DM). Eine zusätzliche Hypothek stellen die von Nasser übernommenen hohen "Verteidigungsausgaben" in Höhe von jährlich über 40% der Staatseinnahmen dar. Wir werden darauf noch einmal verweisen müssen, um zu zeigen, daß die Höhe dieser Aufwendungen nicht allein dem äußeren Kriegszustand mit Israel geschuldet ist, wenn wir zu den Konsequenzen kommen, die die ägyptische Bourgeoisie aus den jüngsten Unruhen gezogen hat, jenen Eruptionen eines sozialen Bodens, dessen Geologie wir hier zunächst kurz skizzieren. Im wesentlichen bestand bisher ein großer Teil der Abwehr gegen diese sich in der Vergangenheit periodisch ankündigenden Eruptionen in Preissubventionen und Einrichtung staatlicher Kooperativläden, in denen Lebensmittel billiger als auf dem freien Markt zu kaufen waren, freilich rationierte Lebensmittel. So kostete 1 kg des auf 1 3/4 kg monatlich rationierten Zuckers in diesen Läden 10 Piaster (ca. -,40 DM) auf dem freien Markt hingegen rd. 36 Piaster. Diese Preissubventionen belasteten zusätzlich zu den "Verteidigungsausgaben" und den Verschuldungen den ägyptischen Staatshaushalt, der ein Defizit von rd. 3,72 Mrd. DM aufweist.

Aus all dem gesagten folgen Arbeitsmangel und niedrige Löhne: so verdient ein Ingenieur zwischen 45 und 55 Pfund im Monat, d.h. rd. 200 DM, und ein Facharbeiter in der Industrie kommt allenfalls auf 44

Pfund monatlich; das gesetzliche Mindesteinkommen der breiten Masse liegt bei 12 Pfund im Monat. Nichts kann die Vorherrschaft parasitärer imperialistischer Ausbeutung - die sich in Waffengeschäften und Aufblähung des "Dienstleistungssektors" breitmacht - im ägyptischen Kapitalismus radikaler verdeutlichen, als eine Gegenüberstellung dieser Lohnbeträge im produktiven Industriesektor mit den Profiten, die den Dienstleistungsparasiten, nicht zuletzt wiederum ausländischen Kapitalien, zufließen und die die ägyptische Bourgeoisie, die diesen Namen kaum verdient, täglich zu vergeuden vermag: eine Übernachtung in einem Einzelzimmer im Hilton kostet 25 Pfund und ein Whisky-Soda an der Bar soviel, wie ein Metallarbeiter im Stahlwerk von Heluan an zwei Tagen verdient. Einen solchen Whisky-Soda konsumierte der Geschäftsmann Mohammed während eines kurzen Gespräches mit dem Korrespondenten der "Süddeutschen Zeitung" - der wir diese Daten entnehmen -, in welchem er sich darüber ereiferte, zu den "fetten Katzen" gezählt zu werden, mit welchem treffenden Ausdruck der ägyptische Volksmund die Agenten des Kapitals als Parasiten in den Vorhöfen des Weltimperialismus definiert.

Der Klassencharakter des ägyptischen Staates konnte sich nicht deutlicher manifestieren als in der einzigen Maßnahme zur Sanierung des Staatshaushaltes durch die Preiserhöhungen, genauer: die Rücknahme bzw. Aufhebung der Preissubventionen für die Grundnahrungsmittel der breiten proletarischen und bäuerlichen Massen. Die Richtigkeit der Parole unserer Partei "Demokratie ist Gewalt" (Diktatur der Bourgeoisie über und gegen das Proletariat) konnte sich diesen in ihren Lebensinteressen unmittelbar bedrohten Massen nicht deutlicher enthüllen, als durch die Liberalisierung und Demokratisierung Ägyptens, die sich als massives Aufgebot an Militär und Polizei als den einzigen demokratischen Sozial- und Verhandlungspartnern der vom Hunger bedrohten proletarischen und plebejischen Massen entfaltet. Unter zahlreichen Blutopfern im offenen Klassenkampf in Gestalt von Straßenkämpfen haben diese Massen die Rücknahme der Preiserhöhungen vorläufig erkämpft. Im Kampf gegen Militär und Polizei brandschätzten sie nicht nur in subversiver Weise Stützpunkte dieser Truppen, sondern auch ohne jeglichen Respekt vor der "Kultur" geheißenen Luxusentfaltung Nachtlokale, Kabarets, Bars und Theater, während z. B. in der BRD Otto Normalverbraucher als atomisierter Vertreter eines vom Opportunismus kontrollierten Proletariats noch voll Respekt vor "höherem Menschentum" den Anblick einer mit den Symbolen seines Schweißes und der Öde seiner Arbeits- und Freizeit behängten Filmdiva in der "Bildzeitung" konsumiert.

Ägypten als eines der vielgepriesenen Länder der 3. Welt führt radikal vor Augen, daß die nationale Befreiung in Abwesenheit der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolen bzw. der lokalen Führung durch die revolutionäre proletarische Partei nichts anderes eröffnet als die zwangsläufige Integrierung in den Weltmarkt und den Golgotha-Weg der "eigenen" Proletarier im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation (die überdies durch den Druck des Imperialismus weit mehr blockiert wird als die von Marx im 1. Band des "Kapital" beschriebene).

Das junge ägyptische Proletariat, noch nicht demoralisiert durch die jahrzehntelange Erfahrung des sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus, schuf mit seiner Rebellion einen Graben zwischen den Ausgebeuteten und der "progressiven" Staatsmacht. Es hat erneut die Notwendigkeit der gewaltsamen und die gesamte Klasse mobilisierende Verteidigung selbst der ökonomischen Interessen dieser Klasse massiv auf die Tagesordnung gestellt und das europäische und amerikanische Proletariat an die Notwendigkeit erinnert, daß nur im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, ohne Rücksicht auf die von diesem Staat vorgegebene Legalität, Zugeständnisse zugunsten

der eigenen Klasse erreicht werden können- eine Notwendigkeit, die sich im Zuge des sich neuerlich vollendenden Krisenzyklus des Kapitals in aller Schärfe aufzwingen wird.

Der Rückgriff der Massen auf den Nasser-Mythos ist demgegenüber unwesentlich: die objektiven Bedingungen des Kampfes selbst liefern die Grundlage für die Zertrümmerung dieses Mythos; wesentlich für sein Fortleben ist allein die internationale Abwesenheit der Perspektive des proletarischen Klassenkampfes.

Die UdSSR der Erben Stalins, die in ihrer "Prawda" diese Massen beweihrüchert, hat das dreckige Erbe der Garantie dieser Abwesenheit bisher veraltet und wird es weiterhin tun, und umso lächerlicher noch wird ihre Lobhudelei durch die Tatsache, daß die Revolte der ägyptischen Massen sich auch gegen den Druck richtete, der durch die sowjetischen Schuldforderungen an Ägypten auf diese Massen ausgeübt wird.

Es genügt nicht, daß diese Massen lernen, daß ihre Bourgeoisie sich erpressen läßt, wenn man ihr nur einen gehörigen Schrecken einjagt, denn "erpressen" läßt sich diese vor allem vom Weltimperialismus: Forderungen und "Empfehlungen" der Weltbank nach Streichung der Lebensmittelsubventionen waren der Auslöser des Zornausbruches, und bei der Weltbank bittet die ägyptische weiter um eine Neuauflage des Marshall-Plans. Diese Bourgeoisie hat andererseits immerhin begriffen, daß ein Exempel proletarischen Kampfwillens gegen die Macht statuiert wurde. Sie hat dies so gut begriffen, daß sie bei allen Zugeständnissen betreffs Rücknahme der Preiserhöhungen eine Einschränkung ihres "Verteidigungsetats", der Ausgaben also für ihre bewaffneten Formationen, nicht einmal erwogen hat. Im Gegenteil: der Terror gegen die Massen wurde sofort durch die Ankündigung einer Straferhöhung für Streikende und Demonstranten erhöht, und hinter der scheinbar blamablen Bankrotterklärung der Bettelei um ausländische "Finanzhilfe" verbirgt sich die militärische und politische Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Bourgeoisie und den anderen arabischen Staaten unter der Oberherrschaft des Weltimperialismus, an erster Stelle der USA: für das Wirken dieser Kräftekonstellation hat der Libanon ein aktuelles und naheliegendes Beispiel geliefert.

Das ägyptische Proletariat wird unvermeidlich in neue Gewaltausbrüche getrieben werden, die auch die verelendete Bauernschaft und die plebejischen Massen der Städte mit einbeziehen werden. Diese Ausbrüche werden auf eine politische Entscheidung im Klassenkrieg gegen den Staat, die Festung des status quo, drängen, in dessen Verteidigung sich die internationale der Reaktion, wie im Libanon, formiert, zumal der proletarische Klassenkampf in Ägypten die Verbindung der arabischen Revolution mit der internationalen proletarischen Revolution radikal auf die Tagesordnung setzen wird. Die Vorbereitung des ägyptischen Proletariats auf diesen Kampf ist untrennbar von der Wiederaufnahme des Klassenkampfes des Weltproletariats unter der Führung und damit auch unter der Voraussetzung der Schaffung einer kommunistischen Weltpartei, die gegen den sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus einen entschlossenen und unnachgiebigen Kampf für die Wiederherstellung der programmatischen Perspektiven des Proletariats und den Bruch mit der Klassenkollaboration führt: zunächst einen scheinbar rein theoretischen Kampf, der sich aber wie der theoretische Kampf Lenins gegen die II. Internationale als praktische Aufgabe, als Aufgabe mit radikalsten praktischen Konsequenzen erweisen wird - auf dieser Linie könnte Kairo zu einem Petrograd des arabischen Raumes werden.

DIE FRAKTIONSKÄMPFE DER CHINESISCHEN BOURGEOISIE

Zum xten Male hört man von dem sogenannten Kampf zweier Linien in China, von Verrätern, Besserungswilligen, Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg, Shanghaier Mafia, Vierer Bande. Für die europäischen kleinbürgerlichen "Linken" ist das verwirrend, denn was gestern links war, ist heute rechts und umgekehrt. Noch verwirrender ist für sie die Verurteilung der Linken und Rechten, die meistens personifiziert ist und wenig mit einer politischen Erklärung zu tun hat.

Vor dem Hintergrund der an anderer Stelle untersuchten Dialektik der bürgerlichen Entwicklung in China wollen wir das Rätsel dieser "Fraktionskämpfe" beleuchten. Wir brauchen hier nicht noch einmal zu erklären, warum es in China keine Diktatur des Proletariats, geschweige denn Sozialismus gibt. In unserer bisherigen Artikelfolge über China haben wir die historische Entwicklung des "mächtesten" China als eines Landes dargestellt, das unter den Bedingungen einer hochentwickelten Umgebung versucht, die vom Imperialismus verhinderte Schaffung eines nationalen Akkumulationspols zu vollziehen. China - wie im übrigen alle sogenannten Entwicklungsländer - kann dies nur unter weitgehendstem Schutz der eigenen schwachen Produktivkräfte gegen die weit überlegenen Konkurrenten erreichen. Mit Hilfe zeitweilig praktiziertem Protektionismus versucht die chinesische Bourgeoisie die Höhe der Produktivkraftentwicklung zu erreichen, die nötig ist, um in fernerer Zeit auf dem Weltmarkt gleichberechtigt auftreten zu können.

Wir Marxisten wissen, was diese Anstrengung die Arbeiterklasse kostet und welche Möglichkeiten der Bourgeoisie übrig bleiben, dieses Ziel zu erreichen. Jede bürgerliche Klasse versucht, auf dem Weltmarkt von ihren älteren Schwestern zu lernen, d.h. sich know-how und Kapital anzueignen, gleichzeitig aber das Monopol auf dem Binnenmarkt und auf die Ausbeutung des eigenen Proletariats zu sichern. Wir wissen auch, daß jede bürgerliche Klasse reaktionär wird, sobald sie ihre Macht gefestigt hat. Sie versucht, die Geburt von neuen Konkurrenten zu verhindern und den älteren Konkurrenten Stand zu halten, um sich im "Konzert der Nationen" einen Platz zu sichern. Die imperialistischen Bourgeoisien versuchen ihrerseits, die Zahl der Konkurrenten so niedrig wie nur möglich zu halten. In diesem Dilemma befindet sich also jede Bourgeoisie der größeren Länder der "Dritten Welt". Sich hier eine harmonische und friedlich Entwicklung vorzustellen (wie Sun, und später Mao es taten) ist platter Idealismus.

Kommen wir nun zum "chinesischen Weg" der Industrialisierung. Nach einer langwierigen Geburt einer bescheidenen Agrarreform versucht die chinesische Bourgeoisie das oberste bürgerliche Ziel zu erreichen, *"unabhängig und selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft (und was bliebe sonst übrig, wenn man in die Zange des Imperialismus genommen wird, der trotz der Angebote von "friedlicher Koexistenz" und Versicherung von "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" Kapital nur herausrücken kann unter den Bedingungen imperialistischer Ausbeutung, denn zu ausgewogenen Handelsbeziehungen ist China wegen seiner Rückständigkeit noch nicht gereift) durch harten Kampf, mit Fleiß und Sparsamkeit und unter Ausnutzung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher... unser Land zu einem mächtigen sozialistischen (sic!) Staat"* aufzubauen. Trotz aller ideologischer Akrobatik zur Erklärung der Mißerfolge in der Industrie und vor allem in der Landwirtschaft löst sich das Problem für die herrschende Klasse nicht; und so ereifern sich ihre Fraktionen besonders nach jedem wirtschaftlichen Mißerfolg, der Arbeiterklasse mehr Verzicht auf Konsum und mehr Arbeit aufzuzwingen,

nach dem Motto "revolutionär ist derjenige Arbeiter, der viel malocht und wenig frißt". Es lebe die Akkumulation des Kapitals!

Wir haben hier nicht die Absicht, alle Phasen und Fraktionskämpfe zu untersuchen; wir werden uns also daraufbeschränken, die letzten Kämpfe zwischen "Linken" und "Rechten" in ihrer taktischen Kontroverse zur Schaffung der besten Ausbeutungsbedingungen darzustellen, denn es geht beiden Flügeln nicht um das Arbeiterwohl - wie unsere "Linken" Ideologen verschiedenster Couleur in ihrer Borniertheit weißzumachen versuchen - sondern im Gegenteil um den unbändigen Zwang zur maximalen Auspressung des Proletariats bei weitgehendster Verhinderung autonomer Klassenkämpfe, die die "Volksgemeinschaft" und somit die Akkumulation stören würden.

So schreibt die "Volkszeitung" vom 28. März 1976 (zitiert nach Peking Rundschau Nr. 14/76) in einem Leitartikel: *"Im Zusammenhang mit der Praxis an der industriellen Front kritisieren manche Betriebe jenen besserungsunwilligen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, DER SICH DEM PRINZIP UNABHÄNGIGKEIT UND SELBSTÄNDIGKEIT, VERTRAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT ENTGEGENSTELT UND FÜR DIE PHILOSOPHIE DER ANBETUNG ALLES AUSLÄNDISCHEN UND FÜR DAS HINTENDREINKRIECHEN EINTRITT, ... der sich dem Prinzip "Auf-beiden-Beinen-Gehen" widersetzt und einseitig GRO:ES UND AUSLÄNDISCHES betont; der gegen die "BETRIEBSVERFASSUNG DES HÜTTENKOMBINATS ANSCHAN" (v. P.R. hervorgehoben) auftritt und für die Bestimmungen des Hüttenkombinats Magnitogorsk und den anderen revisionistischen Plunder Reklame macht".* Hier sind die meisten Kritikpunkte der "Linken" gegen die durch den "Pragmatiker" Deng personifizierte "Rechten" enthalten, da ja die Differenzen nicht darin liegen, *"ob die Produktion voran gebracht werden soll oder nicht und ob die vier Modernisierungen verwirklicht werden sollen oder nicht, sondern darin, was für eine Linie verfolgt und was für ein Weg eingeschlagen werden soll"* (Pek. Rds. 4). Also für unsere Untersuchung ist wichtig, daß beide Fraktionen prinzipiell einig und die Differenzen taktischer Natur sind.

Im Vordergrund steht hier nicht die Frage der Kooperation mit dem Westen, sondern Tempo und Menge der Aneignung moderner Technik und Kapitalien. Denn, wenn China nicht ewig hinter den hochindustrialisierten Ländern hinterherhinken soll, ist ein gewisser und sicherlich wachsender Import moderner Technik unerlässlich. Aber bei aller Bereitschaft der jetzigen Machthaber, für das von ihnen ins Auge gefaßte beschleunigte Entwicklungstempo die "Hilfe" der ausländischen Kapitalisten zu akzeptieren, ist der chinesische Staat gezwungen, die nationalen Interessen der chinesischen Bourgeoisie zu wahren (Binnenmarkt, Monopol auf die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse etc), den schwachen chinesischen Kapitalismus vor den Katastrophen des Weltmarkts und einer raschen sozialen Umwälzung der Landwirtschaft zu schützen. Der zweite Vorwurf ist, daß Deng Xiaoping *"...sich krampfhaft an den materiellen Anreiz klammert und die niedrige Qualifikation der leitenden Kräfte bemängelt"*. Was den materiellen Anreiz betrifft, so fordern die "Linken" die Arbeiter auf, *"unabhängig und selbständig im Vertrauen auf die eigene Kraft... mit Fleiß und Sparsamkeit unser Land aufzubauen... den Sinn für Organisation und Disziplin erhöhen, damit insbesondere (...) bei Produktion von Eisen und Stahl, Kohle, Strom gute Arbeit geleistet wird"*. Vor allem aber Verzicht bei den Lohnforderungen, nach dem Motto *"Wenig Konsum - viel Arbeit"*. Sicher ist ein möglichst niedriges Lohnniveau auch oberste Devise der viel kritisierten Pragmatiker, aber sie haben nicht erst heute begriffen, daß mit reiner ideologischer Tyranisierung auf Dauer nicht das Letzte aus dem chinesischen Proletariat zu holen ist. Auch der Chinese ist keine reine Arbeitsmaschine, die von einem revolutionären Ethos permanent zu selbstloser Höchstleistung sich treiben läßt. Zudem zeigte das Verfahren der Linken, "Emotionen in Lei-

stungen umzusetzen", je länger desto weniger klare Erfolge. Feststeht - da liegt sicherlich der rationale Kern der Anschuldigung der Pragmatiker, die Linken hätten die Produktion gestört -, daß die unablässige Aufeinanderfolge von Kampagne und Gegenkampagne, Massenmobilisierung, "Theoriediskussionen", Kritiktreffen usw. ein großes "Begeisterungspotential" innerhalb des chinesischen Proletariats eher verbraucht wird oder in Zynismus umschlägt - einmal ganz abgesehen von dem enormen Verschleiß an Arbeitsstunden. Immer klarer mußte dem größten Teil der chinesischen Bourgeoisie werden, daß sich mit zunehmend verbrauchten Schlagworten wie "die Revolution anpacken, die Produktion fördern", das anvisierte große Modernisierungsprogramm niemals verwirklichen ließe. Der Stachanowismus entspricht einer bestimmten Phase der Akkumulation. Ohne eine Verbesserung des Lebensstandards, deutlichere Zugeständnisse an lang unterdrückte Konsumbedürfnisse und eine Erhöhung der Löhne werden sich, so die richtige Erkenntnis der Pragmatiker, "revolutionsverdrossene" Arbeiter schwerlich zu gesteigerten Produktionsanstrengungen motivieren lassen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem gegenwärtigen Lohnniveau ist nicht zuletzt als einer der Gründe für das Absinken der Produktivität in verschiedenen Industriezweigen, als auch für das von amtlichen Stellen immer häufiger kritisierte, unerlaubte Abwandern von Arbeitskräften anzusehen.

Im Mittelpunkt zukünftiger Maßnahmen zur "Verbesserung des Lebensstandards" wird sicher nicht zuletzt eine fällige Neuordnung des Lohnsystems stehen. Schon der Vierte Volkskongreß (Jan 75) sollte ursprünglich einen allgemeinen Lohnanstieg sanktionieren. Damals aber hatte die Bewegung zum Studium der "Theorie der Diktatur des Proletariats" und die von Mao lancierte Kampagne zur Einschränkung der "bürgerlichen Freiheiten" diesen Vorstoß der Pragmatiker abgeblockt und zum Einfrieren der Lohnskala geführt.

Auf Basis dieser Probleme gilt jetzt erneut das alte Motto: "Profit an die erste Stelle setzen, materiellen Anreiz bieten!", um einen Ausbruch des Gegensatzes zwischen Kapital und Lohnarbeit zu verschieben, würde er ja zu Erschütterungen in der Industrieproduktion führen, während es den pragmatischen chinesischen Bourgeois "gleichgültig" ist, "welchen Weg man einschlägt, Hauptsache, man bringt die Volkswirtschaft voran" oder, wie Deng in einem für China so typischen bildhaften Ausspruch diese Devise ausdrückte: "ob weiß oder schwarz, die Katze, die Mäuse fängt, ist eine gute Katze".

Demgegenüber verlangt die "linke" Fraktion, daß die Arbeiter das, was die chinesischen Maschinen aufgrund ihrer Primitivität nicht schaffen, durch intensivere Arbeit und Konsumverzicht ersetzen. Permanent von den ideologischen Weisungen des großen Steuermanns "angetrieben", versuchte diese "linke" Fraktion der chinesischen Bourgeoisie, sich ein selbstloses Proletariat zu züchten, um durch den Mimikry des "Sozialismus" nach den Modellen der Volkskommunen und des großen Sprunges (1958-60) bzw. der "Kommune" von Shanghai zur Zeit der "großen Kulturrevolution" (66/69) jeglichen sozialen Konflikten, die jede bürgerliche Industrialisierung und erst Recht eine so korrumpierte wie die gerade von Spätentwickelern aufgezwungene, mit sich bringt, zu kaschieren. Das vordringliche Ziel ist natürlich die Unterdrückung jeglicher autonomen Klassenbewegung des Proletariats unter der bürgerlichen Kampffarole der "sozialistischen" Volksgemeinschaft zu ersticken, da der so erzeugte soziale Frieden gerade Voraussetzung für die reibungslose Industrialisierung ist. Daß selbst unter den Bedingungen der völligen Zerschlagung des Proletariats und sogar der Präsenz eines aufgebauten Halbgottes als "Fixstern für die Massen" die chinesischen Lohnabhängigen nicht reiner Wachs in den Händen der Bourgeoisie sind, mußte die chinesische Bourgeoisie recht früh zur Kenntnis nehmen. Geringer Enthusiasmus für Überstunden, allgemein mässiges Arbeitstempo, selbst Streiks und

militanter Widerstand scheint bei aller mageren Information neben dem Kleben der Bauern am Land doch mehr den chinesischen Alltag geprägt zu haben, als uns offizielle Quellen und die Maoisten als Agenturen der chinesischen Bourgeoisie weismachen möchten.

Daher der permanente Wechsel von einer "Linie" auf die andere, der sich jetzt aufgrund der skizzierten materiellen Determinierung für absehbare Zeit zugunsten der "Pragmatiker" entschieden hat. Die jetzt siegende Linie wurde auch in früheren Jahren schon mehr oder weniger vordringlich praktiziert, denn à la longue gesehen prägte der Urvater der Pragmatiker Tschou und nicht der Ideologe Mao das Bild des Nachkriegschina.

Bourgeoisie ist natürlich Bourgeoisie, und ihre "linke" und "rechte" Fraktion sind für uns wie für das chinesische Proletariat gleichsam Klassenfeinde. Dennoch empfinden wir den jetzigen Sieg der Pragmatiker nicht als für das chinesische Proletariat negativ, und zwar aus einem einzigen Grunde: die chinesische Bourgeoisie geht damit zum nüchternen Alltag der Ausbeutung über und es wird ihr immer weniger gelingen, mit ideologischem Weihrauch das chinesische Proletariat zu benebeln und den eigentlichen Klassencharakter des chinesischen Staates zu verschleiern.

Durch die materiellen Verhältnisse gezwungen - und für uns Marxisten liegt hier sicherlich ein Beweis für die Unmöglichkeit, gegen materielle Bedingungen mit der vermeintlichen Macht des Willens anzuhalten zu können - wird auch die chinesische Bourgeoisie endgültig einen Teil des ideologischen Ballastes über Bord werfen müssen. Auch wenn sich die heutigen Machthaber als Sachwalter und Testamentsvollstrecker Maos aufspielen, so wird es ihnen erst recht nicht gelingen, die schon zur Zeit des Meisters dünn gewordene Droge des Maoismus in ausreichender Ration zu verabreichen. Und nach einer gewissen Ernüchterungsphase wird das chinesische Proletariat in der Lage sein, nicht mehr wie gebannt auf das entrückte Wesen eines bürgerlichen Revolutionärs als vermeintliche Inkarnation ihrer Interessen zu starren, sondern sich seiner eigentlichen proletarischen Klasseninteressen bewußt, die revolutionäre marxistische - notwendigerweise antimaoistische - Partei zu bilden.

Und unsere hiesigen verwirrten Kleinbürger werden durch die jüngsten chinesischen Ereignisse ebenso ernüchtert, zumindest wird es ihnen immer schwerer werden, dem von der kapitalistischen Krise Gebeutelten China gleichsam als Ersatzparadies vorzugaukeln, für das es sich zu engagieren lohne. Die maoistische Szene ist jedenfalls in Bewegung geraten. Dem Opportunismus der sozialpatriotischen KPD gelang äußerlich der Schwenk auf Hua - ob er bis zum letzten Glied durchzuführen sei, bleibt dahingestellt. Sicher wird aber diese nicht erst jetzt praktizierte Prinzipienlosigkeit den schon seit längerem eingesetzten Mitgliederschwund verstärken. Der große "Arbeiterführer" Aus mit seiner KPD/ML verlegt sich vorläufig auf Albanien mit seinem "großen Marxisten-Leninisten" Enver Hodxa. Und dem KB gelingt es mit seiner prinzipienlosen Programmlosigkeit sich zum eigentlichen Graishüter des Maoismus aufzuspielen und das antiproletarische Programm der "linken" Fraktion der chinesischen Bourgeoisie als den Inbegriff revolutionärer Weisheit hochzuhalten. Sicher wird sich durch die jetzt eingeleiteten Veränderungen in China der bürgerliche Charakter des chinesischen Staates immer klarer abzeichnen und man kann nur hoffen, daß sich die Geisteskrankheit des westlichen Maoismus als das erweisen wird, was sie ist, nämlich als Entartung kleinbürgerlicher Revolten bei Abwesenheit proletarischer Klassenkämpfe.

DIE ALBANISCHE VERFASSUNG VON 1976: DIE PFLICHT ZUR VERALL- GEMEINERUNG DER AUSBEUTUNG

"Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus." (Marx)

Der neuen albanischen Verfassung (veröffentlicht in "Albanien heute" Nr. 1/76) kann man es zugute halten, daß sie - unseres Wissens als erste Verfassung der Welt - jenen Zwang, der der Entwicklung des industriellen Kapitals zugrunde liegt, als JURISTISCHES GESETZ zu formulieren wagt. Man soll akkumulieren, der Marxist sagt Mehrwert in Kapital verwandeln, dekretieren die Schreiber der albanischen Verfassung... und man staune, es wird eifrig akkumuliert in Industrie und Landwirtschaft. Denn den Unternehmen und Bauerngenossenschaften bleibt keine andere Möglichkeit, als durch die Verwandlung eines immer größeren Teils des Mehrprodukts in Kapital den Versuch zu machen, die enorme Rückständigkeit Albaniens zu überwinden.

An und für sich ist es nicht erstaunlich, wenn ein Land, das eines der ärmsten und rückständigsten Länder Europas ist (bekanntlich sind es heute vor allem solche Länder, die ihre bürgerliche Revolution als sozialistisch verklären), die Notwendigkeit der Kapitalakkumulation sogar "rechtlich" absichern will. Erstaunlich sollte es für die sein, die dem angeblichen "albanischen Sozialismus" auf den Leim gehen.

"Die Betriebe handeln aufgrund des Prinzips, mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken und die Akkumulation für sich und die Gesellschaft zu garantieren", heißt es in Artikel 27.

In einer sozialistischen Produktion haben die "Betriebe" (besser gesagt Sektoren der gesellschaftlichen Produktion) keine Einnahmen und Aufgaben. Wo können Einnahmen her kommen? Aus dem VERKAUF der Produkte (die wir Marxisten deswegen, weil sie verkauft und ausgetauscht werden, WAREN nennen) an andere Betriebe, an Einzelne, an den Staat oder über den Staat, oder an die langwirtschaftlichen Genossenschaften (die übrigens sogar lt. albanischer Verfassung Privateigentum sind). Der Verkaufserlös der Waren soll nun die Ausgaben decken. Was hat man für Ausgaben? Man muß den Lohn zahlen (d.h. erneut Arbeitskräfte kaufen), den Maschienschleiß ersetzen und Rohstoffe kaufen usw., was bedeutet, daß die Produktion auf gleicher Stufenleiter fortgesetzt werden kann, vorausgesetzt, daß alles klappt. Da den Arbeitern Lohn gezahlt wird und sie nicht etwa, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft der Fall sein wird, Anspruch auf die gesellschaftlichen Produkte nach Abzug entsprechender, genau errechneter Quanta für Produktionsersatz, öffentliche Angelegenheiten usw. haben, bleibt ein MEHRWERT übrig. Die albanische Verfassung verlangt nun, daß die Betriebsleiter und Unternehmer diesen Mehrwert akkumulieren und ihn nicht ihrem individuellen Konsum anheim stellen. Geschieht dies, so erweitert sich die Sphäre der kapitalistischen Produktion wie eine Spirale, der Kapitalismus verallgemeinert sich. Und dies ist das wohl unbewußte Ziel des Akkumulationsdekrets. Etwas naiv wird dieses allgemeine Ziel so formuliert:

"Heute steht die Aufgabe auf der Tagesordnung, einen neuen qualitativen Sprung zu tun und Albanien in ein Industrie-Agrarland (sic!) zu verwandeln", während es heute *"aus einem zutiefst rückständigen Agrarland zu einem fortgeschrittenen Agrar-Industrieland geworden"* ist (Albanien heute, 1/76, S.4).

Wollen wir hoffen, daß sich diese Entwicklung schnell vollzieht, denn damit würde Albanien in den Dankkreis des Weltmarkts gezogen, die

Produktion würde mehr und mehr gesellschaftlichen Charakter (in kapitalistischer Form) annehmen und damit eine "durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulte, vereinte und organisierte Arbeiterklasse" (Marx) entstehen, die vereint mit dem internationalen Proletariat die proletarische Revolution in Angriff nehmen wird.

Schlußbemerkung: Wir verzichten hier auf eine ausführliche Gesamtkritik der albanischen Verfassung. Diese ist im Wesen schon enthalten in unseren Artikeln über die algerische ("Le Proletaire" Nr. 222 und 224), kubanische ("Programme Communiste" Nr. 71) und chinesische ("Bulletin der IKP", Nr. 6) Verfassungen.

o°o

DIE UDSSR UND DIE BEWAFFNUNG SÜDAFRIKAS

Die "Süddeutsche Zeitung" vom 23.10.76 übernahm einen Bericht der südafrikanischen Zeitung "Rand Daily Mail" über den zunehmenden Waffenverkauf an weisse südafrikanische Zivilisten, die sich seit dem Beginn der Rassenunruhen im Juni vor allem in der Kap-Provinz regelrechte Waffenarsenale anlegen. Diese Waffen für die weisse Bürgerwehr, die den Staat im Kampf gegen die rebellierenden Schwarzen flankieren und unterstützen wird, stammen aus der BRD, Frankreich, Italien, Spanien, Brasilien, Finnland und den USA - in nahezu 50% stammen sie aber aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei und gelangen aus dem Ostblock über den Freihafen Hamburg nach Südafrika.

Obwohl Stalinisten (und auch Trotzkiisten) der Ansicht sind, daß Geld in der Sowjetunion eine "andere Rolle" als in den kapitalistischen Staaten spielt, stinkt selbiges den Russen und Tschechen offensichtlich ebensowenig wie den westlichen Imperialisten, möglicherweise noch weniger, vergiessen sie ja noch ausgiebiger Krokodilstränen.

Es ist mehr als Zeit, daß das Proletariat aller Waffenlieferanten, Imperialisten von Ost und West, diese Waffenlieferungen, die der Unterdrückung SEINER Klassenbrüder und der internationalen Stärkung SEINES Feindes dienen, in aller Form sabotiert!

o°o

POLEN , DDR : "SOZIALISTISCHER AUFBAU" FÜHRT ZUM... PRIVATEN KLEINBETRIEB

Sowohl Polen als auch die DDR, nämlich zwei von den industriell entwickeltesten "Arbeiterstaaten", wo der 'Sozialismus' auf der Grundlage der Lohnarbeit, der Kapitalakkumulation und der Aufblähung des Staates "aufgebaut" wird, fördern neuerdings wieder das private Handwerk, besser gesagt die nicht-staatlichen Kleinbetriebe in Industrie und Handel im allgemeinen, denen gegenüber seit jeher eine Zickzacklinie verfolgt wird: Begünstigung und Konzentrationsversuche lösten sich im Laufe der Zeit gegenseitig ab in einem Beweis dafür, daß beide Gesellschaften in einer Produktionsweise leben, die von der unkontrollierbaren Anarchie der Produktion charakterisiert wird, nämlich dem Kapitalismus.

In Polen sieht das neuerliche Förderungsprogramm Steuererleichterungen, Verbesserung der sozialen Sicherheit usw. für die privaten Kleinunternehmer. Darüberhinaus wird die Bildung von Handwerkskammern nicht mehr in Staatskompetenz liegen, sondern in der des "Zentralen Handwerkerverbands". ("Neue Zürcher Zeitung", 18.12.76)

In der DDR, wo es 1974 trotz jahrzehntelanger Benachteiligung der privaten Kleinbetriebe zugunsten der staatlichen Großbetriebe (sprich trotz Konzentrationsbemühungen) *allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt*

16.210 Privatbetriebe mit 250.000 Beschäftigten gab, führte die bisher verfolgte Politik zu Engpässen im Sektor, die Schwierigkeiten in Produktion und Zirkulation mit sich brachten. In letzter Zeit trat daher eine Wende ein, so im Januar 1976 Steuererleichterungen und seitdem weitere Förderungsmaßnahmen ("Süddt. Zeitung", 4.9.76).

Merkwürdige "sozialistische Planwirtschaften", die nicht nur vor der Anarchie des Marktes kapitulieren müssen, sondern nach Jahrzehnten "spzialistischen Aufbaus" sich gezwungen sehen, eben die absolut unkontrollierbare und unplanbare Wirtschaftsform der privaten Kleinproduktion zu fördern und ihr gar - Erklärung eines Staatsfunktionärs: "Das private Handwerk hat eine sichere Perspektive" - lange und blühende Zukunft in Aussicht zu stellen.

Da in einer Planwirtschaft alles wohl "planmäßig" laufen muß, verkündet das neue Parteiprogramm der SED witzigerweise: "Das private Handwerk wird planmäßig gefördert"! Ach die Selbstherrlichkeit der Kapitalisten, die nicht wissen und nicht wissen können, daß nicht sie, sondern die Gesetze der Kapitalismus das Heft in der Hand haben - nun wollen sie sogar die Anarchie der Produktion planmäßig fördern!



BROKDORF: TUMMELPLATZ DES REFORMISMUS

"Es sind vorzugsweise diese der Arbeiterklasse mit anderen Klassen, namentlich dem Kleinbürgertum, gemeinsamen Leiden, mit denen sich der kleinbürgerliche Sozialismus ... mit Vorliebe beschäftigt." (Friedrich Engels, 1872)

Der von der bundesdeutschen Industrie nach der "Ölkrise" forciert betriebene Bau von Kernkraftwerken hat Umweltschützer, Bürgerinitiativen, betroffene Anwohner, Bauern, Fischer, Pastoren usw. auf den Plan gerufen. Mehr oder weniger radikal fordern sie Schutzvorrichtungen, verstärkte Umweltschutzmaßnahmen, ja selbst die Einstellung des Baus von Kernkraftwerken überhaupt. Wie nicht anders zu erwarten, war dies ein weiterer Anlaß für die mannigfaltigen kleinbürgerlichen Gruppen, in dieser Bürgerrechtsbewegung einen Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu sehen.

In Brokdorf nun, wo der Bau eines KKE begonnen hatte, protestierten die Bürgerinitiativen, mit Pfaffen und Bauern an ihrer Spitze, zunächst gemeinsam, dann infolge der Einschüchterungsmaßnahmen des Staates getrennt: die Demonstration vom 19. Februar spaltete gemäßigten von den radikalen Reformisten. Charakteristisch für die pseudomarxistische kleinbürgerliche Linke war, daß sie einmal mehr dieser typisch reformistischen Reaktion auf die hemmungslose Entwicklung kapitalistischer Industrie ihren Tribut zollte und unbesehen die Parolen der Protestler übernahm.

Der Staat als Sachwalter der Kapitalinteressen hat wiederum vorgesorgt und ein starkes Aufgebot an Polizeikräften zur Sicherung der Baustelle entsandt. Es ging ihm um zweierlei. Erstens eventuellen "Übergriffen", Besetzungen u.ä. Widerpart zu bieten. Zweitens ein Exempel zu statuieren, um all jenen Protestlern wieder einmal nachdrücklich klar zu machen, daß ihre Kraft in umgekehrtem Verhältnis zur Lautstärke ihres Protestes steht und daß ihre Politik Ausdruck der Ohnmacht des kleinbürgerlichen Reformismus ist: kurz, daß das Kapital seinen Weg geht, ob das Volk nun protestiert oder nicht.

Für die Kommunisten ist Brokdorf ein Anlaß mehr, den fortgeschrittenen Teilen des Proletariats klar zu machen, sie zu überzeugen, daß nicht die Auflösung des Proletariats im "Volk" ihre Perspektive ist, um gegen die "unverantwortliche" Entwicklung der Produktivkräfte

einen "verantwortlichen" Kapitalismus zu fordern. Das ist eine Utopie, die sich in der Reaktion auf den Bau von Kernkraftwerken in einer von lagernden Atombomben überquellenden Welt (abgesehen von den bereits funktionierenden KKW) klar als solche enthüllt. Allein der mit Hilfe der Methoden und Mittel des proletarischen Kampfes geführte Klassenkrieg des Proletariats gegen das Kapital, vom ökonomischen Kleinkrieg, wo sich seine Klassensolidarität und seine Kampfeinheit bilden, zum politischen Kampf der um die revolutionäre Partei organisierten Klasse für die Abschaffung der Lohnarbeit überhaupt, ist die Perspektive seiner Befreiung. Das Kapital lebt von der Zerstörung der Erde und der Arbeitskraft, seiner zwei Reichtumsquellen. Erst seine Zerstörung wird dem ein Ende setzen.

Es sind die Gesetze des Kapitalismus, es ist der Zwang zur Kapitalakkumulation, es ist das Strömen des Kapitals in besonders profitträchtige Produktionszweige, die den Kernkraftwerkbau zu einer unentrinnbaren Notwendigkeit machen. Es gibt keine "bessere Regierung", keine "alternative Energiepolitik", keine "Isolierung" einer profitgierigen Clique, die die katastrophalen Folgen des Kapitalismus vor der Zerstörung des Kapitalismus beseitigen könnte. Gerade dies zu zeigen ist eine vordringliche Aufgabe des Marxismus.

Es gibt nun zwei Methoden, auf den sich brutal den Weg bahnen den Kapitalismus zu reagieren. Der eine Weg ist der reformistische, der ohnmächtige und doch gefährliche (für die, die ihm Vertrauen) Weg, der vorgibt, man könne die vom Kapitalismus verursachten Mißstände ohne dessen Zerstörung oder vor dessen Zerstörung beseitigen. Dieser Weg dient letztendlich nur der Ablenkung von den eigentlichen Zielen des Klassenkampfes und bewegt sich auf dem Boden einer Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie. Der andere Weg ist der des Klassenkampfes mit dem Ziel der ständigen Orientierung auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, auf die revolutionäre Diktatur des Proletariats als Waffe zur Zertrümmerung des Kapitalismus, um den Boden für die Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft freizumachen.

Dieser letzte Weg ist allerdings nur gangbar, wenn man alle jene Ideen, Orientierungen und Perspektiven vernichtet, die dem Erhaltungstrieb des Kapitalismus entspringen und auf den sumpfigen ersten Weg führen.

Wer zeigte und zeigt am Beispiel Brokdorf den Zusammenhang des KKW-Baus mit den - solange diese Produktionsweise existiert - unumstößbaren Gesetzen des Kapitals? Wer enthüllt die ohnmächtige Perspektive des Reformismus? Alle, die sich heute fälschlicherweise Kommunisten nennen, tun das genaue Gegenteil. Sie schwelgen in kopfloser Euphorie im Reformismus und baden sich in ihrer Ohnmacht.

Gerade eingedenk der Tatsache, daß die Arbeiterklasse noch tief im Glauben an Legalismus und Demokratie verhaftet ist und sich die ersten Kämpfe, die zu einem erneuten Hervorbereiten des Klassenbewußtseins den Boden schaffen werden, erst ankündigen, warnen wir die kämpferischen Proletarier/Lavor, den Weg des Brokdorf-Protestlerturns zu gehen.

Wir sind uns durchaus darüber im klaren, welche Gefahren Atomkraftwerke, Atombomben und Atommüll für die Menschheit bergen, aber wir folgern nicht daraus, was die Pazifisten und Weltverbesserer folgern: Kapitalismus ohne Atomkraftwerke, ohne Atombomben, ohne Atommüll. Er wäre übrigens auch so Kapitalismus, und seine Entwicklung war es, die zu all diesen schönen Errungenschaften geführt hat. Wir folgern daraus, daß das Proletariat gegen die Bourgeoisie kämpfen und seine Diktatur errichten muß, um die Entwicklung einer rational organisierten menschlichen Gemeinschaft zu ermöglichen, die dann auch mit der Atomenergie umzugehen weiß.

Nachdem nun die prinzipielle Frage geklärt ist, können wir zum taktischen Problem übergehen. Eingangs hatten wir mit Engels festgestellt, daß der "Kampf" gegen einzelne vom Kapitalismus verursachte Leiden, die das "Volk" im allgemeinen tangieren, ein Terrain für den kleinbürgerlichen Sozialismus ist. Wir hatten weiter darauf hingewiesen, daß die Achse, um die sich der proletarische Klassenkampf dreht, vom Kampf in Verteidigung der Lebens- und Kampfbedingungen des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft (also der ökonomische Kampf mit den Mitteln des Klassenkampfes und nicht der Klassenkollaboration) zum politischen Kampf für die Zerstörung der bürgerlichen Macht und die Errichtung der internationalen Diktatur des Proletariats zwecks Abschaffung der Lohnarbeit führt.

Es geht dem Proletariat weder darum, wie der Kleinbürger seine Frustrationen an ausgewählten Objekten abzureagieren, noch darum, eine Solidarität der KKW-Gegner, Umweltschützer, Vegetarier, Automobilgegner usw. herzustellen, sondern eine Solidarität innerhalb des Proletariats, eine Kampfeinheit des Proletariats herzustellen, und diese läßt sich nur um Forderungen herstellen, die vereinigend wirken, die die Interessen der Proletarier als Proletarier zum Ausdruck bringen. Es ist klar, daß eine konstituierte und starke Arbeiterbewegung - die es heute überhaupt nicht gibt - auch Forderungen aufgreifen kann, die das "Volk" im allgemeinen tangieren - keineswegs aber auf der Ebene einer "Volksbewegung" sondern einer proletarischen Bewegung.

Im Rahmen einer proletarischen Bewegung steht der Kampf der Arbeiter in den bestehenden Kernkraftwerken und die Solidarisierung der Arbeiter anderer Betriebe, um die Bourgeoisie dazu zu zwingen, radikal bessere Sicherheits- bzw. Arbeitsschutzbedingungen einzuführen. Diese Frage kann nicht den jahrzehntelangen Expertendiskussionen überlassen werden, an denen sich die Gewerkschaften in guter klassenkollaborationistischer Manier mit Erwägungen der Für- und Wider beteiligen - sie muß im Gegenteil von der Arbeiterklasse als Kampffrage mit den Mitteln des Streiks und der Solidaritätsbewegungen aufgegriffen werden. Überhaupt gehört zu diesem Kampf die Entlarvung der bestehenden Gewerkschaften, die die Kernenergie als erneuten Anlaß nehmen, um arbeitslose und beschäftigte Arbeiter gegeneinander auszuspielen und die ganze Arbeiterklasse in der Logik des Kapitals einzufangen.

Erst dieser Kampf wird durch Störung des Produktionsablaufs den Kapitalismus zur Entwicklung und Einführung besserer Schutzvorkehrungen veranlassen können, sowie die anderen Betroffenen in der Umgebung der Kernkraftwerken - und dies gilt für proletarische Gegende, nicht für Naturidyllen - um eine klassenmäßige Kampfperspektive organisieren können.

Es ist klar, daß^{es} in der heutigen Situation den Arbeitern, die sich zumeist (und gerade wegen der sozialdemokratischen und stalinistischen Orientierung auf bürgerliche Aufgaben) noch völlig passiv der Offensive des Kapitals ergeben, schwer fallen wird, einen solchen Kampf aufzunehmen. Umso mehr muß man in dieser Richtung arbeiten, und umso mehr würde es zu einer weiteren Zementierung reformistischer Perspektiven führen, wenn man vom Proletariat verlangte, es soll sich hinter Forderungen einspannen lassen, die - wie "Baustopp für KKW" oder gar "Die Baustelle muß wieder zur Wiese werden" -, abgesehen von ihrem illusorischen Inhalt, das Proletariat im Volk auflösen. Der Kapitalismus ist nicht erst heute zu einer Bedrohung für die Menschheit geworden, aber nur der revolutionäre **KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS** kann ihn abschaffen - und nur der Kampf gegen politische Orientierungen, die die Menschheit, statt in Klassen, in Atomkraftgegnern und Atomkraftbefürwortern teilen möchten, kann man die subjektiven Bedingungen dieses Kampfes wiederherstellen.